

**Zeitschrift:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Staatskanzlei des Kantons Bern  
**Band:** 4 (1849)  
  
**Rubrik:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



---

# Reglement

über

die Aufnahme in die Verpflegungsanstalt in Langnau.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Vollziehung des Beschlusses des Grossen Rathes  
vom 8. September 1848,

beschließt:

## §. 1.

In die Armenverpflegungsanstalt im Spitale zu Langnau werden zufolge Gesetzes über die Armenanstalten vom 8. September 1848, §. 5, vorzugsweise solche Personen aufgenommen, welche theilweise oder ganz arbeitsunfähig sind, keine nähern Verwandten besitzen, bei denen sie Aufnahme finden, oder die wegen ihrer körperlichen oder geistigen Gebrechen nicht wohl bei Privaten untergebracht werden können.

11. Januar  
1849.

## §. 2.

Die Anmeldungen für die Aufnahme von Pfleglingen geschehen ausschließlich durch die Gemeindebehörden oder Armenvereine bei der Direktion des Innern. Erstere haben ausführlichen Bericht über die geistigen oder körperlichen Gebrechen und die verwandtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse des Angemeldeten zu er-

11. Januar 1849. statten, worauf die Direktion des Innern über die Aufnahme und das zu entrichtende Kostgeld entscheidet, Letzteres unter Vorbehalt des Recurses an den Regierungsrath.

### §. 3.

Das jährliche Kostgeld ist zu zweihundert Franken festgesetzt, woran der Staat beiträgt: für die Armen

erster Klasse.	. . . . .	160 Franken.
zweiter „	. . . . .	120 „
dritter „	. . . . .	80 „
vierter „	. . . . .	40 „

Der Betrag bis zur Summe von zweihundert Franken ist durch die betreffenden Gemeinden zu entrichten.

### §. 4.

Der Kostgeldbeitrag des Staates wird bestimmt nach den Vermögensverhältnissen der Gemeinden oder der zum Unterhalte der Betreffenden verpflichteten Verwandten.

Für den den Gemeinden oder Verwandten obliegenden Antheil am Kostgelde werden nur von den betreffenden Gemeindsbehörden Verpflichtungen angenommen.

### §. 5.

Die aufzunehmenden Pfleglinge sind der Anstalt neu gekleidet zu übergeben. Denselben sind zwei Hemder, zwei Paar wollene, zwei Paar leinene Strümpfe und vier Schnupstücher mitzugeben.

### §. 6.

Es wird Niemand auch nur momentan in die Pflegeanstalt aufgenommen, es seien denn die erforderlichen Schritte auf oben angezeigtem Wege gemacht, und der Vorsteher der Anstalt von der zu geschehenden Aufnahme durch die Direktion des Innern in Kenntniß gesetzt worden.

## §. 7.

11. Januar  
1849.

Dieses Reglement tritt sofort in Kraft. Dasselbe ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen und durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

Gegeben in Bern, den 11. Januar 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Das präsidirende Mitglied,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

## B e s c h l u ß

über

Erhebung des Helfereibezirks Kurzenberg zu einer politischen Versammlung.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Betrachtung der eingelangten Wünsche und gestützt auf den Art. 5 der Staatsverfassung,

beschließt:

- 1) Die in dem Kirchgemeindsbezirke Dießbach und den Ortschaften des Helfereibezirkes Kurzenberg, Amtsbezirkes Konolfingen, wohnhaften stimmfähigen Bürger sind abgetheilt in zwei politische Versammlungen, nämlich:
  - a. der Kirchgemeinde Dießbach,
  - b. des Helfereibezirkes Kurzenberg.
- 2) Verhältnisse anderer Art zwischen beiden Gemeinden erleiden hierdurch keine Veränderung.

15. Januar  
1848.

15. Januar  
1849.

3) Dieser Beschluß, mit dessen Vollziehung der Regierungsrath beauftragt ist, tritt vom Zeitpunkte seiner Bekanntmachung an in Kraft und soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 15. Jänner 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt und zu diesem Behufe dem Regierungsrathhalter von Konolfingen zu Händen der Betheiligten mitgetheilt werden.

Bern, den 16. Jänner 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

**Verordnung,**  
betreffend  
die Direktion der Buchtanstalten.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Erwägung,

daß es dem Direktor der Justiz und Polizei bei der Menge der ihm obliegenden Geschäfte nicht möglich ist, sich mit der speziellen Beaufsichtigung der Strafanstalten so zu befassen, wie das Interesse derselben es erheischt; gestützt auf den §. 38 des Organisationsgesetzes des Regierungsrathes vom 25. Jänner 1847,

19. Januar  
1849.

verordnet:

Art. 1.

Zur Besorgung der Aufsicht über die Strafanstalten wird der Direktion der Justiz und Polizei ein Mitglied des Regierungsrathes, welches keiner Direktion vorsteht, beigeordnet. Dasselbe führt den Titel: Direktor der Strafanstalten.

Art. 2.

Demselben liegen die nämlichen Berrichtungen ob, welche bis dahin der Justiz- und Polizeidirektor zu versehen hatte, mit alleiniger Ausnahme der im Art. 3 erwähnten.

Art. 3.

Der Direktion der Justiz und Polizei und dem ihr untergeordneten Centralpolizeibureau verbleiben:

- 1) die Vollziehung der Urtheile, die auf Enthaltung in den Strafanstalten gehen, wie namentlich die Einbringung und Entlassung der Verurtheilten,

19. Januar  
1849.

die nöthige Abhörung derselben während der Enthaltung und dießfallige Verfügungen ;

- 2) die Untersuchung der Begehren um Nachlaß oder Umwandlung von Freiheitsstrafen und die daherige Berichterstattung bei obern Behörden. Zu diesem Zwecke geben die Verwalter der Strafanstalten ihre Berichte dem Direktor derselben ein, und dieser übermittelt sie, mit seinen Bemerkungen versehen, an die Direktion der Justiz und Polizei.

Art. 4.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft ; sie soll durch einmalige Einrückung in das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 19. Januar 1849.

Namens des Regierungsrathes :

Das präsidirende Mitglied,

**Stämpfli.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

## **G e s e t z ,**

betreffend

die Bestätigung des Gesetzes über die Verbrauchssteuer auf Tabak.

1. Februar  
1849.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
nach nochmaliger Betrachtung des Gesetzes über die Verbrauchssteuer auf Tabak vom 21. Januar 1848,

auf den Vortrag des Finanzdirektors und des Re- 1. Februar  
gierungsrathes, 1849.

beschließt:

Das genannte Gesetz über die Verbrauchssteuer auf Tabak wird für so lange in Kraft erklärt, bis die diesen Gegenstand beschlagenden Bestimmungen der Bundesverfassung in Ausführung gebracht sein werden.

Gegeben in Bern, den 1. Februar 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**A. von Tillier.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
verordnet:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt, durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Bern, den 3. Februar 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

---

**G e s e t z**

über

Errichtung einer Alterskasse für Personen, welche  
in Dienstverhältnissen stehen.

---

Der Große Rath des Kantons Bern,

2. Februar  
1840.

in der Absicht, Personen, welche in Dienstverhältnissen stehen, Gelegenheit zu geben, sich für ihr späteres Alter eine bestimmte jährliche Leibrente zu sichern,  
auf den Antrag der Direktion des Innern und des Regierungsrathes,

beschließt:

§. 1.

Es soll für ärmere Personen, welche in Dienstverhältnissen stehen, als besondere Abtheilung der Dienstzinskasse, eine Alterskasse errichtet werden.

§. 2.

Dieselbe steht hinsichtlich ihrer getreuen Verwaltung unter der Garantie des Staates.

Die Verwaltung wird gegen eine vom Regierungsrathe zu bestimmende Verwaltungsgebühr durch den Verwalter der Hypothekarkasse unter Aufsicht der Direktionen des Innern und der Finanzen besorgt.

Die Kosten der Verwaltung sind aus der Alterskasse zu bestreiten.

§. 3.

Für allfällige, unverschuldete Verluste haftet der gemeinsame Reservefond der Dienstzins- und der Alterskasse.



Die Gelder der Alterskasse sollen jedoch abgesondert 2. Februar  
verwaltet und auf ihren Namen angelegt werden. 1849.

§. 4.

Dieses Gesetz, mit dessen Vollziehung der Regierungsrath beauftragt ist, tritt mit dem 1. März 1849 in Kraft.

Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, an gewohnten Orten angeschlagen und in die Sammlung der Gesetze und Verordnungen eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 23. Mai 1848 und 2. Februar 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern beschließt die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.

Bern, den 3. Februar 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Fünf.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

3. Hornung  
1849.

## Reglement für die Alterklasse der Dienstenzinsklasse des Kantons Bern.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Vollziehung des Gesetzes über Errichtung einer Al-  
terklasse vom 23. Mai 1848 und 2. Hornung 1849,  
auf den Antrag der Direktion des Innern,  
beschließt:

### §. 1.

Der Beitritt zu der Alterklasse steht nur den in Dienstverhältnissen stehenden Personen zu, welche das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt und das fünfzigste noch nicht vollendet haben. (Reglement der Dienstenzinsklasse vom 18. Hornung 1848, §. 2.)

Die Versicherung geschieht nur auf das Leben des Nutznießers, d. h. derjenigen Person, auf deren Leben die Anschreibung geschehen ist (§. 4.).

### §. 2.

Die Alterklasse versichert den Theilnehmern ent-  
weder

- 1) eine bestimmte unveränderliche Leibrente, welche am ersten Jahrestag ihres Beitritts nach zurückgelegtem sechzigsten Altersjahre zum ersten Male fällig wird, gegen
  - a. eine einmalige Baareinlage oder
  - b. Einzahlung von jährlichen Beiträgen, deren letzte ein Jahr vor dem Versicherungstermin fällig wird, oder
- 2) eine jährlich bis zum achtzigsten Lebensjahre zunehmende Leibrente, welche am

ersten Jahrestage des Beitrittes nach zurückgelegtem fünfzigsten Altersjahre zum ersten Male fällig wird, und vom achtzigsten Jahre hinweg sich stets gleich bleibt, gegen eine einmalige Baareinlage.

8. Bernung  
1849.

### §. 3.

Die GröÙe einer Leibrente richtet sich

- a. nach dem Betrage des eingelegten Kapitals;
- b. der Art der Einzahlung, ob in Jahresprämien oder als einmalige Baareinlage;
- c. nach dem Zeitpunkte der stattgefundenen Einzahlung;
- d. nach dem Alter des Versicherten zur Zeit seines Beitrittes.

Nach diesen Faktoren sind die diesem Reglement beigefügten Leibrententabellen berechnet und zwar auf der Grundlage der vom Regierungsrathe bereits für andere ähnliche Institute genehmigten schweizerischen Sterblichkeitstabellen.

### §. 4.

Die Verbindlichkeit zur Bezahlung der Einlagen kann auch von andern als denjenigen Personen, auf deren Leben die Einzahlung geschieht (§. 1), jedoch immer nur zu Gunsten der Lebenden, welche als Mitglieder oder Theilnehmer der Anstalt betrachtet werden sollen, eingegangen werden.

### §. 5.

Die eingezahlten Einlagen sind unwiderrufliches Eigenthum der Altersklasse; sie können daher weder von den Theilnehmern selbst noch von ihren Erben oder Gläubigern zurückgefordert werden, mit Ausnahme, wenn ein Theilnehmer im Beitrittjahre und vor dem eigentlichen verbindlichen Quartalsanfang (siehe §. 18 hienach)

3. Hornung 1849. verstirbt, in welchem Falle die eingelegten Kapitalien, jedoch ohne Zinse, gegen Zurücknahme der Aufnahmsbescheinigung, an die Erben des Theilnehmers, und bei Einlagen für andere Personen an diejenige, welche die Einlage gemacht hat, zurückbezahlt werden sollen.

§. 6.

Die einmalige Einlage ist auf wenigstens fünf und zwanzig Franken, die kleinste jährliche Einlage auf fünf Franken festgesetzt.

§. 7.

Um der Altersklasse beitreten zu können, hat sich der Theilnehmer (§. 4) mit einem Geburtschein und in dessen Ermangelung auf andere genügende Art über sein Alter auszuweisen. Dieser Akt bleibt bei der Verwaltung der Anstalt hinterlegt.

§. 8.

Jedem Theilnehmer wird ein Leibrentenschein ausgestellt, welcher mit der Unterschrift des Direktors des Innern, des Verwalters der Alterskasse und mit dem Siegel der Anstalt versehen sein soll.

Der Leibrentenschein soll enthalten: die Bezeichnung des Namens, Vornamens, das Datum der Geburt, der Heimath und des Wohnsitzes des Versicherten, ferner der jährlichen Beiträge (§. 2 b), des Zeitpunktes, wann die Einzahlung stattfinden soll, des Zeitpunktes und des Betrages der ersten fälligen Leibrente und endlich die Bezeichnung der Fristen für das jährliche Vorweisen des Lebenscheines.

§. 9.

Jedem Theilnehmer werden nach dem zurückgelegten fünfzigsten oder sechzigsten Lebensjahre oder je auf den Zeitpunkt, wo die Rente für ihn zu fließen anfängt,

ein Bogen mit zwanzig Lebensscheinen und eben so vielen beigedruckten Rentenquittungen übergeben. 3. Hornung 1849.

Beim Antritt eines neuen Versicherungsjahres wird ein Lebensschein herausgeschnitten, für die im Kanton lebenden Personen durch das Pfarramt des Wohnorts, für die außerhalb des Kantons lebenden Personen durch das Regierungstatthalteramt nach Ausfüllung unterzeichnet, und gegen die auf der Rückseite befindliche Quittung von der Alterskasse selbst oder der betreffenden Amtsschaffnerei die verfallene Jahresrente bezahlt.

#### §. 10.

Verloren gegangene oder zufällig vernichtete Renten- oder Lebensscheine werden durch Duplikate ersetzt, und zwar erstere gegen Ausstellung eines Amortisations-scheines.

Beschädigte Rentenscheine sind gegen deren Einlieferung durch eine neue Ausfertigung zu ersetzen, insofern deren wesentlicher Inhalt sich noch erkennen läßt. Die Kosten der gerichtlichen Amortisation trägt der betreffende Theilnehmer.

#### §. 11.

Die Versicherungen sowohl als die Einzahlungen können auf dem Bureau der Alterskasse und in jedem Amtsbezirke bei dem Amtsschaffner gemacht werden.

Der Amtsschaffner stellt für die Einlagen gedruckte Interimsempfangscheine aus und wechselt dieselben innerhalb Monatsfrist gegen die von der Verwaltung der Dienstenzinskasse auf den Leibrentenschein eingetragene Quittung aus.

#### §. 12.

Die Versicherungen und Einzahlungen können das ganze Jahr hindurch geschehen, sind aber erst vom un-

2. ~~Bestimmung~~ 1849. mittelbar darauf folgenden Quartalanfang, vom 1. Jan-  
ner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober an, verbindlich  
und ertragsfähig.

Auf dieselben Quartalanfänge wird auch der Bei-  
tritt oder der Anfang der Versicherung datirt und der  
Zeitpunkt der Einzahlung der spätern jährlichen Bei-  
träge festgesetzt.

#### §. 13.

Demjenigen Theilnehmer, welcher seine jährlichen  
Beiträge nicht bis zu dem durch den Vertrag festgesetz-  
ten Zeitpunkte (dem fünfzigsten oder sechzigsten Lebens-  
jahre des Versicherten) fortsetzt, wird auf den Fall,  
daß er das Alter erreicht, in welchem die Rente fällig  
wird, von der versicherten Summe so viel abgezogen,  
als ihm durch die noch fehlenden jährlichen Beiträge  
versichert worden wäre.

#### §. 14.

Die Entrichtung der Leibrente geschieht jeweilen  
auf den dem Beitritt entsprechenden Quartalanfang, auf  
Vorweisung gehörig legalisirter Lebensbescheinigung und  
Quittung (§. 9).

#### §. 15.

Die Rechte der Mitglieder an die Alterskasse erlö-  
schen:

- 1) mit dem Tode des Theilnehmers und
- 2) durch Ausschließung von der Anstalt (§. 17).

#### §. 16.

Die Erben eines verstorbenen Theilnehmers sind  
verpflichtet, den eingetretenen Todesfall innerhalb Jah-  
resfrist der Anstalt zu melden, widrigenfalls für sie der  
Verlust der etwa rückständigen Jahresrente eintritt  
(§. 18).

## §. 17.

3. Hornung  
1849.

Jede Unrichtigkeit in den vorgewiesenen Schriften hinsichtlich der Angabe des Alters des Versicherten (§§. 7 und 9), deren Zweck oder Richtung dahin geht, sich einen größern Vortheil zuzueignen, zieht den Verlust der gemachten Einlagen und der versicherten Renten nach sich.

Hat ein Theilnehmer unabsichtlich unrichtige Angaben gemacht oder unrichtige Bescheinigungen eingeliefert, so ist nach Entdeckung des Irrthums das Verhältniß desselben zur Anstalt zu berichtigen, das von der Anstalt zu viel Bezahlte zu erstatten, wogegen aber eine Nachzahlung des etwa von ihr zu wenig Bezahlten nicht stattfindet.

## §. 18.

Hat ein Theilnehmer an seinem Todestage eine oder mehrere Leibrenten zu gut, so können dieselben von seinen Erben gegen Rückgabe des Rentenscheines in Empfang genommen werden (§. 16).

## §. 19.

Für die sichere und getreue Verwaltung der Einlagen und die Aufsicht über dieselben, sowie für die Geldanwendungen, gelten die Vorschriften über die Verwaltung der Dienstzinskasse.

## §. 20.

Die Gelder der Alterskasse sind auf den Namen der Alterskasse anzulegen. Es ist über dieselben abgesonderte Rechnung zu führen.

## §. 21.

Sollte infolge einer geringern Lebensfähigkeit oder der Gelderanlegung zu einem höhern Zinsfuß, als der Tarif der Alterskasse berechnet ist, dieselbe Gewinn



3. Hornung 1849. machen, so soll dieser zur Auffnung des Reservefonds der Dienstzinskasse, aus welchem etwaige spätere Verluste zu decken sind, verwendet werden.

## §. 22.

Dieses Reglement tritt mit dem 1. März 1849 in Kraft; dasselbe soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen, an den gewohnten Orten angeschlagen und durch einmaliges Einrücken in das Amtsblatt bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 3. Hornung 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Fünf.

Der Rathschreiber,

M. v. Stürler.

## T a r i f.

## Nr. 1.

Vom sechzigsten Lebensjahr an eine nach dem Alter des Beitritts verschiedene lebenslängliche Rente gegen eine einmalige fixe Einlage von einhundert Fr. Wer im Lebensjahre

Fr. Rp.

15.	Fr. 100	baar einzahlt, erhält vom sechzigsten Lebensj. an eine jährliche Rente von wenigstens . . . . .	99 75
16.	"	dito	95 62½
17.	"	dito	91 65
18.	"	dito	87 80
19.	"	dito	84 —



Wer im Lebensjahre

Fr. Rp. 3. Hornung  
1849.

20.	Fr. 100 baar einzahlt, erhält vom sechszigsten Lebensj. an eine jährliche Rente von wenigstens . . . . .	80 42 $\frac{1}{2}$
21.	" dito	76 92 $\frac{1}{2}$
22.	" dito	73 52 $\frac{1}{2}$
23.	" dito	70 27 $\frac{1}{2}$
24.	" dito	67 15
25.	" dito	64 17 $\frac{1}{2}$
26.	" dito	61 30
27.	" dito	58 57 $\frac{1}{2}$
28.	" dito	55 95
29.	" dito	53 45
30.	" dito	51 02 $\frac{1}{2}$
31.	" dito	48 70
32.	" dito	46 47 $\frac{1}{2}$
33.	" dito	44 35
34.	" dito	42 30
35.	" dito	40 35
36.	" dito	38 45
37.	" dito	36 65
38.	" dito	34 92 $\frac{1}{2}$
39.	" dito	33 25
40.	" dito	31 67 $\frac{1}{2}$
41.	" dito	30 15
42.	" dito	28 67 $\frac{1}{2}$
43.	" dito	27 27 $\frac{1}{2}$
44.	" dito	25 95
45.	" dito	24 65
46.	" dito	23 45
47.	" dito	22 25

3. Hornung 1849.	Wer im Lebensjahre	Fr.
48.	Fr. 100 baar einzahlt, erhält vom sechszigsten Le- bensj. an eine jährli- che Rente von wenig- stens . . . . .	21 15
49.	" dito	20 07½
50.	" dito	19 05
51.	" dito	18 05
52.	" dito	17 06
53.	" dito	16 12½
54.	" dito	15 20
55.	" dito	14 32½
56.	" dito	13 47½
57.	" dito	12 65
58.	" dito	11 85
59.	" dito	11 05

## Nr. 2.

Vom sechszigsten Lebensjahr an eine fixe Lebens-  
rente von einhundert Franken gegen eine einmalige  
nach dem Alter des Beitritts verschieden große  
Einlage.

Wer im Lebensjahre	Fr.
15.	Fr. 100 25 baar einzahlt, erhält v. sechszigsten Lebens- jahr an eine jährliche Rente von . . . 100
16.	104 57½ dito "
17.	109 10 dito "
18.	113 90 dito "
19.	118 98 dito "
20.	124 34 dito "

Wer im Lebensjahre

Fr. 3. Hornung  
1849.

21.	Fr. 130 —	baar einzahlt. erhält v. sechzigsten Lebens- jahr an eine jährliche Rente von . . .	100
22.	136 —	dito	"
23.	142 30	dito	"
24.	148 90	dito	"
25.	155 82½	dito	"
26.	163 10	dito	"
27.	170 70	dito	"
28.	178 72½	dito	"
29.	187 12½	dito	"
30.	195 97½	dito	"
31.	205 30	dito	"
32.	215 12½	dito	"
33.	225 45	dito	"
34.	236 38	dito	"
35.	247 90	dito	"
36.	260 07	dito	"
37.	272 86	dito	"
38.	286 37½	dito	"
39.	300 65	dito	"
40.	315 74	dito	"
41.	331 70	dito	"
42.	348 57½	dito	"
43.	366 47½	dito	"
44.	385 45	dito	"
45.	405 52½	dito	"
46.	426 75	dito	"
47.	449 26	dito	"
48.	473 07½	dito	"
49.	498 36	dito	"

3. Hornung Wer im Lebensjahre  
1849.

Fr.

50.	Fr. 525 35	baar einzahlt, erhält v. sechszigsten Lebens- jahr an eine jährliche Rente von . . .	100
51.	554 35	dito	"
52.	585 89	dito	"
53.	620 30	dito	"
54.	657 65	dito	"
55.	698 07½	dito	"
56.	742 32½	dito	"
57.	790 90	dito	"
58.	844 30½	dito	"
59.	903 60	dito	"

## Nr. 3.

Vom sechszigsten Lebensjahr an eine nach dem Al-  
ter des Beitritts verschiedene lebenslängliche  
Rente, gegen eine bis zum sechszigsten Jahre jährlich  
einzuzahlende fixe Einlage von zehn Franken.

Wer vom Lebensjahre

Fr. Rp.

15.	an jährlich regelmäßig bis zum sechszigst. Lebensjahre zehn Fr. einzahlt, erhält vom sechzig- sten Lebensjahr an eine jähr- liche Rente von . . .	194 12½
16.	dito	184 15
17.	dito	174 59
18.	dito	165 42½
19.	dito	156 65
20.	dito	148 25
21.	dito	140 20
22.	dito	132 50

## Wer vom Lebensjahre

Fr. Rp. 8. Gerung  
1849.

23.	an jährlich regelmäßig bis zum sechzigsten Lebensjahre zehn Fr. einahlt, erhält vom sechzig- sten Lebensjahre an eine jähr- liche Rente von . . .	125 16
24.	dito	118 12 $\frac{1}{2}$
25.	dito	111 40
26.	dito	104 97 $\frac{1}{2}$
27.	dito	98 85
28.	dito	93 —
29.	dito	87 40
30.	dito	82 05
31.	dito	76 95
32.	dito	72 07 $\frac{1}{2}$
33.	dito	67 45
34.	dito	63 —
35.	dito	58 77 $\frac{1}{2}$
36.	dito	54 75
37.	dito	50 90
38.	dito	47 22 $\frac{1}{2}$
39.	dito	43 72 $\frac{1}{2}$
40.	dito	40 40
41.	dito	37 25
42.	dito	34 22 $\frac{1}{2}$
43.	dito	31 35
44.	dito	28 62 $\frac{1}{2}$
45.	dito	26 02 $\frac{1}{2}$
46.	dito	23 57 $\frac{1}{2}$
47.	dito	21 22 $\frac{1}{2}$
48.	dito	19 —
49.	dito	16 87 $\frac{1}{2}$
50.	dito	14 88

3. Hornung Wer vom Lebensjahre  
1849.

Fr. Rp.

51.	an jährlich regelmäßig bis zum sechzigsten Lebensjahre zehn Fr. einzahlt, erhält vom sechzig- sten Lebensjahre an eine jähr- liche Rente von . . .	12 97½
52.	dito	11 17½
53.	dito	9 45
54.	dito	7 85
55.	dito	6 32½
56.	dito	4 90
57.	dito	3 55
58.	dito	2 29
59.	dito	1 10

Wer jährlich nur fünf Franken einzahlt, erhält die Hälfte, wer jährlich zwanzig Franken einzahlt, die doppelte Rente u. s. w.

## Nr. 4.

Vom sechzigsten Lebensjahre an eine fixe lebenslängliche Rente von hundert Franken gegen eine bis zum sechzigsten Lebensjahr jährlich einzuzahlende nach dem Alter des Beitritts verschieden starke Einlage.

Wer vom Lebensjahre

Fr. Rp.

Fr.

15.	an jährl. regelmä- ßig bis zum sechzigsten Le- bensjahre	5 25	einzahlt, er- hält v. sech- zigsten Le- bensjahr an eine jährl. Rente von	100
16.	dito	5 45	dito	„

Wer vom Lebensjahre

Fr. Rp.

Fr. 3. Hornung  
1849.17. an jährl. regel-  
mäßig bis zum  
sechzigsten Le-  
bensjahre5 72 $\frac{1}{2}$  einzahlt, er-  
hält v. sechss-  
zigsten Le-  
bensjahr an  
eine jährl.  
Rente von 100

18.	dito	6 05	dito	„
19.	dito	6 37 $\frac{1}{2}$	dito	„
20.	dito	6 75	dito	„
21.	dito	7 15	dito	„
22.	dito	7 55	dito	„
23.	dito	7 99	dito	„
24.	dito	8 45	dito	„
25.	dito	8 97 $\frac{1}{2}$	dito	„
26.	dito	9 52 $\frac{1}{2}$	dito	„
27.	dito	10 10	dito	„
28.	dito	10 75	dito	„
29.	dito	11 44	dito	„
30.	dito	12 20	dito	„
31.	dito	13 —	dito	„
32.	dito	13 87 $\frac{1}{2}$	dito	„
33.	dito	14 82 $\frac{1}{2}$	dito	„
34.	dito	15 87 $\frac{1}{2}$	dito	„
35.	dito	17 —	dito	„
36.	dito	18 25	dito	„
37.	dito	19 65	dito	„
38.	dito	21 17 $\frac{1}{2}$	dito	„
39.	dito	22 85	dito	„
40.	dito	24 75	dito	„
41.	dito	26 85	dito	„

3. Gernung Wer vom Lebensjahre		Fr. Rp.		Fr.
1840.				
42.	an jährl. regel- mäßig bis zum sechszigsten Le- bensjahre	20	20	einahlt, er- hält v. sechszig- sten Lebensjahr an eine jährl. Rente von 100
43.	dito	31	90	dito "
44.	dito	34	92½	dito "
45.	dito	38	40	dito "
46.	dito	42	42½	dito "
47.	dito	47	10	dito "
48.	dito	52	62½	dito "
49.	dito	59	20	dito "
50.	dito	67	20	dito "
51.	dito	77	05	dito "
52.	dito	89	50	dito "
53.	dito	105	62½	dito "
54.	dito	127	30	dito "
55.	dito	157	85	dito "
56.	dito	203	97½	dito "
57.	dito	281	25	dito "
58.	dito	436	50	dito "
59.	dito	903	60	dito "

## Nr. 5.

Vom fünfzigsten Lebensjahre an beginnende, bis zum achtzigsten Jahr steigende, von da an sich gleich bleibende Jahresrente gegen eine einmalige, nach dem Alter des Beitritts verschieden große Einlage.



Um eine im fünfzigsten Lebensjahre beginnende und im nachfolgenden Verhältnisse bis zum achtzigsten Lebensjahre steigende, von da an sich gleich bleibende Jahresrente zu erhalten, nämlich:

S. Gernung  
1849.

Alter.	Rente.	Alter.	Rente.	Alter.	Rente.	Alter.	Rente.	Alter.	Rente.	Alter.	Rente.	Alter.	Rente.
Fr.		Fr.		Fr.		Fr.		Fr.		Fr.		Fr.	
50	167	55	243	60	355	65	508	70	892	75	1316	80	1666
51	183	56	262	61	365	66	555	71	961	76	1408	81	1666
52	205	57	281	62	403	67	625	72	1030	77	1470	82	1666
53	214	58	308	63	429	68	714	73	1136	78	1515	83	1666
54	226	59	332	64	465	69	833	74	1219	79	1612	84	1666

hat der Betreffende nach dem Alter der Versicherung  
baar einzuzahlen:

Alter.	Einlage.		Alter.	Einlage.		Alter.	Einlage.		Alter.	Einlage.	
	Fr.	R.		Fr.	R.		Fr.	R.		Fr.	R.
15	1038	50	24	1542	60	33	2335	70	42	3611	10
16	1083	25	25	1614	40	34	2448	80	43	3796	40
17	1130	30	26	1689	60	35	2508	10	44	3995	70
18	1179	90	27	1768	40	36	2694	10	45	4200	90
19	1232	60	28	1851	40	37	2826	60	46	4420	70
20	1288	—	29	1938	50	38	2966	50	47	4654	—
21	1346	70	30	2030	10	39	3114	40	48	4900	60
22	1408	90	31	2126	70	40	3270	80	49	5162	60
23	1474	10	32	2228	50	41	3436	10			

### Anmerkung.

Nach dieser Tabelle lassen sich die Berechnungen für geringere oder größere Einlagen leicht machen, z. B. wer im fünfzehnten Jahr einlegt:

Fr.		Fr. B.		Fr. B.
103,	erhält im 50. Jahre	16 -	im 80. Jahre	166 -
20,	" " " "	16	" " "	16 6
10385,	" " " "	1670 -	" " "	16,660 -

7. Februar  
1849.

---

## B e s c h l u ß

### über das Auswanderungswesen.

---

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in Betracht, daß die Auswanderung hiesiger  
Staatsbürger nach Nordamerika von Jahr zu Jahr an  
Bedeutung und Zahl zunimmt;

in der Absicht, den Auswanderern den Schutz des  
Staates, so weit es dessen Zwecke gestatten, angedeihen  
zu lassen,

auf den Vortrag der Direktion des Innern und  
den Antrag des Regierungsrathes,

beschließt:

1) Die Regierung des Kantons Bern wird bei  
der schweizerischen Bundesversammlung dahin wirken,  
daß für das Auswanderungswesen

- a. ein Centralbureau in der Schweiz errichtet;
- b. die nöthigen Agenturen theils in europäischen See-  
häfen, theils in Amerika bestellt, und diese mit  
Instruktionen versehen werden, um einerseits den  
Auswanderern durch Belehrung über Einrichtung  
und Mittel zur Reise, umsichtige Leitung ihrer  
Ueberfahrt, beste Wahl des Landungs- und des  
Ansiedlungsortes, wie über die Bedingungen ihres  
gesicherten Fortkommens, andererseits den Kantons-  
regierungen und Gemeinden für den Fall der Be-  
theiligung dabei behülflich zu sein.

2) Die direkte Unterstützung der Auswanderung  
ist den Privatvereinen überlassen; der Staat wird sich blos  
bei solchen Vereinen betheiligen, welche die nöthige  
Garantie darbieten.

3) Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. 7. Februar 1849.

Gegeben in Bern, den 7. Februar 1848.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

M. v. Tillier.

Der Staatschreiber,

M. Wehermann.

## G e s e z.

über

die Armenpolizei.

Der Große Rath des Kantons Bern, 9. Februar 1849.  
in Abänderung der bisherigen Bestimmungen über  
die Armenpolizei,

auf den Antrag der Direktion des Innern und des  
Regierungsraths,

beschließt:

I. Pflicht- und Strafbestimmungen, betreffend die  
unterstützten und unterstützungspflichtigen  
Personen.

§. 1.

Personen, welche vom Staate, der Gemeinde oder  
einem gesetzlich anerkannten Armenvereine für sich oder  
die Ihrigen Unterstützung erhalten, sind mit verschärf-  
tem Gefängnisse oder mit öffentlicher Arbeit von ein bis  
dreißig Tagen und im Wiederholungsfalle mit Zwangs-

9. Februar 1840. arbeitshaus bis auf ein Jahr zu bestrafen, wenn dieselben entweder

- 1) sich den Anordnungen der Armenbehörden oder des Armenvereins hinsichtlich ihrer Versorgung nicht unterziehen, oder
- 2) die erteilte Unterstützung oder den ihnen angewiesenen Erwerb nicht bestimmungsgemäß verwenden, oder
- 3) ihren Antheil Gemeindland oder das ihnen angewiesene Armenland nicht gehörig bebauen und benutzen.

#### §. 2.

Eltern, welche auf die Erziehung ihrer in Anstalten oder bei Privaten untergebrachten Kinder mittelst Aufreizung zum Ungehorsam oder anderswie störend einwirken, sind mit verschärftem Gefängnisse oder öffentlicher Arbeit bis auf drei Tage zu bestrafen. Diese Strafe ist im Wiederholungsfalle zu verdoppeln.

#### §. 3.

Personen, welche wiederholt auf dem Bettel ergriffen werden, sind mit verschärftem Gefängnisse, oder öffentlicher Arbeit, oder Zwangsarbeitshaus bis auf dreißig Tage zu bestrafen.

Die Strafe kann auf das Doppelte verschärft werden, wenn der Betreffende entweder außerhalb der Kirchengemeinde seines Wohnsitzes auf dem Bettel ergriffen, oder wenn er von seinem Bürgerort, oder dem Armenvereine seines Wohnorts unterstützt wird, oder wenn er sich eines unanständigen, groben Betragens gegen die Gemeinndsbeamten schuldig macht. (§§. 17 und 18).

Für auf dem Bettel ergriffene Kinder sind ihre Eltern oder Pflegeeltern verantwortlich. 9 Februar 1849.

§. 4.

Bettler und Landstreicher, welche beim Betteln sich selbst oder ihre Begleiter fälschlich als krank oder krüppelhaft darstellen, oder unter falschen Angaben über ihre Verhältnisse oder auf falsche Zeugnisse betteln, oder welche ohne Erlaubniß oder ohne Anmeldung sich in das Innere der Wohnungen oder anderer geschlossener Räume eindringen, sind mit Zwangsarbeitshaus von vierzehn Tagen bis auf zwei Jahre zu bestrafen.

§. 5.

Wer für sich oder die Seinigen aus dem Bettel eine Haupterwerbsquelle macht, wird mit Zwangsarbeitshaus von einem Monat bis anderthalb Jahre und im Wiederholungsfalle bis auf drei Jahre bestraft.

Als aus dem Bettel eine Haupterwerbsquelle machend wird angesehen:

- 1) wer ohne Beruf und ohne Ausweis anderer Subsistenzmittel wiederholt außerhalb der Kirchengemeinde seines Wohnorts auf dem Bettel ergriffen wird;
- 2) wer inner Jahresfrist in oder außer der Kirchengemeinde seines Wohnorts bereits zum dritten oder öftern Male auf dem Bettel ergriffen und vom Richter bestraft worden ist.

§. 6.

In den unter §§. 3, 4 und 5 bezeichneten Straffällen sind als Schärfungsgründe namentlich folgende Umstände anzusehen: wenn Bettler unter Drohungen

9. Februar  
1849.

oder in Gesellschaft von unter sich nicht verwandten Personen betteln, oder wenn auf ihnen Waffen, Diebschlüssel oder andere Werkzeuge gefunden werden, welche in keiner andern Absicht getragen zu werden pflegen, als um Personen oder Eigenthum zu verletzen.

Als nicht in Gesellschaft bettelnd ist der Blinde mit seinem Führer anzusehen.

#### §. 7.

Gegen Kantonsfremde, im Kanton nicht angeessene Bettler und Landstreicher, welche sich der in den vorigen Paragraphen genannten Vergehen schuldig machen, kann anstatt der hievor angedrohten Strafarten die Landesverweisung bis auf vier Jahre verhängt, und diese Strafe auch mit einer jener Strafen verbunden werden. Das Letztere soll jedenfalls in allen Wiederholungsfällen geschehen.

#### §. 8.

Wird bei einem Bettler oder Landstreicher Geld oder Geldwerth gefunden, so sind daraus, wenn derselbe richterlich schuldig erfunden wird, die allfälligen Gefangenschafts- und Transportkosten zu bestreiten.

#### §. 9.

Eltern, welche drohen, ihre unerzogenen Kinder im Falle von Nichtunterstützung zu verlassen, sind mit verschärftem Gefängnisse bis auf zehn Tage zu bestrafen.

#### §. 10.

Eltern, welche ihre Kinder bösslich verlassen oder in hilflosen Zustand versetzen, und andere Personen, welche an Kindern, Kranken oder Gebrechlichen, zu deren Verpflegung oder Huth sie verbunden sind, eine solche Handlung begehen, oder welche verdingte Kinder

nicht vertragsgemäß halten oder dieselben mißhandeln, sind, insofern die Handlung nicht in ein größeres Verbrechen übergeht, von zehn bis zu dreißig Tagen verschärfstem Gefängnisse, und im Falle der Wiederholung binnen Jahresfrist, bis zu einjähriger Zwangsarbeits-hausstrafe zu verfallen.

9. Februar  
1849.

§. 11.

Personen, welche sich weigern, die ihnen infolge Gesetzes obliegende und durch Vertrag oder richterlichen Entscheid dem Betrage nach bestimmte Unterstützung ihren Angehörigen zu leisten und dafür bereits einmal gerichtlich haben betrieben werden müssen, unterliegen ebenfalls den Strafbestimmungen des vorhergehenden §. 10.

§. 12.

Personen, welche infolge liederlichen und ausschweifenden Lebens die ihnen vermöge Gesetzes obliegende Unterhaltungspflicht gegen ihre Angehörigen und namentlich auch gegen ihre allfälligen unehelichen Kinder nicht erfüllen, und infolge dessen die öffentliche Wohlfahrtigkeit belästigen, sollen mit verschärfter Gefangenschaft oder Arbeitshaus von einem Monate bis auf drei Jahre bestraft werden. (§. 21.)

§. 13.

In den unter §§. 4, 5, 6, 7, 10, 11 und 12 bezeichneten Straffällen kann mit den hievor angedrohten Strafen noch verbunden werden:

- 1) das Wirthshausverbot bis auf zwei Jahre;
- 2) die Entziehung der väterlichen Gewalt (Satz. 150, 153 bis und mit 158 des Civilgesetzes).



9. Februar  
1849.

---

§. 14.

Behörden oder Mitglieder derselben, geistliche und weltliche Beamte, welche zum Behufe des Steuersammelns Armuthsscheine ausstellen, desgleichen Behörden, Beamte und Privaten, welche ohne erhaltene amtliche Bewilligung von Haus zu Haus Steuern sammeln (Gesetz über das Armenwesen §§. 17 und 31), sind mit einer Buße von zwei bis zehn Franken zu Handen der Kasse des Armenvereins oder der Spendkommission derjenigen Gemeinde, in welcher der Bettler oder der Steuersammler aufgegriffen worden ist, zu bestrafen. (§§. 22 und 23.)

---

II. Pflichten der Behörden und Beamten.

§. 15.

Die Polizei-, Gemeinds- und Armenbehörden sind verpflichtet, auf die genaue Befolgung dieses Gesetzes zu achten, und Widerhandlungen gehörigen Orts anzuzeigen.

§. 16.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, da, wo er es zur Handhabung dieses Gesetzes für nothwendig erachtet, die Gemeinden zu Aufstellung von Polizeidienern auf kürzere oder längere Zeit anzuhalten.

§. 17.

Zum ersten Male auf der That ergriffene Bettler sind dem Präsidenten des Einwohnergemeinderaths oder dem dazu besonders bezeichneten Beamten zuzuführen,



von diesem angemessen zu warnen und nach Umständen in die Gemeinde ihres Wohnortes zu transportiren oder dem Regierungsstatthalter zuzuführen. Beim zweiten Male und in den Fällen der §§. 4, 5 und 6 sollen sie dem Regierungsstatthalter zur Ueberweisung an den Richter zugeführt werden.

9. Februar  
1849.

Kantonsfremde sind über die Grenze zu transportiren (§. 7).

#### §. 18.

Der Präsident des Einwohnergemeinderaths oder der dazu bezeichnete Beamte führt über die ihm zugeführten Bettler und Landstreicher eine Armenpolizeikontrolle, in welche dieselben mit Namen, Wohn- und Heimathsort, besondern Kennzeichen und der Begangenschaft, desgleichen die getroffene Verfügung einzutragen sind.

Diese Kontrolle ist nach gleichförmigen gedruckten Formularen auszufertigen und alle vierzehn Tage in Abschrift dem Regierungsstatthalteramte und von diesem vierteljährlich der Centralpolizeidirektion und durch diese der Direktion des Innern zuzusenden.

#### §. 19.

Der Regierungsstatthalter hat bei der Ueberweisung eines ihm zugeführten Bettlers an den Richter einen Auszug aus der Armenpolizeikontrolle über allfällige frühere Betretungen desselben den Akten beizulegen.

#### §. 20.

Wenn Privatpersonen einen Armen, der nicht bei ihnen in der Haushaltung lebt, nach den Bestimmungen

9. Februar  
1849.

des Gesetzes über das Armenwesen §. 3 unterstützen müssen, daneben auch das Armengut oder der Armenverein an seiner Unterhaltung beitragen muß, so hat die Armenbehörde oder der Armenverein die Art der Unterstützung im Ganzen zu überwachen.

#### §. 21.

Personen, welche die ihnen gesetzlich obliegende Unterstützungspflicht nicht freiwillig erfüllen, können aus Grund der Betheiligung des öffentlichen Wohles von Staatswegen dazu angehalten werden (§§. 11 und 12).

Die Armenbehörden haben sich vorkommenden Falls hiefür an den Regierungsstatthalter zu wenden, welcher den Gegenstand zur angemessenen Rechtsverfolgung an den betreffenden Bezirksprokurator überweist. (Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden vom 31. Juli 1847, §. 63 und Gesetzbuch über das gerichtliche Verfahren §§. 45 und 46.)

#### §. 22.

Die Behörden und Armenvereine, welche im Falle sind, Armuthszeugnisse auszustellen, sollen dieselben verschlossen und mit bestimmten Adressen ausfertigen, auch darin anmerken, zu welchem Zwecke sie erteilt werden.

#### §. 23.

Die Erhebung von Armensteuern in der Kirche selbst und die Erhebung von Steuern von Haus zu Haus mit verschlossener Büchse zum Zwecke der Kirchengemeindsarmenpflege, ist nur den anerkannten Armenvereinen nach den Bestimmungen der sanktionirten Statuten oder nach besonderer Bewilligung des Regierungsstatthalters gestattet.

Die Armensteuern in der Kirche sind in der Regel nur an kirchlichen Festtagen zu beziehen. 9. Februar 1849.

Die offene Erhebung von Armensteuern von Haus zu Haus, mit oder ohne Unterschriften, darf den Armenvereinen vom Regierungsstatthalteramte nur auf Ausweis, daß ihre übrigen Einkünfte nicht genügen, gestattet werden.

§. 24.

Zur Erhebung allgemeiner Kirchen- oder Haussteuern im ganzen Kanton oder in mehreren Amtsbezirken zu Armen- oder andern mildthätigen Zwecken ist die Bewilligung des Regierungsrathes einzuholen.

§. 25.

Mit der Inkrafttretung dieses Gesetzes sind aufgehoben:

- 1) die Verordnung wegen Steuerbriefen, Armenzeugnissen und Bettelbriefen vom 29. August 1803,
- 2) das Kreisschreiben über die Bettelbriefe vom 9. Hornung 1821,
- 3) die Polizeiverordnung gegen den Bettel vom 19. Februar 1808,
- 4) das Kreisschreiben des Justiz- und Polizeiraths vom 11. August 1811,
- 5) das Dekret über Bestrafung liederlicher Dirnen in den leberbergischen Aemtern vom 16. Juni 1828,
- 6) die Kreisschreiben vom 21. Mai und 11. Juli 1832,
- 7) die §§. 28, 29 und 30 des Gesetzes über das Armenwesen vom 23. April 1847,
- 8) die Bestimmungen der Art. 269, 270, 271, 272,

9. Februar  
1849.

273, 274, 275, 276, 277, 278 des Code pénal  
français.

§. 26.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1849 für den ganzen Kanton in Kraft; dasselbe soll durch öffentlichen Anschlag in beiden Sprachen bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Bern, den 8. Herbstmonat 1848 und 9. Hornung 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.

Gegeben in Bern, den 10. Hornung 1849.

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Kanzleisubstitut,

**C. Giroud.**

---

**B e s c h l u ß**5. Februar  
1849.

betreffend

den Angriff des Kapitalvermögens des Staates zu  
Ausführung von Straßenbauten.

---

Der Große Rath des Kantons Bern,  
auf den Antrag des Regierungsrathes und der zu  
Begutachtung der Straßenneufrage und der dazu er-  
forderlichen finanziellen Hülfsmittel niedergesetzten Spe-  
zialkommission,

beschließt

in der durch §. 27, III b. der Staatsverfassung  
vorgeschriebenen Weise:

- 1) Zu Ausführung der vom Regierungsrathe und der Baudirektion beantragten Straßenbauten ist für das Jahr 1849 ein Kredit von zweimalhunderttausend Franken bewilligt.
- 2) Es ist diese Summe der Domainenkassa zu entheben und zu vier vom Hundert derselben zu verzinsen. Dieser Vorschuß soll mittelst Aufnahme von jährlich zweimalhunderttausend Franken ins ordentliche Budget der Baudirektion in zehn Jahren zurückerstattet werden.
- 3) Der Regierungsrath ist ermächtigt, wenn er es zu Herbeischaffung der Baarschaft für nothwendig erachtet, auf Rechnung der Domainenkassa die Ausgabe von höchstens zweimalhunderttausend Franken in terminirten verzinslichen Kassascheinen zu bewilligen und durch die Kantonalbank in Circulation setzen zu lassen.

5. Februar  
1849.

Bern, den 5. Februar 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Die Direktionen der Finanzen und der öffentlichen  
Banten sind mit der Vollziehung obigen Beschlusses be-  
auftragt.

Bern, den 6. Februar 1849.

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Kanzleisubstitut,

**C. Giroud.**

## **Freizügigkeitsvertrag**

zwischen

der schweizerischen Eidgenossenschaft und den nord-  
amerikanischen Freistaaten.

**Uebereinkunft.**

12. Februar  
1849.

Der Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft  
und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika,  
von dem Wunsche beseelt, die zwischen den beiden Staa-

ten glücklicherweise bestehenden Verhältnisse durch eine freundschaftliche Uebereinkunft zu befestigen und zu erweitern, haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

12. Februar  
1849.

Der Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft den Hrn. A. E. Cazenove, schweizerischer Konsul in Alexandrien, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika den Hrn. James Buchanan, Staatssekretär der Vereinigten Staaten,

welche, nach Auswechslung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über die nachstehenden Artikel übereingekommen sind und dieselben unterzeichnet haben.

#### Art. 1.

Die Angehörigen der beiden hohen kontrahirenden Theile sollen über ihr persönliches Eigenthum, auf des andern Staatsgebiet, durch Testament, Vergabung oder auf jede andere Weise verfügen dürfen, und ihre Erben, welche Angehörige des andern Theils sind, treten in den Besitz des genannten persönlichen Eigenthums, es sei in Folge eines Testaments oder ab intestato. Sie können dasselbe persönlich oder mittelst Bevollmächtigter antreten und darüber verfügen nach ihrem eigenen Ermessen, ohne den betreffenden Regierungen andere Gebühren entrichten zu müssen als diejenigen, denen die Angehörigen des Landes selbst, wo sich die fraglichen Güter befinden, in ähnlichen Fällen unterworfen sind. In Abwesenheit des oder der Erben soll die Behörde für die besagten Güter die gleiche Obforge tragen, welche sie in einem gleichen Falle für diejenigen eines Landesangehörigen haben würde, und dieses so lange, bis der gesetzliche Eigenthümer zu der eigenen Besitznahme die

12. Februar 1849. geeigneten Schritte gethan haben wird. Sollte unter denjenigen, die auf die gleiche Verlassenschaft Anspruch machen, die Frage entstehen, welchem die Güter zufallen sollen, so wird dieselbe nach den Gesetzen und durch die Gerichtsstellen desjenigen Landes entschieden werden, in welchem das Eigenthum sich befindet.

#### Art. 2.

Wenn durch das Absterben einer Person, welche auf dem Gebiete des einen der hohen kontrahirenden Theile Grundeigenthum besaß, diese Liegenschaften, laut den Landesgesetzen oder einer testamentarischen Verfügung, einem Angehörigen des andern Theiles zufallen sollten, welchem, als einem Fremden, die Besitznahme desselben in natura nicht gestattet werden könnte, so soll demselben ein Termin von nicht weniger als drei Jahren angesetzt werden, um dieses Grundeigenthum zu veräußern und den daherigen Erlös zu erheben und auszuführen, ohne Schwierigkeit und ohne der Regierung irgend andere Gebühren zu bezahlen als diejenigen, welchen in ähnlichem Falle der Angehörige des Landes worin die Grundstücke liegen, unterworfen wäre.

#### Art. 3.

Die gegenwärtige Uebereinkunft wird von heute an gerechnet während zwölf Jahren in Kraft verbleiben, und weiterhin, bis zwölf Monate verstreichen, nachdem die Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft, einerseits, oder diejenige der Vereinigten Staaten anderseits, dem andern Theil ihre Absicht, den Vertrag aufzuheben, kund gegeben hat.

Vorstehende Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen innerhalb zwölf Monaten von gegenwär-



tigem Datum an, oder früher, wenn es möglich ist, in 12. Februar  
Washington ausgewechselt werden. 1849.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihr Wappensiegel beigedrückt.

So geschehen in Washington, den achtzehnten Tag Mai's, im Jahre des Heils 1847, und im 71. der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten.

(L. S.) Gez.: **Ant. Kl. Cazenove.**

(L. S.) Gez.: **James Buchanan.**

Für getreue Uebersetzung:

Der eidgenössische Staatschreiber,  
H. von Moos.

## **Eidgenössische Ratifikationsurkunde.**

Wir Präsident und Regierungsrath des  
Kantons Bern,

dermaliger Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
urkunden an mit:

Daß die Uebereinkunft, welche am 18. Mai 1847 zu Washington im Namen der sämtlichen eidgenössischen Stände durch Hrn. A. K. Cazenove, schweizerischer Konsul in Alexandrien bei Washington, von Seite des eidgenössischen Vororts mit Vollmachten versehen, und im Namen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, durch Hrn. James Buchanan, Staatssekretär der Vereinigten Staaten, von Seiner Excellenz, dem Herrn Präsidenten jener Staaten mit Vollmachten aus-

12. Februar 1849. gerüftet, verabredet und unterzeichnet worden, betreffend die freie Vermögensexportation zwischen den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und welche Uebereinkunft wörtlich also lautet:

(Wortlaut des Vertrags.)

in Folge der eingelangten Erklärungen der eidgenössischen Stände, wie solche in die Protokolle der Tagsatzungen der Jahre 1834, 1835 und 1836 sich niedergelegt befinden, ratifizirt ist.

In Folge dessen erklären wir diese Uebereinkunft als durch die eidgenössischen Stände gutgeheißen und genehmigt, und versprechen in deren Namen, daß dieselbe treu und redlich gehalten werden soll.

Zu Urkunde dessen ist gegenwärtiger Akt durch den Präsidenten des Regierungsraths des Kantons Bern, Präsidenten der Tagsatzung und des eidgenössischen Vororts, unterzeichnet, durch den Kanzler der Eidgenossenschaft gegengezeichnet und mit dem großen Siegel der schweizerischen Eidgenossenschaft bekräftigt worden, zu Bern, den 2. Heumonat 1847.

Der Präsident des Regierungsrathes des Kant. Bern,  
Präsident der Tagsatzung und des eidgenöss. Vororts:

(Sig.) **Ochsenbein.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

(Sig.) **Amrhyn.**

Für getreue Uebersetzung,

Der eidgenössische Staatschreiber:

**M. von Moos.**

**Nordamerikanische Ratifikationsurkunde.** 12. Februar  
1849.

**James K. Polk,**

Präsident der Vereinigten Staaten von  
Amerika,

Gruß Allen und Jeden, welche Gegenwärtiges sehen.

Nachdem durch die respektiven Bevollmächtigten am 18. Mai des Jahrs Unsers Herrn Eintausend achthundert sieben und vierzig in der Stadt Washington eine Uebereinkunft über gegenseitige Aufhebung des Heimfallsrechts und der Auswanderungstagen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossen und unterzeichnet worden, welche Uebereinkunft, in englischer und französischer Sprache abgefaßt, Wort für Wort also lautet:

(Wortlaut der Uebereinkunft.)

Und nachdem der Senat der Vereinigten Staaten durch seinen Beschluß vom 26. April laufenden Jahrs, zu welchem zwei Dritttheile der anwesenden Senatoren mitwirkten, zur Ratifikation der erwähnten Uebereinkunft gerathen und eingewilligt hat:

So sei daher kund und zu wissen, daß Ich, James K. Polk, Präsident der Vereinigten Staaten, in Gemäßheit der vorerwähnten Zustimmung und Einwilligung des Senats, hiemit die erwähnte Uebereinkunft und einen jeden Artikel und Vorbehalt derselben ratifizire und bestätige.

12. Februar  
1849.

Zu Zeugniß dessen, habe ich der gegenwärtigen Urkunde das Siegel der Vereinigten Staaten anhängen lassen.

Gegeben unter meiner Unterschrift, in der Stadt Washington, den 29. Tag Aprils, im Jahre Unsers Herrn 1848 und im 72. Jahre der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

(Sig.) **James K. Polk.**

Durch den Präsidenten:

(Sig.) **James Buchanan,**  
Staatssekretär.

Für getreue Uebersetzung,

Der eidgenössische Staatschreiber:  
**N. v. Moos.**

---

## Promulgationsdekret.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
verordnet:

12. Februar  
1849.

Die vorstehende zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und den nordamerikanischen Freistaaten abgeschlossene Uebereinkunft über die gegenseitige Freizügigkeit, zu welcher der Große Rath des Kantons Bern schon am 19. Juni 1834 seinen Beitritt erklärt hat, soll im ganzen Gebiete des Cantons Bern in Vollziehung treten und nebst den beidseitigen unterm 3. Mai 1848 zwischen den Bevollmächtigten ausgewechselten Na-

tifikationsurkunden zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden. 12. Februar 1849.

Bern, den 12. Februar 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Funk.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

## **D e k r e t**

betreffend

die Uebertragung der Ortspolizei in Bern an die  
Einwohnergemeinde.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

erwägend:

daß kein Grund vorhanden ist, die Ortspolizei in 15. Februar 1849.  
der Hauptstadt länger auf Kosten des Staates zu hand-  
haben, um so weniger, als die Hauptstadt im Jahre  
1803 ausgesteuert worden,

auf den Vortrag der Justiz- und Polizeidirektion,  
verordnet:

§. 1.

Die Verordnung vom 31. Dezember 1832 und der  
Beschluß des Regierungsrathes vom 5. April 1847 sind  
insoweit aufgehoben, als sie die Ausübung eines Theils  
der Ortspolizei besonders vom Staate besoldeten Poli-  
zeibeamten und Angestellten übertragen.

15. Februar  
1849.

§. 2.

Die dieser Stelle in jenem Dekret übertragenen Obliegenheiten der Ortspolizeibehörden gehen wieder an die Einwohnergemeinde von Bern über, welche in dieser Beziehung diejenigen Pflichten zu erfüllen hat, für welche sie laut der Aussteuerungsurkunde vom 20. September 1803 dotirt worden, und welche ihr überdies infolge der einschlagenden allgemeinen Gesetze und Verordnungen, namentlich aber des §. 27 des Gemeindsgesetzes vom 20. Dezember 1833 und des Dekrets vom 12. November 1832 obliegen.

§. 3.

Diejenigen Attribute des Regierungstatthalteramtes, welche durch jenes Dekret dem Stadtpolizeidirektor übertragen waren, fallen wieder an den Regierungstatthalter von Bern zurück.

§. 4.

Dieses Dekret tritt mit dem 1. April 1849 in Kraft; dasselbe soll durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Bern, den 15. Februar 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Vizepräsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

---

## G e s e z,

betreffend

die Zahlungsunfähigkeit von Beamten und andern  
Bürgern.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in Betrachtung:

daß es den Begriffen und Ansichten des Volkes widerstreitet, wenn Schuldner, deren Zahlungsunfähigkeit unzweifelhaft nachgewiesen ist, im Genuße der Vortheile der bürgerlichen Ehrenfähigkeit allen andern Bürgern im Staate vollständig gleichgestellt sind,

17. März  
1849.

auf den Antrag des Regierungsrathes,

beschließt:

### §. 1.

In der Ausübung des Stimmrechts an den politischen und Gemeindsversammlungen sind eingestellt:

- a. diejenigen, gegen welche die gerichtliche Güterabtretung erkannt worden, und
- b. diejenigen, welche sich im Zustande der Zahlungsunfähigkeit befinden.

Die Einstellung dauert, bis der Schuldner sich mit einem Gläubigern abgefunden hat.

### §. 2.

Ein Mitglied des Großen Rathes, ein Beamter oder Angestellter des Staates oder einer Gemeinde, oder ein Offizier bei den bernischen Truppen ist überdies in seinen Amtsverrichtungen eingestellt. Die Ent-

17. März 1849, fernung von der Stelle soll durch richterliches Urtheil stattfinden.

§. 3.

Die Weibel sind verpflichtet, in vorkommenden Fällen die Zeugnisse über Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners sofort dem Richteramte aufzulegen.

§. 4.

Die Richterämter sind verpflichtet, in den obenbezeichneten Fällen den Regierungsstatthaltern unverzüglich davon Anzeige zu machen, welche selbige, wenn sie ein Mitglied des Großen Rathes oder Beamte und Angestellte des Staates, oder Offiziere betrifft, an den Regierungsrath übermitteln sollen.

§. 5.

Alle Einstellungen (§. 1) soll der Richter binnen einer Frist von längstens dreißig Tagen durch das Amtsblatt bekannt machen.

§. 6.

Dieses Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung durch das Amtsblatt an in Kraft und soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 17. März 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**



Der Regierungsrath des Kantons Bern

19. März  
1849.

beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt werden.

Bern, den 19. März 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Funk.

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

## Reglement

über

die Organisation der Kreisversammlungen und den  
Geschäftsgang der Schulsynode.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in weiterer Ausführung des §. 10 des Gesetzes über  
die Schulsynode, 21. März  
1849.

auf den Vortrag der Erziehungsdirektion,

beschließt:

### I. Abschnitt.

Organisation der Kreisversammlungen (Kreisynoden).

#### §. 1.

Die nach §. 1 des Schulsynodalgesetzes vom 2.  
November 1848 stimmberechtigten Lehrer jedes Amts-  
bezirktes bilden zusammen eine Kreisynode.

21. März  
1849.

### §. 2.

Die Kreissynoden, aus welchen nach §§. 1 und 2 des Synodalgesetzes die Schulsynode hervorgeht, haben den doppelten Zweck:

- a. die Kräfte der ganzen Lehrerschaft des Kantons auf eine Weise zu verbinden, daß sie auf die gründliche Lösung der vor die Staatsbehörden gelangenden Fragen über das öffentliche Erziehungswesen einen wirksamen Einfluß auszuüben vermögen;
- b. die Lehrer in ihrer theoretischen und praktischen Fortbildung und in der treuen Ausübung ihres Berufes zu ermuntern und zu unterstützen.

### §. 3.

Die Thätigkeit der Kreissynoden umfaßt im Wesentlichen:

- a. die Wahl der Abgeordneten in die Schulsynode,
- b. die Berathung von Wünschen und Anträgen an die Schulsynode und an Staatsbehörden,
- c. die Behandlung der Gegenstände, welche die Vorsteherchaft der Schulsynode den Kreisversammlungen zur Vorberathung überweist;
- d. die gegenseitige Anregung zur wissenschaftlichen Fortbildung, insbesondere aber die wechselseitige Belehrung über die Leitung der Schule.

### §. 4.

Die in §. 3, litt. a, b und c bezeichneten Geschäfte werden von den Mitgliedern der Kreissynode gemeinschaftlich vorgenommen. Zu den in §. 3, litt. d angeführten Verrichtungen kann jede Kreissynode sich in kleinere Konferenzen gliedern, welchen sie von Zeit zu

Zeit pädagogische Fragen überweist, und über deren Thätigkeit sie sich wenigstens einmal des Jahres ausführlichen Bericht erstatten läßt.

21. März  
1849.

§. 5.

Jede Kreissynode versammelt sich ordentlicher Weise zweimal des Jahres, im Mai und am zweiten Sonntage Oktobers (§. 2 der Verordnung über die Wahlen in die Schulsynode), außerordentlicher Weise, so oft es die Geschäfte erfordern, und zwar auf ihren eigenen Beschluß, auf den Ruf ihres Präsidenten und auf das motivirte Begehren eines Viertels ihrer Mitglieder.

Sie bestimmt den Ort der Versammlung selber. Diese kann nöthigenfalls auch auf einen Schultag verlegt werden, in welchem Falle der Lehrer ohne weitere Erlaubniß die Schule einstellen darf.

Jede Einladung zur Sitzung der Kreissynode geschieht unter Angabe der Verhandlungsgegenstände.

§. 6.

Die Konferenzen treten jährlich wenigstens vier Mal zusammen.

Wo sich eine Kreissynode nicht in Konferenzen gliedert, hat sie, außer den in §. 5 geförderten zwei ordentlichen Versammlungen jedes Jahr noch wenigstens vier Sitzungen für die im §. 3, litt. d bezeichneten Berrichtungen zu veranstalten.

§. 7.

Die Theilnahme an den Verhandlungen der Kreissynode und der Konferenzen ist für alle Mitglieder obligatorisch.

Jedes Mitglied kann angehalten werden, jährlich zwei Arbeiten für die Kreissynoden und Konferenzen zu übernehmen.

21. März  
1849.

§. 8.

Ueber die Absenzen, Verspätungen und das zu frühe Weggehen aus den Versammlungen führt der Sekretär ein genaues Verzeichniß.

Die Entschuldigungen gelten nur, wenn sie dem Präsidenten schriftlich eingegeben und von dem Vorstande der betreffenden Versammlung als zureichend erklärt worden sind.

§. 9.

Mitglieder, die im Laufe eines Jahres wiederholt unentschuldigt aus den Versammlungen der Kreissynode oder den Konferenzen wegbleiben, sollen durch den Präsidenten der Kreissynode dem Erziehungsdirektor angezeigt und können von diesem zur Pflichterfüllung gemahnt werden.

§. 10.

Die keiner Kreisversammlung angehörnden Mitglieder der Schulsynode können an allen im §. 3, litt. b, c und d bezeichneten Verhandlungen der Kreissynode des Bezirkes, in welchem sie wohnen, oder da, wo sie in die Schulsynode gewählt worden sind, Theil nehmen. Zur Theilnahme verpflichtet sind sie für diejenigen Versammlungen, in welchen über die Verhandlungen der Schulsynode referirt wird.

§. 11.

Privatlehrer und patentirte Lehrer, die an keiner Schule angestellt sind, dürfen den Verhandlungen der Kreissynoden und der Konferenzen ihres Bezirkes mit beratender Stimme beiwohnen.

§. 12.

In der Versammlung der Kreissynode, welche zu-

nächst auf diejenige der Schulsynode folgt, muß über deren Verhandlungen einläßlich referirt werden.

21. März  
1849.

Die Abgeordneten der betreffenden Kreisversammlung bestimmen von sich aus, welcher von ihnen die Berichterstattung zu übernehmen habe.

§. 13.

Zur Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen und zur Vollziehung der Beschlüsse, so wie zum Behuf einer geregelten Verbindung mit andern Kreisversammlungen und mit der Schulsynode, wählt sich jede Kreissynode in der ordentlichen Frühlingsversammlung durch geheimes absolutes Stimmenmehr einen Ausschuß, bestehend aus einem Präsidenten, Vicepräsidenten, Sekretair, Kassier und einem Beisitzer, sämmtlich auf die Dauer eines Jahres mit Wiederwählbarkeit.

Von diesen Wahlen ist dem Präsidenten der Schulsynode Kenntniß zu geben.

§. 14.

Der Ausschuß der Kreissynode hat dem Vorstande der Schulsynode jedes Jahr im Monat September einen Bericht über die Thätigkeit der Kreisversammlung und der Konferenzen einzuschicken.

§. 15.

Der Ausschuß schickt die Anträge, welche die Kreisversammlung vor die Schulsynode bringen will, wenigstens vier Wochen vor deren Versammlung dem Vorstande der Schulsynode zur Begutachtung nach §. 5 des Gesetzes ein.

§. 16.

Wird der Kreissynode von dem Vorstande der Schulsynode in Anwendung des §. 7 des Gesetzes ein Behandlungsgegenstand zugewiesen, so kann der Präsident

21. März  
1849.

der Kreissynode denselben entweder einer Vorberathung durch den Ausschuss unterlegen oder irgend einem Mitgliede der Kreisversammlung zur Prüfung und Berichterstattung übertragen.

In beiden Fällen aber muß der Gegenstand in der nächsten ordentlichen oder, wenn hiezu der für die Begutachtung angelegte Termin zu kurz ist, in einer außerordentlich zu veranstaltenden Sitzung der Kreissynode behandelt werden.

Das Gutachten wird von dem Ausschuss abgefaßt und in einer Abschrift ins Archiv der Kreisversammlung niedergelegt.

§. 17.

Will eine Kreissynode nach §. 4 des Gesetzes auf die Veranstaltung einer außerordentlichen Sitzung der Schulsynode dringen, so kann der Ausschuss den dießfalligen Beschluss unmittelbar andern Kreisversammlungen zur Kenntniß bringen, hat denselben aber auch sofort dem Vorstande der Schulsynode mitzutheilen.

§. 18.

Der Ausschuss hat vor Ablauf seiner Amtsdauer der Kreissynode über alle Geschäfte, welche er von sich aus erledigte, Bericht zu erstatten.

§. 19.

Auf Grundlage dieses Reglementes, insbesondere zur Entwicklung der im §. 4 bezeichneten Konferenzen, haben die einzelnen Kreissynoden ihre besondern Statuten zu beschließen und dem Vorstande der Schulsynode in Abschrift mitzutheilen.

---

---

## II. Abschnitt.

21. März  
1849.

### Geschäftsgang der Schulsynode und der Vorsteherchaft.

#### A. Geschäftsgang der Schulsynode.

##### §. 20.

Die ordentliche Jahresversammlung findet in der Regel Ende Octobers Statt.

##### §. 21.

Für die ordentlichen Versammlungen wird der Ort von der Schulsynode, für die außerordentlichen von der Vorsteherchaft bestimmt.

##### §. 22.

Wenigstens acht Tage vor jeder Versammlung läßt der Präsident die Einladung zu derselben nebst dem Verzeichnisse der zu behandelnden Gegenstände dem Direktor der Erziehung und jedem Mitgliede der Schulsynode zustellen.

##### §. 23.

Wenn von dem Erziehungsdirektor oder fünf Kreisversammlungen eine außerordentliche Sitzung der Schulsynode verlangt wird, so haben sie den Gegenstand, welcher vor dieselbe gebracht werden soll, dem Präsidenten der Schulsynode mitzutheilen, welcher ihn durch die Vorsteherchaft begutachten läßt, und dafür sorgt, daß die Schulsynode spätestens sechs Wochen nach Eingabe des Begehrens zusammentritt.

##### §. 24.

Zur Gültigkeit der Verhandlungen der Synode ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte ihrer Mitglieder erforderlich.

21. März  
1849.

§. 25.

Die Mitglieder der Synode sind verpflichtet, den Sitzungen beizumohnen und sich in jedem Verhinderungsfalle beim Präsidenten schriftlich zu entschuldigen. Ueber den Besuch der Sitzungen ist den Kreisversammlungen jedes Jahr vor den Erneuerungswahlen Kenntniß zu geben.

§. 26.

Der Geschäftskreis der Schulsynode umfaßt:

- 1) die Begutachtung von Gesetzen, Verordnungen und Reglementen über das öffentliche Erziehungswesen;
- 2) die Begutachtung von allgemeinen Unterrichtsplänen und Lehrmitteln in der Volksschule;
- 3) die Besprechung der Mittel zu Hebung des Unterrichtswesens so wie der Volksbildung im Allgemeinen und Behandlung der auf dieselben bezüglichen Wünsche und Anträge an die Staatsbehörden;
- 4) die Anhörung des Berichtes über die Thätigkeit der Vorsteherchaft (§. 8 des Synodalgesezes), der Kreissynoden und der Konferenzen;
- 5) die Wahl der Vorsteherchaft.

§. 27.

Die im §. 26 Ziffern 4 und 5 bezeichneten Geschäfte werden je am Schlusse der ordentlichen Jahresversammlung vorgenommen.

§. 28.

Ueber Gegenstände, die nach §. 6 des Gesetzes vor die Schulsynode gehören, ist diese einzutreten verpflichtet. In allen andern Fällen ist zuerst die Eintretensfrage zu erledigen.



## §. 29.

21. März  
1840.

Die Erklärung des Austrittes aus der Schulsynode wird dem Präsidenten angezeigt, welcher dieselbe dem Erziehungsdirektor übermittelt, worauf dieser die betreffende Kreisversammlung zu einer neuen Wahl auffordert.

## §. 30.

Die sämtlichen Kosten für die Entschädigung der Vorsteherchaft und die nothwendigen Druckarbeiten der Synode und der Vorsteherchaft werden durch die Direktion der Erziehung bestritten.

## B. Geschäftsgang der Vorsteherchaft.

## §. 31.

Die Vorsteherchaft hat die Geschäfte der Schulsynode vorzubereiten und zu leiten, die Beschlüsse derselben zu vollziehen, das Zusammenwirken der Kreisversammlungen zu befördern, deren Verkehr mit der Schulsynode und der Erziehungsdirektion so wie denjenigen zwischen dieser Behörde und der Schulsynode zu vermitteln und über die Handhabung aller auf die Schulsynode und die Kreisversammlungen bezüglichen Gesetze und Reglemente zu wachen. Auch hat sie das Recht, von sich aus im Interesse des Schulwesens Anträge an die Staatsbehörden und an die Schulsynode zu bringen.

## §. 32.

Die Vorsteherchaft versammelt sich ordentlicher Weise vier Mal des Jahres, außerordentlich, so oft es die Geschäfte erfordern, und zwar auf ihren eigenen Beschluß oder auf den Ruf des Präsidenten.

21. März  
1849.

Sie hält ihre Sitzungen in einem ihr von der Erziehungsdirektion anzuweisenden Lokale in Bern. Die Zeit der Versammlung wird in der Regel durch den Präsidenten bestimmt.

Der Erziehungsdirektor kann den Verhandlungen der Vorsteherchaft mit beratender Stimme beiwohnen.

§. 33.

Wird über den Entwurf eines Gesetzes oder einer Verordnung das Gutachten der Schulsynode verlangt, so muß derselbe gedruckt und durch die Vorsteherchaft allen Mitgliedern der Schulsynode und allen Kreisversammlungen wenigstens vierzehn Tage vor der Versammlung mitgetheilt werden.

Der Vorstand hat den Gegenstand einläßlich vorzubereiten, nachher gemäß §. 7 des Synodalgesetzes die Punkte zu bezeichnen, auf welche er die Diskussion in der Schulsynode beschränkt wissen möchte, und über Letzteres einen Vorschlag auszuarbeiten, welcher der Synode vor Eröffnung der Diskussion zur Annahme oder beliebigen Abänderung vorgelegt wird.

§. 34.

Für die Beratungen der Vorsteherchaft bezeichnet der Präsident die erforderlichen Referenten, die Berichterstatter für die Schulsynode aber werden von der Vorsteherchaft bestimmt.

§. 35.

Die Vorsteherchaft übernimmt die Ausarbeitung aller von der Schulsynode beschlossenen Gutachten, indem sie, je nach dem Beschlusse derselben, das Wesentliche der ganzen Diskussion über den betreffenden Gegenstand zusammenfaßt oder nur die ihr bestimmt bezeichneten Ansichten ausspricht.

Von jedem Gutachten wird eine Abschrift im Archiv aufbewahrt. 21. März 1849.

§. 36.

Wird über Gesetze und Verordnungen, welche zu den im §. 6 des Synodalgesezes bezeichneten gehören, das Gutachten der Vorsteberschaft verlangt, so ist der zu begutachtende Gegenstand erst allen Kreissynoden mitzutheilen, und ein Termin für die Eingabe der Gutachten festzusetzen. Nachher faßt die Vorsteberschaft die von den Kreissynoden eingelangten Gutachten in einem Generalberichte zusammen und übergibt diesen mit ihrer eigenen Beurtheilung des Gegenstandes dem Erziehungsdirektor.

§. 37.

Ueber Gegenstände, welche nicht im §. 6 des Synodalgesezes bezeichnet sind, kann die Vorsteberschaft ihr Gutachten abgeben, ohne vorher die Ansichten der Kreissynoden zu vernehmen.

§. 38.

Jedes Jahr legt die Vorsteberschaft den Kreissynoden zwei pädagogische Fragen zur Beantwortung vor, faßt die eingegangenen Antworten in einen Generalbericht zusammen und theilt diesen mit einer Uebersicht über die Thätigkeit aller Kreisversammlungen nebst dem im §. 8 des Gesezes geforderten Jahresberichte der Schulsynode mit.

§. 39.

Die einzelnen Mitglieder der Vorsteberschaft sind verpflichtet, den Sitzungen fleißig beizuwohnen, sich in jedem Falle der Verhinderung beim Präsidenten schriftlich zu entschuldigen. Die unentschuldigten Versäum-

21. März  
1849. nisse werden der Schulsynode jedesmal vor der Erneuerung des Vorstandes namentlich angezeigt.

§. 40.

Die einzelnen Mitglieder der Vorsteherchaft sind verpflichtet, die ihnen von dem Vorstande oder von dem Präsidenten nach §. 34 übertragenen Arbeiten zu übernehmen. Einer der Sekretäre insbesondere hat das Protokoll der Vorsteherchaft und das Archiv der Schulsynode zu besorgen.

§. 41.

Die Vorsteherchaft besorgt die ihr obliegenden Geschäfte jeweilen bis zu ihrer Erneuerung am Schlusse der nächsten ordentlichen Jahresversammlung der Schulsynode, abgesehen von der inzwischen eintretenden Gesamterneuerung der Synode.

42.

Dieses Reglement, welches den 1. April 1849 in Kraft tritt, soll in beiden Sprachen gedruckt, durch das amtliche Blatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Begeben in Bern, den 21. März 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Vizepräsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

**B e s c h l u ß,**28. März.  
1849.

betreffend

die Bekleidung der Stellen eines Gerichtspräsidenten und eines Friedensrichters durch Schwiegervater und Tochtermann.

Der Große Rath des Kantons Bern,

nach angehörtem Berichte des Regierungsrathes,  
gestützt auf §. 18 der Staatsverfassung, Art. 20 des  
Gesetzes über die Friedensrichter vom 6. März 1841  
und §. 4 des Gesetzes betreffend die neue Gerichtsorganisation vom 31. Juli 1847,

beschließt:

Die Bekleidung der Stellen eines Gerichtspräsidenten und eines Friedensrichters durch Schwiegervater und Tochtermann ist unverträglich.

Gegeben in Bern, den 28. März 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tüllier.**

Der Staatschreiber,

**M. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt

29. März 1849. und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingedrückt werden.

Bern, den 29. März 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Funk.

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

## Abänderungsgesetz

zu

29. März 1849. dem Gesetze über die Liquidation der Zehnten und Bodenzinse vom 4. September 1846.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in theilweiser Abänderung des Gesetzes vom 4. Herbstmonat 1846, betreffend die Ausbezahlung von Vergütungen des Staates an die Privatinhaber von Zehnten, Bodenzinsen und Erbschäßen und die Rückerstattungen an die frühern Loskäufer,

beschließt:

§. 1.

Die Verloosung der sämmtlichen nach Vorschrift des angeführten Liquidationsgesetzes ausgestellten Schuldscheine für die Vergütungen an die Privatberechtigten und die Rückerstattungen an die frühern Loskäufer mit verhältnißmäßiger Vertheilung auf fünfundzwanzig Jahre von 1847 an gerechnet, erfolgt inner der Frist eines Monats von der Bekanntmachung dieses Gesetzes an gerechnet.

## §. 2.

28. März  
1849.

Die nach der Erlassung dieses Gesetzes ausgestellten Schuldscheine sind ebenfalls durchs Loos in eine der fünf und zwanzig Serien einzureihen.

## §. 3.

Das Ergebnis der Verloosung wird durch das Amtsblatt sogleich bekannt gemacht.

Die Verwaltung der Hypothekarkassa wird auf jedem Schuldscheine, welcher ihr zu diesem Ende eingesandt wird, das auf denselben bezügliche Ergebnis der Verloosung bescheinigen.

## §. 4.

Dieses Gesetz ist durch den Finanzdirektor zu vollziehen, in die Sammlung der Gesetze und Dekrete einzurücken und durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

Gegeben in Bern, den 28. März 1849.

Namens des Grossen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern beschließt die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.  
Bern, den 29. März 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

30. April.  
1849.

---

**R e g l e m e n t**  
für  
die Entrichtung der Unterstützung an Armen-  
vereine.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

§. 1.

Bei Vertheilung des im Budget zu Unterstützung der Armenvereine bestimmten Betrags werden folgende Verhältnisse berücksichtigt:

- a) die Zahl der von den Armenvereinen unterstützten Armen im Verhältnisse zur Bevölkerung des betreffenden Armenbezirkes;
- b) das Maß der Leistungen des Armenvereins im Verhältnisse zur Bevölkerung;
- c) die Größe der in den betreffenden Gemeinden erhobenen Armentellen; und
- d) die Größe des Gemeindvermögens und des Partikularwohlstandes, letzteres nach Maßgabe des Steuerregisters.

§. 2.

Die eine Hälfte des Staatsbeitrages wird nach dem Verhältnisse der Zahl der Armen (§. 1 litt. a) und die andere Hälfte nach den übrigen im §. 1 angeführten Grundlagen vertheilt und zwar diese letztern so, daß je größer die Leistungen des Armenvereines, je größer die Gemeindestellen und je geringer das Gemeindvermögen und der Partikularwohlstand ist, desto größer der Staatsbeitrag sein soll.



## §. 3.

Der Regierungsrath bestimmt den betreffenden Betrag auf den Antrag der Direktion des Innern.

30. April  
1849.

## §. 4.

Die Armenvereine haben diese Unterstützung zunächst für allgemeine Zwecke zu verwenden, wie Ankauf von Saatkartoffeln, Einführung von Industriezweigen, Anordnung öffentlicher Arbeiten, Ankauf von Arbeitsstoff u. dgl.

## §. 5.

Die nach dem Verhältnisse der Zahl der vom Armenvereine unterstützten Armen zu vertheilende Hälfte wird im Laufe des ersten Halbjahrs auf Anweisung der Direktion des Innern durch den Amtsschaffner entrichtet.

## §. 6.

Dieses Reglement soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 30. April 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Vizepräsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

## Bundesgesetz

über das

Schießpulverregale.

5. Mai  
1849.

Die Bundesversammlung der schweizerischen  
Eidgenossenschaft,

5. Mai  
1849.

in Ausführung des Art. 38 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt:

Art. 1.

Vom 1. Juli 1849 an steht die Fabrikation und  
der Verkauf des Schießpulvers im Umfange der Eidge-  
nossenschaft ausschließlich dem Bunde zu.

Art. 2.

Ohne Patent darf von diesem Tage an Niemand  
weder Schießpulver verfertigen noch verkaufen.

Art. 3.

Patente werden im Verhältniß zum Bedürfnisse  
ertheilt.

Die Bewerber müssen von den Regierungen ihres  
Wohnortes empfohlen sein und Bürgschaft leisten.

Art. 4.

Die Patente können jederzeit zurückgezogen werden,  
wenn der Inhaber die eingegangenen Verpflichtungen  
nicht erfüllt.

Art. 5.

Der Eidgenossenschaft steht sofort, nach Bekannt-  
machung dieses Gesetzes, ausschließlich das Recht zu,  
Schießpulver einzuführen.

Art. 6.

Zuwiderhandlungen (Art. 1, 2, 5) werden mit Con-  
fiskation bestraft und zudem mit einer Geldstrafe belegt,  
die bis auf den zehnfachen, in Wiederholungsfällen bis  
auf den dreißigfachen Werth der Waare steigen darf.

Die Buße fällt zu einem Drittel an den betref-  
fenden Kanton, zu einem Drittel an den Verleider,  
und zu einem Drittel an die Bundeskasse.

## Art. 7.

Polizeiliche Vorschriften über den Transport und die Aufbewahrung von Schießpulver stehen den Kantonen zu; die Beschränkungen jedoch sollen die Grenze nicht überschreiten, welche die öffentliche Sicherheit erheischt.

## Art. 8.

Die Fabrikation und der Handel des Schießpulvers steht unter der Leitung eines Pulververwalters.

## Art. 9.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes beauftragt.

### **Der schweizerische Bundesrath,**

nachdem der Nationalrath unterm 23. April 1849, der Ständerath unterm 30. gleichen Monats das Gesetz über das Schießpulverregale in vorstehender Fassung genehmigt hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

Art. 1. Das erwähnte Gesetz ist im ganzen Umfange der schweizerischen Eidgenossenschaft an den durch dasselbe festgesetzten Terminen zur Vollziehung zu bringen.

Art. 2. Dasselbe soll allen Kantonsregierungen mitgetheilt und zu Jedermanns Verhalt in gewohnter Weise sofort öffentlich bekannt gemacht werden.

Bern, den 5. Mai 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

5. Mai  
1849.

5. Mai  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Vollziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag als durch Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 9. Mai 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Funk.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

### B e s c h l u ß,

18. Mai 1849. betreffend die Lehrer der Schulkreise Roggenburg und Ederschwylter.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
auf angehörten Bericht der Erziehungsdirektion und  
in Abänderung des §. 1 der Verordnung über die Eintheilung der Wahlkreise und die Wahlen in die Schulsynode,  
beschließt:

#### §. 1.

Die stimmberechtigten Lehrer der Schulkreise Roggenburg und Ederschwylter sind dem Wahlkreise und der Kreissynode von Laufen einverleibt.

#### §. 2.

Die Erziehungsdirektion ist mit der Vollziehung

dieser Verordnung, welche in die Sammlung der Ge. 18. Mai 1849.  
 setze und Dekrete aufzunehmen ist, beauftragt.

Gegeben in Bern, den 18. Mai 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Alex. Funk.

Der Staatschreiber,

M. Wehermann.

## **D e k r e t**

über

Bestimmung einiger Hauptgrundsätze für die 29. Mai 1849.  
 Revision der Hypothekarordnung.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
 erwägend:

daß die Hauptzwecke der Revision der Hypothekar-  
 ordnung in der Vereinfachung der Formen und Kosten  
 und in der bessern Ausbildung des Grundpfandkredites  
 bestehen müssen,

daß diese Zwecke nur bei einem Hypothekarsysteme,  
 welches auf den Kadaster sich gründet, vollständig erreicht  
 werden können,

daß es wünschenswerth ist, für den ganzen Kanton  
 die gleiche Hypothekargesetzgebung zu besitzen, daher  
 die Revision auch auf den betreffenden Theil des fran-  
 zösischen Code civil zu erstrecken ist,

29. Mai 1849. nach Anhörung des Berichtes und der Anträge des Regierungsrathes und der Gesetzgebungscommission, beschließt:

§. 1.

Die Revision der Hypothekarordnung hat auf der Grundlage eines Kadasters zu geschehen.

§. 2.

Die Revision hat sich auch auf die Hypothekarordnung des französischen Code civil zu erstrecken, damit in dieser Beziehung die Einheit zwischen beiden Kantonstheilen hergestellt werde.

§. 3.

Der Regierungsrath und beziehungsweise die Gesetzgebungscommission sind mit den zur Ausführung dieser Grundsätze erforderlichen Vorarbeiten beauftragt.

Gegeben in Bern, den 29. Mai 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern beschließt

die Vollziehung des vorstehenden Dekrets so wie dessen Einrückung in das Amtsblatt und die Gesetzesammlung.

Gegeben in Bern, den 30. Mai 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

---

**D e f r e t,**29. Mai  
1849.

betreffend

1. die Schatzungsrevision für die Grundsteuer,
  2. die Schatzungsrevision für die Brandversicherung, 3. die statistische Aufnahme der Gebäude und Grundstücke für die Einführung der neuen Hypothekarordnung und 4. die Aufnahme der Kadastervermessungen im alten Kantonstheile.
- 

Der Große Rath des Kantons Bern,  
erwägend:

daß eine allgemeine Schatzungsrevision für die Grundsteuer vor Ablauf der durch das Steuergesetz vorgeschriebenen Frist von fünf Jahren sich nothwendig erzeigt, und es zweckmäßig erscheint, in dem zur Vornahme eines solchen vorgeschriebenen Verfahren einige Abänderungen und Ergänzungen namentlich in dem Sinne zu treffen, daß die Schätzungen durch eine Centralcommission ausgeglichen, und Einsprachen gegen solche auf dem kürzern Wege der Administrativentscheidung erledigt werden;

daß ebenso eine allgemeine Revision der Schätzungen für die Brandversicherung nothwendig ist, und diese zur Ersparung von Kosten sehr leicht mit der Revision der Steuerschätzung verbunden werden kann, wobei jedoch auf diejenige Klassifikation der Gebäude, welche bei der Revision des Gesetzes über die Brandversicherungsanstalt von Nutzen sein kann, Rücksicht zu nehmen ist;

29. Mai  
1849.

daß ferner auch zum Behufe der Revision der Hypothekarordnung eine genaue statistische Aufnahme der Gebäude und Grundstücke des Staatsgebietes nothwendig wird, die ebenfalls in Verbindung mit obigen Maßnahmen mit geringern Kosten ausgeführt werden kann;

daß endlich die Aufnahme der Kadastervermessungen auch im alten Kantonstheile sowohl für die öffentliche Verwaltung als für die einzelnen Eigenthümer mit unendlich vielen Vortheilen verknüpft ist;

auf den Vortrag der Direktionen des Innern, der Justiz und der Finanzen, und nach Anhörung des Berichtes des Regierungsrathes und der Gesetzgebungscommission;

beschließt:

#### §. 1.

Es ist eine allgemeine Revision der Schätzungen für die Grundsteuer im alten Kantonstheile vorzunehmen.

Das dabei zu beobachtende Verfahren ist so zu bestimmen, daß die Ausgleichung der Schätzung von Gemeinde zu Gemeinde von einer Centrakommission ausgeleitet, und Einsprachen gegen die Schätzungen überhaupt auf dem Wege der Administrativentscheidung erledigt werden.

Der Regierungsrath ist beauftragt, nach diesen Grundsätzen die nöthigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen und das nöthige Verfahren für einmal zu bestimmen.

#### §. 2.

Mit dieser Revision ist zugleich diejenige der Schätzungen für die Brandversicherungsanstalt zu ver-



binden; zu welchem Ende der Regierungsrath den Auftrag erhält, auch in dieser Beziehung die nähern Vollziehungsbestimmungen zu erlassen, und dabei diejenige Klassifikation der Gebäude festzubalten, welche bei einer Revision des Gesetzes über die Brandversicherungsanstalt von Nutzen sein kann.

29. Mai  
1849.

§. 3.

Im Fernern ist mit obigen Maßnahmen eine genaue statistische Aufnahme der Gebäude und Grundstücke zum Zwecke der Einführung einer neuen Hypothekarordnung auf den vom Großen Rathe beschlossenen Grundlagen zu verbinden.

Der Regierungsrath wird zu diesem Ende die Schatzungsrevision auch auf den neuen Kantonstheil ausdehnen und in beiden Kantonstheilen den Werth der Gebäude und Grundstücke nach einem möglichst gleichen Maßstabe bestimmen lassen, so wie er überhaupt beauftragt ist, die zu diesem Behufe erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

§. 4.

Die Ausdehnung der Kadastervermessungen des neuen Kantonstheils auf den alten ist im Grundsatz angenommen.

Der Regierungsrath wird dem Großen Rathe bis zu seiner nächsten Sitzung die nähern Vorschläge über die Art der Ausführung und die Repartition der dazugehörigen Kosten vorlegen.

Gegeben in Bern, den 29. Mai 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

29. Mai  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt

die Vollziehung des vorstehenden Dekrets, so wie dessen  
Einrückung in das Amtsblatt und die Gesetzesammlung.

Gegeben in Bern, den 30. Mai 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Alex. Funk.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

## **Bundesgesetz,**

betreffend

30. Mai 1849. den freien Verkehr an der Wasserstraße von Luzern  
nach Flüelen.

Die Bundesversammlung der schweizerischen  
Eidgenossenschaft,

in der Absicht, den freien Verkehr an der Wasser-  
straße von Luzern nach Flüelen herzustellen, in Anwen-  
dung des Art. 30 der Bundesverfassung und nach An-  
hörung des Berichts und Antrages des Bundesrathes,  
verordnet:

Art. 1.

Die in Flüelen, Brunnen, Gersau und Luzern be-  
stehenden Beschränkungen der freien Schifffahrt sind  
aufgehoben.

Art. 2.

Unter Vorbehalt der Verordnungen, welche die

Sicherheitspolizei erfordert (Art. 29 der Bundesverfassung), darf Jedermann in den an der Wasserstraße von Luzern nach Flüelen gelegenen Ortschaften (Luzern, Weggis, Gersau, Beckenried, Brunnen und Flüelen) Personen und Waaren aller Art frei und ungehindert aufnehmen und absetzen.

30. Mai  
1849.

Art. 3.

Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft, und es ist der Bundesrath mit der Vollziehung desselben beauftragt.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Nationalrath unterm 16. Mai 1849,  
der Ständerath unterm 22. gleichen Monats das vor-  
stehende Gesetz, betreffend den freien Verkehr an der  
Wasserstraße von Luzern nach Flüelen, erlassen hat, so-  
mit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

Art. 1.

Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner Be-  
kanntmachung an in Kraft.

Art. 2.

Dasselbe soll dem Bundesblatte einverleibt, allen  
Kantonsregierungen mitgetheilt und von denselben zu  
Jedermanns Verhalt in gewohnter Weise sofort öffent-  
lich bekannt gemacht werden.

Bern, den 30. Mai 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schief.

30. Mai  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Vollziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag als durch Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 4. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

M. Weyermann.

## B e s c h l u ß ,

2. Juni  
1849.

betreffend die Schützengesellschaften.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Betrachtung:

daß die Schützengesellschaften wesentlich dazu beitragen, das schweizerische Wehrwesen im Geiste republikanischer Einrichtungen zu heben, und daß es deßhalb Pflicht des Staates ist, die Förderung dieses Zweckes zu unterstützen,

in theilweiser Ergänzung der Militärorganisation vom 16. April 1847, auf den Antrag des Militärdirektors und des Regierungsrathes,

beschließt:

1) die Gemeinden, wo sich Schützengesellschaften bil-

den, sind verpflichtet, die erforderlichen dem Zwecke entsprechenden Schießplätze unentgeltlich anzuweisen ;

2. Juni  
1849.

- 2) der Staat unterstützt die Schützengesellschaften mit jährlichen Beiträgen in einer Gesamtsumme von höchstens sechstausend Franken.
  - 3) der Regierungsrath ist beauftragt, über ihre Organisation ein besonderes Reglement zu erlassen und die jährlichen Beiträge zu bestimmen ;
  - 4) dieser Beschluß tritt sofort vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft und soll in die Sammlung der Geseze und Dekrete aufgenommen werden.
- Bern, den 2. Juni 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
verordnet:

2. Juni  
1849.

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt, durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Geseze und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 4. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

2. Juni  
1849.

## B e s c h l u ß

zu

Ergänzung des Gesetzes über die Erläuterung einiger Bestimmungen des Personenrechts vom 20. Mai 1848.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in Betrachtung:

daß Zweifel über die Frage walten, ob der Artikel 4 des Gesetzes über die Erläuterung einiger Bestimmungen des Personenrechts vom 20. Mai 1848 auch in Betreff der Erklärung der Ehefrau über den Betrag des zugebrachten Gutes oder der Verzichtleistung auf das ihr dießfalls zukommende Vorrecht seine Anwendung finde;

daß nach dem Sinn und Geiste, wie nach dem Buchstaben des Gesetzes eine Vertretung der Ehefrau durch einen außerordentlichen Beistand bei Verhandlungen der angegebenen Art nicht erforderlich ist, zumal auch nach den frühern Gesetzen die Ehefrau hiefür keines außerordentlichen Beistandes bedurste, und die angeführte Gesetzesstelle dieses Erforderniß nur für Verhandlungen mit dem Ehemanne vorschreibt;

daß indeß zu Hebung der obwaltenden Zweifel eine authentische Interpretation des Gesetzes als wünschenswerth erscheint;

beschließt:

Der Artikel 4 des angeführten Gesetzes findet seine Anwendung nicht bezüglich der Erklärung der Ehefrau

über den Betrag des zugebrachten Gutes oder der Ver-  
zichtleistung auf ihr dießfälliges Vorrecht.

2. Juni  
1849.

Bern, den 2. Juni 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
verordnet:

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt,  
durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Samm-  
lung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 4. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

## **Bundesgesetz über das Postregale.**

4. Juni  
1849.

Die Bundesversammlung der schweize-  
rischen Eidgenossenschaft,  
in Ausführung des Art. 33 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht des Vorschlaues des Bundesrathes,  
beschließt:

Art. 1.

Das Postregale im ganzen Umfange der Eidgenossen-  
schaft steht dem Bunde zu.

4. Jun  
1849.

### Art. 2.

Das Postregale besteht in dem ausschließlichen Rechte:

- a. des Transportes von verschlossenen Briefen;
- b. des Transportes von andern verschlossenen Gegenständen aller Art (Pakete, Gelder u. s. w.), wenn sie nicht über zehn Pfund schwer sind;
- c. des regelmäßigen periodischen Transportes von Personen;
- d. der Beförderung von Personen durch Extraposten.

### Art. 3.

Als Ausnahme von den im Art. 2 enthaltenen Bestimmungen ist das Versenden und Vertragen von Briefen, Paketen und Geldern gestattet:

- a. wenn es als Sache bloßer Gefälligkeit, somit nicht gegen Bezahlung oder Belohnung erfolgt, und insofern es nicht durch Personen geschieht, die sich aus der Besorgung von Aufträgen und Kommissionen für Dritte oder aus der Besorgung und Bedienung von periodischen Kursen zu Fuß oder wie immer ein Gewerbe machen;
- b. wenn es durch den Eigenthümer selbst oder durch eine von ihm hiezu besonders bestellte Person stattfindet.

### Art. 4.

Für die regelmäßige periodische Beförderung von Personen und deren Gepäck auf Eisenbahnen, Schiffen oder Fuhrwerken, für Beförderung von Personen durch Extraposten, sowie für den Transport von Briefen, Paketen, Geldern und Personen durch Boten, kann der Bundesrath auf bestimmte Zeit, gegen Entrichtung einer Gebühr, besondere Konzessionen ertheilen.

Die Bedingungen, von denen die Konzession ab-



hängig gemacht wird, sollen in dem darüber auszufertigenden Patente genau bezeichnet werden.

4. Juni  
1849.

Der Bundesrath kann die Konzession augenblicklich zurückziehen, wenn der Inhaber die Bedingungen, unter welchen sie ihm erteilt worden ist, verletzt oder sich sonst eine Gefährde zu Schulden kommen läßt.

Art. 5.

Da wo Eisenbahnen schon bestehen, oder wo Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen bereits erteilt sind, tritt der Bund hinsichtlich des Transportes von Personen und Sachen in diejenigen Rechte, die sich die Kantone vorbehalten haben.

Art. 6.

Verletzungen des Postregals sind mit einer Buße von ein Franken bis fünfhundert Franken zu bestrafen. In Wiederholungsfällen kann die Buße bis auf zweitausend Franken erhöht werden.

Der gleichen Strafe unterliegt auch die Ueberschreitung der Konzession.

Art. 7.

Die eidgenössischen Postbeamten und Bediensteten, sowie die Polizeibehörden der Kantone, sind verpflichtet, zur Entdeckung und Erhebung von Straffällen thätig mitzuwirken. Die zuständige Kantonalbehörde soll den unerlaubten Postbetrieb sofort einstellen und zwar nöthigenfalls durch Beschlagnahme der Transportmittel.

Art. 8.

Die Postanstalt ist nicht verpflichtet, solche Gegenstände zur Beförderung zu übernehmen, die

- a. leicht zerbrechlich, oder selbst bei ordentlicher Behandlung dem Verderben unterworfen sind;

4. Juni  
1849.

- b. die schwer zu verpacken und zu besorgen sind;
- c. die wegen des großen Umfanges oder Gewichtes zum Posttransport sich nicht eignen.

Art. 9.

Es ist verboten, solche Gegenstände der Post zur Beförderung zu übergeben, die während der Fahrt leicht in Gährung oder Fäulniß übergehen, oder solche, die sich entzünden oder Explosionen verursachen können, wie z. B. Schießpulver, Schießbaumwolle, Zündhölzchen und andere gefährliche Gegenstände.

Wenn dennoch ein solcher Gegenstand unter Verheimlichung des Inhaltes aufgegeben wird, so ist der Aufgeber für den Schaden verantwortlich und verfällt, ob Schaden erfolgt sei oder nicht, in eine Buße von einem bis zweihundert Franken, sofern nicht seine Handlung in ein größeres Vergehen oder Verbrechen übergeht.

Art. 10.

Der Bund gewährleistet die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses.

Das Postgeheimniß schließt die Pflicht in sich, keine der Post anvertraute Gegenstände zu öffnen, ihrem Inhalt auf keine Weise nachzuforschen, über den Verkehr der einzelnen Personen unter sich keine Mittheilungen an Dritte zu machen und Niemanden Gelegenheit zu geben, das Postgeheimniß zu verletzen.

Art. 11.

Beamte und Angestellte der Postverwaltung, die sich der Verletzung des Postgeheimnisses schuldig machen, begehen eine Dienstverletzung, die durch die zuständige Postbehörde zu bestrafen ist, insoweit der Fall nicht durch die Strafgesetzgebung betroffen wird.

## Art. 12.

4. Juni  
1849.

Die Postanstalt haftet für den Verlust oder die Beschädigung der ihr mit Werthangabe anvertrauten Gegenstände. Der eingeschriebene Werth gibt den Maßstab der Entschädigung, wenn nicht die Postanstalt beweisen kann, daß der beschädigte Gegenstand einen geringern Werth gehabt hat.

## Art. 13.

Die Postverwaltung hat dem Aufgeber eine Vergütung von zehn Franken zu leisten, wenn die Abgabe eines eingeschriebenen (rekommandirten oder chargirten) Briefes oder eines eingeschriebenen Schriftpaketes mit oder ohne Werthangabe um mehr als einen Posttag verspätet wird, — und von dreißig Franken, wenn ein solcher Brief oder ein eingeschriebenes Schriftpaket ohne Werthangabe verloren geht.

Die gleiche Vergütung von zehn Franken ist zu leisten, wenn besonders rekommandirte Pakete oder Gelder um mehr als zwei Posttage verspätet werden.

## Art. 14.

Gegenüber den Reisenden haftet die Postanstalt für die persönliche Beschädigung nur soweit es den Ersatz der Verpflegungs- und Heilungskosten betrifft.

Der Bundesrath ist jedoch ermächtigt, weitergehende Entschädigung zu leisten, wenn durch den Unglücksfall für den Beschädigten oder seine Familie bedeutender Nachtheil entstanden ist.

Hinsichtlich des Gepäcks, welches der Post übergeben wird, ist die Postanstalt ebenfalls haftbar, und es hat der Bundesrath hierüber die nähern reglementarischen Vorschriften zu erlassen.

4. Juni  
1849.

Art. 15.

Die Entschädigungspflicht fällt weg:

- a. wenn die Post freiwillig solche Gegenstände übernimmt, die sie nach Art. 8 nicht anzunehmen pflichtig ist und dabei ausdrücklich die Verantwortlichkeit ablehnt;
- b. wenn der Schaden nicht von einem Postbeamten oder Bediensteten verschuldet worden; oder
- c. außer dem schweizerischen Postgebiete entstanden ist.

Im letztern Falle wird jedoch die Postverwaltung die nöthigen Schritte thun, um dem Aufgeber bei der betreffenden auswärtigen Postverwaltung vertragsgemäß den gebührenden Ersatz zu verschaffen.

Art. 16.

Für den Verlust oder die Verspätung nicht eingeschriebener Briefe und solcher Gegenstände, die ohne Werthangabe der Post aufgegeben werden, sowie für die Verspätung von Personen und nicht besonders rekommandirten Paketen und Geldern wird keine Entschädigung geleistet.

Art. 17.

Die Schadenersatzklage wegen verlornen oder beschädigter Gegenstände, und diejenige wegen Nichtabgabe oder Verspätung eingeschriebener Briefe und Schriftpakete oder besonders rekommandirter Pakete und Gelder, verjähren binnen neunzig Tagen, wenn der Bestimmungsort in Europa oder in den Küstenländern des mittelländischen Meeres liegt, und binnen Jahresfrist, wenn derselbe in andern Welttheilen sich befindet. Wer wegen persönlicher Beschädigung (Art. 14) ein Forderungsrecht geltend machen will, ist bei Verlust desselben verpflichtet, inner dreißig Tagen der Postdirektion davon

Kenntniß zu geben und das Klagrecht inner neunzig Tagen geltend zu machen.

4. Juni  
1849.

Beide Fristen werden vom Tage des Unfalls an berechnet.

Art. 18.

Forderungen auf Schadenersatz wegen Werthgeegenständen oder eingeschriebene Briefe und Schriftpaketen sind bei dem Postbureau des Aufgabsortes, und Forderungen wegen persönlicher Beschädigung bei der Postdirektion, in dessen Postkreis der Unfall begegnet ist, zu gütlicher Erledigung anzubringen. Wird dort nicht entsprochen, so ist die Klage bei dem zuständigen Richter geltend zu machen.

Art. 19.

In Fällen von Verantwortlichkeit hat die Postverwaltung den Regreß auf den Fehlbaren.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Ständerath unter'm 24. Mai 1849,  
der Nationalrath unter'm 2. Brachmonat vorstehendes  
Gesetz über das Postregale erlassen hat, somit dasselbe  
zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

1) Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft.

2) Dasselbe soll dem Bundesblatt einverleibt und überdieß sämtlichen Kantonsregierungen behufs öffentlicher Bekanntmachung mitgetheilt werden.

Bern, den 4. Juni 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schieß.

4. Juni  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Vollziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag als durch Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Bern, den 11. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

## **Bundesgesetz**

über die

**Organisation der Postverwaltung.**

4. Juni  
1849.

Die Bundesversammlung  
der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
in weiterer Ausführung des Art. 33 der schweizerischen Bundesverfassung, nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt:

**I. Abschnitt.**

**Einteilung des Postgebietes.**

**Art. 1.**

Das schweizerische Postgebiet wird in nachstehende Postkreise eingetheilt:

**I. Postkreis: Genf,**

bestehend aus dem Kanton Genf und dem waadtländischen Bezirke Nyon.

**II. Postkreis: Lausanne,**

bestehend aus den Kantonen Freiburg, Waadt, mit Ausnahme des Bezirkes Nyon, und Wallis.

4. Juni  
1849.

### III. Postkreis: Bern,

bestehend aus dem Kanton Bern, mit Ausschluß der den Postkreisen IV. und V. zugeschiedenen Gebietsheile.

### IV. Postkreis: Neuenburg,

bestehend aus dem Kanton Neuenburg und dem auf dem linken Ufer des Bielersee's und der Zihl gelegenen Theile des Kantons Bern, mit Ausnahme des Amtsbezirkes Laufen.

### V. Postkreis: Basel,

bestehend aus dem Kanton Solothurn, mit Ausnahme der dem VI. Postkreise zugetheilten Gemeinden; aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land, und aus den auf dem linken Ufer der Aar liegenden Gemeinden der bernischen Amtsbezirke Wangen und Arwangen, nebst dem Amtsbezirke Laufen.

### VI. Postkreis: Aarau,

bestehend aus dem Kanton Aargau und den auf dem rechten Ufer der Aare liegenden Gemeinden des solothurnischen Amtes Olten.

### VII. Postkreis: Luzern,

bestehend aus den Kantonen Luzern, Uri, Unterwalden ob und nid dem Wald, und den schwyzerischen Bezirken Schwyz, Gersau und Rüşnacht.

### VIII. Postkreis: Zürich,

bestehend aus den Kantonen Zürich, Zug, Schaffhausen, Thurgau.

### IX. Postkreis: St. Gallen,

bestehend aus dem Kanton St. Gallen, mit Ausnahme des Bezirkes Sargans; aus den schwyzerischen Bezirken

4. Juni  
1849.

Einsiedeln, March und Höfe; ferner aus den Kantonen Glarus und Appenzell beider Rhoden.

X. Postkreis: Chur,

bestehend aus dem Kanton Graubünden (mit Ausschluß des Hochgerichtes Misox und Calanca) und aus dem St. Gallischen Bezirke Sargans.

XI. Postkreis: Vellenz,

bestehend aus dem Kanton Tessin und dem graubündnerischen Hochgerichte Misox und Calanca.

II. Abschnitt.

Organisation der Behörden.

Art. 2.

Die oberste vollziehende und leitende Behörde ist der Bundesrath. Alle das Postwesen betreffenden Massregeln und Verfügungen gehen von ihm aus, soweit sie nicht von ihm an untergeordnete Beamte übertragen werden.

Art. 3.

Er unterhandelt die Postverträge mit dem Auslande, bezeichnet hiefür die Abgeordneten und erteilt ihnen die nöthigen Instruktionen. Die Gutheißung solcher Verträge steht der Bundesversammlung zu. Diese kann jedoch ausnahmsweise in einzelnen Fällen, wenn besondere Gründe es nothwendig erscheinen lassen, den Bundesrath damit beauftragen.

Art. 4.

Der Bundesrath errichtet Extraposten, wo es ihm angemessen erscheint, und erläßt die darauf bezüglichen Reglemente.

Er errichtet neue Fahr- und Botenkurse und hebt innerhalb der Schranken der Bundesverfassung schon bestehende auf.



## Art. 5.

4. Juni  
1849.

Die Vorschläge zur Errichtung bleibender Beamtungen und zur Bestimmung ihrer Gehalte bringt er zur Gutheißung an die Bundesversammlung.

Anstellungen von Bediensteten, vom Kondükteur abwärts, oder provisorische Beamtungen, kann er von sich aus einführen und deren Gehalte festsetzen.

## Art. 6.

Ihm steht das Recht zu, die Postbeamteten und Bediensteten zu wählen; er kann aber dieses Recht, so weit es untergeordnete Bedienstete vom Kondükteur abwärts betrifft, an andere Behörden oder Beamte übertragen.

## Art. 7.

Die unmittelbare Oberaufsicht des gesammten Postwesens steht dem Postdepartemente zu.

Dasselbe schlägt dem Bundesrathe zweckmäßig erscheinende Verfügungen in Postsachen vor, begutachtet die vom Bundesrathe zu behandelnden Gegenstände, sorgt für die Vollziehung der in diesem Verwaltungszweige von den Oberbehörden ausgegangenen Gesetze und Verfügungen, und trifft selbst innerhalb der Schranken der ihm angewiesenen Kompetenz die erforderlichen Anordnungen.

## Art. 8.

Unter dem Postdepartemente steht, zur Leitung des gesammten Postwesens, ein Generalpostdirektor.

## Art. 9.

Unter dem Generalpostdirektor steht in jedem Kreise ein Postdirektor zur Leitung des Postwesens in seinem Kreise.

4. Juni  
1849.

Art. 10.

Für Besorgung des Personentransportes, für die Auf- und Abgabe und die Beförderung der Postgegenstände sind überall, wo das Bedürfniß es erfordert, Postbüreau und Postablagen zu errichten.

Art. 11.

Die Postbüreau stehen, je nach ihrer Bedeutung und der Anzahl des erforderlichen Personals, unter der Leitung eines Postverwalters oder eines Postexpeditors, die Postablagen unter einem Ablagehalter.

III. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Wahl und Entlassung, Befugnisse und Obliegenheiten der Postbeamten und Postbediensteten.

Art. 12.

Alle Postbeamten werden auf eine Amtsdauer von drei Jahren erwählt; die Postbediensteten dagegen auf unbestimmte Zeit.

Ersetzungen in der Zwischenzeit finden nur noch für den Rest der Amtsdauer statt. Die erste Amtsdauer aller Postbeamten geht mit dem 31. März 1852 zu Ende.

Art. 13.

Der Bundesrath hat jederzeit das Recht, einen Beamten durch motivirten Beschluß zu entlassen, wenn der Gewählte sich als untüchtig erzeigt, oder wenn er sich grober Fehler schuldig macht.

Der Chef des Postdepartements, der Generalpostdirektor und die Postdirektoren sind auch ermächtigt, einen untergeordneten Beamten oder Bediensteten provisorisch in seinen Verrichtungen einzustellen, unter sofortiger Anzeige an die obere Behörde, der die endliche Verfügung zusteht.

## Art. 14.

4. Juni  
1849.

Beamte und Bedienstete der Postverwaltung, die absichtlich oder aus Fahrlässigkeit die ihnen obliegenden Pflichten nicht gehörig erfüllen, können ohne richterliche Dazwischenkunft mit einer Ordnungsbusse von ein bis fünfzig Franken von dem Chef des Postdepartements, dem Generalpostdirektor und von den Kreispostdirektoren, von den letztern aber nur sofern sie diesen untergeordnet sind, bestraft werden.

Dem Bestraften steht der Rekurs an die Behörde oder Stelle offen, welche derjenigen, die ihn bestraft, zunächst übergeordnet ist. Ist aus einer solchen Dienstverletzung Schaden entstanden, so haben sie überdies für den Ersatz zu haften.

## Art. 15.

Beamte und Bedienstete der Postverwaltung, welche Gelder oder Werthgegenstände, die sie zur Beförderung oder zur Aufbewahrung erhalten, zu andern Zwecken verwenden oder auch erstere nur mit ihrer Privatkasse vermischen, sind jedenfalls mit Ordnungsbusen von zehn bis fünfzig Franken oder mit Entlassung zu bestrafen. Ist das Vergehen der Unterschlagung vorhanden, so sind sie überdies an die Gerichte zu weisen. Gleicher Abmündung und Strafe unterliegt derjenige Beamte, welcher amtliche Kenntniß des obigen Dienstvergehens hat, und hiervon der vorgesetzten Behörde nicht sogleich Anzeige macht.

## Art. 16.

Die Postbeamten und Bediensteten, denen Geld oder Werthgegenstände anvertraut werden, haben Sicherheit zu leisten.

4. Juni  
1849.

Art. 17.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des vorliegenden Gesetzes beauftragt.

**Uebergangsbestimmung.**

Der Bundesrath ist bevollmächtigt, bis die neuen Posteinrichtungen durchgeführt sein werden, der Generalpostdirektion und den Kreispostdirektionen innerhalb der Schranken der Budgetkredite die zu guter Führung der Geschäfte unentbehrlichen Beamten beizugeben.

Nach Ablauf der bezeichneten Zeit wird der Bundesrath die erforderlichen Vorschläge zur gesetzlichen Feststellung dieser Beamtungen hinterbringen.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Nationalrath unterm 19. Mai 1849,  
der Ständerath unterm 25. gleichen Monats vorstehendes Gesetz über die Organisation der Postverwaltung erlassen hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

- 1) Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft.
- 2) Dasselbe soll dem Bundesblatt einverleibt und überdieß sämtlichen Kantonsregierungen behufs öffentlicher Bekanntmachung mitgetheilt werden.

Bern, den 4. Juni 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schiff.

Der Regierungsrath des Kantons Bern, 4. Juni 1849.

beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Vollziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag, als durch Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 11. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

## **Verordnung und Instruktion**

6. Juni 1849.

über die

Revision der Steuerschätzung für die Grundstücke.

Der Regierungsrath des Kantons Bern, gestützt auf den Beschluß des Großen Rathes vom 29. Mai 1849,

auf den Antrag des Finanzdirektors,  
verordnet:

**I. Wahl und Zusammensetzung der Centraalkommission.**

§. 1.

Es soll zu Vornahme der Revision der Grundsteuerschätzungen im alten Kantonstheile eine Kommission von fünfzehn Mitgliedern, zusammengesetzt aus Männern aller Gegenden dieses Kantonstheiles, niedergesetzt werden. Ihre Wahl geschieht durch den Regierungsrath.

6. Juni  
1840.

§. 2.

Die durch diese Verordnung vorgeschriebene Schätzungsbrevision erstreckt sich blos auf die Grundstücke. Ueber die Revision der Gebäudeschätzung wird eine besondere Verordnung das Verfahren bestimmen.

§. 3.

Die Mitglieder der Kommission beziehen für Auslagen und Versäumnis eine Entschädigung von acht Franken für jeden Tag, wo sie in Funktion oder auf der Reise begriffen sind.

Sind sie jedoch Beamte von sechszehnhundert Franken Besoldung und darüber, so beziehen sie als Vergütung ihrer Auslagen täglich nur vier Franken. Der Staat bezahlt aber ihre allfälligen Stellvertreter im Amte.

§. 4.

Die ganze Revisionsarbeit geschieht unter Leitung und Aufsicht des Finanzdirektors. Er gibt der Kommission einen Kommissär bei, der ihr die nöthigen Materialien an die Hand zu geben und sie in ihren Arbeiten zu leiten und zu unterstützen hat.

II. Verfahren bei der Schätzung.

A. Von Gemeinde zu Gemeinde.

§. 5.

Die Kommission bestimmt für jede Gemeinde nur die Gesamtschätzungssumme des versteuerbaren Grund und Bodens; in eine Schätzung der einzelnen Grundstücke tritt sie nicht ein.

§. 6.

Sie wird sich bestreben, durch ihre Schätzung möglichst genau den wahren Werth des versteuerbaren Grund und Bodens auszudrücken und die einzelnen Gemeinden unter sich in das richtige Verhältniß zu bringen.

§. 7.

In einer vorausgehenden allgemeinen Berathung wird sie die bei der Schätzung zu befolgenden Grundsätze näher feststellen, und dieselben dann gleichmäßig für den ganzen alten Kantonstheil anwenden.

6. Juni  
1849.

§. 8.

Sie beginnt ihre Arbeiten mit der Schätzungsberichtigung der Gemeinden eines von ihr zu bestimmenden Amtsbezirktes. Von da aus schreitet die Kommission von Gemeinde zu Gemeinde vorwärts, und bestimmt auf dem Wege der Vergleichung mit den bereits abgeschätzten Gemeinden die Gesamtschätzungssumme jeder derselben.

§. 9.

Zur Beförderung ihrer dahierigen Arbeit wird sie sich in die nöthige Anzahl von Sektionen theilen. Jede Sektion ist verbunden, die Gemeinden, deren Schätzung sie zu berichtigen hat, wenigstens einmal zu bereisen.

§. 10.

Zudem haben die Sektionen in jeder Gemeinde wenigstens einmal beizuziehen und über die Schätzungsverhältnisse des Grundeigenthums anzuhören:

- a. den Regierungsstatthalter, den Amtsschreiber und den Amtschaffner des betreffenden Amtsbezirktes. Der Regierungsstatthalter und der Amtschaffner erhalten für jeden Tag als Vergütung ihrer Auslagen, sofern sie außer die Gemeinde ihres Wohnsitzes sich begeben müssen, jeder fünfzehn Bazen.
- b. den Präsidenten des Gemeinderaths der betreffenden Gemeinde, oder denjenigen Mann, den der Gemeinderath dazu bezeichnen wird. Als Entschädigung erhält er für jeden vollen Tag Versäum-



6. Juni  
1849.

nist fünfzehn Bagen, für einen halben Tag fünf und siebenzig Rappen.

Außerdem können mit Bewilligung der Finanzdirektion oder ihres Kommissärs noch andere sachverständige oder ortskundige Männer beigezogen werden. Diese erhalten für jeden vollen Tag Bersäumniß fünfzehn Bagen, für einen halben Tag fünf und siebenzig Rappen.

§. 11.

Der Gesamtflächeninhalt der versteuerbaren Liegenschaften einer Gemeinde wird, wo geometrische Vermessungen stattgefunden haben, nach diesen, sonst nach Angabe der vorhandenen Steuerregister bestimmt. Sollte es sich jedoch bei der später vorzunehmenden Vermessung ergeben, daß derselbe um mehr als zehn Prozente zu gering angegeben worden, so wird dasjenige, was über diese zehn Prozente hinausgeht, durch nachfolgenden Steuerzuschlag zu berichtigen vorbehalten.

§. 12.

Sobald die Sektionen ihre Arbeiten vollendet haben, treten sie in der Gesamtkommission zusammen und gleichen ihre Schätzungsergebnisse wechselseitig aus.

§. 13.

Ueber das Ergebnis ihrer Schätzungs- und Ausgleichungsarbeiten reicht die Kommission dem Regierungsrathe ein Gutachten ein.

§. 14.

Auf dieses Gutachten hin setzt der Regierungsrath die Gesamtschätzungssumme für die Liegenschaften jeder Gemeinde fest und läßt sie durch das amtliche Blatt, durch Anschlag und Verlesen bekannt machen.

Das Ergebnis der Ausgleichung wird in Prozent-



zuschlägen oder Abzügen auf Grundlage der bisherigen Gesamtschätzungssumme jeder Gemeinde festgesetzt.

6 Juni  
1849.

§. 15.

Glaubt sich eine Gemeinde im Verhältnisse zu den übrigen Gemeinden zu hoch belegt, so kann sie durch Mehrheitsbeschluß (die Mehrheit nach dem Werthverhältnisse des Grundbesitzes berechnet) binnen dreißig Tagen von der Bekanntmachung der Schätzung durch das Amtsblatt an gerechnet, vom Regierungsrath eine Untersuchung durch Sachverständige verlangen. Der Regierungsrath ernennt hierauf drei Sachverständige und entscheidet nachher endlich auf ihren Bericht hin.

Die Sachverständigen haben nur zu untersuchen, ob im Vergleiche zu den umliegenden Gemeinden die betreffende Gemeinde zu hoch geschätzt sei, und bejahenden Falls anzugeben, um wie viel.

§. 16.

Die Kosten der Untersuchung tragen die einsprechenden Grundbesitzer, wenn ihre Einsprache unbegründet erfunden worden, sonst aber der Staat.

Die Entschädigung der Sachverständigen findet nach den im § 3 aufgestellten Grundsätzen Statt.

**B. Ausglei chung der Schätzungen in den Gemeinden.**

§. 17.

Sobald die Gesamtschätzungssumme der Liegenschaften einer Gemeinde festgestellt ist, soll eine Revision der Schätzung der einzelnen Grundstücke stattfinden, die Gesamtschätzungssumme mag abgeändert worden sein oder nicht.

§. 18.

So lange diese Revision nicht geschehen ist, wird

6. Juni  
1849.

jedem Eigenthümer an seiner Steuersumme der gleiche Prozentschlag oder Abzug gemacht, der für die ganze Gemeinde festgestellt worden ist.

#### §. 19.

Die Schatzungsrevision wird durch eine Kommission von drei oder fünf Mitgliedern, die der Gemeinderath aus der Zahl der Grundbesitzer der betreffenden Gemeinde ernennt, vollzogen. Besteht die Kommission aus drei Mitgliedern, so muß eines, besteht sie aber aus fünf, so müssen zwei aus den sechs größten auswärtswohnenden Grundbesitzern der Gemeinde genommen werden, sofern deren vorhanden sind.

#### §. 20.

Für die Revision der Schätzungen in den Gemeinden gelten folgende Regeln:

- a. Die Schätzung muß für jedes Grundstück besonders revidirt werden.
- b. Die Kommission fängt an einem geeigneten Punkte mit der Schätzung eines Grundstückes an und setzt dann vergleichsweise mit dieser die Schätzung aller übrigen im Gemeindsbezirke fest.
- c. Für die Werthbestimmung des einzelnen Grundstückes gilt keine Klassifikation; die Kommission bestimmt den Werth eines jeden nach möglichst annähernden Verhältnissen.

#### §. 21.

Bei der Schätzung eines jeden Grundstückes ist auch der Flächeninhalt möglichst genau anzugeben; wo Pläne vorhanden sind, mit Berufung auf dieselben.

## §. 22.

6. Juni  
1849.

Der Amtschaffner und der Amtsschreiber haben den Arbeiten der Kommission bei Aufnahme der Schatzungen über die einzelnen Grundstücke in den Gemeinden wenigstens den ersten Tag beizuwohnen. Der Amtsschreiber besorgt die Aufnahme des Verzeichnisses der Grundstücke und merkt die Schatzung derselben und die Größe des Flächeninhaltes an. Für jeden vollen Tag Versäumniß bezieht der Amtschaffner eine Auslagenvergütung von fünfzehn Bazen.

## §. 23.

Nach Beendigung der Schatzungen ist das Verzeichniß der Grundstücke während drei Wochen in der Gemeindeschreiberei zu Jedermanns Einsicht aufzulegen und die Zeit dieser Auflage zum voraus durch das amtliche Blatt und durch Verlesen bekannt zu machen.

## §. 24.

Glaubt ein Grundbesitzer, seine Liegenschaften oder einzelne derselben seien im Verhältnisse zu den übrigen Liegenschaften der Gemeinde zu hoch geschätzt worden, so kann er während der im vorigen Paragraphen festgesetzten Frist dagegen Einsprache erheben. Sämmtliche eingelangte Einsprachen werden nach Ablauf dieser Frist von der Revisionskommission der Gemeinde untersucht und mit ihrem Gutachten dem Regierungsstatthalter zum Entscheide übermittelt. Von dem Entscheide des Regierungsstatthalters kann binnen vierzehn Tagen, von der Eröffnung angerechnet, der Refurs an den Regierungsrath ergriffen werden. Bei solchen Einsprachen ist nur zu untersuchen, ob die betreffenden Grundstücke im Vergleiche zu den übrigen zu hoch geschätzt seien

6. Juni  
1849.

oder nicht, und bejahenden Falls um wie viel. Die Kosten der Einsprache trägt, wenn sie unbegründet erfunden worden, der Einsprecher, sonst aber die Gemeinde.

§. 25.

Nachdem alle Einsprachen erledigt sind, wird die Gesamtsomme des Schätzungswerthes aller Grundstücke zusammengerechnet und durch Prozentschlag oder Abzug bei jedem Grundstücke mit der durch die Centralcommission ermittelten Summe in Uebereinstimmung gebracht.

§. 26.

Eine besondere Instruktion wird die näheren Bestimmungen treffen, welche erforderlich sind, um die Aufnahme und Schätzung der einzelnen Grundstücke zugleich als Grundlage für die Einführung der neuen Hypothekarordnung zu benutzen.

In dieser Instruktion sind besonders die Verrichtungen des beizuziehenden Amtschreibers näher zu bestimmen und zugleich der Maßstab festzusetzen, nach welchem derselbe für die ihm auffallenden Arbeiten zu entschädigen ist.

§. 27.

Diese Verordnung soll gedruckt, in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen, öffentlich angeschlagen und in das Amtsblatt eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 6. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

**Bundesgesetz**  
über die Posttaxen.

8. Juni  
1849.

Die Bundesversammlung  
der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
in Vollziehung der Ziffer 2 des Artikels 33 der  
Bundesverfassung, nach welcher im Postwesen die Tarife  
im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen,  
möglichst billigen Grundsätzen bestimmt werden sollen;  
nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes;  
beschließt:

Art. 1.

Die Tage für den Transport von Briefen, Schrift-  
paketen, Druckschriften und Waarenmustern im Innern  
der Schweiz wird nach der Entfernung und nach dem  
Gewicht bestimmt. Die Entfernung ist nach der kürze-  
sten Poststraße, die vom Aufgabspostbureau bis zum  
Abgabspostbureau führt, zu bemessen.

Art. 2.

Diese Entfernung wird nach vier Briefkreisen be-  
rechnet.

Der 1ste Briefkreis geht bis auf 10 Stunden.

„ 2te	„	„ von 10 bis 25	„
„ 3te	„	„ „ 25 „ 40	„
„ 4te	„	„ über 40	„

Art. 3.

Für Briefe ist die Tage nach folgendem Maßstab  
festgesetzt:

8. Juni  
1849.

	im ersten Briefkreis	im zweiten Briefkreis	im dritten Briefkreis	im vierten Briefkreis
	Rappen.	Rappen.	Rappen.	Rappen.
Bis auf $\frac{1}{2}$ Loth einschließlich	5	10	15	20
von $\frac{1}{2}$ bis 1 Loth	$7\frac{1}{2}$	15	$22\frac{1}{2}$	30
„ 1 „ $1\frac{1}{2}$ „	10	20	30	40
„ $1\frac{1}{2}$ „ 2 „	$12\frac{1}{2}$	25	$37\frac{1}{2}$	50
„ 2 „ 4 „	15	30	45	60
„ 4 „ 8 „	20	40	60	80
„ 8 „ 16 „	25	50	75	100
„ 16 Loth bis 1 Pfd.	30	60	90	120

## Art. 4.

In größern Orten, in welchen ein bedeutender Briefwechsel stattfindet, kann der Bundesrath eine Ortspost bewilligen, durch welche die frankirten Briefe nach folgendem Tarife befördert werden:

bis auf 2 Loth einschließlich	$2\frac{1}{2}$ Rappen
von 2 bis 4 Loth	5 „
von 4 bis 8 Loth	10 „

Unfrankirt unterliegen solche Briefe den gewöhnlichen Tagen.

## Art. 5.

Schriftpakete ohne Werthangabe, wie z. B. Prozeßakten, Rechnungen, Affekuranzpapiere, Legimationschriften und andere Urkunden, insofern sie außer einem allfälligen Begleitschreiben keine Briefe enthalten und das Gewicht von einem Pfunde nicht überschreiten, werden wie Briefe behandelt, unterliegen jedoch nur der Tage gewöhnlicher Pakete, nämlich:

im ersten Briefkreis	im zweiten Briefkreis	im dritten Briefkreis	im vierten Briefkreis
Rappen.	Rappen.	Rappen.	Rappen.
10	20	30	40

Der Einschluß von Briefen wird als Verletzung des Postregals behandelt.

8. Juni  
1849.

Art. 6.

Für eingeschriebene Briefe oder Schriftpakete ist die doppelte Taxe zu bezahlen, und sie sind bei der Aufgabe zu frankiren.

Art. 7.

Für Druckschriften, insofern sie außer der Adresse nichts Geschriebenes enthalten und daher behufs der Prüfung unter Band aufzugeben und zugleich zu frankiren sind, findet folgende Taxermäßigung Statt:

	im ersten Briefkreis	im zweiten Briefkreis	im dritten Briefkreis	im vierten Briefkreis
Bis auf 2 Loth	Rappen.	Rappen.	Rappen.	Rappen.
einschließlich	2½	5	7½	10
von 2 bis 4 Loth	5	10	15	20
„ 4 „ 8 „	7½	15	22½	30
„ 8 Loth bis 1 Pfd.	10	20	30	40

Ausnahmsweise sind jedoch die Zeitungen und periodischen Blätter des Auslandes, für die nicht bereits die gesetzliche Transporttaxe bezahlt worden ist, von der Zwangsfrankatur befreit.

Art. 8.

Waarenmuster, die entweder allein oder mit einem einfachen Briefe versendet werden und als solche leicht erkennbar sind, werden bis auf das Gewicht von einem Pfund wie Briefe behandelt, aber nach dem Tarif der Pakete taxirt, nämlich:

im ersten Briefkreis	im zweiten Briefkreis	im dritten Briefkreis	im vierten Briefkreis
Rappen.	Rappen.	Rappen.	Rappen.
10	20	30	40

Da, wo besondere Industriezweige einen lebhaften

8. Juni  
1849.

Verkehr mit kleinen Paketen erfordern, kann der Bundesrath den Transportpreis für frankirte und nicht verschlossene Pakete, welche höchstens sechszehn Loth schwer sind und keine Werthangabe enthalten, für den ersten Briefkreis auf fünf Rappen ermäßigen.

Art. 9.

Für Pakete und Geldsendungen wird im Innern der Schweiz für je fünf Wegstunden und von jedem Pfund des Gewichts, oder bei Geldsendungen und andern Werthstücken von je fünfzig Franken des Werthes, eine Transportgebühr von ein Rappen berechnet.

Die Entfernungen werden nach der kürzesten Poststraße von dem Aufgabspostbureau bis zum Abgabspostbureau bemessen.

Der Bundesrath ist ermächtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, um bis zu einer bestimmten Summe Baarzahlungen (*envois à découvert*) durch die Post bewerkstelligen zu lassen.

Art. 10.

Zu dieser Transporttage wird auf jedes Poststück eine Einschreibgebühr von je 5 Rappen für jeden Briefkreis hinzugerechnet.

im ersten Briefkreis Rappen.	im zweiten Briefkreis Rappen.	im dritten Briefkreis Rappen.	im vierten Briefkreis Rappen.
5	10	15	20

Art. 11.

Jeder Bruchtheil unter fünf Stunden wird für volle fünf Stunden, jeder Bruchtheil eines Pfundes wird für ein ganzes Pfund und jeder kleinere Betrag als fünfzig Franken für volle fünfzig Franken berechnet. Jeder Bruchtheil unter fünf Rappen wird auf volle fünf Rappen ergänzt.



## Art. 12.

8. Juni  
1849.

Werthstücke werden in der Regel nach dem Werthe, wenn sich aber nach dem Gewichte eine höhere Tage ergibt, nach dem Gewichte taxirt.

## Art. 13.

Als niederste Gesammttage für ein Poststück, die jedenfalls zu entrichten ist, wenn auch der Betrag nach obiger Berechnung sich nicht so hoch beläuft, sind festgesetzt:

für eine Entfernung bis auf 10 Stunden 10 Rappen.

„	„	„	von 10 bis 25	„	20	„
„	„	„	„ 25 „ 40	„	30	„
„	„	„	„ über 40	„	40	„

## Art. 14.

Für den Transport von Paketen und Geldsendungen auf Alpenpässen kann der ordentliche Tarif durch eine angemessene Tage erhöht werden.

## Art. 15.

Für besonders rekommandirte Paket- und Geldsendungen ist die doppelte Tage zu bezahlen, und sie sind bei der Aufgabe zu frankiren.

## Art. 16.

Für Briefe, Schriftpakete, Druckschriften, Waarenmuster, gewöhnliche Pakete und Geldsendungen, welche von dem Auslande kommen oder dahin abgehen, hat der Bundesrath die Tagen je nach den bestehenden Verträgen besonders festzusetzen.

## Art. 17.

Für Zeitungen und andere periodische Blätter der Schweiz, welche abonnementsweise bezogen werden und zugleich zu frankiren sind, findet folgende Taxermäßigung Statt:

8. Juni  
1849.

- a. für die ganze Schweiz  $\frac{1}{2}$  Rappen per Exemplar bis und mit 1 Loth schwer;
- b. für die ganze Schweiz 1 Rappen per Exemplar über 1 Loth schwer.

Das Ungerade ist bis auf je einen vollen Bogen zu ergänzen und als niederste Transporttage für das Abonnement eines Jahres sind 5 Bogen festgesetzt.

#### Art. 18.

Der Bundesrath ist ermächtigt, die Transporttage für die nach der Schweiz bestimmten fremden Zeitungen und periodischen Blätter, sowie für die nach dem Auslande gehenden schweizerischen Zeitungen und periodischen Blätter festzusetzen.

#### Art. 19.

Wenn die Post zugleich mit der Beförderung auch das Abonnement besorgt, so hat sie für inländische Blätter eine Gebühr von einem Bogen, für ausländische von zwei Bogen zu beziehen, ohne Unterschied, ob das Abonnement für ein ganzes, halbes, oder nur für ein Vierteljahr besorgt werde.

#### Art. 20.

Für den Personentransport im Innern der Schweiz sind folgende Taxen für jede Wegstunde festgesetzt:

für einen Platz im Coupé . . . . . Bz. 5  $\frac{1}{2}$   
für einen Platz im Innern oder auf den Außensitzen „ 4  $\frac{1}{2}$

Wo die Frequenz oder andere besondere Verhältnisse es erfordern, kann der Preis der Plätze ermäßigt werden.

#### Art. 21.

Auf Alpenpässen hat der Reisende für jede Wegstunde zu bezahlen:

für einen Platz im Coupé . . . . . Bazen 7;  
für einen Platz im Innern oder auf den Außensitzen „ 6.

8. Juni.  
1849.

Art. 22.

Bezüglich des Gepäcks der Reisenden wird der Bundesrath das Nöthige festsetzen.

Art. 23.

In denjenigen Kantonen, in welchen der Schweizerfrankenfuß nicht üblich ist, hat der Bundesrath bis zur Einführung eines allgemeinen Münzfußes zu bestimmen, auf welche Weise die Reduktion der allgemeinen Tarife stattfinden soll.

Art. 24.

Die Scheine, die im Postverkehr von den Postbüreau auszustellen sind, dürfen dem Stempel nicht unterworfen werden.

Art. 25.

Von Entrichtung des Porto's für Briefe, Schriftpakete und Druckschriften unter Band sind befreit:

- a. die Mitglieder der Bundesversammlung während der Dauer der Sitzungen, wenn sie am Bundes- sitze sich befinden;
- b. die Behörden unter einander, jedoch nur in Amtssachen;
- c. die Kantone für ihre amtlichen Blätter;
- d. das im eidgenössischen und Kantondienste stehende Militär.

Diese Begünstigung wird auch auf die Geldsendungen ausgedehnt, wenn das Geld an eidgenössische Behörden geht oder von denselben versendet wird, sowie auf die Gelder, die von Behörden an Arme oder Armenanstalten versendet werden.

8. Juni  
1849.

---

Art. 26.

Die spezielle Bezeichnung der Behörden, welche die Portofreiheit genießen, und die Weise, wie die Portofreiheit ausgeübt, und wie dem Mißbrauche vorgebeugt werden soll, ist durch eine besondere Verordnung näher zu bestimmen.

Art. 27.

Dieses Gesetz tritt, soweit es die Zeitungen und periodischen Blätter betrifft, mit dem ersten Heumonats 1849, in Betreff der übrigen Bestimmungen mit dem ersten Oktober 1849 in Kraft.

---

Der schweizerische Bundesrath,

nachdem der Nationalrath unterm 2. Brachmonat 1849, der Ständerath unterm 4. gl. M. vorstehendes Gesetz über die Posttagen erlassen hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetze erwachsen ist,

beschließt:

Das erwähnte Gesetz soll dem Bundesblatt einverleibt und überdieß sämtlichen Kantonsregierungen behufs öffentlicher Bekanntmachung mitgetheilt werden.

Bern, den 8. Brachmonat 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schließ.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

8. Juni  
1849.

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Vollziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag als durch Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 14. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

13. Juni  
1849.

### **Vollziehungsverordnung,**

betreffend die Art. 17, 18 und 19 des Bundesgesetzes vom 4. Juni 1849 über die Posttaxen für die Zeitungen.

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Vollziehung der Artikel 17, 18 und 19 des Gesetzes vom 4. Juni 1849 über die Transport- und Abonnementstagen der Zeitungen und anderer periodischer Blätter, welche mit dem 1. Juli in Vollziehung gesetzt werden sollen,

verordnet:

Art. 1.

Für den Transport der Zeitungen und anderer periodischer Blätter der Schweiz und des Auslandes durch die ganze Schweiz und für deren Ablieferung an die Abonnenten in der Schweiz oder an das nächste

13. Juni  
1849.

Postamt des Auslandes hat die Postanstalt folgende Transporttage zu beziehen:

für jedes Exemplar bis auf 1 Loth  $\frac{1}{2}$  Rappen,

„ „ „ über 1 Loth schwer 1 Rappen.

Art. 2.

Bruchtheile unter einem Bazen, die sich bei Berechnung dieser Transporttage für ein ganzes, für ein halbes oder für ein Vierteljahr ergeben, werden bis auf einen Bazen ergänzt.

Art. 3.

Bei Zeitungen und andern periodischen Blättern, deren Transporttage für ein ganzes Jahr auf das Minimum von 5 Bazen erhöht werden muß, sind für ein halbes Jahr 25 Rappen und für ein Vierteljahr  $12\frac{1}{2}$  Rappen zu beziehen.

Art. 4.

Das Abonnement kann entweder beim Verleger oder bei dem Postbureau bestellt werden. Wenn die Post das Abonnement besorgt, so hat sie außer der Transporttage für inländische (schweizerische) Blätter einen Bazen, für ausländische 2 Bazen Abonnementsgebühr zu beziehen, ohne Unterschied, ob das Abonnement für ein ganzes, halbes oder Vierteljahr besorgt wird.

Art. 5.

Werden von dem Verleger — gesondert von der ordentlichen Lieferung — Extrablätter versendet, so hat er der Post bei Sendungen bis auf 1 Loth  $\frac{1}{2}$  Rappen, und bei Sendungen, die schwerer sind, 1 Rappen zu vergüten.

Art. 6.

Wenn Beilagen oder Extrablätter das Gewicht von

2 Lotb übersteigen, so werden sie nach den gewöhnlichen Vorschriften für Druckschriften unter Band behandelt. Den Exemplaren darf nichts Geschriebenes beigelegt werden.

13. Juni  
1849.

Art. 7.

Die Transporttage und, wenn die Post das Abonnement besorgt, auch die Abonnementsgebühr, sowie der Preis des Abonnements, ist in allen Fällen zum voraus baar zu entrichten.

Art. 8.

Da wo der Schweizerfrankensfuß nicht üblich ist, werden bei Berechnung der Transporttagen

150 Rappen für einen Reichsgulden,

70 „ „ „ französischen Franken, und

50 „ „ eine lira milanese gerechnet.

Art. 9.

Wenn die Post bei Bestellungen oder Reklamationen an ausländische Postbüreau Auslagen zu entrichten hat, so sind diese der Postanstalt zu vergüten.

Für die Korrespondenz dagegen, die in Abonnementsachen zwischen den Postbüreau und den Abonnenten oder den Verlegern stattfindet, wird kein Porto berechnet.

Art. 10.

Bei Besorgung des Abonnements durch die Post sind die Namen der Abonnenten speziell aufzuschreiben und den Verlegern einzureichen. Die Letztern haben aber jedes Exemplar mit der gehörigen Adresse zu versehen.

Art. 11.

Die der Post zu übergebenden Exemplare sind vom Jahrgang 1849.

13. Juni  
1849.

Verleger nach Anleitung der Postbüreau nach den verschiedenen Abonnementsbüreau in gesonderte Pakete unter Band zu legen. Bei jeder Lieferung ist die Zahl der Exemplare anzugeben und durch die Postbüreau zu verifiziren.

Art. 12.

Mit Besorgung des Abonnements übernimmt die Postanstalt keine Verantwortlichkeit für die richtige Ablieferung der Blätter durch die Verleger und kann auch zu keiner Rückvergütung der bezogenen Gelder für das Abonnement, für den Transport und die Besorgung des Abonnements angehalten werden.

Art. 13.

Tausch- und andere Gratisblätter unter liegen eben falls der gesetzlichen Transporttage, welche gleich wie bei andern Bestellungen zum voraus zu bezahlen ist.

Art. 14.

Auf kürzere Zeit, als auf ein Vierteljahr, wird in der Regel kein Abonnement angenommen.

Art. 15.

Für die amtlichen Blätter genießen die Kantone die Portofreiheit.

Art. 16.

Die Postbüreau sind angewiesen, nach Ablauf eines jeden Quartals ihre Rechnungen mit den Verlegern unverzüglich abzuschließen.

Art. 17.

Gegenwärtige Verordnung ist in das Bundesblatt



einzurücken und den Kantonen zur Bekanntmachung durch  
ihre amtlichen Blätter mitzutheilen.

13. Juni  
1849.

Bern, den 13. Juni 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schöpf.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehende Vollziehungsverordnung soll zum Zwecke  
der Vollziehung sowohl durch das Amtsblatt als durch  
Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht  
werden.

Gegeben in Bern, den 15. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

## **V e r o r d n u n g ,**

betreffend die Sanction der Reglemente über die  
Verwaltung und Benutzung der Gemeindsgüter.

16. Juni  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in der Absicht, eine größere Uebereinstimmung in  
den reglementarischen Bestimmungen über die Verwal-

16. Juni  
1849.

tung und Benutzung der Gemeindgüter zu erzielen und den Bestimmungen der Staatsverfassung §. 85 I. b. und des Gesetzes über das Armenwesen vom 23. April 1847, §. 25 gehörige Rechnung zu tragen,

auf den Antrag der Direction des Innern,

beschließt:

§. 1.

Die von nun an zu erlassenden Reglemente über die Verwaltung und Benutzung der Gemeindgüter so wie die Abänderung der bestehenden unterliegen der Sanction des Regierungsrathes.

§. 2.

Dieselben sollen sowohl vor als nach der Behandlung von der Gemeinde jeweilen während vierzehn Tagen in den betreffenden Gemeindeschreibereien zur Einsicht der Betheiligten niedergelegt, und diese durch eine in das Amtsblatt einzurückende Bekanntmachung davon in Kenntniß gesetzt werden, wonach sie mit den früher bestandenen Reglementen durch das Regierungstatthalteramt an den Regierungsrath einzusenden sind.

§. 3.

Der Regierungstatthalter hat die Einsendung jeweilen mit einem einläßlichen Berichte zu begleiten.

Erfolgen Einsprachen gegen das angenommene Reglement oder gegen die beschlossenen Abänderungen eines solchen, so hat der Regierungstatthalter nach den einschlagenden Bestimmungen des Gemeindsgesetzes zu verfahren.

§. 4.

Durch diese Verordnung sind die Kreisschreiben vom 7. März 1835 und 22. Juni 1840 aufgehoben.

Dieselbe tritt sofort in Kraft und soll durch das  
 Amtsblatt bekannt gemacht, so wie in die Sammlung  
 der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

16. Juni  
 1849.

Bern, den 16. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

## **Bundesgesetz**

22. Juni  
 1849.

über die

**Organisation der Bundesrechtspflege.**

Vom 5. Juni 1849.

Die Bundesversammlung der schweizerischen  
 Eidgenossenschaft,

in Ausführung der Artikel 94 bis 107 der Bundes-  
 verfassung, — nach Einsicht des Vorschlages des Bun-  
 desrathes,

beschließt:

### **I. Gerichtsbehörden.**

#### **A. Das Bundesgericht und seine Abthei- lungen.**

##### **Art. 1.**

Das Bundesgericht besteht aus elf Mitgliedern  
 und ebenso vielen Ersahmännern.

##### **Art. 2.**

Die Mitglieder des Bundesgerichts und die Ersah-  
 männer werden von der Bundesversammlung gewählt.

22. Juni  
1849.

Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesamtterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesamtterneuerung des Bundesgerichtes Statt. Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt (Art. 96 der Bundesverfassung).

Art. 3.

Der Präsident und der Vizepräsident des Bundesgerichtes werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf ein Jahr gewählt (Art. 98 der Bundesverfassung).

Art. 4.

Das Bundesgericht wählt einen Gerichtsschreiber, dessen Amtsdauer mit derjenigen des Gerichtes selbst zu Ende geht (Art. 100 der Bundesverfassung).

Art. 5.

Ordentlicher Weise versammelt sich das Bundesgericht auf die Einladung seines Präsidenten, sofort nach der Gesamtterneuerung des Bundesgerichtes und in denjenigen Jahren, in welchen eine solche nicht stattfindet, unmittelbar vor dem reglementarischen Zusammenritte der beiden Rätthe (Art. 75 der Bundesverfassung), um die ihm zustehenden Wahlen und die übrigen bei ihm selbst und bei seinen Abtheilungen anhängigen Geschäfte zu behandeln.

Art. 6.

Außerordentlicher Weise versammelt der Präsident das Bundesgericht, wenn er findet, daß ein dringendes Bedürfniß dafür vorhanden sei.

Art. 7.

Zur Vornahme einer Wahl, sowie zur Behandlung

aller andern Geschäfte, welche durch das Gesetz dem Bundesgerichte in seiner Gesamtheit zugewiesen werden, ist die Anwesenheit von wenigstens sieben Mitgliedern (den Präsidenten inbegriffen) erforderlich.

22. Juni  
1849

In Fällen des Art. 47, Lemma 1 dieses Gesetzes ist die Anwesenheit von wenigstens neun Mitgliedern erforderlich.

Art. 8.

Für die Verwaltung der Strafrechtspflege theilt sich das Bundesgericht in eine Anklagekammer, eine Kriminalkammer und ein Kassationsgericht.

Art. 9.

Kein Richter kann in einer und derselben Sache in mehreren Abtheilungen des Bundesgerichtes sitzen.

Art. 10.

Das Bundesgericht wählt drei seiner Mitglieder und für den Fall der Verhinderung derselben eben so viele Ersazmänner in die Anklagekammer.

Art. 11.

Jährlich wird der dritte Theil der Anklagekammer erneuert. Die Reihenfolge, in welcher die Mitglieder sowohl als die Ersazmänner abgelöst werden sollen, wird durch ein von dem Bundesgerichte zu entwerfendes Reglement näher bestimmt werden.

Art. 12.

Das Bundesgericht bezeichnet jeweilen zu Anfang seiner ordentlichen Jahresitzung für jeden Geschwornenbezirk drei Mitglieder und ebenso viele Ersazmänner, welche für ein Jahr den Assisensitzungen und Kriminalkammern beizuwohnen haben.

Die nämlichen Mitglieder können für mehrere Bezirke ernannt werden.

22. Juni  
1849.

Art. 13.

Das Bundesgericht bestellt ferner alljährlich im Anfange seiner Sitzung ein Kassationsgericht, bestehend aus dem Präsidenten des Bundesgerichtes und vier Mitgliedern desselben. Es bezeichnet zugleich für den Fall der Verhinderung derselben ebenso viele Ersatzmänner.

Art. 14.

Dem Kassationsgerichte steht der Präsident des Bundesgerichtes vor. Die Anklagekammer und die Kriminalkammer werden durch das erstgewählte Mitglied präsidirt; den Mitgliedern bleibt indessen unbenommen, in dem Präsidium abzuwechseln.

Art. 15.

Zur Fassung eines gültigen Entscheides durch irgend eine Abtheilung des Bundesgerichtes ist die Anwesenheit der vollen Mitgliederzahl erforderlich.

Für Mitglieder, welche verhindert sind, an einer Verhandlung Theil zu nehmen, soll der Präsident der betreffenden Abtheilung Ersatzmänner zuziehen.

Sollte ein zur Kognition berufenes Mitglied der Kriminalkammer durch unvorhergesehene Umstände verhindert werden, an den Verhandlungen Theil zu nehmen, so kann der Präsident ein Mitglied einer kantonalen Gerichtsstelle zum außerordentlichen Ersatzmann ernennen und einberufen.

Art. 16.

Der Bundesgerichtsschreiber oder ein auf seinen Vorschlag hin von dem Bundesgerichtspräsidenten zu ernennender Stellvertreter führt das Protokoll bei dem Bundesgericht und seinen Abtheilungen.

Die Kognitionsverhandlungen jedoch, sowie die denselben vorangehende Voruntersuchung protokolliert ein von

dem Präsidenten der Kriminalkammer auf den Vorschlag des Untersuchungsrichters hin zu bezeichnender Sekretär.

22. Juni  
1849.

#### Art. 17.

Die eidgenössischen Gerichte halten ihre Sitzungen in der Bundesstadt. Ausgenommen sind jedoch:

- a. Die Sitzungen des Bundesgerichtes, welche nicht mit der ordentlichen Jahressitzung zusammenfallen. (Art. 5). Diese werden an demjenigen Orte abgehalten, den der Präsident den Verhältnissen der zu verhandelnden Geschäfte gemäß feststellt.
- b. Die Sitzungen der Kriminalkammer finden an demjenigen Orte Statt, den die Anklagekammer für die Abhaltung der Assisen jedes Mal bezeichnet. (Art. 50).
- c. Die Anklagekammer versammelt sich an dem von ihrem Präsidenten jeweilen bezeichneten Orte.

#### Art. 18.

Die Anklagekammer versammelt sich, so oft ein Geschäft an dieselbe gelangt.

Das Gleiche gilt von der Kriminalkammer und von dem Kassationsgerichte.

### B. Die Untersuchungsrichter.

#### Art. 19.

Das Bundesgericht wählt zwei Untersuchungsrichter, deren Amtsdauer mit derjenigen des Bundesgerichts selbst zu Ende geht. Doch haben sie ihre Funktionen bis zum Zusammentritte des Bundesgerichtes provisorisch fortzusetzen.

#### Art. 20.

Außerordentliche Untersuchungsrichter können, wenn

22. Juni  
1849.

das Gericht nicht gerade versammelt ist, durch die Anklagekammer, und in Verhinderung derselben durch den Bundesgerichtspräsidenten provisorisch ernannt und einberufen werden.

Art. 21.

Die Untersuchungsrichter stehen unter der Aufsicht und Leitung der Anklagekammer.

C. Die Assisen.

Art. 22.

Für die Zwecke der Strafrechtspflege wird die Eidgenossenschaft in fünf Assisenbezirke eingetheilt.

Der erste Bezirk umfaßt die Kantone Genf, Waadt, Freiburg (mit Ausnahme der Gemeinden, in denen die deutsche Sprache vorherrscht), Neuenburg und diejenigen Gemeinden der Kantone Bern und Wallis, in denen die französische Sprache das Uebergewicht hat.

Der zweite Bezirk besteht aus den Kantonen Bern (mit Ausnahme des dem ersten Bezirke zugewiesenen Landtheiles), Solothurn, Basel und Luzern, sowie aus den deutschsprechenden Gemeinden der Kantone Freiburg und Wallis.

Der dritte Bezirk enthält die Kantone Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Zug, Schwyz und Unterwalden.

Der vierte Bezirk begreift die Kantone Glarus, St. Gallen, Appenzell, Graubünden (mit Ausnahme des Hochgerichtes Misox und Calanca) und Uri.

Der fünfte Bezirk endlich besteht aus dem Kanton Tessin und dem graubündnerischen Hochgerichte Misox und Calanca.

Art. 23.

In diesen fünf Bezirken wird die Strafrechtspflege



durch die Assisen verwaltet. Die Assisen bestehen aus der Kriminalkammer des Bundesgerichts in Verbindung mit zwölf aus der Liste des Bezirks nach den gesetzlichen Bestimmungen herauszuziehenden Geschwornen.

22. Juni  
1849.

Art. 24.

Die Geschwornenliste eines jeden Bezirks besteht aus den Verzeichnissen der demselben einverleibten Kantone oder Kantonstheile. In die letztern wird in den vier ersten Bezirken auf je 1000 Einwohner, im fünften Bezirke auf je 500 Einwohner, welche der betreffende Kanton oder Kantonstheil enthält, ein Geschwornener eingetragen.

Art. 25.

Jeder nach Art. 63 der Bundesverfassung stimmberechtigte Schweizer kann zum Geschwornen ernannt werden.

Ausgenommen sind jedoch:

1) Die Mitglieder der obersten Kantonalgerichtsbörden, sämtliche Gerichtspräsidenten, Verhörrichter und Staatsanwälte, sowie alle eidgenössischen und kantonalen Vollziehungsbeamten, mit Ausschluß der Gemeindsbeamten.

2) Die Geistlichen.

3) Die Angestellten in den Verhaftungs- und Strafanstalten.

4) Die Polizeiangestellten.

Art. 26.

Jeder, der zum Geschwornen ernannt wird, ist verpflichtet, dem an ihn gerichteten Rufe Folge zu leisten. Ausgenommen sind:

1) Alle, welche das sechszigste Altersjahr zurückgelegt haben.

22. Juni  
1849.

2) Jeder, der auf der letzten Geschwornenliste sich befunden hat.

3) Diejenigen, welche wegen Krankheit oder in Folge irgend eines Gebrechens außer Stande sind, die Pflichten eines Geschwornen zu erfüllen.

Art. 27.

Der Entscheid der Frage, ob Jemand fähig oder verpflichtet sei, sich auf die Geschwornenliste setzen zu lassen, steht den Kantonalbehörden zu.

Art. 28.

Die Geschwornenlisten werden innerhalb der Schranken des gegenwärtigen Gesetzes in den Kantonen durch direkte Volkswahlen gebildet.

Art. 29.

Die Kantonalgeschwornenlisten werden, sobald dieselben entworfen worden sind, durch die Kantonsregierungen dem Bundesrathe eingesendet, welcher daraus die Bezirkslisten zusammensetzt und veröffentlicht.

Art. 30.

Mit dem Ablaufe der Amtsdauer des Bundesgerichtes treten jedes Mal auch die Geschwornenlisten außer Kraft. Der Bundesrath sorgt dafür, daß die neuen Listen rechtzeitig angefertigt werden.

Art. 31.

Die Namen der Geschwornen, welche aus irgend einem Grunde diese Eigenschaft verloren haben oder die verstorben sind, werden durch die Kantonalbehörden, welche dem Bundesrathe davon Anzeige zu machen haben, aus dem Verzeichnisse gestrichen, und wenn in Folge der hierdurch entstehenden Lücke eine Bezirksliste unter zweihundert Namen herabsinken würde, so ordnet der Bundesrath die Ergänzung derselben an.

## Art. 32.

Die Assisen versammeln sich, so oft ein Fall von der Anklagekammer an dieselben gewiesen wird.

22. Juni  
1849.

## Art. 33.

Vor jedem Zusammentritte des Assisenhofes läßt das Obergericht des Kantons, in welchem derselbe sich versammeln soll, auf Einladung der Anklagekammer hin, in öffentlicher Sitzung die Namen der Geschwornen des Bezirkes in eine Urne einwerfen und sodann 54 derselben herausziehen, verlesen und protokollieren.

## Art. 34.

Abschriften der so gebildeten engern Liste werden unverzüglich dem Präsidenten der Kriminalkammer und von diesem Letztern dem Bezirksanwalte und dem Angeklagten zugestellt.

## Art. 35.

In jedem einzelnen an die Assisen gewiesenen Falle kann der Bezirksanwalt zwanzig Geschworne verwerfen und ebensoviele der Angeklagte. Wer jedoch innerhalb vierzehn Tagen, vom Empfange der erwähnten Abschrift an gerechnet, von diesem Rechte keinen Gebrauch macht, wird desselben verlustig.

## Art. 36.

Sind in einem Prozesse mehrere Angeklagte da, so können sie sich über die Ausübung ihres Verwerfungsrechtes vereinen, oder es kann jeder von ihnen sein Recht für sich besonders ausüben. Im einen und andern Falle dürfen sie aber die Anzahl der Refusationen, die einem einzelnen Beklagten erlaubt sind, nicht überschreiten.

Vereinigen sich die Angeklagten nicht über die Ausübung ihres Refusationsrechtes, so bestimmt unter ihnen das Loos, in welcher Ordnung jeder seine Refusationen

22. Juni  
1849.

vorzubringen hat. Die Geschwornen, welche auf diese Weise von einem einzigen refusirt wurden, sind es dann für Alle, bis die Anzahl der gestatteten Refusationen erschöpft ist.

Art. 37.

Die Refusationen sind innerhalb der vierzehntägigen Frist mündlich oder schriftlich dem Präsidenten der Kriminalkammer anzumelden.

Art. 38.

Sind vierzig Geschworne refusirt worden, so werden die übrig gebliebenen vierzehn zu den Assisen einberufen.

Haben nicht so viele Refusationen stattgefunden, so bezeichnet der Präsident der Kriminalkammer mit Beziehung eines höhern Gerichtsbeamten, unter den Nichtverworfenen die einzuberufenden vierzehn durch das Loos. In beiden Fällen wird ebenfalls durch das Loos ausgemittelt, welche zwei von den vierzehn Geschwornen als Ersazmänner der Jury beizugeben seien.

Art. 39.

Dem Präsidenten der Kriminalkammer steht es frei, zu einer Assisensitzung, bei welcher eine beträchtliche Anzahl von Anklagen zu beurtheilen ist, oder aus andern gewichtigen Gründen, alle auf der engern Liste befindlichen 54 Geschwornen einzuberufen und das Refusationsrecht erst beim Beginne der Verhandlungen ausüben zu lassen.

Art. 40.

Die Einladungen zu den Assisen sollen den Geschwornen wenigstens sechs Tage vor der Sitzung zugestellt werden.

## Art. 41.

22. Juni  
1849.

Die Mitglieder der Kriminalkammer verfügen sich an dem durch ihren Präsidenten festgesetzten Tage an den durch die Anklagekammer bezeichneten Sitzungsort der Assisen (Art. 49 und 50) und vereinigen sich mit den Geschwornen in dem hierfür angewiesenen Saale.

## Art. 42.

Die Sitzungen der Assisen dauern jeweilen so lange, bis die vorliegenden Geschäfte erledigt sind.

## II. Bundesanwaltschaft.

## Art. 43.

Der Bundesrath erwählt einen Generalanwalt für die ganze Eidgenossenschaft und, so oft eine Untersuchung eingeleitet wird, einen Bezirksanwalt.

Die Amtsdauer des Generalanwalts geht immer mit derjenigen des Bundesrathes selbst zu Ende.

## Art. 44.

Der Generalanwalt steht unter der Aufsicht und Leitung des Bundesrathes.

## Art. 45.

Der Generalanwalt hat neben den Pflichten, deren Erfüllung ihm durch besondere Gesetze übertragen werden wird, die Berrichtungen der Staatsanwaltschaft bei der Anklagekammer und dem Kassationsgerichte zu besorgen.

Er überwacht die Bezirksanwälte und erläßt die nöthigen Weisungen an dieselben. — Er kann auch den Staatsanwälten und Strafpolizeibeamten der Kantone und ihren Untergebenen mit Hinsicht auf die Verfolgung von Verbrechen und Vergehen, die in die Befugniß des Bundesgerichtes einschlagen, Aufträge ertheilen.

22. Juni  
1849.

Art. 46.

Der Bezirksanwalt betreibt die Anklage bei dem Verhörrichter und bei dem Assisenhofe. Die Verrichtungen eines Bezirksanwaltes können dem Generalanwalt übertragen werden.

Der Generalanwalt und die Bezirksanwälte stellen ihre Anträge vor Gericht nach eigener freier Ueberzeugung.

III. Gerichtsbarkeit.

Art. 47.

Das Bundesgericht urtheilt über Verletzung der durch die Bundesverfassung garantirten Rechte, wenn hierauf bezügliche Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden (Art. 105 der Bundesverfassung).

Das Bundesgericht beurtheilt:

1) Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind:

- a. zwischen Kantonen unter sich;
  - b. zwischen dem Bunde und einem Kanton;
  - c. zwischen ausländischen Klägern und dem Bunde;
- auf Weisung des Bundesrathes oder der Bundesversammlung.

2) Streitigkeiten zwischen dem Bunde einerseits und Korporationen oder Privaten anderseits, wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind, und der Streitgegenstand einen Hauptwerth von wenigstens Franken dreitausend hat.

3) Streitigkeiten in Bezug auf Heimathlosigkeit.

4) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, welche sich auf einen Hauptwerth von wenigstens dreitausend Franken be-

ziehen und durch Uebereinkunft beider Parteien dem Entscheide des Bundesgerichtes unterworfen werden.

22. Juni  
1849.

5) Schadenersatzklagen, die aus Verbrechen entspringen, und welche nicht von dem Assisengerichte erledigt worden sind.

6) Diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche die Bundesversammlung vermöge Art. 106 der Bundesverfassung durch besondere Gesetze in die Kompetenz des Bundesgerichtes legen wird.

7) Durch die Gesetzgebung eines Kantons können im Einverständnisse mit der Bundesversammlung noch andere bürgerliche Streitfälle dem Bundesgerichte übertragen werden.

Es behandelt ferner alle in die Bundesrechtspflege einschlagenden Geschäfte, welche nicht nach den Prozeßgesetzen durch eine seiner Abtheilungen zu erledigen sind.

Art. 48.

Die Anklagekammer überwacht die Untersuchung und entscheidet nach Beendigung derselben, ob der Angeeschuldigte vor die eidgenössischen Assisen oder an das zuständige Kantonsgericht zu überweisen, oder ob ein weiteres Verfahren gegen denselben unstatthaft sei.

Art. 49.

Das Assisengericht beurtheilt auf Weisungen der Anklagekammer:

1) die von einer Bundesbehörde ernannten Beamten in den Fällen des Art. 104 litt. a der Bundesverfassung;

2) Theilnehmer an einem durch Art. 104, litt. b, c und d der Bundesverfassungsvorgesehenen Verbrechen;

3) die Theilnehmer an Verbrechen und Vergehen, welche die Bundesversammlung vermöge Art. 106 der



22 Juni  
1849.

Bundesverfassung durch besondere Gesetze in die Kompetenz des Bundesgerichtes legen wird.

4) Durch die Gesetzgebung eines Kantons können im Einverständnisse mit der Bundesversammlung noch andere Straffälle dem Appellengerichte übertragen werden.

Art. 50.

Jedes Verbrechen oder Vergehen wird in demjenigen Appellbezirke untersucht und beurtheilt, in welchem dasselbe verübt worden ist.

In allen Fällen, in denen diese Regel nicht angewendet werden kann, so wie auch, wenn im Interesse einer unbefangenen Rechtspflege oder der öffentlichen Sicherheit eine Ausnahme von derselben gemacht werden muß, bestimmt die Anlagensammer den Gerichtsstand nach freiem Ermessen.

Art. 51.

Das Kassationsgericht beurtheilt alle Nichtigkeitsbeschwerden über das Verfahren oder über ein Urtheil des Appellengerichtes. Es entscheidet auch über die Kompetenzanstände der eidgenössischen Civil- und Militärstrafgerichte.

IV. Allgemeine Vorschriften, betreffend die Organisation und Verwaltung der Bundesrechtspflege.

A. Ernennung, Beerdigung und Entlassung der Justiz- und Strafpolizeibeamten.

Art. 52.

Die zu der Bundesrechtspflege mitwirkenden Beamten werden, wenn nicht ein besonderes Gesetz etwas Anderes vorschreibt, durch geheime Abstimmung gewählt. Dabei ist nach dem Wahlreglement der Bundesversammlung zu verfahren.



## Art. 53.

22. Juni  
1849.

Wahlfähig ist jeder Schweizer, der in den Nationalrath gewählt werden kann (Art. 64 und 97 der Bundesverfassung).

Die Mitglieder des Bundesrathes und die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein (Art. 97 der Bundesverfassung).

Blutsverwandte und Verschwägerne in auf- und absteigender Linie unbedingt, und in der Seitenlinie bis und mit dem Grade von Geschwisterkindern, so wie Ehemänner von Schwestern, können nicht gleichzeitig Mitglieder oder Ersazmänner des Bundesgerichtes sein.

Ebensowenig ist es zulässig, daß zwei in einem solchen Verwandtschaftsverhältnisse stehende Personen bei dem Bundesgericht oder einer Abtheilung desselben in irgend einer Weise, sei es als Richter oder Gerichtsschreiber, oder Untersuchungsrichter, oder Beamter der Staatsanwaltschaft, gleichzeitig angestellt seien.

Ein Justiz- oder Strafpolizeibeamter, welcher durch Eingehung einer Ehe in ein unzulässiges Verwandtschaftsverhältniß mit einem andern Beamten der Bundesrechtspflege eintritt, verzichtet damit auf seine Stelle.

## Art. 54.

Jeder Justiz- oder Strafpolizeibeamte des Bundes, so wie jeder Geschworne, soll, bevor er die Verrichtung seiner Stelle antritt, den durch das Gesetz vom 15. Wintermonat 1848 vorgeschriebenen Eid leisten.

Das Bundesgericht wird durch die Bundesversammlung beeidigt; diejenigen Mitglieder und Ersazmänner desselben, welche bei dieser Feierlichkeit nicht anwesend sind, leisten den Eid in der ersten Gerichtssitzung, welcher sie bewohnen.

22. Juni  
1849.

Die Untersuchungsrichter und Gerichtsschreiber werden durch den Präsidenten oder irgend ein von ihm zu bezeichnendes Mitglied des Bundesgerichtes beeidigt. Die Beamten der Bundesanwaltschaft hingegen leisten den Eid vor dem Bundesrathe oder vor einer von ihm zu bezeichnenden Kantonsregierung.

Ueber die Beeidigung wird ein Protokoll aufgenommen und dem Präsidenten des Bundesgerichtes und beziehungsweise dem Bundesrathe zugestellt.

Art. 55.

Jeder Beamte kann bei derjenigen Stelle, welche seinen Nachfolger zu wählen hat, die Entlassung nachsuchen, welche ihm auch erteilt werden muß, sobald dieß ohne Nachtheil der Geschäfte, deren Besorgung ihm obgelegen hatte, geschehen kann.

B. Ablehnung der Beamten und Unfähigkeit der selben zu ihren Verrichtungen.

Art. 56.

Ein Mitglied oder Ersatzmann des Bundesgerichtes darf das Richteramt nicht ausüben:

- 1) in seinen eigenen Angelegenheiten und denen seiner Frau, seiner Verlobten, seiner Verwandten und Verschwägerten, in der geraden Linie unbeschränkt und in der Seitenlinie bis und mit dem Grade von Geschwisterkindern, oder in denen des Ehemannes der Schwester seiner Frau: ebenso in Angelegenheiten, mit Bezug auf welche ihm oder einer der genannten Personen eine Rückgriffsklage kundgethan ist;
- 2) in Sachen einer Person, deren Vormund er ist;
- 3) in einer Angelegenheit, mit Beziehung auf welche

22. Juni  
1849.

er bereits in einer andern Abtheilung des Bundesgerichtes oder als Verhörrichter oder Staatsanwalt, oder als Schiedsrichter oder Bevollmächtigter gerichtlich gehandelt, oder zu gerichtlichen Handlungen Auftrag gegeben hat;

- 4) in Angelegenheiten einer juristischen Person, deren Mitglied er ist, sowie in Sachen seines Heimathskantons;
- 5) in einem Rechtsstreit, in welchem er als Zeuge oder Sachverständiger oder Rechtskonsulent gehandelt oder als Mitglied einer Behörde Vollmacht zum gerichtlichen Verfahren erteilt hat.

Trifft bei einem Bundesrichter oder Ersatzmann eine Bestimmung dieses Artikels zu, so hat er dieß rechtzeitig der betreffenden Behörde anzuzeigen.

#### Art. 57.

Ein Bundesrichter oder Ersatzmann kann, ohne jedoch unbedingt vom Richteramte ausgeschlossen zu sein, von den Parteien abgelehnt werden oder seinerseits den Ausstand verlangen:

- 1) in einer Sache, in welcher er oder eine der im Art. 56, Ziffer 1 benannten Personen bei dem Ausgange des Streites ein unmittelbares Interesse von einiger Wichtigkeit haben;
- 2) wenn er in irgend einem Verhältnisse zu einer Partei steht, das eine Feindschaft oder Abhängigkeit erzeugt;
- 3) wenn er über den zu beurtheilenden Fall seine Meinung während der Dauer des Prozesses ausgesprochen hat.

#### Art. 58.

Ablehnungsgesuche, sowohl von Seite eines Rich-

22. Juni  
1849.

ters als der Parteien (Art. 57), sind rechtzeitig dem Präsidenten, oder wenn dieser selbst dabei betheiligt ist, dem Vizepräsidenten des Bundesgerichtes, mit den erforderlichen Belegen versehen, einzureichen. Der Präsident, wenn das Gesuch von den Parteien herrührt, theilt dasselbe dem betreffenden Mitgliede und der Gegenpartei zur Beantwortung mit. — In beiden Fällen steht der vorläufige Entscheid dem Präsidenten zu, wenn das Gericht gerade nicht versammelt ist.

Art. 59.

Ueber die Ablehnung eines Verhörrichters oder eines Mitgliedes der Anklagekammer oder der Kriminalkammer entscheidet ebenfalls definitiv der Präsident des Bundesgerichtes, unter Beobachtung des im Art. 58 vorgeschriebenen Verfahrens. Vorbehalten bleibt jedoch die Befugniß der Kriminalkammer über Ablehnungsgründe, welche ihr vor dem Beginn der Verhandlungen eröffnet werden, selbst zu entscheiden, wenn es unmöglich gewesen wäre, dieselben frühzeitig genug bei dem Präsidenten des Bundesgerichtes geltend zu machen.

Art. 60.

Ueber die Ablehnung eines Mitgliedes des Kassationsgerichtes entscheidet diese Behörde selbst, und wenn sie nicht versammelt ist, ihr Präsident, nach Analogie des Art. 59.

Art. 61.

Die Ablehnung übt keine rückwirkende Kraft aus.

Art. 62.

Die Beamten der eidgenössischen Staatsanwaltschaft können nicht abgelehnt werden.

Wenn der Generalanwalt oder der Bezirksanwalt in Verhältnissen sich befindet, welche die Ablehnung

eines Richters rechtfertigen würden, wird der Bundesrath von Amtswegen oder auf das Gesuch eines Betheiligten die Verlegung des betreffenden Geschäftes einem andern Beamten übertragen.

22. Juni  
1849.

#### Art. 63.

Das Bundesgericht in seiner Gesamtheit kann nicht abgelehnt werden.

Sollten in einem einzelnen Falle so viele Mitglieder und Ersatzmänner refusirt werden, daß keine gültige Verhandlung stattfinden könnte, so ernennt die Bundesversammlung so viele außerordentliche Ersatzmänner, als erforderlich sind, um die Refusationsfrage und nöthigenfalls auch die Hauptsache selbst beurtheilen zu können.

#### C. Befugnisse und Pflichten der Gerichtspräsidenten.

#### Art. 64.

Die Präsidenten des Bundesgerichtes und der verschiedenen Abtheilungen desselben berufen, auf den Vorschlag des Gerichtsschreibers oder des Untersuchungsrichters, die erforderlichen Hülfspersonen zur Vollstreckung ihrer Befehle, zur Besorgung der untergeordneten Kanzleigeschäfte und zur Bedienung des Gerichtes je für die Dauer einer Sitzung.

#### Art. 65.

Der Präsident einer jeden Gerichtsstelle nimmt die bei derselben einlaufenden Akten in Empfang und führt über deren Eingang, so wie über die von ihm getroffenen Verfügungen fortlaufende Protokolle.

#### Art. 66.

Der Präsident bringt die Geschäfte in der Reihenfolge, in welcher dieselben eingegangen sind, zur Ver-

22. Juni  
1849.

handlung. Ausnahmsweise jedoch soll er diejenigen, bei denen Gefahr im Verzuge ist, an die Stelle weggefallener, nöthigenfalls auch solcher, die weniger Eile haben, vorrücken.

Art. 67.

Der Präsident versammelt das Gericht, wie es die Geschäfte erfordern, ergänzt dasselbe durch Ersazmänner und beeidigt die Richter, welche den Eid nicht vor der Bundesversammlung geleistet haben.

Art. 68.

Der Präsident erläßt die erforderlichen Ladungen an die Geschwornen, an die Zeugen und an die Parteien.

Art. 69.

Dem Präsidenten steht es zu, alle provisorischen, so wie alle zur gehörigen Vorbereitung des gerichtlichen Verfahrens erforderlichen Anordnungen zu treffen, so weit besondere Gesetze nicht etwas Anderes vorschreiben.

Art. 70.

Der Präsident bestimmt die Aeußerlichkeiten der Sitzung, namentlich die von den Richtern, Geschwornen, Parteien, Zeugen und dem Publikum einzunehmenden Plätze.

Er leitet den Geschäftsgang und alle Verhandlungen vor und in dem Gerichte.

Art. 71.

Der Präsident sorgt für Ruhe und Ordnung. Personen, welche sich seinen Verfügungen widersetzen, kann er verhaften und während höchstens 24 Stunden gefangen halten lassen.

Er kann auch einzelne Personen oder, wenn die Herstellung der Ruhe auf andere Weise nicht möglich ist, alle

Anwesenden, welche bei dem Verfahren nicht mitzuwirken haben, wegweisen.

22. Juni  
1849.

Art. 72.

Der Präsident beaufsichtigt die Pflichterfüllung der dem Gerichte untergebenen Beamten und Bediensteten, namentlich auch des Gerichtsschreibers.

Er kann einzelnen Mitgliedern des Gerichtes Urlaub ertheilen.

D. Disziplin.

Art. 73.

Das Bundesgericht erstattet der Bundesversammlung jedes Jahr einen einlässlichen Bericht über die verschiedenen Zweige der eidgenössischen Rechtspflege.

Art. 74.

Das Bundesgericht gibt seinen Abtheilungen die erforderlichen Aufträge und Instruktionen, ohne jedoch im einzelnen Falle auf ihre Entscheidungen und auf das Verfahren einzuwirken.

Art. 75.

Richter, welche in einer Sache ihr Amt nicht ausüben dürfen, oder welche aus irgend einer Ursache der Einladung des Präsidenten keine Folge leisten können, sollen unmittelbar nach dem Empfange derselben den Präsidenten von ihrer Verhinderung benachrichtigen.

Jeder Richter, der diese Vorschriften nicht erfüllt, ist für die daraus entstandenen Kosten verantwortlich.

Art. 76.

Die eidgenössischen Gerichte, so wie deren Präsidenten und die Untersuchungsrichter können Ordnungsfehler der ihnen untergeordneten Beamten und Bediensteten, so wie der Parteien und ihrer Sachwalter, der



22. Juni  
1849.

Zeugen, der Geschwornen und Experten und des bei den Sitzungen anwesenden Publikums mit Verweis oder mit einer Geldbuße von höchstens fünfzig Franken auf summarischem Wege bestrafen.

Art. 77.

Die Mitglieder und Beamten des Bundesgerichtes und seiner Abtheilungen, so wie die Bundesanwälte und die Advokaten sollen bei allen öffentlichen Verhandlungen in schwarzer Kleidung erscheinen.

E. Verhältniß zu den Behörden der Kantone und des Auslandes.

Art. 78.

Die für die eidgenössische Rechtspflege aufgestellten Behörden und einzelnen Beamten können alle Amtshandlungen, für welche sie zuständig sind, in jedem Kanton der Eidgenossenschaft vornehmen, ohne vorher die Einwilligung der Kantonsbehörden einzubolen. Dagegen soll, so oft eidgenössische Justizbehörden in irgend einem Kanton in Thätigkeit treten, die Regierung desselben hiervon beförderlich in Kenntniß gesetzt werden.

Art. 79.

Den zur Beförderung der Rechtspflege gestellten Begehren der eidgenössischen Gerichts- und Strafpolizeibeamten sollen die Kantonalbehörden in ihrem Amtskreise entsprechen.

Art. 80.

Die Korrespondenz zwischen den Bundesjustizstellen und ausländischen Behörden kann direkt oder durch Vermittlung des Bundesrathes stattfinden. Der Verkehr hinsichtlich Begehren oder Bewilligungen von Auslieferung von Verbrechern findet nur durch Vermittlung



des Bundesrathes Statt. Mit den kantonalen Behörden und Beamten hingegen treten die Bundesjustizstellen in unmittelbaren schriftlichen Verkehr.

22. Juni  
1849.

#### F. Materielle Bedürfnisse.

##### Art. 81.

Für die Sitzungen, welche in der Bundesstadt gehalten werden, hat diese nach Anleitung des Beschlusses vom 27. Wintermonat 1848 die erforderlichen Räumlichkeiten anzuweisen.

##### Art. 82.

Wenn das Bundesgericht und das Appellationsgericht sich außerhalb der Bundesstadt versammeln, so stellt die Kantonalregierung des Ortes, wo sie ihre Sitzungen halten sollen, ihnen ein angemessenes Lokal zur Verfügung.

Die Ortsbehörden werden auf Ansuchen des Bundesrathes die nöthigen Einrichtungen treffen. Die hierdurch verursachten Baarauslagen sind der Gerichtskasse zu verrechnen. Miethzinse dürfen nicht berechnet werden.

##### Art. 83.

Wachen, Bedeckungen und Gefangenwärter werden auf Ansuchen des Gerichtspräsidenten oder des Untersuchungsrichters durch die Behörden des Kantons, in welchem das Verfahren vor sich geht, einberufen.

Die Kosten werden aus der Gerichtskasse bestritten.

##### Art. 84.

Die Verhafteten werden in den Kantonalgefängnissen untergebracht. Deren Verpflegung wird nach dem gesetzlichen Tarif des Kantons aus der Gerichtskasse vergütet. Die im Untersuchungsverhafte befindlichen Personen stehen unter den Gesetzen des Ortes, in welchem sie gefangen gehalten werden. Mit Beziehung auf ihre

22. Juni  
1849.

Ueberwachung und Behandlung hat jedoch der Gefangenwärter die Befehle des eidgenössischen Verhörrichters und beziehungsweise des Assisenpräsidenten zu befolgen.

Die Gefängnisse stehen auch unter der Aufsicht der Staatsanwaltschaft, welcher der freie Eintritt in dieselben zusteht, und welche ermächtigt ist, die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln anzuordnen.

Art. 85.

Der Bundesrath macht der Gerichtskasse die erforderlichen Vorschüsse. Der Gerichtsschreiber führt über alle Einnahmen und Ausgaben genaue Rechnung.

Art. 86.

Alle Akten und Protokolle, welche sich auf erledigte Prozesse beziehen, werden im eidgenössischen Archive aufbewahrt.

### **Vorübergehende Bestimmungen.**

Art. 87.

Die Vorschriften über das Prozeßverfahren und die Gesetze, welche sowohl im Civil- als Kriminalprozesse anzuwenden sind, bilden den Gegenstand besonderer Bestimmungen.

Art. 88.

Die Entschädigungen an die Gerichtsbeamten, an die Geschwornen, Sachverständigen und Zeugen, sowie die übrigen Kosten für die Verwaltung der Bundesrechtspflege werden durch ein vom Bundesrathe vorübergehend zu erlassendes Reglement festgesetzt.

---

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Ständerath unterm 4. Juni, der  
Nationalrath am 5. gleichen Monats vorstehendes Gesetz

über die Organisation der Bundesrechtspflege erlassen  
hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetze erwachsen ist,  
beschließt:

22. Juni  
1849.

1. Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner  
Bekanntmachung an in Kraft.

2. Dasselbe soll dem Bundesblatte einverleibt und  
behuft weiterer öffentlicher Bekanntmachung sämtlichen  
Kantonsregierungen mitgetheilt werden.

Bern, den 22. Juni 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:  
Der Bundespräsident,  
**Dr. Furrer.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,  
**Schies.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll zum Zwecke der Voll-  
ziehung sowohl durch öffentlichen Anschlag als durch  
Einrückung in die Gesetzesammlung bekannt gemacht  
werden.

Gegeben in Bern, den 30. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:  
Der Präsident,  
**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,  
**A. Weyermann.**

3. Juli  
1849.

---

## **V e r o r d n u n g ,**

betreffend

die Besetzung geistlicher Stellen in der Stadt Bern.

---

**Der Regierungsrath des Kantons Bern,**

in Betracht, daß die Abhaltung von Probepredigten bei Besetzung geistlicher Stellen an den Kirchen der Stadt Bern als eine exceptionelle Maßregel gegenüber den übrigen Kirchgemeinden des Kantons Bern sich nicht rechtfertigen läßt,

verordnet:

**Art. 1.**

Die Bestimmung in den §§ 2 und 3 des regierungsräthlichen Beschlusses vom 31. Juli 1833, wonach bei der Wiederbesetzung geistlicher Stellen der Hauptstadt die dahierigen Bewerber Probepredigten abhalten sollen, ist andurch aufgehoben.

**§. 2.**

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und wird in die Gesetze und Dekrete aufgenommen.

Gegeben in Bern, den 3. Juli 1849.

**Namens des Regierungsrathes:**

**Der Präsident,**

**Stämpfli.**

**Der Staatschreiber,**

**A. Weyermann.**

---

---

## Reglement für die Schützengesellschaften.

---

4. Juli  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Ausführung  
des Art. 3 des Beschlusses des Großen Rathes vom  
2. Juni 1849, betreffend die Organisation der Schützen-  
gesellschaften,

verordnet:

Art. 1.

Die Schützengesellschaften im Gebiete des Kantons  
Bern stehen unter der Oberaufsicht der Regierung.

Art. 2.

Jeder Verein zum Zwecke des Stutzer- und Ziel-  
schießens, der aus wenigstens zwanzig Mitgliedern be-  
steht, ist als Schützengesellschaft anzusehen.

Art. 3.

Mehrere Unterabteilungen einer Schützengesellschaft  
sind gestattet und bilden zusammen ein Ganzes. Jede  
Kirchgemeinde oder mehrere vereint können eine Unter-  
abteilung bilden.

Art. 4.

Der Eintritt in eine Schützengesellschaft steht jedem  
Schweizerbürger frei, der nach bernischen Gesetzen den  
Zustand der unbeschränkten Ehrenfähigkeit genießt und  
im Kanton wohnhaft ist.

Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Ge-  
sellschaft entscheidet jedoch endlich über das Aufnahms-  
gesuch.

Art. 5.

Jede Schützengesellschaft, um auf einen jährlichen

4. Juli  
1849.

Staatsbeitrag Anspruch zu haben, soll ein Reglement einführen, welches den gesetzlich aufgestellten grundsätzlichen Bestimmungen nichts Zuwiderlaufendes enthalten darf. Dasselbe bedarf der Genehmigung der Militärdirektion.

Art. 6.

Die jährlichen Beiträge des Staates sind bestimmt:

- a. entweder und zwar vorzugsweise zu Schießgaben, und
- b. zur Unterstützung von nothwendigen Bauten und Einrichtungen für das Schützenwesen. Zu letzterm Zwecke soll die jährliche Gesamtausgabe achthundert Franken nicht überschreiten.

Art. 7.

Die Beiträge für Schießgaben vertheilen sich auf die Schützengesellschaften im Verhältnisse der Anzahl der Mitglieder, welche im vorhergehenden Jahre an den reglementarischen Schießübungen Antheil genommen haben.

Die Schützengesellschaften, welche sich im laufenden Jahre gebildet haben, beziehen den Beitrag im Verhältnisse zur Mitgliederzahl.

Art. 8.

Jede Schützengesellschaft ist verpflichtet, jährlich wenigstens vier Schießübungen abzuhalten, und über die Verwendung der empfangenen Beiträge des Staates der Militärdirektion spätestens bis 31. Dezember des laufenden Jahres Rechnung abzulegen. In Fällen von Säumniß oder zweckwidriger Verwendung kann der Regierungsrath der betreffenden Gesellschaft den Beitrag für das folgende Jahr verweigern.

Art. 9.

Gegenwärtiges Reglement tritt vom Tage seiner

Bekanntmachung durch öffentlichen Anschlag an in Kraft und soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

4. Juli  
1849

Gegeben in Bern, den 4. Juli 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

## **Bundesbeschluß,**

20. Juni  
1849.

betreffend

die Militärkapitulationen, vom 20. Juni 1849.

Die schweizerische Bundesversammlung,  
in Betracht,

daß das Fortbestehen der Militärkapitulationen mit den politischen Grundlagen der Schweiz als eines demokratischen Freistaates unverträglich ist,

beschließt:

1) Der Bundesrath wird eingeladen, beförderlich die geeigneten Unterhandlungen zu pflegen, um eine Auflösung der noch bestehenden Militärkapitulationen zu erzielen zu suchen und über die dahierigen Ergebnisse Bericht, so wie angemessene sachbezügliche Anträge der Bundesversammlung vorzulegen.

2) Alle Anwerbungen für auswärtige Militärdienste  
Jahrgang 1849.

20. Juni  
1849. sind im Gebiete der ganzen Eidgenossenschaft für einstweilen untersagt.

Also beschlossen vom schweizerischen Ständerath.

Bern, den 13. Juni 1849.

Der Vicepräsident,  
**Steiger.**

Der Sekretär,  
N. von Moos.

Also beschlossen vom schweizerischen Nationalrath.

Bern, den 20. Juni 1849.

Der Präsident,  
**A. Escher.**

Der Sekretär,  
Schieß.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt und in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Bern, den 28. Juni 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,  
**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,  
A. Weyermann.

---



## Reglement

6. Juli  
1849.

über die

### Verwaltung der Bezirkskrankenanstalten (Nothfallstuben).

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Vollziehung des Gesetzes über die Einführung  
von Armenanstalten vom 19. Mai und 8. September  
1848,

auf den Vortrag der Direktion des Innern, Ab-  
theilung Gesundheitswesen,

beschließt:

#### I. Aufsichtsbehörde.

##### §. 1.

Die Leitung und Verwaltung jeder Bezirkskrankenanstalt wird unter der Oberaufsicht der Direktion des Innern durch eine besonders dazu bestellte Aufsichtsbehörde besorgt.

##### §. 2.

Die Aufsichtsbehörde besteht aus einem Präsidenten und vier stimmberechtigten Mitgliedern. Ueberdies ist der Arzt der Anstalt berathendes Mitglied.

Die Wahl des Präsidenten und der vier stimmberechtigten Mitglieder geschieht durch die Direktion des Innern auf den eingeholten doppelten Vorschlag des Regierungstatthalters desjenigen Amtsbezirks, in welchem die Anstalt ist. Alle vier Jahre findet eine Integralerneuerung Statt.

6. Juli  
1849.

§. 3.

Da wo die Bezirkskrankenanstalt mit einer andern bereits unter einer besondern Verwaltungsbehörde stehenden Krankenanstalt vereinigt werden kann, ist die Direction des Innern ermächtigt, mit dieser in Betreff der Verwaltung, Aufsicht und Verpflegung im Sinne dieses Reglements sich zu verständigen.

§. 4.

Der Regierungsstatthalter desjenigen Amtsbezirks, in welchem die Anstalt ist, übergibt der betreffenden Aufsichtsbehörde bei der Uebernahme der Geschäfte die Anstalt mit einem genauen Inventar über die dazu gehörenden, auf die Krankenpflege und die Verwaltung bezüglichen Effecten (Mobilien, Dinge, Controllen, Manuale, Rechnungen, Reglemente etc.).

§. 5.

Nachdem die Aufsichtsbehörde die Geschäfte übernommen, überträgt sie die verschiedenen Hauptgeschäftszweige, wie die Hauspolizei, das Haushaltungs- und Rechnungswesen, das Actuariat, den einzelnen Mitgliedern.

§. 6.

Sie hat im Allgemeinen dafür zu sorgen, daß die zum Unterhalte der Anstalt angewiesenen Mittel gehörig verwendet werden, und die Anstalt ihren wohlthätigen Zweck vollständig erreiche.

Im Besondern liegen ihr folgende Pflichten und Befugnisse ob :

- 1) Sie gibt der Direction des Innern ihren Vor-

schlag für die Wahl des Arztes, welchem die Besorgung der Kranken zu übertragen ist.

6. Juli  
1849.

2) Sie erwählt und entläßt, jedoch im Einverständnisse mit dem Arzte der Anstalt, das Wart- und Dienstpersonal. Fehlt dieses Einverständniß, so hat die Direktion des Innern zu entscheiden.

Die Wartperson muß gut beleumdet und wo möglich verheirathet, übrigens gesund, ordnungsliebend und reinlich sein.

3) Sie schließt die nöthigen Verträge für die Miethe des Lokals, die ärztliche Verpflegung, die Abwart und Verköstigung der Kranken; alles jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung der Direktion des Innern.

4) Sie beaufsichtigt den Arzt und die Wartperson und sorgt dafür, daß sie ihre Pflichten erfüllen. Zu diesem Zwecke sollen die Mitglieder öfters die Anstalt besuchen und dabei besonders darauf achten, daß die Hauspolizeiordnung in allen Theilen befolgt werde. Die einzelnen Mitglieder haben jedoch keine Weisung zu geben.

5) Sie entscheidet in Fällen, wo gegen den Arzt wegen Nichtaufnahme oder Entlassung von Kranken Beschwerde geführt wird.

6) Sie sorgt dafür, daß das Inventar über die zur Anstalt gehörenden Effekten (§. 4) alljährlich durchgesehen, und nach Mitgabe des über das Materielle geltenden Regulativs allfällig Fehlendes ersetzt werde. Zu diesem Zwecke hat sie alljährlich mit dem Jahresberichte das Inventar der Direktion des Innern, mit ihren Anträgen begleitet, einzusenden.

7) Sie bestimmt das Pflegegeld derjenigen Kranken, welche gegen Bezahlung aufgenommen werden sollen.

6. Juli  
1840.

8) Sie gibt der Direktion des Innern am Ende jeden Vierteljahrs ein nach dem Formular abgefaßtes Verzeichniß der während demselben Verpflegten, in zwei Doppelten, wovon das eine für das Archiv der Direktion des Innern, das andere als Beilage zur Rechnung des Amtschaffners bestimmt ist.

Diesem Verzeichnisse soll für jeden darauffstehenden Kranken ein vom Pfarrer und Gemeinderathspräsidenten des Wohnorts des Kranken ausgestelltes Zeugniß über seine Vermögensverhältnisse sowie das Eintritts- und Austrittsbillet des Kranken beigelegt werden.

Diese Vorschrift gilt auch für diejenigen Kranken der Anstalt, welche in allfälligen andern, als den auf Rechnung des Staats unterhaltenen Betten der Anstalt verpflegt worden sind.

9) Wenn die Verpflegung der Kranken nicht vollständig per Akkord, sondern ganz oder theilweise direkt auf Rechnung des Staates geschieht, so hat sie vierteljährlich neben dem im vorigen Artikel vorgeschriebenen Verzeichniß eine genaue Rechnung über Einnahmen und Ausgaben an die Direktion des Innern einzusenden. Jedes Ausgeben muß sich auf eine Beilage stützen, dasjenige für Beköstigung auf den Diätzedel, wenn sie per Akkord geschieht und nicht in einem für die ganze Verpflegung geltenden täglichen Pflegegeld innbegriffen ist.

Diese Rechnung muß folgende besondere Abtheilungen enthalten:

#### A. Einnahmen.

##### a. Beischüsse aus der Staatskasse.

- b. Vergütungen zahlungsfähiger Individuen.
- c. Auffällige Gemeindsbeiträge.
- d. Schenkungen oder sonstige wohlthätige Beiträge.

6. Juli  
1849.

#### B. Ausgaben.

- a. Entschädigung oder Besoldung des Arztes und des Wart- und Dienstpersonals.
- b. Arzneikosten.
- c. Kosten für die mechanischen Heilmittel (Leinwand, Binden, Charpie etc.)
- d. Beköstigung der Bewohner der Anstalt.
- e. Beleuchtung und Beheizung.
- f. Unterhalt und Reinigung der Linges (Waschen).
- g. Büreaukosten.
- h. Beerdigungskosten.
- i. Effektenankauf.
- k. Vermischtes.

10) Ueber ihre Verhandlungen führt sie ein regelmäßiges Protokoll.

11) Alljährlich vor Ende Februars sendet sie der Direktion des Innern einen gedrängten Bericht über die Vorgänge bezüglich auf die Anstalt ein und begleitet denselben mit auffälligen Vorschlägen zum Nutzen und Gedeihen der Anstalt.

#### II. Aufnahme und Entlassung der Kranken.

##### S. 7.

Der Arzt entscheidet in der Regel über die Aufnahme und die Entlassung der Kranken. Behufs der Aufnahme stellt er dem Kranken ein Eintritts-, und behufs der Entlassung ein Austrittsbillet zu.

Das Eintrittsbillet hat die Wartperson dem Kran-

6. Juli  
1849.

ten abzufordern und wie das Austrittsbillet demjenigen Mitglieder der Aufsichtsbehörde einzuhändigen, welches mit dem Rechnungswesen beauftragt ist.

§. 8.

Der Regierungsrath wird jeder Bezirkskrankenanstalt den Aufnahmskreis bezeichnen, aus welchem sie Kranke aufzunehmen hat.

Nur Kranke, welche innert demselben wohnhaft sind, und Auswärtige, welche in demselben erkranken, und deren Weitertransport nicht ohne Nachtheil thunlich ist, sollen aufgenommen werden.

§. 9.

Die Bezirkskrankenanstalten sind Armenanstalten. Es sollen daher in dieselben in der Regel nur Arme aufgenommen werden, Nichtarme aber nur dann, wenn sie zu Hause nicht gehörig gepflegt werden können.

Arme sollen jedoch immer den Vorrang haben.

§. 10.

Die Armuth oder die Vermögensverhältnisse müssen durch ein von dem Einwohnergemeindrathspräsidenten und dem Pfarrer des Wohnorts des Kranken ausgestelltes Zeugniß bescheinigt sein.

Dieses Zeugniß soll in der Regel sogleich mit dem Begehren um Aufnahme des Kranken vorgelegt werden, und nur in denjenigen Fällen nachträglich (immerhin jedoch in den ersten acht Tagen nach der Aufnahme), wo die Umstände des Kranken keine Verzögerung seiner Aufnahme erlauben.

§. 11.

Arme sollen unentgeltlich, Vermögliche aber gegen

billige, ihren Vermögensverhältnissen angemessene Entschädigung, welche wenigstens fünf Bazen betragen soll, verpflegt werden.

6. Juli  
1840.

Gesellen und Handwerker überhaupt, welche, ohne Vermögen zu besitzen, bei irgend einer Krankenkasse theiligt sind, sollen wenigstens zwei und einen halben Bazen täglich an die Verpflegungskosten beitragen.

§. 12.

Im Uebrigen soll bei der Aufnahme von Kranken nur die Hülfbedürftigkeit maßgebend sein und zwar in der Weise, daß in der Regel nur Nothfälle aufgenommen werden.

Unter Nothfall ist zu verstehen ein medizinischer oder chirurgischer Krankheitsfall, der plötzlich entstanden ist oder sich plötzlich verschlimmert hat, den Kranken in Gefahr setzt, bei versäumter, schneller und zweckmäßiger Kunsthülfe seine Gesundheit auf die Dauer oder sein Leben zu verlieren.

Mit chronischen und ansteckenden Krankheiten Behaftete dürfen nicht aufgenommen werden, wie namentlich: Schwindsüchtige, Wassersüchtige, Scrophulöse, Venerische, Krätzigige und mit andern chronischen Hautkrankheiten Behaftete, oder an Geschwüren, Beinfract, Fisteln u. dgl. Leidende. Auch Schwangere, welche voraussichtlich während der Behandlung in der Anstalt niederkommen könnten, sind nicht aufzunehmen.

Wo diese Vorschrift nicht beachtet werden sollte, kann die Entschädigung aus der Staatskasse verweigert werden.

Es steht jedoch der Direction des Innern zu, je nach obwaltenden Verhältnissen für einzelne Anstalten jene Vorschrift zu modifiziren.



6. Juli  
1849.

---

§. 13.

Kranke, welche wegen Mangels an Platz nicht aufgenommen werden können, sind einstweilen auf ein besonderes Verzeichniß zu tragen und bald möglichst einzuberufen. Bei der Einberufung soll, falls mehrere Personen angeschrieben sind, in erster Linie die Hülfssbedürftigkeit und in zweiter das Datum der Anschreibung berücksichtigt werden.

§. 14.

Der Zweck der Aufnahme eines Kranken in eine Bezirkskrankenanstalt ist Heilung desselben. So lange daher Hoffnung auf Erreichung dieses Zweckes vorhanden ist, kann derselbe in der Anstalt verbleiben. Wenn jedoch nach Verfluß von vier Monaten dieser Zweck noch nicht erreicht ist, so soll der Arzt über den Zustand des betreffenden Kranken an die Direktion des Innern berichten, welche dann entscheiden wird, ob der Kranke länger verbleiben oder entlassen werden soll.

§. 15.

Erachtet der Arzt einen Kranken in der Weise für geheilt, daß seine Entlassung ohne Nachtheil für ihn möglich ist, oder ist in der Anstalt keine Heilung oder weitere Besserung möglich, so soll er ihn sofort entlassen, oder, wo es der Fall ist, Anträge auf Verlegung desselben in eine andere Anstalt an die Direktion des Innern stellen.

Die Kranken sollen in der Regel früh morgens aus der Anstalt treten, da der Austrittstag nie als Krankenpflegetag verrechnet und bezahlt werden soll.



## §. 16.

6. Juli.  
1849.

Stirbt ein Kranker, so giebt der Arzt sofort der Aufsichtsbehörde davon Kenntniß und trifft die nöthigen Vorkehrungen zu dessen Beerdigung.

## §. 17.

Die Direktion des Innern hat die weitem nothwendigen Vollziehungsbestimmungen, namentlich eine Instruktion für den Arzt und das Wartpersonal, eine Hauspolizeiordnung, ferner eine Speiseordnung, so wie ein Regulativ über die für die Nothfallstuben anzuschaffenden Beweglichkeiten zu geben.

## §. 18.

Das Reglement, betreffend die Aufnahme von Kranken in die Nothfallstuben, vom 27. Dezember 1837, so wie dasjenige über die Leitung und Verwaltung derselben, beide auf eine Probezeit vom Departement des Innern erlassen, sind aufgehoben.

## §. 19.

Dieses Reglement tritt mit dem 1. Oktober 1849 in Kraft und wird in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen.

Gegeben in Bern, den 6. Juli 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

7. Juli  
1849.

## Besoldungsreglement für die Zuchtmeister in Bruntrut.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
auf den Antrag der Direktion der Strafanstalten,  
beschließt:

### §. 1.

Die Besoldungen der Zuchtmeister und Zuchtmeisterinnen der Strafanstalt zu Bruntrut werden in vier Klassen eingetheilt. Diese Klassen sind bestimmt.

Für die Zuchtmeister.	Für die Zuchtmeisterinnen.
1. Klasse zu Fr. 220.	Fr. 150 jährlich
2. „ „ „ 200.	„ 140 „
3. „ „ „ 180.	„ 130 „
4. „ „ „ 160.	„ 120 „

}

vierteljährlich  
angewiesen.

Dagegen werden in Zukunft keine Gratifikationen mehr ertheilt.

### §. 2.

Die zwei letzten Klassen werden einzig durch die Dienstzeit, die zwei ersten hingegen, nebst dieser, noch durch die Tüchtigkeit der Personen, ihr Betragen und besonders treue, gewissenhafte pünktliche Pflichterfüllung in allen Zweigen ihres Dienstes bedingt.

### §. 3.

Die Besoldungsverhöhungen haben nur auf den 1. Jänner eines jeden Jahres Statt. Für die Klassifikationen wird die Dienstzeit, ~~oder~~ im Laufe des Jahres eingetretenen Zuchtmeister oder Zuchtmeisterinnen vom 1. Jänner des nächstfolgenden Jahres an gezählt. Unter Eintritt wird der Antritt der Probezeit verstanden.

## §. 4.

7. Juli  
1849.

Die Besoldung der vierten Klasse erhalten alle neueintretenden Zuchtmeister und Zuchtmeisterinnen, wenn sie in den letzten zehn Jahren nicht schon wenigstens zwei Jahre angestellt gewesen waren, oder die kompetente Behörde ihnen ausnahmsweise eine andere Besoldung zuerkennt.

Die Besoldung der dritten Klasse kommt denjenigen zu, welche ein volles Jahr im Dienste gestanden sind, sowie auch den neueingetretenen, die während der letzten zehn Jahre schon wenigstens zwei Jahre lang ununterbrochen als Zuchtmeister oder Zuchtmeisterinnen angestellt gewesen waren.

Zum Bezuge der Besoldungen der zwei ersten Klassen ist nebst Erfüllung der im §. 2 festgesetzten Bedingungen eine ununterbrochene Dienstzeit erforderlich, für die zweite Klasse von vier und für die erste Klasse von acht Jahren.

## §. 5.

Der allfällige Vizeobermeister und der Oberwebermeister beziehen die Besoldungen der ihren Dienstverhältnissen entsprechenden Klasse wie die Zuchtmeister; jeder erhält überdieß noch eine Zulage, welche je nach ihren Leistungen jährlich bis auf vierzig Franken ansteigen kann. Diese Zulage wird zur Besoldung geschlagen und mit derselben ausgerichtet.

Es darf aber nie ein Obermeister und ein Vizeobermeister neben einander bestehen; sondern ein Vizeobermeister kann nur in Ermanglung eines Obermeisters gewählt und besoldet werden, und zwar wenn immer möglich in der Person des Oberwebermeisters, welchem

7. Juli  
1849.

alsdann in dieser Doppelstellung die Zulage bis auf sechszig Franken vermehrt werden kann.

§. 6.

Nebst den Besoldungen erhalten die Zuchtmeister wie bisher :

- 1) an Kleidung : alle zwei Jahre einen Ueberrock mit Kragen ; alle Jahre eine Polizeimütze, einen Uniformrock, ein Gilet, ein Paar Hosen, ein Paar Guetern und alle sechs Monate ein Paar Schuhe ;
- 2) freie Kost, Wohnung und Licht ;
- 3) freie Unterwaschung, und
- 4) freie medizinische Versorgung.

Die Zuchtmeisterinnen erhalten keine Kleidung, wohl aber alle sechs Monate ein Paar Schuhe und werden im Uebrigen gleichgehalten wie die Zuchtmeister.

§. 7.

Die gegenwärtig angestellten Zuchtmeister sind vom 1. Jänner 1850 an nach der bis auf diesen Zeitpunkt zurückgelegten Dienstzeit nach den Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes zu klassifiziren. Dasselbe tritt den 1. Jänner 1850 in Kraft und ist der Gesetzesammlung einzuverleiben.

Gegeben in Bern, den 7. Juli 1849.

Namens des Regierungsrathes :

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

## G e s e z

2. August  
1849.

über das Budget und die Rechnungslegung des  
Staates.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
auf den Vortrag des Finanzdirektors und nach  
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

### A. Entwerfung des Budgets.

#### §. 1.

Sämmtliche Direktionen haben ihren jährlichen  
Voranschlag je bis zu dem dem Rechnungsjahre vor-  
hergehenden ersten Weinmonat zu entwerfen und der  
Finanzdirektion zuzustellen.

#### §. 2.

Die Finanzdirektion entwirft auf Grundlage der  
Spezialvoranschläge den Hauptvoranschlag und bringt ihn  
längstens bis den ersten Wintermonat mit ihrem Be-  
richte und ihren Anträgen begleitet an den Regierungsrath.

#### §. 3.

Der Regierungsrath befördert die Berathung des  
Voranschlages so, daß solcher im Laufe Christmonats  
und mindestens acht Tage vor dessen wirklicher Be-  
rathung durch den Großen Rath an die Mitglieder dieser  
Behörde und diejenigen der Staatswirthschaftskommission  
ausgetheilt werden kann.

#### §. 4.

Kann die Berathung und Feststellung des Voran-  
schlages durch den Großen Rath vor dem Antritte des

2. August  
1849.

Rechnungsjahres nicht begonnen oder beendigt werden, so ist der Regierungsrath ermächtigt, auf der Grundlage des Voranschlagsentwurfs die zum Unterhalte der laufenden Verwaltung nothwendigen Ausgaben einstweilen zu bestreiten. Zu neuen, durch den laufenden Dienst nicht gebotenen Ausgaben kann er aber nicht schreiten, bis die Genehmigung des Budgets durch den Großen Rath stattgefunden hat.

#### B. Vertheilung der Budgetkredite auf die Quartale.

##### §. 5.

Unmittelbar nach der Feststellung des Budgets durch den Großen Rath vertheilt der Regierungsrath auf den Vortrag der betreffenden Direktionen die Ausgabenkredite jeder Direktion und Verwaltung auf die einzelnen Quartale. Die Vertheilung hat so zu geschehen, daß mit den betreffenden Summen der Dienst für das ganze Jahr gesichert ist.

Der Regierungsrath kann im Laufe des Jahres Aenderungen in der Vertheilung verordnen, wobei er jedoch strenge darauf zu sehen hat, daß der Dienst bis zu Ende des Jahres gesichert bleibe.

Die Kantonebuchhalterei anerkennt keine Anweisungen, welche die von dem Regierungsrathe festgestellten Quartalkredite übersteigen.

#### C. Verwendung und Uebertragung der Kredite.

##### §. 6.

Jeder ausgesetzte Kredit muß seiner angegebenen Bestimmung gemäß verwendet werden. Die Kantonsbuchhalterei hat bei allen vorkommenden Anweisungen

darüber zu wachen, daß dieser Grundsatz nicht verletzt wird. 2. August 1849.

Eine Uebertragung von Krediten kann von dem Regierungsrathe nur unter folgenden Beschränkungen verordnet werden:

- 1) Die Uebertragung muß innerhalb der Kredite der betreffenden Direktion stattfinden. Zu Uebertragungen von einer Direktion auf die andere ist der Regierungsrath nicht befugt.
- 2) Die Uebertragung muß sich auf die Restanzen der Kredite beschränken, welche zur Ausführung des Gegenstandes, wofür diese ausgesetzt waren, nicht erschöpft werden. Kredite für Gegenstände, die gar nicht ausgeführt, oder ganz oder zum Theil auf ein späteres Jahr auszuführen verschoben werden, kann der Regierungsrath nicht übertragen.
- 3) Die Uebertragung muß zum Zwecke der Ergänzung eines zu niedrig veranschlagten Kredites stattfinden. Zu einer neuen, durch keinen Kreditansatz vorgesehenen Ausgabe kann die Uebertragung nicht beschlossen werden.

#### D. Nachtragskredite.

##### §. 7.

Nachtragskredite werden von dem Großen Rathe bewilligt für Ausgaben, welche in dem Budget nicht vorgesehen wurden, oder wofür die darin aufgenommenen Summen nicht ausreichen.

##### §. 8.

Mit jedem Nachkreditgesuche hat der Regierungsrath dem Großen Rathe einen Nachweis über das Verhältniß der sämtlichen Budget- und Nachtragskredite



2. August  
1840.

zu den Einnahmen des betreffenden Rechnungsjahres zu machen und zugleich die Mittel anzugeben, aus welchen die zu bewilligende Summe gedeckt werden kann oder soll.

Den gleichen Nachweis, in Betreff der Mittel, hat der Regierungsrath bereits mit der Vorlage des Budgets zu machen, wenn die veranschlagten Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

#### E. Kompetenzen zu Kreditverwendungen.

##### §. 9.

Jede Direktion hat auf den zu ihrer Verfügung stehenden Kreditsummen eine Kompetenz bis auf zweihundert Franken (Gesetz über die Organisation des Regierungsrathes vom 25. Jänner 1847, §§. 6 und 41). Alle Gegenstände, welche eine höhere Ausgabe mittelbar oder unmittelbar zur Folge haben, unterliegen der Entscheidung des Regierungsrathes.

##### §. 10.

Der Regierungsrath hat auf den ausgesetzten Kreditsummen eine Kompetenz bis auf fünftausend Franken. Alle Gegenstände, welche mittelbar oder unmittelbar eine höhere Ausgabe zur Folge haben, unterliegen der Entscheidung des Großen Rathes (§. 27 III. a der Staatsverfassung).

##### §. 11.

Die in den beiden vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Kompetenzen sind ausdrücklich nur auf die ausgesetzten Budgets- oder Nachtragskredite beschränkt. Sind diese Kredite erschöpft, so kann weder der Regierungsrath noch eine Direktion eine Ausgabe beschließen, auch wenn sie die angegebene Kompetenzsumme nicht übersteigen würde.



Für den Regierungsrath bleiben einzig die Fälle vorbehalten, welche in dem §. 4 des Gesetzes über die Organisation der Finanzverwaltung vom 27. März 1847 vorgesehen sind.

2. August  
1849.

§. 12.

Unabänderliche Ausgaben, welche durch bestehende Gesetze der Zeit und Summe nach bestimmt sind, wie Besoldungen u. dergl., und solche, welche auf bestehenden, von der kompetenten Behörde genehmigten Verträgen und Verpflichtungen beruhen, bedürfen, behufs ihrer Ausbezahlung, keiner weiteren Entscheidung. Immerhin muß indeß dafür ein Budget- oder Nachtragskredit vorhanden sein.

F. Verbindung des Budgets mit den vorhergehenden Rechnungen.

§. 13.

Das Budget lehnt sich jeweilen an die Rechnung des seiner Entwerfung unmittelbar vorhergehenden Jahres an (das Budget für das Jahr 1850 z. B. an die Rechnung des Jahres 1848).

§. 14.

Zu diesem Ende sind in dem Budget darzustellen:

- a. der Saldo der Rechnungs- und Kassenrestanzen, wie er sich laut dem Schlusse jener Rechnung herausstellt (§. 24 des Gesetzes über die Verwaltung des Kapitalvermögens);
- b. die verfügbaren Einnahmsüberschüsse (§. 25 des gleichen Gesetzes); oder
- c. die Ausgabenüberschüsse, welche als Guthaben des Conto der Rechnungs- und Kassenrestanzen zu erstatten sind (§. 25 des nämlichen Gesetzes).

2. August  
1849.

Außerdem sind die mutmaßlichen Resultate des laufenden Rechnungsjahres, welche nach dem Budget und den Nachtragskrediten sich herausstellen, mit den obigen Summen in Verbindung zu bringen.

§. 15.

Falls Ausgabenüberschüsse zu decken sind, ist jeweilen bei der Feststellung des Budgets zu bestimmen, um wie viel dieß im betreffenden Jahre zu geschehen hat. Steht ein solcher Ueberschuß bereits im vierten Jahre aus, so muß er indeß entweder ganz gedeckt oder aber als Kapitalangriff erklärt werden (§. 25 des angeführten Gesetzes).

G. Von dem Budget und dem Rechnungsschlusse.

§. 16.

Das Budget- und Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. Jänner und endigt mit dem 31. Christmonat.

Für die Reglirung der Spezialrechnungen ist den Direktionen und Verwaltungen bis zum 25. Jänner Frist gegeben.

Nach diesem Zeitpunkte werden keine Auszahlungen mehr auf Rechnung des abgelaufenen Budgets gemacht; die nicht erschöpften Budget- oder Nachtragskredite fallen dahin. Im neuen Rechnungsjahre darf keine Ausgabe mehr darauf gegründet werden, wenn der Kredit oder die Restanz nicht in das neue Budget übergetragen worden ist.

§. 17.

Die Finanzdirektion und der Regierungsrath haben die Ausfertigung und Prüfung der Staatsrechnung so

zu befördern, daß sie in der ersten Hälfte des folgenden Jahres dem Großen Rathe vorgelegt werden kann. 2. August  
1849.

Wenigstens vier Wochen vor ihrer Genehmigung durch den Großen Rath ist sie, mit den Beilagen begleitet, der Staatswirthschaftskommission zur Untersuchung zuzustellen.

§. 18.

Der Regierungsrath ist beauftragt, auf der Grundlage dieses Gesetzes die allfällig nöthigen Spezialreglemente zu erlassen.

Dieses Gesetz tritt auf den 1. Oktober 1849 in Kraft.

Gegeben in Bern, den 2. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 3. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

2. August  
1849.

## D e k r e t

über

die Erhebung der ordentlichen Steuer für 1849.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
zur Bestreitung der ordentlichen Staatsausgaben  
für das Jahr 1849, gestützt auf den §. 86 der Staats-  
verfassung und das Gesetz über die Vermögens- und  
Einkommenssteuer,

auf den Vortrag der Finanzdirektion und des Re-  
gierungsrathes,

beschließt:

### §. 1.

Die für das Jahr 1849 zu beziehende ordentliche  
Steuer ist bestimmt:

von dem Grundeigenthum auf eins vom Tausend,  
von den Kapitalien auf eins vom Tausend,  
von dem Einkommen auf zwei und ein halbes vom  
Hundert,

alles nach den nähern Bestimmungen des Steuergesetzes.

### §. 2.

Für den Steuerbezug von Grundstücken ist die  
gegenwärtig in Ausführung begriffene Schätzungsaus-  
gleichung von Gemeinde zu Gemeinde zu Grunde zu  
legen (§. 18 der Verordnung des Regierungsrathes vom  
6. Juni 1849).

Für die Ausgleichung der Schätzungen für die Ein-  
kommenssteuer hat der Regierungsrath für diesmal je  
bezirksweise und dann auch für den ganzen alten Kan-  
tonstheil die nöthigen Ausgleichungskommissionen zu be-  
stellen.

## §. 3.

2. August  
1849.

Die Grundsteuer des neuen Kantonstheils wird für dieses Jahr auf dem bisherigen Betrage gelassen.

## §. 4.

Der Regierungsrath ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung dieses Dekretes beauftragt.

Gegeben in Bern, den 2. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**M. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 3. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

8. August  
1849.

**B e s c h l u ß,**  
betreffend  
die Rückerstattung der Katastervorschüsse.

Der Große Rath des Kantons Bern  
in Betrachtung:

daß nähere Bestimmungen des Rückerstattungsmodus der nach §. 3 des Decrets vom 8. December 1845 an die Gemeinden des Jura aus der Staatskasse verabreichten Vorschüsse für die Kosten der Parcellarpläne nothwendig erscheinen,

auf einen Vortrag des Regierungsrathes und der Direction der Finanzen,

beschließt:

§. 1.

Vom 1. Januar 1850 hinweg soll zum jährlichen Betrage der Grundsteuer derjenigen Gemeinden, welche von Seite des Staates Katastervorschüsse erhalten haben, ein Zehntel der mutmaßlichen Berechnung der Voranschlagskosten während zehn aufeinanderfolgenden Jahren beigelegt werden.

§. 2.

Von der gleichen Zeit an wird allen Gemeinden, die im Laufe des Jahres dem Kataster unterworfen werden sollen, ein Zehntel der im vorigen Paragraphen erwähnten Kosten als Vorausbezahlung auferlegt werden.

Die Vertheilung und der Bezug dieser Kosten sollen in Gemäßheit des §. 3 des Decrets vom 8. December 1845 und bis zur Beendigung der neuen mittelst der gegenwärtigen Scripturen stattfinden.

## §. 3.

Die endliche Bestimmung der Summe, die nach gänzlicher Vollendung der Arbeit von der Gemeinde zu entrichten sein wird, liegt dem Grundsteuerdirektor ob.

3. August  
1849.

## §. 4.

Die auf diese Weise als Vorausbezahlung bezogenen Summen sollen in die Staatskasse geliefert werden.

## §. 5.

Dieses Decret tritt vorläufig bis zum Zeitpunkte in Kraft, wo die Katasterverhältnisse für den ganzen Kanton geregelt sein werden. Alle frühern mit demselben im Widerspruch stehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Gegeben in Bern, den 3. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehender Beschluß soll in Vollziehung gesetzt und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Bern, den 4. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

4. August  
1849.

## **D e r e t**

über

die Erhebung einer außerordentlichen Steuer für  
die Grenzbewachung und militärischen Rüstungen.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
erwägend:

daß der schweizerische Bundesrath mit Vollmacht der Bundesversammlung zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben, welche die Handhabung der äußern Sicherheit oder innern Ordnung der Schweiz erfordern, von den Kantonen die Einbezahlung eines ganzen Geldkontingentes verlangt hat, dessen Betrag für den Kanton Bern auf die Summe von Fr. 148,530 sich beläuft;

daß die gleiche Behörde mit Rücksicht auf den Entwicklungsgang der auswärtigen Ereignisse und in Betracht der außerordentlichen Truppenanhäufungen, welche an unserer Grenze stattfinden, die Kantone auffordert, nicht nur ihr Bundeskontingent in Bereitschaft zu halten, sondern auch ihre Landwehr zu organisiren;

daß sie aus den nämlichen Gründen bereits ein Truppenaufgebot von 24,000 Mann erlassen, welches zu den schon eingeforderten noch weitere Geldopfer erfordern wird;

daß zur Deckung der durch diese unvorhergesehenen Ereignisse veranlaßten Ausgaben die ordentlichen Einnahmen und Steuern des Staates nicht hinreichen, nichtsdestoweniger aber in der Organisirung und Ausrüstung unserer Wehrkraft und in der Vorbereitung



einer kräftigen Vertheidigung unseres Vaterlandes gegen jeden möglichen Angriff nichts versäumt werden darf;

4. August  
1849.

gestützt auf den §. 86 der Staatsverfassung, nach angehörtem Vortrage des Finanzdirektors, des Regierungsrathes und der Staatswirthschaftskommission,

beschließt:

§. 1.

Neben der für das Jahr 1849 zu erhebenden ordentlichen Steuer ist zur Deckung der Ausgaben für die außerordentliche schweizerische Grenzbewachung und militärischen Rüstungen eine außerordentliche Steuer in folgendem Verhältnisse zu beziehen:

ein Halbes vom Tausend von dem Grundeigenthum,  
ein Halbes vom Tausend von den Kapitalien,  
ein und ein Viertel vom Hundert von dem Einkommen, alles auf Grundlage der gleichen Schätzungen und Register, nach welchen auch die ordentliche Steuer erhoben wird.

§. 2.

Für den neuen Kantonstheil ist die außerordentliche Steuer auf die Hälfte des bisherigen jährlichen Grundsteuerbetrages gesetzt und durch Zuschlag zu der Grundsteuer zu erheben.

§. 3.

Mit Rücksicht auf das stattgefundene außerordentliche Truppenaufgebot ist die für das Jahr 1849 zu beziehende Militärsteuer um die Hälfte ihres gewöhnlichen Betrages zu erhöhen.

§. 4.

Der Regierungsrath bestimmt die Zeit des Bezuges

4. August  
1849.

dieser außerordentlichen Steuer und trifft die zur Vollziehung dieses Dekretes nöthigen nähern Anordnungen.

Bern, den 4. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehendes Dekret soll in Vollziehung gesetzt, durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Bern, den 8. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

6. August  
1849.

## **B e s c h l u ß ,**

betreffend

die Organisation des Obergerichts.

Der Große Rath des Kantons Bern,

auf gestellten Antrag des Obergerichts und nach Anhörung des Berichtes des Regierungsrathes,

beschließt:

Der §. 37 des Gesetzes über die Organisation der

Gerichtsbehörden vom 31. Juli 1847 findet auch auf das bestehende Obergericht insoweit Anwendung, als dasselbe von nun an in Civilsachen bei der Anwesenheit des Präsidenten und von wenigstens sechs Mitgliedern gültig verhandeln kann.

6. August  
1849.

Dieser Beschluß ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete einzurücken.

Bern, den 6. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**M. Weyermann.**

## **G e s e z**

über

einige Abänderungen in der Hypothekargesetzgebung.

8. August  
1849.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Erwägung, daß die gegenwärtige Hypothekargesetzgebung und insbesondere das Institut der Gültbriefe den Verhältnissen und Ansichten der Zeit nicht mehr vollständig entsprechen, und daß es daher im Interesse des Kreditwesens dringend nothwendig erscheint, vor der Revision der Hypothekarordnung dießfalls einige Abänderungen zu treffen,

beschließt:

Art. 1.

Die Satzung 932 C. wird dahin verändert: der Titel zu einem errichteten Pfandrecht auf eine unbe-

8. August  
1849.

wegliche Sache, welche der Verpfänder in Händen behält, kann in einem Gültbriefe oder in einem Schadlosbriefe oder endlich in einer Pfandobligation bestehen.

#### Art. 2.

Die dermal geltenden Vorschriften über die Gült- und Schadlosbriefe bleiben im Allgemeinen in Kraft bestehen, jedoch unter den folgenden Abänderungen:

- 1) In Modification der Satzung 946 C. kann bei den bereits bestehenden oder noch zu errichtenden Gültbriefen durch Uebereinkunft zwischen Gläubiger und Schuldner, inner den Schranken der Ziffer 2 des Art. 11 hiernach die Ablöslichkeit der Schuld stipulirt werden. Dergleichen Verträge werden jedoch für dritte Personen erst durch die Einschreibung in das Grundbuch und das auf dem Gültbriefe selbst darüber auszustellende Zeugniß des Amtsschreibers verbindlich.
- 2) In Modification der Satzung 956 C. können in Zukunft Schadlosbriefe, auch ohne vorausgegangene Schätzung, in den durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschriebenen Formen errichtet werden.

#### Art. 3.

Die Errichtung einer Pfandobligation kann, nach der Uebereinkunft von Gläubiger und Schuldner, stattfinden mit oder ohne vorausgegangene Schätzung.

Wird auf die Schätzung verzichtet, so ist die Werthbestimmung des Steuerkatasters der Verpfändung zu Grunde zu legen.

Wird hingegen die Schätzung verlangt, so findet dieselbe durch die nach §. 7 des Gesetzes vom 12. November 1846 ernannten Hypothekarkassaschäzer Statt.

## Art. 4.

8. August  
1849.

Die Schärer stellen über die Schätzung ein Befinden aus, worin sie die geschätzte Liegenschaft mit Namen, Kulturart, Größe, Anstößen und darauf haftenden, in die Augen fallenden oder ihnen bekannten sonstigen Beschwerden beschreiben und die Summe aussetzen, um welche jeder von ihnen die Liegenschaft geschätzt hat. Der Durchschnittsbetrag der daherigen Summen ist als Schätzungswerth der Liegenschaft anzusehen. Die Schärer sollen auch anführen, ob die Liegenschaft voraussichtlich Zerstörungen durch Naturereignisse ausgesetzt sei.

Ueberdies ist in dem Schätzungszeugnisse auch die Steuerschätzung anzumerken.

## Art. 5.

Die Schärer sollen bei der Schätzung nur den Werth berücksichtigen, welchen die Liegenschaft nach dem laufenden Preise des Ortes hat, und von allen zufälligen Eigenschaften absehen, die den Werth nur in den Augen des Besitzers oder nur vorübergehend erhöhen.

Für eine offenbare Uebertreibung ihrer Schätzung sowie für ihre Gefährde und ihre Nachlässigkeit überhaupt sind sie verantwortlich.

## Art. 6.

Der Verpfänder stellt das Befinden der Schärer, oder im Falle des zweiten Absatzes des Art. 3 eine nach Art. 4 abgefaßte Liegenschaftsbeschreibung, dem Einwohnergemeinderathe, in dessen Bezirk die zu verpfändende Sache liegt, zu, welcher ein Zeugniß über folgende Punkte auszufertigen hat:

- 1) daß sich der Verpfänder, welcher nach seinem Vor-, Tauf- und Zunamen, Berufe, Wohnorte und seiner

8. August  
1849.

Herkunft genau zu bezeichnen ist, im Zustande des eigenen Rechts befinde, oder, wenn dieß nicht der Fall ist, wer sein natürlicher oder verordneter Vormund sei.

Ist der Verpfänder nicht in dem bezeichneten Einwohnergemeindsbezirke angesessen und auch nicht darin heimathrechtig, so hat er über diesen ersten Punkt das Zeugniß seiner Heimathvormundschaftsbehörde beizubringen;

- 2) daß die zu verpfändende Liegenschaft in dem Befinden der Schätzer oder in der eingegebenen Liegenschaftsbeschreibung nach Vorschrift des Art. 4 oben richtig beschrieben sei. Ist dieß nicht der Fall, oder sind dem Gemeindrath weitere Beschwerden bekannt, als in dem Befinden der Schätzer angezeigt sind, so hat er die Beschreibung zu berichtigen oder zu ergänzen;
- 3) daß der Verpfänder in der Gemeinde als Eigenthümer der zu verpfändenden Liegenschaft angesehen sei;
- 4) daß der Gemeindrath das Befinden der Schätzer in die Schatzungskontrolle, welche zu diesem Ende in jeder Gemeinde eingeführt ist, eingetragen habe.

#### Art. 7.

Ist der Verpfänder verheirathet, oder hat er Kinder, die er mit seiner verstorbenen Ehefrau erzeugte, so gelten für die Erklärung über das zugebrachte oder mütterliche Gut die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

#### Art. 8.

Der Einwohnergemeindrath ist für die Gefährde und die Nachlässigkeit, welcher er sich in Beachtung

der Vorschriften des Art. 6 schuldig macht, verantwortlich.

2. August  
1849.

Art. 9.

Liegt die Pfandsache in mehreren Einwohnergemeindsbezirken, so hat der Verpfänder in jedem Bezirke für den darin gelegenen Theil derselben eine Schätzung und ein Zeugniß des Gemeindrathes nach den vorhergehenden Bestimmungen auszuwirken. Zusammenhängende Grundstücke sollen da geschätzt werden, wo der größere Theil derselben liegt.

Art. 10.

Der Verpfänder stellt das Bestinden der Schätzer oder die Beschreibung der zu verpfändenden Liegenschaft mit dem Zeugnisse des Gemeindrathes dem Grundbuchführer zu. Dieser hat über die zu verpfändende Liegenschaft die Grundbücher nachzuschlagen und hierüber ein Zeugniß auszustellen, in welchem genau zu verzeichnen sind:

- 1) Der Eigenthumstitel des Verpfänders für die zu verpfändende Liegenschaft mit dem Datum der Zufertigung.

Der Grundbuchführer soll das Bestinden der Schätzer oder die Liegenschaftsbeschreibung und das Zeugniß des Gemeindrathes bezüglich der Namensangabe des Verpfänders und der Beschreibung der Liegenschaft mit dem Eigenthumstitel genau vergleichen, und Abweichungen darin in seinem Zeugnisse anmerken. Sind die Letztern der Art, daß sie über die Identität der Person des Verpfänders und Eigenthümers oder die Identität der Sache Zweifel veranlassen, so hat sich der Grund-



8. August  
1849.

buchführer sofort an den betreffenden Gemeindevorstand um die erforderlichen Aufschlüsse zu wenden.

- 2) Die in den Grundbüchern noch nicht gelöschten Schuldverhaftungen auf der zu verpfändenden Liegenschaft mit dem Namen der Gläubiger, der Art und dem Datum des Titels und dem Betrage der Verhaftung.

Der Grundbuchführer ist für die Gefährde oder die Nachlässigkeit, welcher er sich in der Beachtung dieser Vorschriften schuldig macht, verantwortlich.

#### Art. 11.

Die Pfandobligation soll enthalten:

- 1) die Bezeichnung des Schuldners und des Gläubigers;
- 2) die Angabe des Verpflichtungsgrundes, nach Vorschrift der Satzungen 942 — 944 E. und des Betrages des Darlehens mit den Bestimmungen über die Rückzahlung und Verzinsung desselben. Diese Bestimmungen sind der Uebereinkunft von Gläubiger und Schuldner anheimgestellt, nur darf die Kündigungsfrist nicht unter drei Monate bestimmt werden, und es findet auch rücksichtlich des Zinsfußes die Vorschrift der Satzung 760 E. ihre Anwendung;
- 3) die Einsetzung des Grundpfandes, welches deutlich zu beschreiben ist, nebst der Angabe des Erwerbtitels und der Schätzungssumme;
- 4) die Angabe der dinglichen Rechte, welche dritten Personen auf dem Grundpfande zustehen;
- 5) die Erklärung der Ehefrau des Verpfänders oder



ihrer Kinder bezüglich des zugebrachten oder mütterlichen Gutes;

8. August  
1849.

- 6) die Verschreibung von Habe und Gut des Schuldners (Satzung 959 C.).

Art. 12.

Die Pfandobligation ist vollständig, sowie dieselbe nach den für Grundpfandverträge im Allgemeinen vorgeschriebenen Förmlichkeiten ausgefertigt und unterschrieben, und der Verpfänder den Empfang des Geldes von dem Gläubiger in einer besondern, der Pfandobligation nachgetragenen Quittung bescheinigt hat.

Die in den Satzungen 752 und 753 des bernischen Civilgesetzbuches bemerkten Gründe können gegen eine Pfandobligation nicht geltend gemacht werden, welche mit diesen Förmlichkeiten versehen ist.

Art. 13.

Der Gläubiger hat dafür zu sorgen, daß die Pfandobligation sogleich dem Grundbuchführer zur Eintragung in die öffentlichen Bücher zugestellt werde. Der Letztere hat in der Pfandobligation das Datum des Empfanges und dasjenige der Eintragung derselben durch ein förmliches Zeugniß anzumerken, die allfällig erst seit der Ausstellung des ersten Nachschazungszeugnisses (Art. 10) errichteten, den Pfandgegenstand betreffenden dinglichen Rechte in demselben anzugeben, und hierauf die Pfandobligation dem Gläubiger zu übersenden. Der Grundbuchführer ist für jede Verzögerung der Eintragung der Pfandobligation verantwortlich. Der Tod oder die Güterabtretung des Verpfänders hindern die Eintragung der Pfandobligation nicht.

Art. 14.

Das Pfandrecht wird durch die Eintragung in die

8. August 1849. öffentlichen Bücher erworben. Dasselbe hat die gleiche Wirkung, welche das Civilgesetzbuch einem errichteten Pfandrechte beilegt.

Art. 15.

Der dem Gesetz über die Hypothekarkasse vom 12. November 1846 angehängte Tarif findet auch für die Errichtung der Pfandobligationen seine Anwendung.

Art. 16.

Dieses Gesetz tritt für den Landestheil, welcher unter der bernischen Civilgesetzgebung steht, vom Tage seiner Bekanntmachung an bis zur Revision der Hypothekargesetzgebung in Kraft. Dasselbe soll gedruckt und auf übliche Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 8. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

**Der Regierungsrath des Kantons Bern**  
beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt, durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Bern, den 9. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

**G e s e z**

über

die Verwaltung und Gewährleistung des Staats-  
vermögens.

8. August  
1848.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in der Absicht, die Verwaltungsweise des Staats-  
vermögens zu ordnen und die Gewährleistung desselben  
nach §. 27, III b der Staatsverfassung näher zu be-  
stimmen,

auf den Antrag des Finanzdirektors und nach ge-  
schehener Vorberathung durch den Regierungsrath und  
die Staatswirthschaftskommission,

beschließt:

**§. 1.**

Zum Staatsvermögen gehören alle dem Staate  
privateigenthümlich zuständigen Sachen. Dasselbe theilt  
sich ab:

- I. in das Administrationsvermögen,
- II. in das zinstragende Vermögen,
- III. in die Rechnungs- und Kassarestanzen.

**I. Administrationsvermögen.****§. 2.**

Administrationsvermögen sind alle zum unmittel-  
baren Gebrauche der öffentlichen Verwaltung bestimmten  
Sachen, nämlich:

- 1) die öffentlichen Gebäude und Plätze (Amtsge-  
bäude etc.),
- 2) das Verwaltungsgeräthe (Möbeln, Kriegsvor-  
räthe etc.).

8. August  
1849.

Zum Administrationsvermögen werden nicht gezählt die Kapitalien der Regalienverwaltungen (§§. 16 und 21).

§. 3.

Ueber dasselbe wird ein Etat in folgender Weise geführt:

- 1) Jedes Gebäude und Grundstück wird besonders unter Angabe seines Bestandes, seiner Bestimmung und Schätzung verzeichnet und die jährlichen Unterhaltungen und Veränderungen daran auf dem Verzeichnisse nachgetragen.
- 2) Für jede einzelne Verwaltung wird ein besonderes Verzeichniß über ihre Verwaltungsgeräte angelegt, auf welchem für das bereits vorhandene Geräte der Schätzungs- und für das neu Angeschaffte der Anschaffungspreis und zudem der jährliche Zuwachs und Abgang zu verzeichnen ist.

§. 4.

Zur Beaufsichtigung des Administrationsvermögens sind zunächst die Beamten der betreffenden Verwaltung verpflichtet.

Bei jedem Amtswechsel haben der abtretende Beamte oder sein Rechtsvertreter das Verzeichniß des Verwaltungsgeräthes mit dem Amtsnachfahr zu verifiziren und das Ergebnis davon auf dem Verzeichnisse zu bescheinigen und der Kantonsbuchhalterei einzuberichten. Der neue Beamte ist für die Folgen der Unterlassung verantwortlich.

Im Uebrigen steht die Beaufsichtigung und Verwaltung der öffentlichen Gebäude und Grundstücke der Domainenverwaltung und, insoweit es die technische Vorbereitung und Ausführung von Bauten betrifft, den

betreffenden Beamten der Baudirektion zu; die Ausnahmen vorbehalten, welche für besondere Verwaltungszweige durch die sie betreffenden Reglemente festgestellt sind (§. 33 a des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrathes und der Direktionen, und §. 10 des Gesetzes über die Organisation der Finanzverwaltung).

8. August  
1840.

#### §. 5.

Der Aufwand für den Unterhalt, die Ergänzung und Vermehrung des Administrationsvermögens, namentlich auch die Errichtung neuer öffentlicher Gebäude, wird aus den laufenden Einnahmen bestritten; dagegen fällt auch der Werth, welcher aus dergleichen zur Administration nicht mehr nöthigen Sachen im Fall ihrer Veräußerung oder sonstiger Bestimmungsveränderung sich ergibt, den laufenden Einnahmen zu.

### II. Zinstragendes Vermögen.

#### §. 6.

Zum zinstragenden Vermögen gehören alle Sachen, deren Bestimmung ein Früchte- oder Zinsertrag ist, nämlich:

- 1) die Forsten;
- 2) die Domainen, worunter alle nicht zu den Forsten und nicht zum unmittelbaren Gebrauche der öffentlichen Verwaltung bestimmten Gebäude und Grundstücke verstanden sind;
- 3) die angelegten Kapitalien.

#### 1. Forsten.

#### §. 7.

Ueber die Forsten wird ein Kapital- und Wirthschaftsetat geführt. Jedes Waldstück erhält eine be-

8. August  
1849.

sondere Rechnung, in welcher der Bestand des Waldstückes, dessen Schätzung, der festgestellte Umtrieb, nebst dem muthmaßlichen nachhaltigen Ertrage, der Aufwand für den Unterhalt und der Ertrag der jährlichen Nutzung verzeichnet wird.

Auf diesen Etat gehören auch die Rechtsamen, welche der Staat auf Gemeinde- und Partikularwaldungen besitzt.

Für die Rechtsame- und Einungswaldungen des Staates ist die Ausscheidung der darauf haftenden Berechtigungen einzuleiten und der dem Staate verbleibende Antheil dann ebenfalls auf diesen Etat zu tragen.

#### §. 8.

Für die Forsten gilt im Allgemeinen der Grundsatz der Erhaltung. Nur kleinere Waldstücke, die ihrer Lage nach eine erschwerte Hut erfordern, und nicht durch Austausch oder neue Erwerbungen abgerundet oder in größere Massen vereinigt werden können, sollen veräußert werden.

Die bleibende Umwandlung von Waldboden in unbarees Land ist gleich einer Veräußerung zu behandeln. Der reine Werth der Abholzung fällt dem zinstragenden Vermögen zu.

#### §. 9.

Der Gesamtbetrag der jährlichen Holzschläge ist nach einem von dem Großen Rathe zu genehmigenden Umtriebsplan zu bestimmen. Soll dieser Betrag überschritten werden, so ist dazu ein nach §. 27. III. b. der Staatsverfassung gefaßter Beschluß des Großen Rathes erforderlich.

## 2. Domainen.

3. August  
1849.

### §. 10.

Ueber die Domainen wird ein Kapital- und Wirthschaftsetat in ähnlicher Art wie über die Forsten geführt.

Auf diesem Etat, so wie in der Kapitalrechnungsführung überhaupt, sind die Civil- und Pfrunddomainen von einander auszuscheiden.

### §. 11.

Alle Gebäude und Grundstücke, welche zum unmittelbaren Gebrauche der öffentlichen Verwaltung, oder zur Benutzung von Staatsanstalten voraussichtlich nicht erforderlich sind, sollen allmählig veräußert werden.

Von den Pfrunddomainen sind jedoch für jede Landpfarre, bei welcher noch hinreichendes Pfrundland vorhanden ist, nebst dem Pfarrgebäude mindestens zwei bis höchstens sieben Zucharten kulturfähiges Land zur unmittelbaren Bewirthschaftung und Benutzung durch den Pfarrer zu behalten. Mit Genehmigung des Regierungsrathes kann jedoch das Maximum überschritten werden, wenn die besondern Ortsverhältnisse es wünschenswerth machen. Das Nähere wird in dem Gesetz über die ökonomischen Verhältnisse der Geistlichen bestimmt.

### §. 12.

Die Veräußerung soll auf dem Wege öffentlicher Versteigerung oder sonstiger öffentlicher Concurrenzeröffnung geschehen. Im Falle der Annahme von Nachgeboten darf die Hingabe nicht erfolgen, bis wenigstens unter den Betheiligten eine nochmalige Steigerung oder Concurrenzeröffnung stattgefunden hat. Ausnahmen von



8. August  
1849.

diesen Vorschriften dürfen nur bei Veräußerungen gemacht werden, die an gemeinnützige Anstalten oder zu gemeinnützigen Zwecken geschehen.

Ueberdies sind folgende Regeln zu beobachten:

- 1) Die Abzahlung des Kaufpreises ist terminenweise auszubedingen, in der Weise, daß der Käufer die ersten zwei Jahre je einen Fünftel und später dann höchstens einen Zehntel jährlich abzutragen verpflichtet ist. Kürzere Termine können von dem Regierungsrathe nur dann gestellt werden, wenn es ohne nachtheiligen Einfluß für die Angebote ist.
- 2) Der Zins für die Kaufrestanz ist zu vier, und für den Fall sechsmonatlicher Verspätung zu fünf vom Hundert vorzubehalten.
- 3) Zur Sicherheit für denselben ist außer dem Pfandrechte auf das Veräußerte von dem Käufer noch sichere Bürgschaft mindestens für so lange zu fordern, bis der Kaufpreis zur Hälfte abgetragen ist.

§. 13.

Bis zur wirklichen Veräußerung der Domainen gilt für ihre Benutzung das System der Verpachtung.

Alle Verpachtungen, welche einen jährlichen Zins von mehr als zweihundert Franken betreffen, oder bei welchen der bisherige Zins nicht erreicht wird, unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes. Sie sollen so viel als möglich auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung stattfinden.

Es ist eben so sehr auf gute Bewirthschaftung des Pachtgutes und die Sicherheit für den Pachtzins als auf die Größe dieses Letztern zu sehen.

§. 14.

Der Aufwand für den Unterhalt und die Verbes-



ferung der Domänen, wozu auch die Errichtung neuer Dominiälgebäude gehört, wird aus den laufenden Einnahmen bestritten. Neue Ankäufe, so wie alle Verkäufe von solchen, sind dagegen als Kapitalverhandlung anzusehen.

8. August  
1849.

### Gemeinschaftliche Bestimmung für die Forsten und Domänen.

#### §. 15.

Veräußerungen und Erwerbungen von Forsten und Domänen unterliegen der Genehmigung des Großen Rathes, wenn sie den Werth von fünftausend Franken übersteigen (§. 27. III. e. der Staatsverfassung). Werden von der nämlichen Domaine mehrere Grundstücke an verschiedene Erwerber veräußert, die zusammen genommen den Werth von fünftausend Franken übersteigen, so entscheidet über die Hingabe jeden Grundstückes ebenfalls der Große Rath. In allen übrigen Fällen entscheidet der Regierungsrath.

Die Verwaltung derselben ist in den Gesetzen über die Organisation der Finanzverwaltung (§. 10) und über die Organisation der Forstverwaltung vom 30. Juli 1847 organisiert.

### 3. Kapitalien.

#### §. 16.

Zu den zinstragenden Kapitalien gehören:

- 1) der Kapitalfond der Kantonalbank,
- 2) der Kapitalfond der Hypothekarkasse,
- 3) die Domainenkassa,
- 4) die Kapitalien der äußern Geldverwaltung,
- 5) die Betriebskapitalien in den Regalienverwaltungen.

8. August  
1849.

§. 17.

Alles was auf den Bestand und die Verwaltungen der Kapitalien der Kantonalbank und der Hypothekarkasse Bezug hat, ist in den diese betreffenden Gesetzen und Reglementen bestimmt.

Jede dieser Anstalten führt eine selbstständige Kasse. An die Kasse der laufenden Verwaltung (Kantonskasse) liefern sie halbjährlich ihren Reinertrag ab.

Reinertrag dieser Anstalten ist, was nach Abzug der Verwaltungskosten und allfälliger Kapitalverluste übrig bleibt.

§. 18.

Die Domainenkasse umfaßt die Forderungen und Schulden, welche einestheils von der Veräußerung und Erwerbung von Domainen, und anderntheils von dem Loskaufe und der Liquidation der Zehnten, Grundzinse und übrigen aktiven und passiven Leistungen des Staates herrühren.

Ihre Verwaltung geschieht durch die Hypothekarkasse (§. 3 des Gesetzes über die Hypothekarkasse).

§. 19.

Der Domainenkasse fallen auch alle Kapitalien zu, welche durch Umwandlung von Einnahmestücken der laufenden Verwaltung in zinsbare Forderungen entstehen, gegen Vergütung des Betrages des Kapitals an die Kasse der laufenden Verwaltung. Dergleichen Umwandlungen dürfen nur mit Genehmigung der Finanzdirektion stattfinden.

Die vorräthigen Gelder der Domainenkasse sind nach den Vorschriften des Gesetzes über die Hypothekarkasse neu anzulegen. Durch diese Anlegung wachsen sie dem Kapitalfond dieser Anstalt zu. Für eine andere

Anlegungsart ist jedesmal die Bewilligung des Regierungsrathes erforderlich, vorbehalten der Entscheid des Großen Rathes für diejenigen Fälle, welche in dem §. 27 III. d. der Staatsverfassung vorgesehn sind.

8. August  
1849.

Den Reinertrag liefert die Domainenkasserverwaltung halbjährlich an die Kasse der laufenden Verwaltung ab.

#### §. 20.

Bezüglich auf die Kapitalien der äußern Geldverwaltung wird auf das Dekret vom 2. September 1846 verwiesen.

Die Verwaltung der äußern Gelder steht der Kantonalbank zu (§. 11 des Gesetzes über die Finanzorganisation).

Die zurückgezogenen Gelder werden nach den Vorschriften des Gesetzes über die Hypothekarkasse im Kanton angelegt und wachsen dadurch dem Fond dieser Anstalt zu.

#### §. 21.

Die Betriebskapitalien der Verwaltungen des Bergbau-, Salz-, Pulver-, Post- und Münzregals, so wie der besondern Anstalten, zu welchen das Betriebskapital aus dem zinstragenden Vermögen vorgeschossen wird, sind auf den Etat dieses Letztern zu tragen, und der laufenden Verwaltung der Zins davon zu vier vom Hundert jährlich zu verrechnen.

Die Gebäude dieser Verwaltungen werden mit zu dem Betriebskapital gezählt.

Der jährliche Unterhalt dieser Kapitalien wird aus den laufenden Einnahmen ersetzt.

#### §. 22.

Alle Veräußerungen von Titeln, weche nicht in Folge

8. August  
1849.

Austausches oder Abrechnung stattfinden, müssen von dem Regierungsrathe beschlossen werden. Die Aufkündigungen von solchen sind dagegen von der Kreditkommission der betreffenden Verwaltung zu beschließen. Wenn sie aus andern Gründen als wegen Mangels an Sicherheit oder nicht erfüllter Verbindlichkeit erfolgen, so muß indeß der Aufkündigung eine Ermächtigung des Regierungsrathes bezüglich auf die aufzukündende Summe — ohne die einzelnen Titel zu bezeichnen — vorausgehen.

### Gemeinschaftliche Bestimmungen für das Vermögen.

#### §. 23.

Das zinstragende Vermögen, welches auf den 1. Herbstmonat 1846 vorhanden war, soll dem Staate in seinem Gesamtwerthe erhalten werden.

Kein Bestandtheil dieses Vermögens darf in den Verbrauch der laufenden Verwaltung, auch nicht in der Form eines Vorschusses übergehen, ohne einen nach §. 27. III. b. der Staatsverfassung gefaßten Beschluß des Großen Rathes.

Für die Summen, welche infolge der außerordentlichen Verhältnisse der letzten drei Jahre zu Zwecken der laufenden Verwaltung verwendet wurden, wird ein besonderer Entscheid des Großen Rathes vorbehalten.

Anleihen des Staates, welche nicht im gleichen Rechnungsjahre aus den laufenden Einnahmen zurückbezahlt werden, sind gleich einem Verbräuche von zinstragendem Vermögen zu behandeln.

### III. Rechnungs- und Kassarestanzen.

8. August  
1849.

#### §. 24.

Die Rechnungs- und Kassarestanzen begreifen die Einnahmsrückstände und Kassavorräthe der laufenden Verwaltung in sich.

Ihr Gesamtbetrag, wie er am 1. Herbstmonat 1846 vorhanden war, wird auf dem Hauptvermögensetat als stehender unverzinslicher Vorschuß an die laufende Verwaltung verzeichnet.

#### §. 25.

Einnahmsüberschüsse der laufenden Verwaltung, welche zu Deckung früherer Ausgabenüberschüsse nicht nöthig sind, stehen zur Verfügung der folgenden Rechnungsjahre. Zum zinstragenden Vermögen können sie nur durch Beschluß des Großen Rathes geschlagen werden. Ausgabenüberschüsse, welche durch frühere Einnahmsüberschüsse nicht gedeckt werden, sind dem Conto der Rechnungs- und Kassarestanzen als Vorschuß an die laufende Verwaltung zu gut zu schreiben. Je nach vier Jahren längstens sind diese Vorschüsse entweder aus den laufenden Einnahmen zu erstatten, oder aber von dem Großen Rathe nach §. 27. III. b. der Staatsverfassung als Verminderung des Kapitalvermögens zu erklären.

### Gemeinschaftliche Bestimmungen für das sämmliche Staatsvermögen.

#### §. 26.

Auf der Grundlage der nach dem vorhergehenden Paragraphen zu führenden Spezialstats wird ein Hauptetat des Staatsvermögens geführt.

8. August  
1849.

§. 27.

Jährlich mit der Rechnung der laufenden Verwaltung ist dem Großen Rathe zugleich der Etat des Staatsvermögens vorzulegen, worin der angegebene Werth, so wie die im betreffenden Rechnungsjahre bei den einzelnen Vermögensabtheilungen stattgefundenen Veränderungen (Vermehrungen und Verminderungen) nachzuweisen sind.

§. 28.

Veränderungen des ausgesetzten Vermögenswerthes durch Schätzungsberichtigungen, durch Mehr- oder Mindererlös bei Veräußerungen, Ergänzungen der Etats u. s. w., sind nicht als Vermehrungen oder Verminderungen, sondern einfach als Berichtigungen des Vermögensetats zu behandeln.

§. 29.

Mit dem Etat des Staatsvermögens ist dem Großen Rathe jeweilen auch der Etat über die nachgenannten, unter der Verwaltung des Staates stehenden, zu besonderen Zwecken bestimmten Fonds vorzulegen:

- 1) den Muthafenfond,
- 2) den Schuldeckelfond,
- 3) den Dienstenzinskassafond,
- 4) den Landjägerinvalidenfond,
- 5) den Substitutionsfond der Taubstummenanstalt.
- 6) den Viehversicherungsfond.

Die besondere Bestimmung dieser Vermögen steht unter dem Schutze des §. 83 der Staatsverfassung.

§. 30.

8. August  
1849.

Dieses Gesetz tritt den 1. Oktober 1849 in Kraft.  
Bern, den 8. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt und  
in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 9. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.****G e s e t z**

über

8. August  
1849.

die Beseitigung abgestandener Thiere.

Der Große Rath des Kantons Bern,

auf den Antrag der Direktion des Innern (Abthei-  
lung Gesundheitswesen) und des Regierungsrathes,

beschließt:

§. 1.

Abgestandene Hausthiere sollen ohne Zögerung be-  
seitigt werden.

Jahrgang 1849.

13



8. August  
1849.

§. 2.

Der Inhaber eines solchen Thieres ist gehalten, der von der Ortspolizei bestellten Person innert 24 Stunden nach dem Vorfalle davon Anzeige zu machen.

In Betreff herrenloser Thiere sind die Inhaber des Bodens, auf welchem sich dieselben befinden, zu dieser Maßregel verpflichtet.

§. 3.

Die Beseitigung eines abgestandenen Thieres (§. 1) besorgt entweder der Inhaber desselben oder, und zwar in allen Fällen, wo dieses nicht geschieht, eine zu diesem Zwecke von der Ortspolizei bestellte Person. Ob Ersterer oder Letztere, soll bei der Anzeige vom Tode des Thieres entschieden werden. (§. 2.)

Die Beseitigung durch den Inhaber darf nur mit Bewilligung der von der Ortspolizei bezeichneten Person geschehen. Dieselbe hat die Beseitigungsweise in ihrer Bewilligung genau zu bezeichnen.

Die Kosten trägt der Inhaber, und wenn das Thier herrenlos, die Ortspolizei.

Die Ortspolizei hat die Entschädigung zu bestimmen, welche die von ihr bestellte Person für ihre Verrichtungen fordern darf.

§. 4.

Außer zu Zeiten, wo ansteckende Krankheiten herrschen, oder Verdacht auf solche unter den Hausthieren in der Gemeinde obwaltet, finden die Bestimmungen der §§. 2 und 3 nicht Anwendung in denjenigen Fällen, wo es sich nur um Beseitigung von todtgeborenen oder inner den ersten acht Tagen nach der Geburt abgestandenen Füllen und Kälbern, so wie Schweinen, Schafen und Zie-



gen unter drei Monaten und andern noch kleinern Hausthieren handelt.

8. August  
1849.

In diesen Fällen haben die Inhaber der Thiere oder des Bodens ohne Weiteres die Beseitigung anzuordnen.

§. 5.

Diejenigen, welche nach §. 2 zur Anzeige verpflichtet sind, sind entbunden, dieselbe vor der Beseitigung zu machen, wenn die abgestandenen Thiere in einer Entfernung von drei und mehreren Stunden von der nach §. 2 durch die Ortspolizei bestellten Person sich befinden und nicht mit einer ansteckenden Krankheit behaftet waren. Sie haben jedoch inner den nächsten vierzehn Tagen, von der Beseitigung an gerechnet, jener Person das Abgestandensein der Thiere durch zwei Zeugen zu bescheinigen.

§. 6.

Die Beseitigung eines abgestandenen Thieres kann geschehen entweder durch Eingrabung oder durch Benutzung aller oder einzelner Theile desselben.

Die Eingrabung geschieht auf dem vom Besitzer anzuweisenden oder, wo dieses aus irgend einer Ursache nicht thunlich oder unzweckmäßig wäre, auf dem von der Gemeinde angewiesenen Platze (Gemeindewiesenplatz).

Der Ort der Eingrabung muß so gelegen und beschaffen sein, und die allfällige Benutzung auf eine solche Weise geschehen, daß dabei kein Nachtheil weder für Menschen noch für Thiere erwachsen kann.

Ist das Thier an einer ansteckenden Krankheit abgestanden oder dessen nur verdächtig, so darf die Beseitigung nur nach vorheriger Untersuchung durch einen

8. August  
1849

patentirten Thierarzt, in zweifelhaften Fällen durch zwei, und unter Berücksichtigung ihres Ergebnisses stattfinden.

§. 7.

Die Inhaber von abgestandenen Thieren, welche nicht Eigenthümer derselben sind, oder Aufseher von solchen, sind verpflichtet, die Thiere im Interesse der Eigenthümer bestmöglich zu benutzen, wo dagegen kein polizeiliches Hinderniß obwaltet.

§. 8.

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und der darauf beruhenden Vollziehungsvorschriften sind mit einer Buße von ein bis fünfundzwanzig Franken oder verhältnißmäßiger Gefangenschaft zu bestrafen, und überdieß der Bestrafte zum Ersatze des Schadens anzuhalten.

Die Buße fällt den Armen des Orts und dem Verleider zu, letzterm zu einem Drittel, jedoch nur wenn er kein besoldeter Polizeibeamter ist.

Zur Zeit, wo in der Gemeinde ansteckende Krankheiten unter den Thieren gleicher Gattung vorkommen, soll bei Verheimlichung derselben immer das Maximum der Strafe eintreten.

§. 9.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Paragraphen gelten auch für geschlachtete Thiere, deren Fleisch aus irgend einem Grunde ganz oder theilweise nicht genießbar ist.

§. 10.

Verrichtungen, welche außer denjenigen, auf welche sich dieses Gesetz bezieht, bisher den Wassenmeistern ob-

lagen, sollen ebenfalls durch die nach §. 3 von der Orts-  
polizei bestellte Person besorgt werden.

8. August  
1849.

§. 11.

Der Regierungsrath hat die nöthigen weitem Vorschriften zu Vollziehung der in diesem Gesetze gegebenen Grundsätze zu geben.

Das Kreisschreiben vom 13. Juni 1808 ist aufgehoben.

Dieses Gesetz tritt am 1. November 1849 in Kraft und soll durch Anschlag, sowie durch die Aufnahme in die Gesetzesammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 8. August 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Bern, den 9. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

27. August  
1849.

---

**R e g l e m e n t**  
über  
die Hilfsanstalt für Irre zu Thorberg.

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Betracht

daß die Eröffnung der neuen Kantonsirrenanstalt erst nach mehreren Jahren möglich sein wird, die gegenwärtige Irrenanstalt des Außerkrankenhauses aber zur Aufnahme der gefährlichen Irren nicht genügt,

um die Gefahren zu vermindern, welche aus der mangelhaften Beaufsichtigung von solchen für das Publikum erwachsen,

auf den Antrag der Direktion des Innern (Abtheilung Gesundheitswesen),

beschließt:

§. 1.

Die bisherige Pfründeranstalt zu Thorberg ist bis zu Eröffnung einer neuen, dem Bedürfnisse des Kantons entsprechenden Irrenanstalt, so weit nothwendig, zur Aufnahme von dreißig Irren bestimmt.

§. 2.

Diese Anstalt wird als provisorische Hilfsirrenanstalt unter die Oberaufsicht und Leitung der Direktion des Innern gestellt.

§. 3.

Die Hauswirthschaft derselben besorgt der Verwalter der Zwangsarbeitsanstalt nach Mitgabe dieses Regle-

ments und den ihm von der Direktion des Innern zu-  
kommenden Weisungen. 27. August 1849.

§. 4.

Die ärztliche Pflege liegt dem Arzte der Zwangsarbeitsanstalt ob, bei dessen Anstellung die ihm in beiden Anstalten obliegenden Leistungen zu berücksichtigen sind.

Die Direktion des Innern wird demselben die nöthigen Instruktionen geben.

§. 5.

Die Direktion des Innern entscheidet über die Aufnahme und Entlassung der Irren; sie wird jedoch vorher, Nothfälle ausgenommen, immer das Gutachten des Arztes der Anstalt einholen.

§. 6.

Es sollen nur solche Irre aufgenommen werden, welche für die öffentliche Sicherheit gefährlich und wegen Armuth oder wegen Mangels an Platz weder in die Kantonal- noch in eine Privativrenanstalt untergebracht werden können.

Nicht gefährliche Irre sollen nur aufgenommen werden, wenn es unmöglich ist, sie anderswo unterzubringen.

§. 7.

Die Direktion des Innern soll sich mit der Inseldirektion ins Einverständniß setzen, damit heilbare Irre in der Regel im Irrenhause des äußern Krankenhauses Aufnahme finden, wogegen unheilbare Irre aus jener Anstalt nach Thorberg verlegt werden können.

§. 8.

Das Kostgeld für einen Irren beträgt einhundert und fünfzig Franken, wenn er arm ist, oder sein Vermögen nicht viertausend Franken übersteigt.

27. August  
1840.

Wo das Vermögen diesen Betrag übersteigt, soll das Kostgeld in einem billigen Verhältnisse zu jenem erhöht werden.

Sollte sich das Normalkostgeld von einhundert und fünfzig Franken später als nicht genügend zu Bestreitung der Verpflegungskosten erzeigen, so kann dasselbe nach Umständen erhöht werden.

#### §. 9.

Bei Armen kann der Staat je nach den Verhältnissen der Gemeinden oder beitragspflichtigen Verwandten einen Beitrag an das Kostgeld leisten.

Die Kostgeldsverpflichtung soll von der Gemeinde oder denjenigen Privaten, welchen die Bezahlung obliegt, ausgenommen in Nothfällen, vor der Aufnahme der Irren eingelegt werden.

#### §. 10.

Die Kostgelder bezieht die Verwaltung der Zwangsarbeitsanstalt, wogegen dieselbe die sämmtlichen Kosten der Verpflegung zu bestreiten hat.

Wenn von Vermöglichen mehr als einhundert und fünfzig Franken Kostgeld bezahlt wird, so hat die Direktion des Innern im Einverständnisse mit der Direktion, welcher die Zwangsarbeitsanstalt unterstellt ist, über die Verwendung des Mehrbetrages zu entscheiden.

#### §. 11.

Die Aufsicht und Verpflegung soll zwar den Umständen der Irren angemessen sein, allein dabei doch die größtmögliche Sparsamkeit beobachtet und jede nicht absolut notwendige Ausgabe vermieden werden.

#### §. 12.

Die Nahrung und Kleidung soll nach dem von der

Direktion des Innern, im Einverständnisse mit der 27. August 1849.  
 Direktion, welcher die Zwangsarbeitsanstalt zugetheilt  
 ist, zu gebenden Regulativ verabreicht werden.

Bei ihrer Aufnahme sollen die Irren mit den in  
 demselben vorgeschriebenen Kleidungsstücken versehen sein.

§. 13.

Die verordneten Arzneien soll der Arzt in ein ei-  
 genes Ordinationenbuch eintragen, welches der Direk-  
 tion des Innern behufs der Bezahlung durch die Ver-  
 waltung vierteljährlich zu Beisehung ihres Visums ein-  
 zusenden ist.

§. 14.

Ueber das zur bisherigen Pfründerei in Thorberg  
 gehörende Mobiliar, Dinge u. s. w. ist ein Inventar  
 aufzunehmen, und dasselbe zur Benutzung für die Irren-  
 anstalt von der Verwaltung der Zwangsarbeitsanstalt  
 zu übernehmen.

§. 15.

Dieses Reglement tritt sogleich in Kraft. Dasselbe  
 soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufge-  
 nommen werden.

Bern, den 27. August 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

4. September  
1849.

## **Verordnung**

über den

Steuerbezug von 1849 und die Berichtigung der  
Steuerregister.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
gestützt auf den §. 40 des Steuergesetzes vom 24.  
April 1847 und in Vollziehung der Dekrete vom 2. und  
4. August 1849 über die Erhebung einer ordentlichen  
und einer außerordentlichen Vermögens- und Einkom-  
menssteuer, auf den Antrag des Finanzdirektors,

verordnet :

### **I. Berichtigung der Steuerregister.**

#### **§. 1.**

Die Steuerregister sind nach den einschlagenden  
Vorschriften des Steuergesetzes und der Vollziehungs-  
verordnung sofort zu berichtigen.

#### **§. 2.**

Für die Berichtigung des Grundsteuer- und des  
Einkommenssteuerregisters befolgen die Einwohnergemein-  
dräthe und die durch sie zu bestellenden Schatzungs-  
kommissionen genau die Vorschriften der §§. 16, 17, 36  
und 37 des Steuergesetzes.

#### **§. 3.**

Die Mitglieder der Schatzungskommissionen sind  
nach den §§. 8 und 30 des gleichen Gesetzes vom Re-  
gierungsstatthalter zu beeidigen.

#### **§. 4.**

Die Einwohnergemeinden und Schatzungskommis-  
sionen haben ihre Verhandlungen und Arbeiten so ein-



zurichten, daß die öffentliche Auflage der Register nach 4. September 1849. den §§. 11 und 32 des Gesetzes längstens mit dem 29. Herbstmonat beginnen, und die Uebersendung derselben an den Amtsschaffner längstens bis den 20. Weinmonat stattfinden kann.

§. 5.

Während der öffentlichen Auflage des Grundsteuerregisters können die Grundsteuerpflichtigen grundpfändliche Schulden, welche sie letztes Jahr abziehen unterlassen, oder welche sie seither neu errichtet haben, zum dießjährigen Abzuge den Einwohnergemeindschreibern eingeben.

Auf der andern Seite sind sie verpflichtet, auf das Grundsteuerregister eingetragene Schulden, welche seitdem abbezahlt oder auf Andere übertragen wurden, den Einwohnergemeindschreibern zur Streichung aus dem Register ebenfalls anzuzeigen, bei Strafe der Bezahlung des fünffachen Betrages der Steuer (§. 20 des Gesetzes). Für die daherigen Eingaben gelten die §§. 23 bis 26 der zweiten Vollziehungsverordnung.

Die Einwohnergemeindschreiber und Amtsschaffner werden hiebei auf den §. 27 und die Einwohnergemeinderäthe auf den §. 28 der nämlichen Verordnung aufmerksam gemacht.

§. 6.

Die Berichtigung des Einkommenssteuerregisters findet Statt mit der Einforderung von Selbstschätzungen. Jeder Einkommenssteuerpflichtige kann während der öffentlichen Auflage des Registers die im §. 33 des Steuergesetzes vorbehaltenen Nachweisungen machen.

§. 7.

Zur Berichtigung des Kapitalsteuerregisters haben

4. September 1849. Die Gläubiger längstens bis den 20. Weinmonat der Einwohnergemeindschreiberei einzugeben:

- 1) ein Verzeichniß derjenigen Kapitalien, welche seit der letzten Steuerberichtigung abgelöst oder an Andere übertragen worden, bei Strafe, diese Kapitalien auch dieses Jahr noch versteuern zu müssen;
- 2) ein Verzeichniß der seit dem gleichen Zeitpunkte neu angelegten oder neu erworbenen Kapitalien, bei Strafe der Bezahlung des zweifachen Betrages der Steuer (§. 25 des Steuergesetzes).

Die Formulare zu diesen Verzeichnissen können auf der Einwohnergemeindschreiberei erhoben werden.

Die Einwohnergemeindräthe werden noch auf den §. 6. der dritten Vollziehungsverordnung aufmerksam gemacht.

## II. Ausgleichung der Einkommenssteuerschätzungen.

### §. 8.

Die berichtigten Einkommenssteuerschätzungen pro 1849 sind durch Amtsbezirkskommissionen und eine Centralkommission zu prüfen und auszugleichen. Diese Prüfung und Ausgleichung hat zum Zwecke, die Schätzungen dem versteuerbaren Einkommen möglichst nahe und unter sich und mit der Vermögenssteuer in ein richtiges Verhältniß zu bringen.

### §. 9.

Für die Wahl der Amtsbezirkskommissionen hat jeder Einwohnergemeindrath dem Regierungsstatthalter bis spätestens den 15. Herbstmonat einen sachverständigen grund-, kapital- oder einkommenssteuerpflichtigen Gemeindseinwohner vorzuschlagen. Aus diesen Vorgeschl-

genen erwählt der Regierungsstatthalter eine Kommiss. 4. September  
sion von drei Mitgliedern. 1849.

§. 10.

Der Regierungsstatthalter und der Amtsschaffner des Bezirks sind von Amteswegen Mitglieder der Amtsbezirkskommissionen mit beratender Stimme; der Regierungsstatthalter führt bei ihren Verhandlungen den Vorsitz und der Amtsschaffner das Protokoll.

§. 11.

Wenn der Kommission die gewerblichen Verhältnisse einer Gemeinde nicht in dem Maße bekannt sind, um über die Richtigkeit der Abschätzung des reinen Einkommens derselben mit Sicherheit urtheilen zu können, so steht es ihr frei, von den Behörden die erforderliche Auskunft zu verlangen, oder Männer zu den Verhandlungen beizuziehen, die ihnen dieselbe ertheilen können.

§. 12.

Zur Prüfung der Arbeiten der Amtsbezirkskommissionen und zur Ausgleichung der Schätzungen zwischen den Amtsbezirken ernennt der Regierungsrath eine Centralkommission von fünf Mitgliedern. Die Finanzdirektion hat derselben einen Sekretär beizugeben, der ihr die nöthigen Materialien liefert.

§. 13.

Die Berichtigungen der Einkommenssteuerschätzungssummen der Gemeinden werden durch Prozentzuschlag oder Abzug gemacht. Auf die Abschätzung des Einkommens der einzelnen Steuerpflichtigen wird nicht eingetreten.

Die Amtsbezirkskommissionen sollen ihre Arbeiten am 1. Weinmonat beginnen und so betreiben, daß die

4. September 1849. Centrakommission zur Prüfung derselben auf den 22. Weinmonat einberufen werden kann.

§. 14.

Ueber das Ergebniß ihrer Arbeiten hat die Centrakommission dem Regierungsrathe einen Bericht zu erstatten, welcher seinem wesentlichen Inhalte nach öffentlich bekannt gemacht werden wird. Jedem Einwohnergemeindrath wird der Regierungsrath das Ergebniß der Schätzungsausgleichung für seine Gemeinde mit dem Auftrage mittheilen, die dadurch allfällig nöthig gewordenen Aenderungen im Steuerregister innert acht Tagen zu bewerkstelligen.

§. 15.

Das Einspruchsrecht, welches nach §. 33 des Steuergesetzes jedem Einkommenssteuerpflichtigen zusteht, kann auch gegen die durch die Amtsbezirkskommissionen und die Centrakommission berichtigten Schätzungen geltend gemacht werden. Die Steuerregister sind daher sogleich nach ihrer allfälligen Berichtigung (§. 14) während drei Wochen in der Einwohnergemeindschreiberei zur öffentlichen Einsicht niederzulegen, was in der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen ist.

§. 16.

Die Mitglieder der Amtsbezirkskommissionen, mit Ausnahme des Regierungstatthalters und des Amtschaffners, beziehen für ihre Verrichtungen ein Taggeld von vier Franken, und die von ihnen allfällig beigezogenen Männer (§. 11) ein solches von fünfzehn Bagen für einen ganzen Tag. Die Mitglieder der Centrakommission beziehen ein Taggeld von acht Franken; die Reisetage werden mitgerechnet.

Beamte mit 1600 Franken Besoldung und darüber

erhalten hingegen nur als Vergütung ihrer Auslagen 4. September 1849.  
vier Franken.

### III. Bezug der Steuer.

#### §. 17.

Durch Dekret des Großen Rathes vom 2. August 1849 ist die ordentliche Steuer für das Jahr 1849 bestimmt auf:

eins vom Tausend von dem Grundeigenthum;  
eins vom Tausend von den Kapitalien;  
zwei und ein halbes vom Hundert von dem Einkommen.

Ferner ist laut Dekret des Großen Rathes vom 4. August 1849 für das Jahr 1849 eine außerordentliche Steuer vom halben Betrage der ordentlichen zu beziehen.

Diese Steuern nun sollen zusammen bezogen werden, folglich mit

einem und einem halben vom Tausend des Grundeigenthums,  
einem und einem halben vom Tausend der Kapitalien, und  
drei und drei Viertel vom Hundert des reinen Einkommens.

Für den Steuerbezug von Grundstücken wird die gegenwärtig in Ausführung begriffene Schätzungsausgleichung von Gemeinde zu Gemeinde zu Grunde gelegt.

#### §. 18.

Der Bezug der ordentlichen und außerordentlichen Vermögens- und Einkommenssteuer beginnt mit dem 15. Wintermonat und endigt mit dem 15. Christmonat.

#### §. 19.

Unmittelbar nach dem Ablaufe der Bezugsfrist

4. September 1849. haben die Einwohnergemeinderäthe dem Amtsschaffner zuzustellen:

- a. den bezogenen Steuerbetrag in gesetzlichem Gelde, nach Abzug der ihnen zukommenden zwei vom Hundert,
- b. ein Verzeichniß der Ausstände.

§. 20.

Die Finanzdirektion ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt und hat alle zu diesem Ende erforderlichen nähern Weisungen zu ertheilen.

Diese Verordnung ist öffentlich anzuschlagen und soll in das Amtsblatt eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 4. Herbstmonat 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Kanzleisubstitut,

**C. Giroud.**

13. September 1849.

## V e r o r d n u n g.

über

die Wahlen zu den eidgenössischen Schwurgerichten.

Der Regierungsrath des Kantons Bern, in Ausführung des Gesetzes über die schweizerische Bundesrechtspflege vom 5. Juni 1849 zur Bildung der Geschwornenlisten,

v e r o r d n e t:

§. 1.

Zur Bildung der eidgenössischen Schwurgerichte

sind in dem hiesigen Kanton auf Grundlage der Volkszählung von 1837 zu erwählen: 13. Septembe 1849.

344 Geschworne in den deutschen Amtsbezirken,

64 „ „ „ „ französischen.

§. 2.

Die Zahl dieser Geschwornen vertheilt sich auf die einzelnen Amtsbezirke wie folgt:

Deutsche Amtsbezirke:

Uebertrag: 189 Geschw.

Narberg	14 Geschw.	Laupen	8	„
Narwangen	23	Nidau	9	„
Bern	44	Oberhasle	7	„
Biel	4	Saanen	4	„
Büren	8	Schwarzenburg	11	„
Burgdorf	21	Sestigen	17	„
Erlach	6	Signau	20	„
Fraubrunnen	11	Obersimmenthal	7	„
Frutigen	9	N. Simmenthal	10	„
Interlaken	18	Thun	22	„
Konolfingen	26	Trachselwald	23	„
Laufen	5	Wangen	17	„

Uebertrag 189

Total: 344 Geschw.

(Um die Gesamtzahl von 344 nicht zu überschreiten, sind von der Bevölkerungszahl der einzelnen Amtsbezirke Bruchsummen von 608 Seelen und darunter unberücksichtigt gelassen).

Französische Amtsbezirke:

Uebertrag: 32 Geschw.

Courtellary	14 Geschw.	Münster	10	„
Delsberg	11	Neuenstadt	3	„
Freibergen	7	Brunttrut	19	„

Uebertrag: 32

Total: 64 Geschw.

Jahrgang 1849.



13. September  
1849

(Um die Gesamtzahl von 64 zu erreichen, sind hier die Bruchsummen von 496 Seelen und darüber für volle 1000 gezählt).

§. 3.

Die Geschwornenzahl eines Amtsbezirkes vertheilt sich auf die politischen Versammlungen (§. 5 der Staatsverfassung) nach dem Verhältnisse ihrer Seelenzahl.

Bruchsummen von 500 Seelen und darüber zählen hiebei für volle 1000; sollte jedoch dadurch eine größere Zahl von Geschwornen herauskommen, als es dem ganzen Amtsbezirke bezieht, so werden auch über dieser Zahl stehende Bruchsummen nicht berücksichtigt, und zwar je die niedrigsten nicht, bis die herauskommende Zahl von Geschwornen derjenigen gleichkömmt, welche es dem Amtsbezirke bezieht.

Bruchsummen unter 500 zählen in der Regel nicht, sollte jedoch in Folge dessen die Zahl der Geschwornen, welche es dem Amtsbezirke bezieht, nicht erreicht werden, so werden auch Bruchsummen unter dieser Zahl für volle 1000 gezählt, und zwar je die höchsten, bis die Geschwornenzahl für den Amtsbezirk vollständig ist.

§. 4.

Politische Versammlungen, welche eine geringere Seelenzahl, als die nach dem vorigen Paragraphen zur Wahl eines Geschwornen berechtigende Bruchsumme, haben, vereinigen sich zur Wahl der Geschwornen mit einer benachbarten Versammlung.

Der Regierungsstatthalter bestimmt, mit welcher Versammlung diese Vereinigung stattfinden hat.

Er bestimmt in diesem Falle auch den Ort, wo sich die Wähler zu versammeln haben.



## §. 5.

13. September  
1849.

Jede politische Versammlung erwählt die Zahl von Geschwornen, welche ihr nach den beiden vorhergehenden Paragraphen in Verbindung mit dem Gesetze über die Bundesrechtspflege zukömmt.

Der Regierungsstatthalter hat diese Zahl für jede Gemeinde seines Amtsbezirks zu gleicher Zeit mit der Wahlordnung selbst durch Anschlag und Verlesen öffentlich bekannt zu machen.

## §. 6.

Für die Konstituierung der politischen Versammlungen gelten die Grundsätze, welche die §§. 8, 9, 10 und 11 des Gesetzes über die Wahlen in den Nationalrath enthalten.

Am Plaze der dort bezeichneten Erlasse werden jedoch der Versammlung die §§. 22 bis und mit 28 des Gesetzes über die Bundesrechtspflege, die §§. 16, 17, 18, 19 und 20 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden des Kantons und die gegenwärtige Verordnung vorgelesen\*).

\*) Die §§. 22—28 des Gesetzes über die Bundesrechtspflege lauten:  
§. 22. Für die Zwecke der Strafrechtspflege wird die Eidgenossenschaft in fünf Appellenbezirke eingetheilt.

Der erste Bezirk umfaßt die Kantone Genf, Waadt, Freiburg (mit Ausnahme der Gemeinden, in denen die deutsche Sprache vorherrscht), Neuenburg und diejenigen Gemeinden der Kantone Bern und Wallis, in denen die französische Sprache das Uebergewicht hat.

Der zweite Bezirk besteht aus den Kantonen Bern (mit Ausnahme des dem ersten Bezirke zugewiesenen Landestheiles), Solothurn, Basel und Luzern, so wie aus den deutschsprechenden Gemeinden der Kantone Freiburg und Wallis.

Der dritte Bezirk enthält die Kantone Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Zug, Schwyz und Unterwalden.

Der vierte Bezirk begreift die Kantone Glarus, St. Gallen, Appenzell, Graubünden (mit Ausnahme des Hochgerichtes Misox und Valanca) und Uri.

13. September  
1849.

§. 7.

Das Wahlverfahren selbst ist das nämliche, welches von den Wahlversammlungen für die Wahlen in den Grossen

Der fünfte Bezirk endlich besteht aus dem Kanton Tessin und dem graubündnerischen Hochgerichte Misox und Calanca.

§. 23. In diesen fünf Bezirken wird die Strafrechtspflege durch die Assisen verwaltet. Die Assisen bestehen aus der Kriminalkammer des Bundesgerichts in Verbindung mit zwölf aus der Liste des Bezirks nach den gesetzlichen Bestimmungen herauszuziehenden Geschwornen.

§. 24. Die Geschwornenliste eines jeden Bezirks besteht aus den Verzeichnissen der demselben einverleibten Kantone oder Kantonsheile. In die letztern wird in den vier ersten Bezirken auf je 1000 Einwohner, im fünften Bezirke auf je 500 Einwohner, welche der betreffende Kanton oder Kantonsheil enthält, ein Geschworne eingetragen.

§. 25. Jeder nach §. 63 der Bundesverfassung stimmberechtigte Schweizer kann zum Geschwornen ernannt werden.

Ausgenommen sind jedoch:

- 1) Die Mitglieder der obersten Kantonalgerichtsbehörden, sämtliche Gerichtspräsidenten, Verhörrichter und Staatsanwälte, so wie alle eidgenössischen und kantonalen Vollziehungsbeamten, mit Ausschluß der Gemeindebeamten.
- 2) Die Geistlichen.
- 3) Die Angestellten in den Verhaftungs- und Strafanstalten.
- 4) Die Polizeiangestellten.

§. 26. Jeder, der zum Geschwornen ernannt wird, ist verpflichtet, dem an ihn gerichteten Rufe Folge zu leisten. Ausgenommen sind:

- 1) Alle, welche das sechszigste Altersjahr zurückgelegt haben.
- 2) Jeder, der auf der letzten Geschwornenliste sich befunden hat.
- 3) Diejenigen, welche wegen Krankheit oder in Folge irgend eines Gebrechens außer Stande sind, die Pflichten eines Geschwornen zu erfüllen.

§. 27. Der Entscheid der Frage, ob Jemand fähig oder verpflichtet sei, sich auf die Geschwornenliste setzen zu lassen, steht den Kantonalbehörden zu.

§. 28. Die Geschwornenlisten werden innerhalb der Schranken des gegenwärtigen Gesetzes in den Kantonen durch direkte Volkswahlen gebildet.

Die §§. 16—20 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden des Kantons lauten:

§. 16. Der Gewählte, welcher einen der oben angeführten Ablehnungsgründe anzuführen hat, soll sich, falls er in der Versammlung zugegen ist, sofort über die Ablehnung seiner Wahl erklären, wonach die Versammlung über die Zulässigkeit der Ablehnung entscheidet, und, wenn sie die angebrachten Gründe

Rath beobachtet wird (§§. 8, 9 und 10 der Verordnung 13. September 1849. über die Eintheilung der Wahlkreise und die Wahlen in den Großen Rath vom 14. Juli 1846).

§. 8.

Ueber die Geltendmachung von Ablehnungsgründen, die Weigerung, die Wahl anzunehmen, die Einsendung der Wahlprotokolle und die Anbringung und Entscheidung von Beschwerden gegen die Wahlverhandlungen gelten die §§. 16, 17, 18, 19 und 20 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden des Kantons.

§. 9.

Sonntags, den 30. Herbstmonat nächsthin, unmittelbar nach dem Morgengottesdienste, treten die politischen

genügend findet, ohne Weiteres zu einer neuen Wahl schreitet. Ist hingegen der Gewählte bei der Wahlverhandlung nicht zugegen, oder hat die Versammlung seine Gründe nicht berücksichtigt, so kann er dießfalls nach §. 19 bei dem Obergerichte Beschwerde führen.

§. 17. Wer sich ohne genügende Entschuldigungsgründe (§ 15) weigert, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen und die Pflichten eines Geschwornen zu erfüllen, wird wie ein widerständiger Zeuge behandelt.

§. 18. Nach beendigter Wahlverhandlung sollen die Wahlprotokolle sofort dem Regierungsstatthalter des betreffenden Amtsbezirktes eingesandt werden.

§. 19. Die bei der Sache beteiligten Bürger und die Staatsanwaltschaft sind berechtigt, wegen Gesetzwidrigkeiten bei den Wahlverhandlungen, so wie in Betreff getroffener ungesetzlicher Wahlen bei dem Obergerichte Beschwerde zu führen.

Die Beschwerde muß innerhalb der Frist von acht Tagen, von dem Datum der Wahlverhandlung an zu zählen, dem Regierungsstatthalter schriftlich und unter Beifügung der zu ihrer Rechtfertigung dienenden Beweisstücke eingereicht werden.

§. 20. Nach Ablauf der achttägigen Frist sendet der Regierungsstatthalter die Wahlprotokolle mit den allfällig dagegen eingelangten Reklamationen an das Obergericht, welches über angefochtene Verhandlungen zu entscheiden und, wenn solche als ungültig erklärt werden, neue Wahlen zu veranstalten hat. Bei diesen Nachwahlen sind dieselben Vorschriften zu beobachten, wie bei den ersten Wahlverhandlungen.

13. September 1849. Versammlungen zusammen, um nach Mitgabe dieser Verordnung die eidgenössischen Geschwornen für die erste Wahlperiode zu erwählen.

§. 10.

Gegenwärtige Verordnung soll in allen Kirchen des Kantons öffentlich verlesen, angeschlagen und sowohl in das Amtsblatt als in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Bern, den 13. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

18. September 1849.

## Bundesgesetz

über

die Organisation und den Geschäftsgang des Bundesrathes.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

um die Organisation und den Geschäftsgang des Bundesrathes nach Maßgabe der Bundesverfassung vom 12. Herbstmonat 1848 zu ordnen und weiter zu entwickeln; nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes;

beschließt:

Erster Abschnitt. Organisation des Bundesrathes.

Art. 1.

Der Bundesrath ist die oberste vollziehende und lei-

tende Behörde der Eidgenossenschaft. Er besteht aus <sup>12. September</sup> ~~12~~ <sup>1849.</sup> sieben Mitgliedern, welche von der Bundesversammlung aus allen in den Nationalrath wählbaren Schweizerbürgern auf eine Amtsdauer von je drei Jahren erwählt werden, und von denen nicht mehr als ein Mitglied dem nämlichen Kanton angehören darf. Nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesamterneuerung des Bundesrathes Statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächsten Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt (Art. 83 u. ff. der Bundesverfassung).

#### Art. 2.

Die Mitglieder des Bundesrathes und der Kanzler der Eidgenossenschaft üben ihr politisches Bürgerrecht in demjenigen Kantone aus, in welchem sie eingebürgert sind. Besitzen dieselben in mehreren Kantonen das Bürgerrecht, so sind sie mit Beziehung auf Art. 84 der Bundesverfassung als demjenigen Kanton angehörig zu betrachten, in welchem sie zur Zeit der Wahl ihren Wohnsitz hatten, und in Ermangelung des Wohnsitzes in einem dieser Kantone, als demjenigen angehörig, in welchem das Bürgerrecht das ältere ist.

#### Art. 3.

Blutsverwandte oder Verschwägerte in auf- und absteigender Linie unbedingt, und in der Seitenlinie bis und mit dem Grade von Geschwisterkindern, so wie Ehemänner von Schwestern, können nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesrathes sein.

Ein solches Verwandtschaftsverhältniß darf auch nicht zwischen einem Mitgliede des Bundesrathes und dem Kanzler, dessen Stellvertreter, dem Archivar, dem Re-

18. September  
1849.

gistrator, noch zwischen einem Mitgliede des Bundesrathes und dessen Departementssekretär oder den seinem Departemente unterstellten obersten Bundesbeamten bestehen.

Der Bundesrath darf überhaupt nicht Personen, welche mit einem seiner Mitglieder in eben bezeichnetem Verwandtschaftsverhältnisse stehen, zu Departementssekretären oder obersten Bundesbeamten erwählen.

Ein Mitglied des Bundesrathes oder ein oberster Beamter, welcher durch Eingehung einer Ehe in ein unzulässiges Verwandtschaftsverhältniß tritt, hat auf seine Stelle zu verzichten.

Ein besonderes Gesetz wird die Beamten bezeichnen, auf welche obige Bestimmungen anzuwenden sind. Bis zum Erscheinen desselben wird diese Bezeichnung vom Bundesrathe ausgehen.

#### Art. 4.

Kein Mitglied des Bundesrathes darf eine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe betreiben (Art. 85 der Bundesverfassung) oder durch andere Personen betreiben lassen.

#### Art. 5.

Der Amtssitz des Bundesrathes, seiner Departemente und Kanzleien ist in Bern.

Die im Artikel 3 erwähnten Beamten haben in Bern zu wohnen.

#### Art. 6.

Den Vorsitz im Bundesrathe führt der Bundespräsident, welcher, sowie auch der Vizepräsident, von den vereinigten Räten aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende



Jahr weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. 18. September 1849.  
Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Jahren die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden. (Art. 86 der Bundesverfassung.)

Art. 7.

In Abwesenheit des Bundespräsidenten führt der Vizepräsident, und im Falle der Verhinderung desselben das nächstfolgende Mitglied, das Präsidium des Bundesrathes.

Durch Ersatzwahlen eingetretene Mitglieder folgen in der Rangordnung den früher gewählten Mitgliedern, und sie treten nur bezüglich der Amtsdauer an die Stelle ihrer Vorgänger.

Art. 8.

Den Sitzungen des Bundesrathes wohnt der Kanzler der Eidgenossenschaft mit einem Sekretär bei.

Der Kanzler hat die beschlossenen Schreiben und Ausfertigungen zu verfassen und der Sekretär das Protokoll zu führen.

Art. 9.

Der Bundesrath ist bevollmächtigt, inner den Schranken des Besoldungsgesetzes und des jeweiligen Vorschlages den Departementen die erforderliche Anzahl von Sekretären und Kopisten zu bewilligen.

Art. 10.

Zur Bedienung des Bundesrathes und der Departemente wird die erforderliche Anzahl von Weibern und Abwärtern angestellt.

Art. 11.

Die sämmtlichen Angestellten und Bediensteten, mit Ausnahme derjenigen Beamten, deren Wahl, nach Art. 74, Ziffer 3, der Bundesverfassung, der Bundesver-

18. September 1849. sammlung zusteht, werden nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung vom Bundesrathe gewählt.

Bei diesen Wahlen ist jedes Mitglied des Bundesrathes zu Wahlvorschlägen berechtigt.

**Zweiter Abschnitt. Allgemeine Befugnisse und Ver-  
richtungen des Bundesrathes.**

**Art. 12.**

Der Bundesrath hat innerhalb der Schranken der Bundesverfassung und nach Maßgabe der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäß der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Konkordate zu wachen; er trifft zur Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.



Er ernennt Kommissarien für Sendungen im Innern <sup>18. September 1849.</sup> und nach Außen.

Er bestimmt die Besoldungen oder Entschädigungen aller dieser Sachverständigen, Beamten oder Kommissarien, soweit dieselben nicht gesetzlich geregelt sind.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind (Art. 74, Ziffer 5, der Bundesverfassung).

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Außen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äußere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten, und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgegebenen Truppen zweitausend Mann übersteigen, oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Straßen und Brücken.

18. September  
1849.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

Dringliche Ausgaben vorbehalten, soll das Budget nie überschritten, sondern in den erforderlichen Fällen bei der ersten Versammlung des National- und Ständerathes der nöthige weitere Kredit beantragt werden.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft, sowie Bericht über seine Verrichtungen, über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Außen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maßregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für zweckdienlich erachtet.

Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt. (Art. 90 der Bundesverfassung.)

#### Art. 13.

Der Präsident eröffnet alle an den Bundesrath gelangenden Eingaben, überweist dieselben an die betreffenden Departemente oder legt sie dem Bundesrathe vor und sorgt für deren beförderliche Erledigung.

Der Präsident legt jeweilen in der nächstfolgenden Sitzung dem Bundesrathe ein von dem Kanzler gefertigtes Verzeichniß aller Ueberweisungen vor.

Er hat das Recht, bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden und bei Wahlen wie ein anderes Mitglied des Bundesrathes seine Stimme abzugeben.

## Art. 14.

18. September  
1849.

Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein. (Art. 88 der Bundesverfassung.)

## Art. 15.

Bei allen Schlußnahmen entscheidet die absolute Mehrheit der Anwesenden; zur Zurücknahme eines gefaßten Beschlusses aber wird eine Mehrheit von wenigstens vier Stimmen erfordert.

## Art. 16.

Kein Mitglied soll ohne Entschuldigung eine Sitzung des Bundesrathes versäumen. Urlaub für die Dauer einer Woche kann das Präsidium ertheilen, für einen längern Urlaub ist die Zustimmung des Bundesrathes selbst erforderlich.

## Art. 17.

Ueber alle Verhandlungsgegenstände, mit Ausnahme der Wahlen, findet offene Abstimmung Statt. Die Wahlen hingegen geschehen in der Regel durch geheime Stimmgebung.

In dem Sitzungsprotokoll sollen die anwesenden wie die abwesenden Mitglieder des Bundesrathes verzeichnet werden.

Jedes Mitglied ist berechtigt, zu Protokoll zu erklären, daß es einem von dem Bundesrathe gefaßten Beschlusse nicht, wohl aber einem andern, sachbezüglich gestellten Antrage zugestimmt habe.

## Art. 18.

Bei Behandlungen, an welchen ein Mitglied selbst, oder ein mit demselben Verwandter nach Maßgabe der im Art. 3 enthaltenen Beschränkungen, persönliches Inte-

18. September 1849. resse hat, ist das betreffende Mitglied zum Austritte verpflichtet.

#### Art. 19.

Alle vom Bundesrath ausgehenden Erlasse werden, im Namen der Behörde, von dem Bundespräsidenten und dem Kanzler, oder deren funktionirenden Stellvertretern unterzeichnet.

#### Dritter Abschnitt. Besondere Geschäftseinteilung

##### 1) Organisation der Departemente.

###### a) Allgemeine Vorschriften.

#### Art. 20.

Die Geschäfte und Verwaltungszweige des Bundesrathes, welche besonderer Aufsicht, Vorberathung oder untergeordneter Verfügungen bedürfen, werden den Departementen zugewiesen. Letztere sind befugt, mit schweizerischen Regierungen und deren Beamtungen, sowie mit eidgenössischen Beamten in unmittelbaren Verkehr zu treten, soweit dieses zur Behandlung ihrer Geschäfte erforderlich ist. Alle Entscheide gehen jedoch vom Bundesrath als Behörde selbst aus.

#### Art. 21.

Streitige Kompetenzfragen zwischen den Departementen entscheidet der Bundesrath. Kommen Geschäfte vor, welche in den Bereich mehrerer Departemente einschlagen, so werden alle zum Bericht aufgefordert, und der Bundesrath bezeichnet das Departement, welches den Hauptbericht erstatten soll.

###### b) Geschäfte der Departemente.

#### Art. 22.

Zur Vorberathung und theilweisen Erledigung der Geschäfte, soweit letzteres besonders bestimmt wird, theilt sich der Bundesrath in sieben Departemente.

18. September  
1849.

- 1) Das politische Departement.
- 2) Das Departement des Innern.
- 3) Das Justiz- und Polizeidepartement.
- 4) Das Militärdepartement.
- 5) Das Finanzdepartement.
- 6) Das Handels- und Zolldepartement.
- 7) Das Post- und Baudepartement.

Der Bundesrath nimmt alljährlich die Vertheilung der Departemente vor, und jedes Mitglied ist gehalten, eines derselben zu übernehmen.

Für die Fälle von Abwesenheit und Verhinderung wird jedem Departementsvorsteher ein Stellvertreter bezeichnet.

#### Art. 23.

Dem politischen Departement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Der Verkehr mit auswärtigen Staaten und deren Stellvertretern, die Abschließung von Staatsverträgen aller Art, wobei inzwischen bezüglich auf deren Inhalt die Mitwirkung der andern Departemente, in deren Geschäftskreis sie der Sache selbst nach gehören, vorbehalten ist.

2) Der Verkehr mit den Geschäftsträgern und Konsulen der Schweiz im Auslande.

3) Die Vermittlung des amtlichen Verkehrs zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen oder deren Stellvertretern.

4) Prüfung derjenigen Verträge, welche die Kantone von sich aus mit ausländischen Behörden abzuschließen befugt sind.

5) Wahrung der Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit der Eidgenossenschaft gegen Außen im Allge-



18. September 1849. meinen, sowie der völkerrechtlichen Verhältnisse im Besondern.

6) Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Innern.

7) Ueberwachung und Regulirung der Grenzverhältnisse zu dem Auslande.

#### Art. 24.

Dem Departement des Innern liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob.

1) Die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse über die Organisation und den Geschäftsgang der Bundesbehörden.

2) Ueberwachung der Bundeskanzlei und der Archive.

3) Die Grenz- und Gebietsverhältnisse der Kantone unter sich.

4) Die eidgenössische Universität und die polytechnische Schule.

5) Die freie Ausübung des Gottesdienstes der anerkannten christlichen Konfessionen und die Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen.

6) Das Maß- und Gewichtswesen.

7) Die Gesundheitspolizei bei gemeingefährlichen Seuchen.

8) Statistik der Schweiz.

#### Art. 25.

Dem Justiz- und Polizeidepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Die Ueberwachung der allseitigen genauen Erfüllung der Bundesverfassung und der Bundesgesetze im Allgemeinen, soweit dieselbe nicht andern Departementen übertragen ist.

- 2) Prüfung der Verträge zwischen den Kantonen. 18. September 1849.
- 3) Verfügungen bezüglich der Handhabung der bundesmäßigen Rechte des Volkes und der Bürger, wie der Behörden.
- 4) Die polizeilichen Geschäfte für das eidgenössische Gerichtswesen, soweit sie dem Bundesrathe zustehen.
- 5) Die Vollziehung bundesgerichtlicher Urtheile, der Vergleiche und schiedrichterlichen Sprüche.
- 6) Die Prüfung von Kompetenzstreitigkeiten der Kantone mit den Bundesbehörden oder unter sich, sowie von Konflikten unter den Bundesbehörden selbst, von Streitigkeiten unter den Kantonen über Erfüllung von strafpolizeilichen und civilrechtlichen Konkordaten, von Anständen bei der verlangten Vollziehung rechtskräftiger Civilurtheile, sowie bei Arrestanlegungen.
- 7) Die Besorgung der eigentlichen polizeilichen Geschäfte bezüglich des Niederlassungswesens, des Vereinsrechtes, der Presse, der Heimathlosen, der Fremden.
- 8) Die Handhabung der Polizei, soweit sie in der Berechtigung des Bundes liegt.

Art. 26.

Dem Militärdepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

- 1) Die Organisation des Wehrwesens überhaupt.
- 2) Die Anordnung und Beaufsichtigung des dem Bunde obliegenden militärischen Unterrichts.
- 3) Die Ueberwachung der den Kantonen obliegenden militärischen Pflichten und Leistungen gegen den Bund, sowie der Kantonalgesetzgebung über das Wehrwesen.
- 4) Die Fürsorge für Vervollkommnung des Wehrwesens und der Vertheidigungsmittel.

18. September  
1849.

5) Anschaffung, Aufbewahrung und Unterhaltung des vom Bunde anzuschaffenden Kriegsmaterials.

6) Herstellung, Beaufsichtigung und Unterhaltung der eidgenössischen Befestigungswerke.

7) Die topographischen Arbeiten der Eidgenossenschaft, sowie der Kantone, soweit diese dem Bunde zur Ausführung oder zur Beaufsichtigung zustehen, nebst dem Stich der Karte der Eidgenossenschaft.

8) Wahlvorschläge in den eidgenössischen Stab.

#### Art. 27.

Dem Finanzdepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Die organischen Bestimmungen über die Form der Finanz- und Kassenverwaltungen.

2) Die Verwaltung der eidgenössischen Fonds, sowie die Vorkehrungen für Darleihen und deren Ueberwachung.

3) Die Aufsicht über die Staatskasse und das gesammte Rechnungswesen der Eidgenossenschaft.

4) Das Münzwesen.

5) Die Pulververwaltung und die Zündkapselfabrikation.

6) Die Massnahmen, betreffend die Bestimmung der Geldskala und allfälliger Beiträge der Kantone an die Ausgaben der Eidgenossenschaft.

7) Die Ausfertigung des jährlichen Voranschlages und der Bundesrechnung.

#### Art. 28.

Dem Departement des Handels- und Zollwesens liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

1) Beförderung des Handels- und Gewerbswesens im Allgemeinen, wozu der Verkehr mit den



Handelskonsuln, soweit derselbe sich auf den Handel be- 18. September  
zieht, gehört. 1849.

2) Handhabung des freien Verkehrs im Innern der Schweiz.

3) Handels- und Zollverträge mit dem Auslande.

4) Regulirung des Zollwesens. Ausmittlung der Entschädigungssummen an die Kantone für daherige Berechtigungen, welche vom Bunde übernommen werden.

5) Ueberwachung der den Kantonen zum Fortbezug überlassenen Gebühren.

6) Bezug der Grenzzollgebühren und Stellung gehöriger Ausweise.

7) Uebersichtliche Ausmittlung des Handels der Schweiz.

8) Beaufsichtigung des Bezuges der den Kantonen bewilligten Verbrauchssteuern.

#### Art. 29.

Dem Post- und Baudepartement liegt die Vorberathung und Besorgung folgender Geschäfte ob:

##### a. Im Postwesen:

1) Die Organisation der gesammten Postverwaltung.

2) Die Leitung und Ueberwachung des Postdienstes in allen seinen Zweigen.

3) Die Abschließung von Fahr- und Lieferungsverträgen aller Art.

4) Die Anschaffung und der Unterhalt des erforderlichen Postmaterials.

5) Die Vorbereitung von Postverträgen mit dem Auslande und daherige Unterhandlungen.

6) Die Ausmittlung der Entschädigungen an die Kantone und an Privaten für Abtretung des Postwesens an den Bund.

18. September  
1849.

### b. Im Bauwesen.

1) Die Oberaufsicht über die Straßen und Bauten, soweit sie dem Bunde zusteht.

2) Die Errichtung öffentlicher Werke.

### 2. Bundeskanzlei.

#### Art. 30.

Der Kanzler steht der Bundeskanzlei vor. Er wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren, jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrathe gewählt. Der Kanzler darf keinen andern Beruf oder Gewerbe treiben oder auf seine Rechnung betreiben lassen.

#### Art. 31.

Der Kanzler hat für Verbindungsfälle einen vom Bundesrathe je auf eine Amtsdauer von drei Jahren zu wählenden Stellvertreter, welcher gleichzeitig der erste Sekretär des Bundesrathes und nach dem Kanzler der oberste Beamte auf der eidgenössischen Kanzlei ist.

#### Art. 32.

Unter dem Kanzler und seinem Stellvertreter stehen der Archivar und der Registrator der Eidgenossenschaft welche ebenfalls vom Bundesrathe auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden.

#### Art. 33.

Wenn vor der Integralerneuerung in der Zwischenzeit für eine der verschiedenen Kanzleibeamtungen eine Wahl getroffen werden muß, so wird dieselbe nur für den Rest der Amtsperiode vorgenommen.

#### Art. 34.

Die übrigen erforderlichen Kanzleiangestellten ernannt der Bundesrath auf unbestimmte Zeit.

Bei offenkundiger Pflichtversäumnis können die vom Bundesrathe gewählten Kanzleibeamten auch vor Ablauf der

Frist, für welche dieselben gewählt worden sind, wieder 18. September 1849.  
entlassen werden.

Art. 35.

Für die Ueberwachung der Bundeskanzlei und der Archive ist der Kanzler dem Vorsteher des Departements des Innern beigegeben und soll diesem dazu stets hülfsreiche Hand leisten.

Art. 36.

Der Kanzler besorgt die Herausgabe und Veröffentlichung der Bundesgesetze, Verordnungen und Beschlüsse der eidgenössischen Behörden.

Art. 37.

Die Geschäftsführung des Bundesrathes, seiner Departemente und der Bundeskanzlei wird jedes Jahr durch die Bundesversammlung geprüft.

Zu diesem Zwecke wählt jeder Rath eine Kommission auf deren Bericht das Nöthige verfügt wird.

U e b e r g a n g s b e s t i m m u n g.

Art. 38.

Die Amtsdauer des Bundesrathes, des Kanzlers und dessen Stellvertreters, des Archivars und des Registrators der Eidgenossenschaft geht das erstemal mit dem 31. Dezember 1851 zu Ende.

Die Amtsdauer des Bundespräsidenten endigt das erstemal mit dem 31. Dezember 1849.

Der schweizerische Bundesrath,

nachdem der Ständerath unterm 14. Mai 1849 der Nationalrath unterm 16. gl. M. vorstehendes Gesetz über die Organisation und den Geschäftsgang des schwei-

18. September 1849. zerischen Bundesrathes erlassen hat, somit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschließt:

Art. 1.

Das erwähnte Gesetz tritt von dem Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft.

Art. 2.

Dasselbe soll dem Bundesblatte einverleibt, allen Kantonsregierungen mitgetheilt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Bern, den 28. Mai 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

**Dr. Furrer.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,  
**Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Obiges Bundesgesetz soll zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

**Defret der Bundesversammlung**18. Sept.  
1849.

über

den Tarif, zu welchem die verschiedenen Kantonsmünzen an den Kassen der eidgenössischen Administrationen anzunehmen sind.

Vom 30. Juni 1849.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht des Antrages des Bundesraths,  
beschließt:

**Art. 1.**

Bis zur Einführung eines allgemein schweizerischen Münzfußes sollen bei den Kassen der eidgenössischen Post-, Zoll- und Pulververwaltung alle Münzsorten, welche in den Kantonen gesetzlichen Kurs haben, in jedem Kanton zu demjenigen Kurse angenommen werden, welcher für dieselben bei den öffentlichen Kassen des betreffenden Kantons anerkannt ist.

**Art. 2.**

Jeder dieser Kantone hat beim Bezuge der Entschädigung, welche er für Abtretung des Postregals erhält, sowie des ihm zukommenden Theiles der Zolleinnahmen die fraglichen Münzsorten ebenfalls im nämlichen Kurse von der eidgenössischen Kasse als Zahlung anzunehmen.

**Art. 3.**

Bis zum nächsten Zusammentritt der Bundesversammlung hat der Bundesrath geeignete Anträge über

18. Sept. Einführung eines allgemeinen schweizerischen Münzfußes  
1849. an die Bundesversammlung zu bringen.

Art. 4.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem vorstehendes Dekret durch den Ständerath  
am 29. Juni und durch den Nationalrath am 30. Juni  
1849 erlassen worden, somit zu einem Bundesgeseze er-  
wachsen ist,

beschließt:

Das erwähnte Dekret tritt sofort in Kraft.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Obiges Dekret soll zum Zwecke der Bekannt-  
machung in die Sammlung der Geseze und Dekrete  
eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

18. Sept.  
1849.**Postvertrag**

zwischen Oesterreich und der Schweiz.

Vom 2. Juli 1849.

Nachdem die Auswechslung der gegenseitigen Ratifikationen des am 6. Juni 1847 durch k. k. österreichische Kommissäre und Bevollmächtigte schweizerischer Kantone zu Wien unterzeichneten Schlußprotokolls der zur Regulirung der Postverhältnisse zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft gepflogenen Verhandlungen, so wie der darauf sich stützenden besondern Postverträge zwischen Oesterreich und den einzelnen Kantonen der Schweiz durch verschiedene Umstände verzögert worden, mittlerweile aber einerseits die oberste Leitung der österreichischen Postanstalt durch das k. k. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten übernommen worden, anderseits die Verwaltung sämtlicher schweizerischer Posten in die Hände der eidgenössischen Bundesbehörde übergegangen ist, so haben die beidseitigen Regierungen, in der Absicht, die durch das vorgedachte Schlußprotokoll festgesetzten Bestimmungen zur Ausführung zu bringen, zugleich sie aber den jetzigen Verhältnissen anzupassen, Kommissäre ernannt, und zwar

die kaiserlich-königliche Regierung,

den Herrn August Freiherrn von Edelga,

Inhaber des ottomanischen Verdienstordens, Gr. k. k. apostol. Maj. Legationsrath und Geschäftsträger bei der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft, und

18. Sept.  
1849.

die schweizerische Eidgenossenschaft,  
den Herrn Benedikt La Roche-Stehelin, General-  
postdirektor der Schweiz,  
welche Kommissäre nach erfolgter Mittheilung der in ge-  
höriger Form ausgefertigt befundenen Vollmachten, nach-  
folgenden allgemeinen

#### Postvertrag

zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und  
der schweizerischen Eidgenossenschaft, mit Vor-  
behalt höchster Ratifikation, abgeschlossen haben, durch  
welchen die vorgedachten, besonders, im Juni 1847 ab-  
geschlossenen Postverträge zwischen Oesterreich und den  
einzelnen Kantonen der Schweiz aufgehoben werden.

#### I. Allgemeine Bestimmungen.

##### Art. 1.

Zwischen der k. k. österreichischen Postanstalt und der  
Postanstalt der schweizerischen Eidgenossenschaft sollen zur ge-  
genseitigen Uebermittlung der Korrespondenzen und andern  
Sendungen, sowie wegen Beförderung von Reisenden, regel-  
mäßige Postverbindungen unterhalten werden, und zwar:

##### a. unmittelbare:

von der Seite Vorarlbergs,  
in der Richtung von Bregenz und Rheineck, Feldkirch,  
St. Gallen, dann Feldkirch und Wattwil, endlich Feld-  
kirch und Chur;

##### von der Seite der Lombardie:

in der Richtung von Mailand, Como und Chiasso, von  
Mailand, Chiavenna und Chur, dann Chiavenna, Casta-  
segna und Samaden;

##### b. mittelbare:

zwischen der Lombardie und den Kantonen Genf, Waadt



und Wallis vermittelt der königlich-sardinischen Postanstalt.

18. Sept.  
1849.

Art. 2.

Die Postkurse, welche zur unmittelbaren Auslieferung der Korrespondenzen und andern Sendungen zu dienen haben, werden im Einverständnisse zwischen der k. k. österreichischen Postverwaltung und der schweizerischen Generalpostdirektion gegenseitig so eingeleitet und unterhalten, daß die möglichst schnelle und verlässlichste Beförderung derselben vom Aufgabsorte bis zu jenem der Bestimmung erzielt wird.

Einstweilen werden die dermalen bestehenden Kurseinrichtungen gegenseitig unverändert fortbestehen.

Art. 3.

Die gegenwärtig angeordneten Korrespondenzinstradierungen und gegenseitigen Briefpaketschlüsse zwischen Oesterreich und der Schweiz werden, insoweit sie den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen, beibehalten. Es wird jedoch den beidseitigen Postverwaltungen vorbehalten, behufs größtmöglicher Beschleunigung der gegenseitigen Brieffsendungen und anderer, den Korrespondenten zu gewährenden Vortheile, jeweilen diejenigen Veränderungen in der Instradirung der Korrespondenzen, sowie in der Anordnung der unmittelbaren Briefpaketschlüsse zu treffen, die zu Erreichung dieses Zweckes am geeignetsten erscheinen.

Art. 4.

Als Orte, in welchen die unmittelbare Auslieferung der Briefpakete und anderer Sendungen zwischen der Postanstalt Oesterreichs und jener der schweizerischen Eidgenossenschaft stattfinden soll, werden, mit

18. Sept. 1849. Vorbehalt künftiger, im Einvernehmen beider Postanstalten zu treffender Aenderungen, bestimmt:

auf österreichischem Gebiete:

Bregenz, Feldkirch und Chiavenna;

auf schweizerischem Gebiete:

Chur, Rheineck und Chiasso.

Die Auslieferungsorte für die durch die mittelbaren Postverbindungen zu besorgenden Korrespondenzen werden im Einverständnisse zwischen der k. k. österreichischen, der k. sardinischen und der schweizerischen Postverwaltung festgesetzt werden.

#### Art. 5.

Die k. k. österreichische Postverwaltung und diejenige der schweizerischen Eidgenossenschaft gestatten, im Interesse des korrespondirenden Publikums, die Versendung von Briefen mit Rekommandation; es wird jedoch allseitig festgesetzt, daß auf denselben eine Werthangabe nicht enthalten sein dürfe, und für den Inhalt durchaus nicht eine Ersakpflicht, sondern nur die Verbindlichkeit zur verlässlichen Versendung und Nachweisung der richtigen Bestellung, sowie zur Vergütung von zwanzig Gulden Konventionsmünze, Wienerwährung, auf sich genommen wird, wenn der Brief aus Schuld eines Postbediensteten in Verlust geräth, und die Reklamation innerhalb dreier Monate, vom Tage der Aufgabe gerechnet, eingebracht wird.

### II. Internationale Korrespondenz.

#### Art. 6.

Die Korrespondenzen aus den österreichischen Staaten, dem Fürstenthum Lichtenstein und Belgrad in Serbien nach der Schweiz, sowie

jene aus der Schweiz nach den österreichischen Staaten, dem Fürstenthum Lichtenstein und Belgrad, können 18. September 1849.

- a. entweder ohne Entrichtung des Porto aufgegeben werden, mit Ausnahme der im Art. 14 angegebenen Fälle, oder
- b. sie sind bis zum Bestimmungsorte zu frankiren.

Im ersten Falle hat der Empfänger die entfallende Tage zu entrichten, wogegen im zweiten Falle die Briefe dem Adressaten portofrei zugestellt werden sollen.

#### Art. 7.

Für die im Art. 6 erwähnten wechselseitigen Korrespondenzen wird eine gemeinschaftliche Portotage in drei Abstufungen, nämlich:

- a. für die Entfernung bis einschließlich fünf Meilen mit drei Kreuzern Konventionsmünze, Wienerwährung (respektive zehn Rappen Schweizerwährung);
- b. für die Entfernung von fünf bis einschließlich zehn Meilen, sechs Kreuzer Konventionsmünze, Wienerwährung (respektive zwanzig Rappen Schweizerwährung);
- c. für alle Entfernungen über zehn Meilen, mit zwölf Kreuzern Konventionsmünze, (respektive vierzig Rappen Schweizerwährung)

für den einfachen Brief festgesetzt, welche Tage, in Kreuzern ausgedrückt, gegenseitig vom versendenden Postamte auf den Briefen zu verzeichnen ist, und zwar auf der Adressseite, wenn dieselbe vom Adressaten zu bezahlen ist, auf der Siegelseite hingegen, wenn sie vom Aufgeber vorausbezahlt wurde. Es darf über diese Tagen (allfällige geringe Zustellungsgebühren ausgenommen) keine

18. Sept.  
1849.

andere Gebühr eingehoben werden. Im gegenseitigen Einverständnisse sollen jedoch die gedachten Rayons auch erweitert werden können.

Art. 8.

Das Erträgniß aus den gemeinschaftlichen Portotagen von drei, sechs und zwölf Kreuzern ist von der österreichischen und der schweizerischen Postverwaltung je zur Hälfte zu beziehen, so daß der österreichischen sowohl als schweizerischen Postkasse vom einfachen Briefe anderthalb, beziehungsweise drei oder sechs Kreuzer, zu Guten gerechnet werden sollen.

Art. 9.

Bezüglich derjenigen Korrespondenz aus Oesterreich nach den südöstlichen Kantonen der Schweiz, und umgekehrt, welche über Sardinien gesendet wird, wird das an die königlich-sardinische Postkasse zu entrichtende Transitporto vorläufig gemeinschaftlich und zu gleichen Theilen von der österreichischen und der schweizerischen Postkasse bestritten werden, in welcher Beziehung sich die österreichische Postverwaltung mit jener Sardiniens ins Einvernehmen setzen wird.

Doch bleibt es den beiden Postverwaltungen vorbehalten, in der Folge sich hinsichtlich jenes Portozuschlages einzuverstehen, welchen etwa zur Kompensation der an Sardinien zu bezahlenden Transitgebühr von den Korrespondenten einzuhoben für angemessen erachtet würde. .

Art. 10.

Die im Wechselverkehr zwischen Oesterreich und der Schweiz vorkommenden rekommandirten Briefe sind, was die Entrichtung des Porto betrifft, gleich den gewöhnlichen Briefen zu behandeln, und hat jede Postadministration, durch deren Organe die Aufnahme und Be-

stellung erfolgt, die bei ihr gesetzlich bestehenden Rekom-<sup>18. September</sup>  
mandations- und Rezepissegebühren für eigene Rech-<sup>1849.</sup>  
nung zu beziehen.

Art. 14.

Die Entfernungen vom Postorte der Aufgabe bis zu jenem der Abgabe der Briefe in den österreichischen Staaten und in der schweizerischen Eidgenossenschaft werden, ohne Rücksicht auf die Landesgrenze, in gerader Linie, nach geographischen Meilen (fünfzehn auf einen Aequatorgrad) berechnet.

Die k. k. österreichische Postverwaltung wird, wiebald ihr die Postorte in den Oesterreich nahe liegenden Kantonen St. Gallen, Zürich, Glarus, Thurgau, Appenzell, Tessin, Graubünden, Schwyz und Uri bekannt gegeben sein werden, die nöthigen Vermessungen vornehmen, dann das Verzeichniß entwerfen und mittheilen lassen, aus dem entnommen werden kann, zwischen welchen Postorten in Oesterreich und in der Schweiz die Korrespondenz nach den zwei ersten Portosätzen von drei und sechs Kreuzern zu taxiren sein wird.

Art. 12.

Das Gewicht des mit der einfachen Lage zu belegenden Briefes wird bis zu einem halben Loth einschließig (Wienergewichts) festgesetzt; für die dieses Gewicht übersteigenden Sendungen kommen die Gebühren nach der anliegenden Lage- und Gewichtsprogressionstabelle einzubeben.

Art. 13.

Bezüglich der Portoermäßigung für Drucksachen und Musterfundungen wird Folgendes festgesetzt:

- a. Für Zeitungen, Journale, Broschüren, dann gedruckte Preiscourante, Musikalien und Kataloge,

18. September  
1849.

welche so verpackt zur Aufgabe gebracht werden, daß die Beschränkung der Sendungen auf diesen Inhalt sichtbar bleibt, ist nur der vierte Theil der Briefportogebühr, in keinem Falle aber weniger als ein Kreuzer Conventionsmünze Wienerwährung zu entrichten; jedoch dürfen derlei Sendungen außer der Adresse nichts Geschriebenes enthalten.

- b. Für Waarenmuster, welche Briefen kennbar beige- geschlossen oder denselben angehängt werden, ist gleichfalls nur der vierte Theil der tarifmäßigen Portogebühr, in keinem Falle aber weniger als ein Kreuzer Conventionsmünze Wienerwährung einzuheden.

Wiegt der begleitende Brief mehr als für den einfach zu tagirenden Brief festgesetzt ist, so kommt für das Mehrgewicht das volle Briefporto einzuheden.

#### Art. 14.

Hinsichtlich der portofreien Behandlung von Korrespondenzen und bezüglich der in Art. 6 vorbehaltenen Ausnahme von der Befugniß zur Versendung der Korrespondenzen ohne Portoentrichtung, wird Nachstehendes bestimmt:

1) Die Schreiben in reinen Staatsdienstangelegenheiten von Behörden und Stellen und deren Vorständen in den österreichischen Staaten an Behörden und Stellen und deren Vorstände in der schweizerischen Eidgenossenschaft, und umgekehrt, sind, wenn sie mit „Dienst-,“ oder „Regierungssache,“ oder »ex officio« bezeichnet und mit dem Amtssiegel verschlossen sind, auf beiden Gebieten portofrei zu befördern und ist sonach auch keine Portogebühr bei der Auslieferung in Ansatz zu bringen.

2) Sollten die unter 1 erwähnten Schreiben an solche



Behörden und deren Vorstände gerichtet sein, welche in dem Staate, wohin sie gerichtet sind, nach den dortlands bestehenden Gesetzen die Portofreiheit nicht genießen, so darf die Postanstalt, welche die Zustellung dieser Schreiben zu besorgen hat, die Hälfte des gemeinschaftlichen Porto für sich erheben lassen.

18. September  
1849.

3) Schreiben von Privaten aus der Schweiz an Ihre Majestäten den Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich, an sämtliche Mitglieder des allerdurchlauchtigsten Kaiserhauses, dann an Behörden und Stellen in Oesterreich, dann jene von Privaten aus Oesterreich an Behörden und Stellen in der Schweiz müssen von den Aufgebern durch Entrichtung der vollen Portogebühr frankirt werden.

4) Für Drucksachen, unter Kreuzband versendet, dann für Waarenproben, deren im Art. 13 Erwähnung geschieht, haben die Aufgeber die Portogebühren bis zum Bestimmungsorte zu entrichten.

#### Art. 15.

Hinsichtlich der unbestellbaren Briefe aus dem Wechselverkehr zwischen Oesterreich und der Schweiz wird Folgendes festgesetzt:

1) Die unanbringlichen Briefe sollen gegenseitig insofern sie sogleich als unbestellbar erkannt werden, irrig instradirt oder rekommandirt sind, ohne Verzug, die übrigen längstens in vier Wochen, die mit poste restante bezeichneten Briefe aber spätestens nach Verlauf eines Vierteljahres zurückgesendet werden.

2) Auf jedem solchen Briefe muß die Ursache der Zurücksendung angemerkt und derselbe in unverletztem, versiegeltem Zustande, sonach uneröffnet, zurückgesendet werden; eine Ausnahme hievon soll nur hinsichtlich der

18. September 1849. Briefe mit fremden Lottoloosen Statt finden, welche auch geöffnet zurückgesendet werden dürfen.

3) Für die Zurücksendung der unanbringlichen Briefe wird eine besondere Gebühr nicht in Anspruch genommen; nur in dem Falle, als derlei Briefe bei der ersten Sendung bloß mit der Tage nach der ersten oder zweiten Stufe frankirt oder mit Porto zugerechnet worden wären, kommt für jene Briefe, welche dem Adressaten wegen Abreise aus Oesterreich nach der Schweiz, oder umgekehrt, aus dem Orte des einen Postbezirktes nach einem Orte des andern nachgesendet werden müssen, ein Nachtragsporto von drei, sechs oder neun Kreuzern, je nachdem sich bei der zweiten Versendung die Entfernung ergibt, zu Gunsten der bestellenden Postanstalt einzuheben.

4) Die Retourbriefe und die darauf haftenden Portogebühren sind in den Korrespondenzkarten abgesondert auszuweisen, damit der hiefür entfallende Portobetrag bei der periodischen Abrechnung und Ausgleichung in Anschlag gebracht werden kann.

5) Die in Oesterreich oder in der Schweiz abgegebenen und als unanbringlich wieder dahin zurückgelangenden Briefe sind nach den für die österreichische und anderseits schweizerische Postverwaltung bestehenden Vorschriften zu behandeln.

### III. Transitirende Korrespondenz.

#### Art. 16.

Die k. k. österreichische Postverwaltung ist berechtigt, auf den von der schweizerischen Eidgenossenschaft zu unterhaltenden Postkursen verschlossene Felleisen und Packete mit Korrespondenzen, Zeitungen und Druckfachen an die Postämter Frankreichs und Deutschlands zu sen-



den und solche von diesen ebenso zu beziehen; derselben 18. September 1849.  
bleibt die Wahl der Kurse, auf welchen diese Pakete versendet werden sollen, freigestellt, sowie die Verfügung, ob sie, dann wie lange und in welchem Maße von dieser Transitberechtigung Gebrauch machen will; dieselbe ist jedoch verbunden, für den Fall, als sie in diesen Beziehungen eine Aenderung vorzunehmen gesonnen wäre, der schweizerischen Generalpostdirektion davon vorläufige Mittheilung zu machen.

#### Art. 17.

Die Postkurse in der Schweiz, welche derzeit zur Beförderung der im vorhergehenden Artikel erwähnten Felleisen und Pakete benutzt werden, sind folgende:

1) Der Postkurs zwischen Chiasso und Basel über den St. Gotthardt und Luzern zur Beförderung der Briefpakete von Mailand nach Paris und St. Louis (nunmehr Basel), Frankfurt und dem Großherzogthum Baden (ausschließlich Konstanz) und umgekehrt, in verschlossenen Felleisen und Paketen.

2) Jener zwischen Feldkirch und Basel über St. Gallen und Zürich zur Beförderung der Briefpakete von Wien und Feldkirch nach Paris, dann von Feldkirch nach St. Louis und vice versa in verschlossenen Felleisen.

3) Jener zwischen Chiavenna und Konstanz über Chur und St. Gallen für die Pakete von Mailand und Chiavenna nach Konstanz und umgekehrt.

4) Jener zwischen Feldkirch und Konstanz über St. Gallen, dann

5) Zwischen Bregenz, Frankfurt und Konstanz für die zwischen diesen drei Aemtern zu wechselnden Pakete.

6) Der Postkurs zwischen Mailand und Lindau

13. September  
1849.

durch Graubünden, wobei jener zwischen Chur und Chiavenna auf Rechnung der schweizerischen Postverwaltung unterhalten wird, für die Packete von Mailand nach München, Augsburg, Lindau, Ravensburg, Stuttgart, Berlin, Halle und Köln und umgekehrt.

7) Jener zwischen Chiasso und Schaffhausen über Altdorf, Luzern und Zürich.

8) Jener zwischen Feldkirch und Schaffhausen über St. Gallen.

#### Art. 18.

Der Generalpostdirektion der schweizerischen Eidgenossenschaft werden für die Benutzung ihrer Kurse zu dem durch den Art. 16 gestatteten Transit österreichischer Briefpackete folgende, in Konventionsmünze, Wiener-Währung, bemessene, aus der königl. kais. österreichischen Postkasse zu bezahlende Gebühren für das Nettogewicht der Packete (Wienergewicht) vergütet:

- a. Bezüglich der im Art. 17 unter 1, 2 und 7 erwähnten Routen die gleichmäßige Gebühr von zehn Kreuzern für ein Loth.
- b. Hinsichtlich der unter 3 aufgeführten Straße sieben Kreuzer für ein Loth.
- c. Bezüglich der unter 4 angegebenen Route vier Kreuzer für ein Loth.
- d. Bezüglich der unter 5 und 8 erwähnten Routen vier Kreuzer für ein Loth.
- e. Bezüglich der Benutzung der Route zwischen Chiavenna und Feldkirch über Chur zur Versendung der im Art. 17 unter 6 erwähnten österreichischen Briefpackete zwei Kreuzer für ein Loth, wogegen an die österreichische Postanstalt für das Packet von Lindau nach Chur auch nur die gleichmäßige Gebühr von zwei Kreuzern per Loth statt der bisherigen drei Kreuzer zu entrichten sein wird.

Für Waarenproben und Drucksendungen unter 18. September 1849.  
 Kreuzband ist der dritte Theil des für das Nettogewicht der Briefe bestimmten Tagsatzes, und für die Zeitungen und Journale, welche in den österreichischen französischen Packeten versendet werden, nur ein Kreuzer für ein Loth zu entrichten.

Art. 19.

Gegenseitig ist die schweizerische Postverwaltung berechtigt, auf den von der k. k. österreichischen Postanstalt zu unterhaltenden Postkursen verschlossene Felleisen und Packete mit Korrespondenzen, Zeitungen und Drucksachen an die Postämter derjenigen Staaten, für welche das österreichische Postgebiet benutzt wird, zu senden und solche von diesen ebenso zu beziehen, und es bleiben derselben die gleichen Bestimmungen zugesichert, welche der Art. 16 des gegenwärtigen Vertrages der k. k. österreichischen Postverwaltung in Beziehung auf die Transitberechtigung durch die Schweiz enthält.

Art. 20.

Für die wegen Unanbringlichkeit zurückzusendenden, in den transitirten Packeten enthalten gewesenen Briefe, Muster und Druckwerke wird die nach den Transitopreisen entfallende Gebühr in Abzug gebracht werden, und es wird auch für die monatlich oder vierteljährlich vorzunehmende Zurücksendung der gedachten Gegenstände eine Transitgebühr nicht zu vergüten sein.

Ferner wird der unentgeltliche Transit der Korrespondenz der k. k. österreichischen Postverwaltung und österreichischen Postämter mit den Postadministrationen und Postämtern von Frankreich und Deutschland in Postamts- und Rechnungsangelegenheiten, und ebenso derjenige der eidgenössischen Generalpostdirektion und schwei-

18. September 1849. zerischen Postämter mit den von Oesterreich rückwärts liegenden Staaten, mit welchen die Schweiz einen direkten Postverkehr unterhalten würde, in Postamts- und Rechnungsangelegenheiten gestattet.

Art. 21.

Ueber das Gewicht der Gegenstände welche in den nach Art. 17 durch die Schweiz transitirenden Packeten enthalten sind, werden die k. k. Postämter, welche mit jenen Frankreichs und Deutschlands in Kartirungsverbindung stehen, vom 1. September 1849 an gewissenhaft die Aufschreibungen führen und dieselben an die k. k. Postbuchhaltung in Wien senden, welche sie zu prüfen und die Schuldigkeitsbeträge nach den Bestimmungen des Art. 18 zu ermitteln hat.

Art. 22.

So lange die Schweiz von der ihr durch den Art. 19 eingeräumten Transitberechtigung durch Oesterreich keinen Gebrauch zu machen sich veranlaßt finden wird, können die Korrespondenzen aus der Schweiz nach fremden Staaten, für welche sie der k. k. österreichischen Postanstalt übergeben werden, nach den Bestimmungen des Art. 24,

- a. mit dem schweizerischen Porto belastet, oder
- b. bis zum Bestimmungsorte, und, bei den Briefen nach einigen überseeischen Ländern, bis zum bezüglichen Absatzplatze, frankirt, endlich
- c. bloß bis zur österreichisch-schweizerischen Grenze frankirt ausgeliefert werden.

Im ersten Falle wird vom Auslieferungspostamte in der Schweiz dem bezüglichen österreichischen Postamte das schweizerische Postporto zur Last, im zweiten dagegen werden der k. k. Postanstalt das österreichische Transito-

porto und die für die Beförderung auf fremdem Gebiete zu Land oder zu Wasser entfallenden Tagen, zu Gut geschrieben.

18. September  
1849.

Im dritten Falle erfolgt die Auslieferung ohne Porto oder franko Ansatz.

Art. 23.

Die Briefe aus fremden Staaten nach der Schweiz werden

- a. entweder bloß mit dem österreichischen Transitporto belastet, oder
- b. sowohl mit diesem, als mit dem Porto für die Beförderung zu Lande auf fremdem Gebiete oder zu Wasser belegt, oder endlich,
- c. bis zum Bestimmungsorte in der Schweiz frankirt, den schweizerischen Postämtern ausgeliefert werden.

Im ersten und zweiten Falle werden die betreffenden f. f. Postämter den mit ihnen in Verbindung stehenden Postämtern der Schweiz die unter a und b erwähnten Gebühren zur Last, und im dritten Falle das schweizerische Frankoportio zu Gut schreiben.

Art. 24.

Die Orte in fremden Ländern, deren Korrespondenzen mit der Schweiz entweder mit Porto belastet, oder vollständig frankirt versendet werden können, sind:

Bukarest, Jassy, Botuschany, Galatz, Jbraila, Ceres, Salonichi, Konstantinopel, Smyrna, Alexandrien, Beyruth, Canea, Cesme, Tenedos, Dardanellen, Gallipoli, Larnaca, Rhodos, Samsun, Tultscha, Barna, Trapezunt und Corfu sammt den andern ionischen Inseln.

Briefe aus der Schweiz nach andern Orten der Donaufürstenthümer, sowie der europäischen und asiatischen Türkei, als die vorgenannten, sind — um die Zu-

18. September 1849. Stellung an den Adressaten möglich zu machen — bei der Aufgabe bis zu jenem der vorgenannten Orte zu frankiren, über welchen nach der geographischen Lage des Bestimmungsortes die Briefe gesendet werden müssen.

Art. 25.

Das zu Gunsten der schweizerischen Postverwaltung für die im Art. 24 aufgeführten Korrespondenzen einzuhobende Porto wird mit sechs Kreuzern Konventionsmünze für den einfachen, ein halbes Loth wiegenden Brief festgesetzt, für schwere Briefe hat dasselbe im gleichen Verhältnisse wie die gemeinschaftliche Portotaxe zu steigen.

Art. 26.

Die österreichische Transitotaxe wird für den einfachen, ein halbes Loth wiegenden Brief, und zwar:

- a. bezüglich der Korrespondenz aus den fremditalienischen Staaten oder im Transit durch dieselben mit vier Kreuzern, dann
- b. bezüglich jener aus allen andern rückliegenden Staaten, mit zwölf Kreuzern Konventionsmünze Wienerwährung bestimmt.

Für schwerere Briefe steigen diese beiden Taxen in dem nämlichen Verhältnisse, welches für die Progression des gemeinschaftlichen Porto festgesetzt ist.

Im Falle der Benutzung des Transits in geschlossenen Paketen wird die von der Schweiz an Oesterreich zu vergütende Gebühr für das Loth Netto Wiener-Gewicht auf das Doppelte der in diesem Artikel für den einfachen Brief festgesetzten Transitotaxe bestimmt.

Art. 27.

Das Porto für die Beförderung zu Lande auf fremdem Staatsgebiete oder zur See (Art. 22 und 23,



litt. b) wird für den einfachen, ein halbes Loth wie. 13. September 1849.  
genden Brief festgesetzt, und zwar:

a. für jene zu Lande:

bezüglich Botuschann, mit drei Kreuzern,

„ Jassy und Bukarest, mit sechs Kreuzern,

„ Galatz und Jbraila, mit zehn Kreuzern,

„ Konstantinopel, Sereß und Salonichi,  
mit zwölf Kreuzern,

„ Smyrna, mit vierundzwanzig Kreuzern;

b. für jene zur See:

bezüglich Corfu und der ionischen Inseln, mit  
zwölf Kreuzern,

bezüglich Galatz, Jbraila, Salonichi, Konstanti-  
nopol, Smyrna, Alexandrien, Beyruth,  
Ganea, Cesme, Tenedos, Dardanellen,  
Gallipoli, Larnaca, Rhodos, Samsun,  
Trapezunt, Tultscha, Varna, mit vier-  
undzwanzig Kreuzern Konventionsmünze  
Wienerwährung.

#### Art. 28.

Für die mehr als ein halbes Loth wiegenden Sen-  
dungen steigen die in den Artikeln 25, 26 und 27 litt. a.  
aufgeführten Gebühren ganz im nämlichen Verhältnisse,  
welches bezüglich der gemeinschaftlichen Portotage (Art.  
12) festgesetzt ist. Die im Art. 27, litt. b aufgeführten  
Seeporlogebühren steigen dagegen von halb zu halb Loth  
um die Hälfte des für den einfachen Brief festgesetzten  
Tagesatzes.

#### Art. 29.

Bezüglich der Waarenproben, dann der Zeitungen  
und Journale, unter Schleife oder Kreuzband versendet,  
haben an den in den Artikeln 25, 26 und 27, litt. a,



18. September  
1849.

angegebenen Gebühren die nämlichen Tagermäßigungen einzutreten, welche hinsichtlich des Porto für den Wechselverkehr (Art. 13) festgesetzt sind.

Hinsichtlich des Seeporto wird bestimmt, daß für Muster sendungen auch nur der dritte Theil, aber in keinem Falle weniger als der für den einfachen Brief entfallende Betrag, für Zeitungen und Journale dagegen nur ein Kreuzer für jeden Bogen entrichtet werden soll.

#### Art. 30.

Die Korrespondenzen aus der Schweiz nach

- a. den englisch-ostindischen Besitzungen und Schutzstaaten, dann nach Hong-Kong in China, müssen bis Alexandrien frankirt,
- b. für jene nach allen andern Orten des chinesischen Reichs überdieß dreißig Kreuzer, und
- c. für jene nach allen über Ostindien hinaus gelegenen Ortschaften vierzig Kreuzer für den einfachen  $\frac{3}{4}$  Loth wiegenden Brief als englisches Seeporto, nebst den Frankirungsgebühren bis Alexandrien entrichtet werden.

Es kommen daher für die unter a erwähnten Korrespondenzen 36 Kreuzer, für jene unter b 1 fl. 6 kr. und für jene unter c 1 fl. 16 kr. für den einfachen Brief der k. k. österreichischen Postanstalt zu Gut zu rechnen.

Das englische Porto steigt für die mehr als  $\frac{3}{4}$  Loth wiegenden Briefe bis  $1\frac{1}{2}$  Loth um den für den einfachen Brief bestimmten Tagssatz, dann aber von  $1\frac{1}{2}$  Loth zu  $1\frac{1}{2}$  Loth um den doppelten Tagssatz.

Das englische Seeporto für Zeitungen wird, und zwar für jene nach Ostindien mit drei Kreuzern, für jene nach den über Ostindien hinaus gelegenen Orten mit zwölf Kreuzern per Stück festgesetzt.

## Art. 31.

18. September  
1849.

Insofern der k. k. österreichischen Postanstalt Korrespondenzen für die Schweiz von ausländischen Postanstalten, mit Taxen belastet, zukommen sollten, werden dieselben nebst dem österreichischen Transitoporto dem betreffenden Postamte der Schweiz in Anrechnung gebracht werden.

Würden Briefe aus der Schweiz nach solchen auswärtigen europäischen Staaten über Oesterreich geleitet werden wollen, für deren Korrespondenz die k. k. Postkasse Gebühren an eine andere Postanstalt bezahlen muß, so sind bei deren Auslieferung der k. k. Postanstalt sowohl diese Gebühren als das österreichische Transitoporto zu Gut zu schreiben.

## Art. 32.

Wenn in der Folge die schweizerische Postverwaltung und die Postadministrationen fremder Staaten, wofür die Korrespondenz durch die österreichische Postanstalt vermittelt werden will, angemessen erachten, den Frankaturzwang bei den zwischen ihnen zu wechselnden Briefen aufzuheben, so wird österreichischer Seits zur Ausführung dieser Maßregel bereitwilligst mitgewirkt werden, und es kommen dann der österreichischen Postkasse für die frankirten Briefe aus der Schweiz nach jenen Staaten, sowie für die unfrankirten aus diesen nach der Schweiz die Transitogebühren von vier und beziehungsweise von zwölf Kreuzern Konventionsmünze Wienerwährung, sowie die an die fremden Postanstalten zu bezahlenden Taxen von der Generalpostdirektion der Schweiz zu vergüten, wogegen dieser aus der österreichischen Postkasse das für die Schweiz festgesetzte Porto, bezüglich der aus den Kantonen unfrankirt einlangenden oder ganz

18. September 1849, frankirt dahin zu sendenden Korrespondenzen zu berichtigen sein wird, und wofür diese den Ersatz von der bezüglichen ausländischen Postadministration zu erhalten hat.

Art. 33.

Für die unanbringlichen Briefe aus dem Verkehre der Schweiz mit andern Staaten durch Vermittelung der österreichischen Postanstalt ist bei der Rücksendung von den k. k. österreichischen Postämtern an jene der Schweiz und umgekehrt nur jene Gebühr in Aufrechnung zu bringen, mit welcher sie bei der ersten Sendung von der einen Postanstalt der andern zur Last geschrieben worden sind. Die Briefe, welche nach Oesterreich und der Schweiz aus andern Staaten gelangt sind, und welche den Adressaten wegen mittlerweile erfolgter Abreise, aus Oesterreich nach der Schweiz und umgekehrt, nachgesendet werden sollen, sind sich, unter Anrechnung der darauf haftenden eigenen und fremden Portogebühren, gegenseitig auszuliefern.

Art. 34.

Sollte in der Folge eine Ermäßigung der Taxen, welche gegenwärtig für die Beförderung der Korrespondenzen mit den Dampfschiffen des Lloyd und für jene zu Lande zwischen der österreichischen Grenze und den im §. 24 genannten Orten auf fremdem Staatsgebiete festgesetzt sind, oder jener Taxen, welche an auswärtige Postanstalten zu vergüten sind, eintreten, so soll dieselbe auch der Korrespondenz zwischen der Schweiz und den betreffenden Ländern zu Gut kommen.

IV. Manipulationsbestimmungen bezüglich der Korrespondenzen.

Art. 35.

Die Taxen für die unfrankirten Briefe sind auf der

Seite der Adresse, die für die frankirten Briefe einge- 18. September  
hobenen Gebühren dagegen auf der Siegelseite anzu- 1849.  
schreiben; diese letztern sollen überdieß auf der Adress-  
seite durch Aufdrückung eines Stempels oder in anderer  
Weise so bezeichnet werden, daß sie sogleich von den  
der Portozahlung unterliegenden Briefen unterschieden  
werden.

Art. 36.

Jedem Briefe ist der Ortsname des Postamtes, bei  
welchem die Aufgabe erfolgt, dann der Tag und Monat,  
an welchem er dem Postamte übergeben wird, auf der  
Adressseite aufzudrücken.

Die gegen Rekommandation zu versendenden Briefe sind  
überdieß mit der erforderlichen Bezeichnung durch Auf-  
drückung des Wortes „Rekommandirt“ zu versehen.

Art. 37.

Die Postämter in Oesterreich und in der Schweiz,  
welche zur Auswechslung der Korrespondenzen bestimmt  
sind, haben sich hiezu der Korrespondenzkarten zu bedie-  
nen, die von beiden Postverwaltungen einverständlich be-  
stimmt werden.

Art. 38.

Den Postämtern liegt ob, den Inhalt der eingelang-  
ten Briefpakete mit den Ansätzen in den Karten genau  
zu vergleichen (zu scontiren), und wenn Unrichtigkeiten  
wahrgenommen werden, dieselben auf den Korrespondenz-  
karten selbst richtig zu stellen, die entsprechende Anmer-  
kung beizufügen und hiernach dann die Empfangsbestä-  
tigung auszufertigen.

V. Fahrpostsendungen.

Art. 39.

Mittelsst der zur Beförderung von Personen, Geldern,

18. September  
1849.

Prätiosen und Waaren geeigneten Anstalten wird die wechselseitige Auslieferung der Reisenden und Sendungen zwischen Oesterreich und der Schweiz nach den derzeit in Ausübung stehenden Bestimmungen, und bis hierüber in gemeinschaftlichem Einverständnisse andere Anordnungen getroffen werden, durch die in den an die österreichischen Staaten grenzenden Schweizerkantonen befindlichen eidgenössischen Postanstalten oder über Sardinien stattfinden; es wird jedoch bedungen, daß von dieser Beförderung

- a. lebende Thiere,
- b. alle durch Reibung, Druck oder sonst ohne absichtliches Zuthun leicht entzündbaren, sowie überhaupt alle Gegenstände, welche ihrer Beschaffenheit nach den übrigen Frachtstücken leicht verderblich werden können, als: Schießpulver und Schießwolle, Mineralsäuren, Chlorpräparate u. s. w. ausgeschlossen seien.
- c. Sendungen über 80 Pfund Wienergewicht schwer, oder im Verhältnisse zum Gewichte, von zu großem Umfange, sollen nur mit dem Vorbehalte der Möglichkeit ihrer Unterbringung auf den Wägen angenommen werden.

#### Art. 40.

Diese Sendungen sollen, mit Rücksicht auf den Inhalt und auf die zurückzulegende Wegestrecke, gut verpackt und mit hartem Wachs verschlossen, mit einer deutlichen Adresse, sowie mit der Angabe des Inhaltes, Werthes und Gewichtes versehen, und jenen, welche Waaren oder andere Effekten enthalten, auch getreulich abgefaßte Deklarationen beigegeben sein.

Was insbesondere die Versendung von Geld oder

Geld vorstellenden Papieren in Briefen betrifft, so wird 18. September 1849.  
festgesetzt, daß dieselben mit vier oder fünf Siegeln  
verschlossen werden sollen, je nachdem der Umschlag for-  
mirt wird.

Sollten jedoch für die letztgedachten Sendungen  
besondere Vorichts- und Kontrollmaßregeln für nöthig  
erachtet werden, so bleibt deren Festsetzung und Aus-  
führung dem Einverständnisse beider Postanstalten über-  
lassen.

#### Art. 41.

Für die Fahrpostsendungen können die Portogel-  
dühren

- a. entweder vom Aufgabsorte bis zur Grenze vom Auf-  
geber entrichtet, oder
- b. dem Empfänger zur Bezahlung zugewiesen werden.

Im ersten Falle erfolgt die gegenseitige Auslieferung  
portofrei, im zweiten aber gegen Nachnahme des Porto  
mittels Auslage.

Der unter a erwähnten Behandlungsweise unterlie-  
gen in allen Fällen:

- 1) Sendungen ohne Werthangabe und bis zum  
Werthe von fl. 10;
- 2) solche, welche flüssige, leicht zerbrechliche, dem  
schnellen Verderben oder der Fäulniß unterworfenen Sa-  
chen enthalten;
- 3) jene mit Wechselfn, Privatobligationen, Lotterie-  
loosen und Geldanweisungen, endlich
- 4) Sendungen von Privaten an Behörden und  
Stellen.

#### Art. 42.

Die unrichtig instradirten Sendungen sind sogleich,  
die unanbringlichen aber spätestens nach Verlauf zweier



18. September 1849. Monate, vom Tage des Einlangens im Bestimmungsorte gerechnet, zurückzusenden, und die Ursachen der Rücksendung auf der Sendung oder dem Frachtbriefe zu bemerken.

Für die Zurückbeförderung dieser Sendungen, deren Abgabe an den Adressaten nicht bewirkt werden konnte, soll nur die Hälfte der tarismäßigen Gebühren eingehoben werden, mit Ausnahme der Schriften und Muster ohne Werth, welche Letztern einem Retourporto nicht unterliegen sollen.

Jedenfalls werden die bezüglich der ersten Beförderung auf den Sendungen haftenden Post- und Zollgebühren in Aufrechnung gebracht und, mittelst Auslage, nachgenommen werden. Uebrigens soll in berücksichtigungswürdigen Fällen zwischen den theilhaftigen Postverwaltungen das Einvernehmen gepflogen werden, ob und welchen Nachlaß an der Gebührenzahlung für die Retoursendungen eintreten zu lassen angemessen sei.

#### Art. 43.

Für Verluste, Abgänge und Beschädigungen der Fahrpostsendungen haftet jede Postanstalt nach Inhalt der Landesgesetze bis zur vollzogenen anstandslosen Uebergabe von einer Postanstalt an die andere, oder an die zum Weitertransport bestimmte Privatunternehmung, sowie vom Momente der unbeanstandeten Uebernahme bis zur Bestellung an die Adressaten oder Ausfolgung an fremde Postanstalten; es wird sich wechselseitig die Versicherung ertheilt, über die vorkommenden Reklamationen wegen Verlusten, Abgängen und Beschädigungen, die genauesten und unparteiischsten Erhebungen zu pflegen, um die hieran Schuld Tragenden zu ermitteln und zum Ersatze verhalten, oder, wenn der Verdacht entsteht, daß



der Verlust, Abgang oder die Beschädigung auf Schuld oder Betrug des Absenders beruhen, die Reklamationen zurückweisen zu können. 18. September 1849.

Art. 44.

Sobald durch die amtliche Untersuchung ausgemittelt ist, auf welchem Theile die Schadloshaltung haftet, soll sie sogleich nach Beendigung derselben in Baarem geleistet werden. Diese Schadloshaltung erfolgt mit Rücksicht auf den bei der Aufgabe angegebenen Werth, und bei Beschädigungen nach dem Betrage des Schadens, welcher bei der in gesetzlicher Form gepflogenen Untersuchung ermittelt wird.

VI. Pränumeration auf Zeitungen und Journale.

Art. 45.

Die k. k. österreichischen Postämter und jene der Schweiz sind berechtigt, wechselseitig Bestellungen auf Zeitungen und Journale, diese mögen

- a. in Oesterreich oder in der Schweiz, oder
- b. in andern Staaten

erscheinen, zu machen und deren Versendung zu besorgen.

Was jedoch die unter b erwähnten Zeitschriften betrifft, so kann hierauf nur insofern Bestellung angenommen werden, als nach den zum bezüglichen Staate bestehenden Post- und andern Verhältnissen der Bezug derselben thunlich ist.

Art. 46.

Die Bestellung auf Zeitschriften muß, wenn sich des Bezuges sämtlicher Blätter versichert werden will, zur angemessenen Zeit vor Eintritt des Pränumerationstermines und auf jene Dauer erfolgen, welche von dem Herausgeber der periodischen Zeitschriften bedungen, oder von bezüglichen Postbehörden festgesetzt wird.

18. Sept.  
1849.

Art. 47.

Für diese durch die betreffenden Postämter zu beziehenden Zeitschriften soll nebst dem Ankaufs-, das ist Pränumerationspreise, eine der Zahl der in einer Woche erscheinenden Blätter und der Größe derselben angemessene, von der Postoberbehörde zu bestimmende Gebühr eingehoben werden, und es ist sich wechselseitig der gesammte Pränumerationsbetrag entweder vor Beginn des Pränumerationstermines oder längstens innerhalb des ersten Monates desselben zu vergüten, wogegen diese unter Adresse der Postämter versendeten Zeitschriften einer weitem Portozahlung nicht unterliegen und sich gegenseitig portofrei ausgeliefert werden sollen.

Art. 48.

Falls bei dem Empfange des Zeitungspaketes ein Abgang an Blättern wahrgenommen wird, so sollen diese kostenfrei ergänzt werden, wofür mit umgehender Post der wahrgenommene Abgang dem Postamte, das die Versendung zu besorgen hat, angezeigt wird und der Verleger noch die mangelnden Blätter im Vorrathe hat.

Für den Ersatz der Blätter, deren Abgang erst später angezeigt wird, sind jene Zahlungen zu leisten, welche von den Verlegern in Anspruch genommen werden.

Art. 49.

Der Zurücknahme der auf eine Zeitschrift gemachten Bestellung wird nur in dem Falle Statt zu geben sein, wenn die Pränumerations bei dem Herausgeber noch nicht veranlaßt wäre, oder dieser hierauf ohne Anforderung eines Ersatzes verzichtet.

Art. 50.

Wenn vor Ablauf des Termines, bis zu welchem eine Zeitschrift bestellt wurde, dieselbe zu erscheinen auf-

hört, so wird der für die Zeit des Nichterscheinens entfallende Betrag des Verlagspreises zurückvergütet, falls soviel von der Forderung des Verlegers zurückbehalten worden ist, oder es wird jener Betrag zurückersezt, welcher vom Verleger hereingebracht und von ihm billiger Weise gefordert werden kann.

18. Sept.  
1849.

#### VII. Staffetenbeförderung.

##### Art. 51.

Es wird gestattet, Depeschen aus Oesterreich nach Orten in den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft und umgekehrt, dann durch Oesterreich und die Schweiz nach Orten in fremden Staaten, insofern in diesen der Staffetendienst eingerichtet und hievon Gebrauch zu machen erlaubt ist, mittelst eigener Staffeten zu versenden, und es wird sich wechselseitig verbindlich gemacht, für deren möglich schnellste Beförderung und verlässliche Zustellung an die Adressaten Vorsee zu treffen.

##### Art. 52.

Auf den mit Staffeten zu befördernden Sendungen darf eine Werthangabe nicht stattfinden, und es wird im Falle des Verlustes oder der Beschädigung derselben keine Werthentschädigung geleistet; wohl aber dann, wenn der Verlust oder die Beschädigung durch einen Postbediensteten verursacht, oder einem solchen eine bedeutende Verspätung zur Last fallen würde, und in jedem dieser drei Fälle vom Aufgeber innerhalb dreier Monate, vom Tage der Staffetenabsendung gerechnet, erwiesen werden kann, daß deshalb der Zweck der Staffette vereitelt wurde, vom schuldtragenden Postbediensteten die ganze Staffettengebühr hereingebracht und zur Vergütung an den Aufgeber der Staffetalsendung an die betreffende Postverwaltung verabsfolgt werden.

18. Sept.  
1849.

Art. 53.

Für die Beförderung die Estaffettensendungen sollen die dießfalls in Oesterreich und in der Schweiz gesetzlich bestehenden Ritt- und sonstigen Gebühren, dann die an andere ausländische Postanstalten zu bezahlenden Beträge vergütet werden.

Die Ausgleichung hierüber hat vierteljährig zwischen der k. k. österreichischen Postverwaltung und der Generalpostdirektion der schweizerischen Eidgenossenschaft stattzufinden.

VIII. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 54.

Die Retourrezepte, welche Briefen und Fahrpostsendungen beigegeben werden, sollen, nachdem sie vom Adressaten unterfertigt und mit dem Datum des Empfanges versehen worden sind, unentgeltlich und mit erster Post an dasjenige Postamt, das den Brief und die Sendung auslieferte, zurückgeleitet werden.

Art. 55.

Ueber die wegen rekommandirter Briefe und Fahrpostsendungen ausgefertigten Nachfrageschreiben sind sogleich die genauesten Erhebungen zu pflegen; auf denselben ist das Ergebniß dieser zu bemerken, und sind dann die gedachten Schreiben entweder an das Postamt, dem die weitere Nachforschung zusteht, zu senden, oder an jenes Postamt zurückzuleiten, welches das Nachfrageschreiben ausgefertigt hat.

Sollten sich in Folge dieser Nachforschungen der Verlust der Sendungen oder andere Unzukömmlichkeiten herausstellen, so soll hierüber sogleich die weitere Verhandlung zwischen den betreffenden Postverwaltungen eingeleitet werden.

## Art. 56.

18. September  
1849.

Es wird sich gegenseitig verpflichtet, darüber zu wachen, daß sowohl für die internationale, als im Transit über Oesterreich vorkommende Korrespondenz bei den Postämtern Oesterreichs und der Schweiz keine höhern, als die in diesem Vertrage festgesetzten Gebühren eingehoben werden; nur soll es jenen in der Schweiz gestattet sein, in dem Falle, als sich bei der Reduktion von der Konventionsmünze auf Schweizermünze ein Theilbetrag unter einem halben Bagen ergibt, dennoch einen halben Bagen einzuhoben.

## Art. 57.

Die k. k. Postbuchhaltung wird auf Grund der von den betreffenden k. k. Postämtern an sie gelangenden Rechnungen und Nachweisungen vierteljährig und zwar nach dem österreichischen Verwaltungsjahre, welches mit dem 1. November beginnt,

- a. die Konsignationen über die Gebühren, welche wegen des Transits der österreichischen, französischen und deutschen Brieffpakete durch die Schweiz an die schweizerische Postanstalt zu entrichten sind, bann
- b. die Abrechnungen über den gemeinschaftlichen und Transitokorrespondenzverkehr zwischen den österreichischen und schweizerischen Postämtern, sowie auch jene bezüglich der Fahrpostverbindungen verfassen und dieselben der k. k. österreichischen Postverwaltung übergeben, von welcher sie der schweizerischen Generalpostdirektion werden mitgetheilt werden.

## Art. 58.

Nach diesen Konsignationen und Abrechnungen ist sogleich die Ausgleichung, bezüglich des wechselseitigen Guthabens, durch die baare Zusendung der Schuldig-

18. September 1849. **Reitsbeträge zu verfügen; sollten bei der Durchsicht der Konsignationen und Abrechnungen von Seite der schweizerischen Generalpostdirektion Mängel wahrgenommen werden, so sind dieselben bei der k. k. österreichischen Postverwaltung unter Mittheilung der Instrumente, womit deren Grundhaltigkeit dargethan werden kann, zur Sprache zu bringen, worauf diese mit der k. k. Postbuchhaltung die weitere Verhandlung pflegen wird.**

Die Differenzbeträge, welche in Folge der wiederholten Erörterungen als richtig anerkannt werden, sind bei der Abrechnung des zunächst darauf folgenden Quartals zur Ausgleichung zu bringen.

Art. 59.

Zur Berichtigung der an die Postverwaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft zu bezahlenden Gebühren und zur Empfangnahme der von dieser an die österreichische k. k. Postanstalt zu entrichtenden Beträge wird die k. k. Oberpostamtskasse in Mailand bestimmt.

Diese Zahlungen sind gegenseitig in Konventionsmünze, und zwar in Silbergeld zu 20 fr. oder 20 Soldi das Stück, oder in Thalern zu fl. 2 oder 6 Lire, sämmtlich im Zwanzigguldenfuß, zu leisten.

Art. 60.

Von dem Zeitpunkte an, mit welchem die in dem gegenwärtigen Uebereinkommen enthaltenen Bestimmungen zur Ausführung zu kommen haben, werden die bisherigen Uebereinkünfte der k. k. österreichischen Postverwaltung mit den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft, insofern die darin enthaltenen Stipulationen durch diese Bestimmungen aufgehoben oder abgeändert erscheinen, außer Wirksamkeit gesetzt.



## Art. 61.

18. September  
1849.

Die Dauer des gegenwärtigen Vertrages, worüber die Ratifikationen wo möglich binnen drei Wochen in Bern auszuwechseln sind, und welcher mit dem ersten September dieses Jahres in Ausführung zu bringen ist, wird auf zehn nacheinanderfolgende Jahre festgesetzt.

Es wird jedoch, in Betreff solcher Theile der österreichischen Monarchie, welche zeitweilig der k. k. Verwaltung entzogen sind, bestimmt, daß, soweit hieraus ein Anstand für die Vollziehung hergeleitet werden könnte, zu Beseitigung desselben, für jene Theile eine spätere Ausführung der Vertragsbestimmungen der k. k. Postbehörde vorbehalten bleibt.

Eine Aufkündigung muß gegenseitig ein Jahr vor Ablauf dieses Termines geschehen, und erfolgt solche nicht, so bleibt das Uebereinkommen von einem Jahre zum andern ununterbrochen in Kraft, bis eine Aufkündigung erfolgt.

Zu Urkund dessen sind zwei gleichlautende Exemplare des gegenwärtigen Postvertrages ausfertigt und von den beidseitigen Bevollmächtigten mit ihrer eigenhändigen Unterschrift und ihrem beigedruckten Siegel bekräftigt worden.

So geschehen zu Bern, am zweiten Juli eintausend achthundertneunundvierzig (2. Juli 1849.)

(Sig.) August Freiherr von Odega.

(L. S.)

(Sig.) La Roche-Stebelin.

(L. S.)



18. Sept.  
1849.

In Gemäßheit spezieller Ermächtigung Seiner kais.  
kön. apostolischen Majestät, bestätigen und ratifiziren

Wir

Felix Fürst zu Schwarzenberg, gedacht seiner Majestät Feldmarschall-Lieutenant, wirklich geheimer Rath, Präsident des Ministerraths und Minister des kaiserl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten etc. etc., an- mit den zu Bern, von dem mit Vollmacht versehen gewesenen kaiserl. Geschäftsträger daselbst, Freiherrn August von Delga, und von dem Bevollmächtigten der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Laroche-Stehelin, am 2. Juli l. J. abgeschlossenen und unterzeichneten, aus 61 Artikeln bestehenden Postvertrag, mit dem ausdrücklichen Vorbehalte jedoch, wienach die Bestimmung des Artikels 61, betreffend die auf zehn Jahre festgesetzte Dauer dieses Vertrages als dahin abgeändert zu betrachten sei, daß nach Verlauf des fünften Jahres jeder der beiden kontrahirenden Regierungen das Recht zustehen solle, den fraglichen Vertrag kündigen zu dürfen; worauf derselbe binnen Jahresfrist zu erlöschen hat.

Zugleich sichern wir den pünktlichen und getreuen Vollzug des vorbezeichneten Vertrages während der oben angedeuteten Dauer desselben Seitens der Regierung Seiner kaiserl. Majestät zu.

Urkund dessen unsere eigenhändige Fertigung und die Beidrückung des Siegels des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

So geschehen in Wien am fünfundzwanzigsten Juli eintausend achthundert neun und vierzig.

(L. S.)

(Sig.) F. Schwarzenberg.

Wir Präsident und Mitglieder des Bundesrathes der schweizerischen Eidgenossenschaft, 18. September  
1849.

Nachdem die Bundesversammlung, durch Schlußnahme vom 30. Brachmonat 1849, dem Bundesrathe die Ermächtigung erteilt hat, den zwischen den österreichischen Kaiserstaaten und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Postvertrag zu ratifiziren,

urfunden anmit:

Daß wir den zu Bern von dem mit Vollmacht versehen gewesenen k. k. Geschäftsträger daselbst, Freiherrn August von Sd elga,

und von dem Bevollmächtigten der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn B. Laroche-Stehelin,

am 2. Juli laufenden Jahres abgeschlossenen und unterzeichneten, aus 61 Artikeln bestehenden Postvertrag, bestätigen und ratifiziren, mit dem ausdrücklichen Vorbehalte jedoch, daß die Bestimmung des Art. 61, betreffend die auf zehn Jahre festgesetzte Dauer dieses Vertrages, als dahin abgeändert zu betrachten sei, daß nach Verlauf des fünften Jahres jeder der beiden kontrahirenden Regierungen das Recht zustehen solle, den fraglichen Vertrag kündigen zu dürfen, worauf derselbe binnen Jahresfrist zu erlöschen hat.

Zugleich sichern wir den pünktlichen und getreuen Vollzug des vorstehenden Vertrages während der oben angedeuteten Dauer desselben von Seite der schweizerischen Eidgenossenschaft zu.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtiges Aktenstück

18. September 1849. auf gewohnte Weise unterschrieben, und mit dem Siegel der Eidgenossenschaft versehen worden.

Gegeben Bern, am 31. Juli 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,  
Schieß.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt :

Obiger Postvertrag soll zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

**Satz- und Gewichtsprogressionstabelle,  
bezüglich des gemeinshaftlichen Porto bei der österreichisch-schweizerischen Korrespondenz.**

		Für die Entfernungen.					
		I.		II.		III.	
		bis 5 Meilen einschließl.		von 5 bis 10 Meilen einschließl.		über 10 Meilen.	
Für einen Brief:		Fl.	Rr.	Fl.	Rr.	Fl.	Rr.
bis einschließl	$\frac{1}{2}$ Loth	.	3	.	6	.	12
über $\frac{1}{2}$ Loth	$\frac{3}{4}$ "	.	5	.	9	.	18
" "	" "	.	6	.	12	.	24
" "	" "	.	9	.	18	.	36
" "	" "	.	12	.	24	.	48
" "	" "	.	15	.	30	.	—
" "	" "	.	18	.	36	.	12
" "	" "	.	21	.	42	.	24
" "	" "	.	24	.	48	.	36
" "	" "	.	27	.	54	.	48
" "	" "	.	30	1	—	2	—
" "	" "	.	33	1	6	2	12
" "	" "	.	36	1	12	2	24
" "	" "	.	39	1	18	2	36
" "	" "	.	42	1	24	2	48
" "	" "	.	45	1	30	3	—
" "	" "	.	48	1	36	3	12
bis einschließl	1 Pfund	.	3	.	6	.	12
über 1 Pfund	2 Pfund	.	5	.	9	.	18
" "	" "	.	6	.	12	.	24
" "	" "	.	9	.	18	.	36
" "	" "	.	12	.	24	.	48
" "	" "	.	15	.	30	.	—
" "	" "	.	18	.	36	.	12
" "	" "	.	21	.	42	.	24
" "	" "	.	24	.	48	.	36
" "	" "	.	27	.	54	.	48
" "	" "	.	30	1	—	2	—
" "	" "	.	33	1	6	2	12
" "	" "	.	36	1	12	2	24
" "	" "	.	39	1	18	2	36
" "	" "	.	42	1	24	2	48
" "	" "	.	45	1	30	3	—
" "	" "	.	48	1	36	3	12

18. September  
1849.

## Bundesgesetz

betreffend

das Verfahren bei Uebertretungen fiskalischer und  
polizeilicher Bundesgesetze.

Die Bundesversammlung  
der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
in der Absicht, ein gleichförmiges Verfahren bei  
Uebertretungen fiskalischer und polizeilicher Bundesge-  
setze anzuordnen;

in Erwägung, daß die Bestimmungen des ordent-  
lichen Strafprozesses auf diese Uebertretungen nicht an-  
wendbar sind;

nach Einsicht des Vorschlags des Bundesraths;  
beschließt:

1. Art und Weise, wie der Thatbestand einer  
Uebertretung hergestellt wird.

(Anzeigen, Wegnahmen, Beschlagnahmen, Protokolle,  
Rapporte.)

Art. 1.

Die Uebertretungen der Bundesgesetze über Zölle,  
Posten, Pulver, Münzen, Maß und Gewicht, sowie an-  
derer fiskalischer und polizeilicher Bundesgesetze werden  
bei dem nächsten Bureau oder Bundesbeamten der be-  
treffenden Verwaltung oder bei einer kantonalen Poli-  
zeistelle angezeigt.

Art. 2.

Im Falle der Entdeckung oder Anzeige der im Art.  
1 angeführten Uebertretungen ist jeder Beamte und An-  
gestellte des Bundes, wenn die Uebertretung die Ver-  
waltung, bei welcher er angestellt ist, betrifft, sowie je-  
der Landjäger, Polizeiangestellte und Polizeibeamte über-

haupt, verpflichtet, sich aller Gegenstände der Uebertretung, sowie derjenigen, welche dazu gedient haben, zu bemächtigen und sie unverzüglich mit Beschlag zu belegen, ausgenommen wenn man sich zu diesem Zwecke eines dem Bunde angehörenden Gegenstandes bedient hat. 18. September 1849.

Die Beschlagnahme unterbleibt, wenn hinreichende Sicherheit für den muthmaßlichen Betrag der Strafe nebst Kosten geleistet wird, und der Beschlag nicht im Interesse der Untersuchung oder aus andern Gründen als demjenigen der Deckung der Buße und Kosten als nothwendig erscheint.

Der Beamte, Angestellte oder Landjäger nimmt über seine Verrichtungen unverzüglich ein Protokoll auf. Er soll den Uebertreter, wenn er bekannt ist, und richterliche, oder Gemeindsbeamte des Ortes, wo die Wegnahme stattgefunden hat, dazu beiziehen.

Diese unterzeichnen das Protokoll. Wenn der Uebertreter unbekannt ist, oder sich weigert, sich zu stellen, oder zu unterschreiben, so muß dieses bemerkt werden.

#### Art. 3.

Wenn die angedrohte Strafe nicht über zehn Franken beträgt, oder wenn der Gegenstand der Uebertretung, oder die Sachen, welche zu ihrer Vollführung gedient haben, nicht weggenommen werden konnten, so ist ein Protokoll unnöthig, und der Bericht des Beamten, Angestellten oder Landjägers genügt.

#### Art. 4.

Das Protokoll oder der Bericht soll bei Strafe der Nichtigkeit inner 48 Stunden von Entdeckung der Uebertretung an abgefaßt werden.

#### Art. 5.

Wenn die im Artikel 2 erwähnten Beamten, An-

18. September 1849. gestellten oder Landjäger zur Herstellung des Thatbestandes einer Uebertretung, deren Spuren sie verfolgen, genöthigt sind, in ein Haus zu gehen und dort ihre Nachforschungen zu machen, was aber nur beim Vorhandensein dringender Inzichten geschehen darf, so sollen sie sich von einem Gerichtsbeamten, oder dem Gemeinndsbeamten des Ortes, begleiten lassen, welche darüber zu wachen haben, daß die Hausdurchsuchung sich nicht vom Zwecke der Nachforschung entferne, oder ihre Grenze überschreite.

Der Beamte, Angestellte oder Landjäger, welcher die Hausdurchsuchung macht, nimmt über die Verrichtungen im Beisein der Anwesenden ein Protokoll auf. Er soll hiezu den Uebertreter, wenn er bekannt ist, und die Person, in deren Wohnung die Durchsuchung stattfindet, beiziehen. Alle unterzeichnen das Protokoll. Wenn der Uebertreter unbekannt ist, oder wenn er oder die Person, in deren Wohnung die Hausdurchsuchung stattgefunden, sich weigern, sich zu stellen, oder zu unterzeichnen, oder wenn einer der Anwesenden seine Unterschrift verweigert, wird dieses im Protokoll bemerkt.

Der Beamte, Angestellte oder Landjäger, der von der Befugniß, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, Mißbrauch gemacht hat, ist mit einer Buße von 10 bis 200 Franken zu belegen.

#### Art. 6.

Die Beamten, Angestellten oder Landjäger können zur Vollziehung der in den Art. 2 und 5 angeführten Verrichtungen im Falle von Widerstand Gewalt anwenden; sie können zu diesem Behufe die Beihülfe der Polizeigewalt verlangen.



## Art. 7.

18. September  
1849.

Die nach den Vorschriften der Art. 2, 3, 4 und 5 abgefaßten Protokolle und Berichte bilden so lange vollen Beweis, bis das Gegentheil ihres Inhaltes bewiesen worden ist.

Die Protokolle und Berichte, denen irgend eine von dem Geseze oder einem Reglemente der Verwaltung vorgeschriebene Form mangelt, sowie andere Beweismittel werden von dem Richter nach seiner moralischen Ueberzeugung gewürdigt.

## Art. 8.

Die im vorhergehenden Artikel angeführten Protokolle und Berichte werden unverzüglich an den unmittelbaren Vorsteher der betheiligten Verwaltung übermacht.

## II. Strafanführung.

## Art. 9.

Keine Uebertretung der fiskalischen und polizeilichen Bundesgesetze kann ohne eine besondere Verfügung der betreffenden obern Verwaltungsbehörde vor die Gerichte gezogen werden.

## Art. 10.

Nachdem der unmittelbare Vorsteher der betheiligten Verwaltung die Verfügungen der betreffenden obern Verwaltungsbehörde erhalten hat, theilt er sie dem Bureau oder dem Beamten, welche die Uebertretung direkt angeht, mit, um entweder die Uebertretung gerichtlich verfolgen, oder, wenn die Wegnahme unbegründet vollzogen wurde, die Sache fallen zu lassen.

## Art. 11.

Der Chef des Büreaus oder der Beamte zeigt dem Uebertreter, wenn er bekannt ist, die Entscheidung der

18. September  
1849.

Verwaltungsbehörde amtlich an und ladet ihn ein, sich innerhalb der Frist von höchstens acht Tagen zu erklären, ob er sich der festgesetzten Strafe unterziehen, und wenn es sich um eine Geldbusse handelt, ob er den Betrag derselben anerkennen und sich zur Bezahlung derselben verpflichten wolle.

Die Entscheidung wird ebenfalls den Bürgen, wenn solche vorhanden sind, mitgetheilt.

#### Art. 12.

Wenn ein Uebertreter in dem Zeitpunkt, in welchem das Protokoll oder der Bericht abgefaßt wird, sich schriftlich und ohne Vorbehalt unterzieht, kann ihm der Bundesrath einen Theil der Geldbusse erlassen. Dieser Nachlaß darf aber einen Drittheil der Strafe nicht übersteigen.

Der Uebertreter, welcher sich schriftlich und unbedingt innerhalb der Frist von acht Tagen, von der Anzeige an gerechnet, der verfallenen Strafe unterzieht, kann von dem Bundesrath, unter vorhandenen mildern Umständen, den Nachlaß eines Theiles der Strafe erhalten.

Dieser Nachlaß darf aber einen Viertheil der Strafe nicht übersteigen.

Die Kantonalbehörden können in den durch das gegenwärtige Gesetz vorgesehenen Fällen weder Buße, noch Kosten, noch Gefängnißstrafe nachlassen.

#### Art. 13.

Auf diejenigen Uebertreter, welche sich im Rückfalle befinden, haben die im vorhergehenden Artikel enthaltenen Begünstigungen keine Anwendung.

#### Art. 14.

Die im Art. 12 erwähnten Anerkennungsurkunden,

welche stets beglaubigt sein sollen, stehen in ihrer Wir-<sup>18. September</sup>  
kung rechtskräftigen Urtheilen gleich. 1849.

Art. 15.

Die Personen, welche durch eine gegen sie ergriffene unbegründete Maßnahme Schaden erleiden, haben Anspruch auf Entschädigung.

III. Gerichtliche Klage.

Art. 16.

Die Uebertretungen der fiskalischen und polizeilichen Bundesgesetze werden von den kompetenten Gerichten der Kantone beurtheilt, in denen die Uebertretung verübt wurde, insofern der Zuwiderhandelnde sich nicht den Bestimmungen des Art. 12 unterzogen hat.

Art. 17.

Das Prozeßverfahren soll summarisch und öffentlich sein.

Nach der mündlichen Abhörung der Parteien und allfälligen Zeugen und Protokollirung der Aussagen der letztern, sowie nach Prüfung der vorgelegten Akten, fällt das Gericht das Urtheil.

Das Gericht gestattet den Gegenbeweis gegen das amtlich abgefaßte Protokoll (Art. 7) nur insoweit, als der Beklagte dasselbe bei dessen Abfassung nicht als richtig anerkannte. Hat der Beklagte das Protokoll unbedingt als richtig anerkannt, so gestattet das Gericht die Herbeischaffung von andern Beweismitteln und die Abhörung von Zeugen nur dann, wenn dem Protokoll eine der gesetzlich oder reglementarisch vorgeschriebenen Bedingungen fehlt, oder wenn der Uebertreter mildernde Umstände beweisen will, oder wenn er eine förmliche Klage auf Fälschung anbringt.

Esfern die Parteien oder eine derselben, ohne durch  
Jahrgang 1849.

18. September 1849. höhere Gewalt verhindert gewesen zu sein, nicht erscheinen, fällt das Gericht gleichwohl das Urtheil aus, welches die nämliche Rechtskraft haben soll, wie ein Urtheil nach kontradiktorischem Verfahren.

In denjenigen Kantonen, in welchen das Rechtsmittel der Appellation gegen Strafurtheile zulässig ist, können die Parteien sich dieses Rechtsmittels bedienen, immerhin jedoch nur in den Fällen, wo es sich um eine Buße über fünfzig Franken oder um Gefängnißstrafe handelt.

Art. 18.

Gegen die ausgefallten Urtheile kann binnen 30 Tagen von der Mittheilung des Urtheiles an bei dem eidgenössischen Kassationsgerichte das Rechtsmittel der Kassation mittelst Eingabe schriftlicher Beschwerde geltend gemacht werden. Die Kassation ist aber nur zulässig wegen Inkompetenz des urtheilenden Gerichtes, oder wenn das Urtheil gegen bestimmte gesetzliche Vorschriften sich verstößt, oder wesentliche Formfehler unterlaufen sind.

Im Falle der Kassation bestimmt das Kassationsgericht ein beliebiges Gericht von gleichem Range behufs neuer abschließlicher Aburtheilung.

Art. 19.

Die Bundesanwaltschaft kann in dem Prozesse auftreten, wer auch der Richter sei, der denselben beurtheilt.

Art. 20.

Das strafrechtliche Verfahren wegen Uebertretung der fiskalischen und polizeilichen Bundesgesetze verjährt:

- a. nach Ablauf von einem Jahre seit der Begehung, wenn die Uebertretung nicht entdeckt worden;
- b. nach vier Monaten, vom Tage an gerechnet, an welchem das Protokoll oder der Bericht erstattet

worden ist, wenn die Klage während dieser Frist <sup>18. September 1849.</sup> bei dem kompetenten Gerichte nicht angebracht wird.

#### IV. Unterpfand. Verantwortlichkeit.

##### Art. 21.

Die der Uebertretung wegen (Art. 2) mit Beschlag belegten Gegenstände sind das bevorzugte Unterpfand des Bundes. Sie haften für Bezahlung der Geldbußen und der Kosten vor allen andern Ansprüchen, und zwar auch dann, wenn sie Eigenthum dritter, angeblich bei der Uebertretung nicht betheiligter Personen sind, den Fall ausgenommen, wo der dritte Eigenthümer nachweisen kann, daß sie ihm gegen seinen Willen und rechtswidriger Weise weggenommen und zur Begehung der Uebertretung benutzt worden sind.

Dieses Vorrecht besteht unbeschadet des Rechtes des Bundes auf die übrigen Güter des Uebertreters in dem Falle, daß die weggenommenen Gegenstände nicht hinreichend sind.

##### Art. 22.

Die mit Beschlag belegten Gegenstände können gegen Hinterlage oder eine solidarische Bürgschaft, welche von der Verwaltung für hinreichend erachtet werden, die Geldbuße und die Kosten zu decken, freigegeben werden.

##### Art. 23.

In jedem Falle haften der Uebertreter und alle andern Mitschuldigen solidarisch für die in Kraft des gegenwärtigen Gesetzes ausgesprochenen Kosten und den Schadensersatz.

Wenn mehrere Mitschuldige zu einer Geldstrafe gemeinsam verurtheilt werden, so haften sie ebenfalls solidarisch für dieselbe.

18. Sept.  
1849.

Art. 24.

Ueberdieß sind die Ehemänner, Väter und Mütter, hinsichtlich der civilrechtlichen Folgen, für ihre Frauen und minderjährigen Kinder, die bei ihnen wohnen und unter ihrer Gewalt stehen, unter Vorbehalt des Rückgriffsrechtes gegen die Schuldigen, verantwortlich, insofern nachgewiesen wird, daß sie im betreffenden Falle das Aufsichtsrecht über die letztgenannten Personen nicht gehörig gehandhabt haben.

V. Bezahlung.

Art. 25.

Jeder Uebertreter oder Mitschuldige, welcher die Geldbuße und Kosten nicht innerhalb der Frist von zehn Tagen, von demjenigen seiner Unterziehung oder Verurtheilung an gerechnet, bezahlt hat, wird von dem Agenten der beteiligten Verwaltung aufgefordert, innerhalb acht Tagen Bezahlung zu leisten.

Die Aufforderung wird brieflich gemacht und der Post gegen Empfangschein übergeben. Die gleiche Aufforderung ergeht gleichzeitig an allfällige Bürgen und an die bekannten Mitschuldigen.

Art. 26.

Wenn die Geldbuße und Kosten binnen acht Tagen nicht bezahlt werden, kann die Verwaltung zum Verkauf der mit Beschlag belegten Gegenstände auf dem Wege einer öffentlichen Steigerung schreiten.

Art. 27.

Wenn der Urheber einer Uebertretung unbekannt geblieben ist, und nach vorhergegangener öffentlicher Ausschreibung Niemand die mit Beschlag belegten Gegenstände gegen Bezahlung der Buße und Kosten anspricht, können diese Gegenstände durch die Verwaltung vier-

zehn Tage nach ihrer Ausschreibung öffentlich versteigert werden. 18. Sept. 1849.

Die Steigerung kann jedoch noch früher angeordnet werden, wenn die Gegenstände verderben oder wenn die Unterhaltungskosten derselben zu hoch ansteigen.

Der reine Ertrag des Erlöses wird unter diejenigen, welche ein Recht auf die Geldbuße haben, vertheilt.

#### VI. Strafumwandlung.

##### Art. 28.

In allen Fällen, in welchen die Geldbuße nur zum Theil oder gar nicht erhältlich ist, wird der Rest derselben in Gefangenschaft oder öffentliche Arbeit ohne Haft verwandelt, und zwar soll je ein Tag Gefangenschaft oder öffentliche Arbeit vier Franken Buße gleich kommen. Die Dauer dieser Gefangenschaft oder öffentlichen Arbeiten darf jedoch ein Jahr nicht überschreiten.

#### VII. Kosten.

##### Art. 29.

Die Gefängniskosten, sowie die Gerichtskosten, welche der Uebertreter nicht bezahlen kann, oder zu welchem er nicht verurtheilt worden ist, werden durch den Bund getragen.

#### VIII. Vollziehung.

##### Art. 30.

Die ausgefallten Strafurtheile werden von den Kantonalbehörden unter Aufsicht des Bundes vollzogen.

#### IX. Verschiedene Bestimmungen.

##### Art. 31.

Ein von dem Bundesrathe zu erlassendes Reglement



18. September  
1849.

wird die besondern Bestimmungen für jeden der Verwaltungszweige, auf welche sich das gegenwärtige Gesetz bezieht, vorschreiben, sowohl unter anderm bezüglich der Umstände, welche in die Protokolle und Berichte aufgenommen werden müssen, als auch bezüglich der nähern Bezeichnung der Beamten, an welche jene eingesendet werden müssen.

Art. 32.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Also beschlossen den 30. Juni 1849.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Ständerath und der Nationalrath unter'm 30. Juni 1849 vorstehendes Gesetz über das Verfahren bei Uebertretungen fiskalischer und polizeilicher Bundesgesetze erlassen haben, somit dasselbe zu einem Bundesgesetz erwachsen ist,

beschleßt:

1. Das erwähnte Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft.
2. Dasselbe soll dem Bundesblatte einverleibt und behufs weiterer öffentlicher Bekanntmachung sämmtlichen Kantonsregierungen mitgetheilt werden.

Bern, den 23. Juli 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schiff.

Der Regierungsrath des Kantons Bern 18. September  
beschließt: 1849.

Obiges Bundesgesetz soll zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,  
Stämpfli.

Der Staatschreiber,  
A. Weyermann.

---

## Verordnung

über

die Nachnahmen bei Postsendungen.

(Vom 14. August.)

---

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in der Absicht, das schweizerische Postwesen mit besonderer Rücksicht auf den innern Geschäftsverkehr und dessen Erleichterung auszubilden,

verordnet:

Art. 1.

Es ist unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen Jedermann gestattet, bei allen Postämtern der Schweiz Briefe oder Pakete, welche für das Innere der Schweiz bestimmt sind, mit Nachnahmen belastet aufzugeben.

18. September  
1840.

#### Art. 2.

Der höchste Betrag einer Nachnahme auf einen Brief ist auf Fr. 20 bestimmt.

Auf Sendungen nach dem Auslande sind in der Regel keine Nachnahmen gestattet. Wohin solche ausnahmsweise stattfinden können, wird durch besondere Erlasse der Generalpostdirektion bekannt gemacht.

#### Art. 3.

Die Angabe der Nachnahme ohne gleichzeitige Angabe des wirklichen Werthes eines Poststücks, berechtigt nicht zu Entschädigungsforderungen.

#### Art. 4.

Die besonderen Bedingungen, welche bei Postnachnahmen, sowohl auf Briefen als Paketen, eintreten, sind:

- a. Alle Sendungen mit Nachnahmen müssen bei der Aufgabe frankirt werden.
- b. Für jede einzelne Sendung hat der Versender gegen die Gebühr von fünf Rappen einen Aufgabsschein zu lösen.
- c. Der Versender hat die Pflicht, wenn eine mit Nachnahme belastete Postsendung nicht bestellt werden kann oder vom Adressaten nicht angenommen wird, dem Aufgabspostamte die gewöhnliche Brief- oder Fahrposttage für den Rückweg zu vergüten.

#### Art. 5.

An Porto- und Provisionsgebühr ist für jede Sendung zu berechnen und als Frankatur zu bezahlen:

- a. Die gesetzliche Portotaxe nach dem Brief- oder Fahrposttarife.
- b. Eine Provisions- oder Einzugsgebühr von Einem

vom Hundert der Nachnahmssumme, wovon das Minimum jedoch auf zehn Rappen festgesetzt ist. 15. Sept. 1849.

Es ist dem Versender unbenommen, zu dem Betrage der ursprünglichen Nachnahme auch die Gebühr für die Bescheinigung und den Betrag der Frankatur, sowie das tarifmäßige Geldporto zuzuschlagen.

#### Art. 6.

Die Ausbezahlung des Betrags der Nachnahmen findet an den Aufgeber des Nachnahmsstückes erst dann Statt, wenn das absendende Postamt von dem Eingange der Nachnahme benachrichtigt ist oder den Betrag derselben erhalten hat.

Diese Ausbezahlung findet für Nachnahmen bis auf den Betrag von zwanzig Franken durch das Aufgabsbüreau Statt. Nachnahmen über zwanzig Franken werden vom Empfangsbüreau bei dem Adressaten baar bezogen und zu Händen des Nachnehmers an das Aufgabsbüreau zurückgesandt.

#### Art. 7.

Bei jeder Postsendung mit Nachnahme hat der Aufgeber zu der Summe der Nachnahme seinen Namen zu setzen.

#### Art. 8.

Bei Aushändigung des Nachnahmsbetrages oder des zurückkommenden Briefes oder Poststückes hat der Versender auf dem bei der Aufgabe erhaltenen Schein das Postamt gehörig zu bescheinigen.

Wenn ein solcher Schein verloren geht, so hat der Versender bei der Abgabe einen neuen Schein zu lösen, welcher als Doppel zu bezeichnen ist.

18. Sept.  
1849.

Art. 9.

Jeder Aufgeber eines Briefes oder Poststückes mit Nachnahme ist verpflichtet, spätestens binnen drei Monaten, vom Tage der Aufgabe an gerechnet, den Betrag zu erheben. Für Ansprüche, welche später gemacht werden, hat die Postverwaltung nicht mehr Rede zu stehen.

Art. 10.

Für jeden einzelnen Nachnahmegegenstand ist die Gebühr gesondert zu berechnen.

Art. 11.

Wenn der Adressat die mit Nachnahme belastete Postsendung nicht sofort übernimmt und zugleich den Betrag der Nachnahme nebst der Frankaturtage, wo selbe dazu geschlagen worden, bezahlt, so ist der Gegenstand sogleich an das Aufgabepostamt zurückzusenden.

Wird eine Postsendung mit Nachnahme, wenn sie poste restante geschickt ist, nicht abgefordert, oder kann sie wegen Abwesenheit des Adressaten oder aus irgend einem andern Grunde nicht bestellt werden, so ist sie nach Ablauf von sieben Tagen an das Aufgabepostamt zurückzusenden.

Findet die Rücksendung eines mit Nachnahme beschwerten Gegenstandes nicht inner dieser vorgeschriebenen Zeit Statt, so ist das Bureau, dem derselbe aufgegeben wurde, nach Ablauf von einundzwanzig Tagen, vom Tage der Aufgabe an zu rechnen, berechtigt, solchen als eingelöst zu betrachten und den Betrag dem Aufgeber auszubezahlen, in welchem Falle der Nachnahmebetrag zu Lasten desjenigen Bureau verbleibt, das die Rücksendung versäumte.

Art. 12.

Der Aufgeber kann die Rücknahme eines solchen

18. Sept.  
1849.

Gegenstandes niemals verweigern. Alle bei der Aufgabe bezahlten Gebühren (Art. 4) bleiben der Postkasse verfallen, welcher auch der Grund der Rücksendung sein mag.

Eröffnete Briefe oder Pakete werden zur Zurücksendung an den Aufgeber nicht mehr angenommen.

Art. 13.

Gegenstände, welche leicht zerbrechlich oder dem Verderben unterworfen sind, dürfen nicht mit Nachnahmen belastet werden. Wenn es dennoch geschieht, so findet es auf Gefahr des Versenders Statt. Die Post haftet aber für die dem Versender hieraus entspringenden Nachtheile in keiner Weise.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schließ.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Obige Verordnung soll zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

18. September  
1849.

## Bestimmungen,

bezüglich

auf das Gepäck der Reisenden und Garantie für dasselbe, sowie für Fahrpoststücke ohne Werthangabe.

### Der Bundesrath

der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Ausführung des Art. 22. des Bundesgesetzes über die Posten vom 4. Brachmonat laufenden Jahres, demzufolge dem Bundesrathe überlassen ist, bezüglich des Gepäcks der Reisenden das Nöthige festzusetzen,

beschließt:

#### Art. 1.

Das Gepäck, für das der Reisende die Verantwortlichkeit der Postanstalt in Anspruch nimmt, muß mit einer deutlichen, Namen und Bestimmungsort bezeichnenden Adresse versehen und wenigstens eine halbe Stunde vor Abgang des Postwagens auf dem betreffenden Bureau abgegeben werden.

#### Art. 2.

Im Falle des Verlustes irgend eines der Postanstalt anvertrauten Gepäckstückes ist der Eigenthümer zu folgender Entschädigungsansprache an die Postanstalt berechtigt:

für einen Koffer etc., der über 50 Pfund schwer,	Fr. 100
für einen Koffer, ein Felleisen oder Sack über	
25 bis 50 Pfund schwer,	„ 60
für einen Gegenstand über 12 bis 25 Pfund	„ 20
für einen solchen unter und bis 12 Pfund	„ 10



## Art. 3.

18. September  
1849.

Reisende, die für ihr Gepäck eine größere Garantie ansprechen, haben dasselbe als Fahrpoststücke mit Angabe des realen Werthes aufzugeben, und die darauf bezügliche Fahrposttage nach dem Gewichte oder Werthe zu bezahlen.

## Art. 4.

Jeder Reisende hat 40 Pfund Gepäck frei.

Das Uebergewicht ist besonders, nach dem Fahrposttarife berechnet, zu bezahlen.

Bern, den 5. September 1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Obige Bestimmungen sollen zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Grossen Rathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

### **Regulativ**

über die

Ertheilung von Postkonzessionen.

#### **I. Personentransport.**

##### **Art. 1.**

Die Konzessionsgebühr für den Personentransport

18. September 1849. in Omnibus oder in andern Fuhrwerken ist in der Weise zu berechnen, daß vierteljährlich für jeden Platz des Wagens, für jede Wegstunde und für jede Fahrt, ohne Berechnung der Rückfahrt, in der Woche ein halber Wagen zu entrichten ist.

Bruchtheile einer Stunde unter der Hälfte werden nicht berechnet, über der Hälfte für eine volle Stunde angenommen.

#### Art. 2.

Auf denjenigen Posttrouten, wo durch vermehrte Postkurse für den Personentransport genügend gesorgt ist, kann die Abfahrt der Personenwagen inner der Zeit einer Stunde vor oder nach Abfahrt der Postwagen untersagt oder die Konzessionsgebühr bis auf das Doppelte erhöht werden.

Da, wo die bestehenden Postkurse dem Bedürfnisse des Personenverkehrs nicht hinlänglich genügen, ist die Konzessionsgebühr bis auf die Hälfte zu ermäßigen.

#### Art. 3.

Den Führern von Personenwagen ist der Transport von verschlossenen Briefen, Paketen und Geldern unter zehn Pfunden nicht zu gestatten.

#### Art. 4.

Den Unternehmern von Personenfahrten aus Frankreich und Sardinien wird die Fortsetzung ihres Betriebes, immerhin mit dem Verbot des Brieftransportes, in bisheriger Weise gegen eine Gebühr von einem Rappen für jeden Platz und jede Fahrt, Tour und Retour, bewilligt. In der Konzession ist jedoch die Aufhebung derselben auf jede beliebige Zeit, behufs Regulirung ihres Verhältnisses zu der Postanstalt, vorzubehalten.

## II. F a h r b o t e n.

18. September  
1849.

## Art. 5.

Die Boten mit Fuhrwerken, die sich mit dem Transport von Gegenständen befassen, die sonst der Post vorbehalten sind, haben vierteljährlich für jede Fahrt in der Woche und für jedes Pferd fünf Bazen zu entrichten.

## Art. 6.

Den Fahrboten ist in der Regel der Transport von Personen nicht gestattet. Wenn sie hiefür ausnahmsweise eine besondere Bewilligung erhalten, so haben sie nach Maßgabe des Art. 1 die Konzessionsgebühr besonders zu bezahlen.

## III. F u ß b o t e n.

## Art. 7.

Die Fußboten, die sich mit dem Transporte von Gegenständen befassen, die sonst der Post vorbehalten sind, haben vierteljährlich für jeden Botenkurs in einer Woche eine Konzessionsgebühr von fünf Bazen zu entrichten.

## IV. S c h i f f e.

## Art. 8.

Die Botenschiffe, welche sich nur mit dem Transporte von Landeserzeugnissen oder Frachtstücken über zehn Pfund befassen und keine Gegenstände befördern, die nach dem Regalgeseze der Post vorbehalten sind, bedürfen keiner Konzession.

## Art. 9.

Den Botenschiffen ist auch der regelmäßige, periodische Transport von Personen in der Regel untersagt.

18. September 1849. Da wo die Bewilligung hiefür ausnahmsweise erteilt wird, ist die Konzessionsgebühr nach Verhältniß der Gebühren für den Personentransport (Art. 1) besonders zu bestimmen.

## V. Dampfboote.

### Art. 10.

Die Konzessionsgebühr für die Dampfschiffahrten wird je nach Ertrag für jedes dienstthuende Schiff auf fünfzig bis hundert Franken jährlich festgesetzt.

### Art. 11.

Die Dampfboote dürfen sich jedoch mit dem Transporte von verschlossenen Briefen, Paketen und Geldern unter zehn Pfunden nicht befassen, vorbehalten die besondern Verträge, die die Postanstalt mit denselben abzuschließen im Falle sein wird.

## VI. Eisenbahnen.

### Art. 12.

Für den Transport auf den Eisenbahnen wird für einstweilen in Betracht der mit den Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen Verträge keine besondere Konzessionsgebühr festgesetzt.

## VII. Allgemeine Bestimmungen.

### Art. 13.

Die Konzessionen werden in der Regel auf ein Jahr, das erste Mal auf fünf Vierteljahre, bis Ende des Jahres 1850, erteilt, und die zu entrichtende Gebühr muß vierteljährlich zum Voraus an den Kassier des betreffenden Postkreises bezahlt werden.

### Art. 14.

Eine Rückvergütung der bezahlten Gebühr kann

nicht Statt finden, wenn auch der Konzessionär seine Kurse vor Ablauf der Konzessionsdauer einstellen würde. 18. September  
1849.

Art. 15.

Das Postdepartement ist ermächtigt, nach Vorschrift dieses Regulativs die Konzessionspatente auszustellen.

Also beschlossen Bern, den 8. September 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schlegel.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Obiges Regulativ soll zum Zwecke der Bekanntmachung in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

## **Bundesgesetz**

über

das Zollwesen.

Die schweizerische Bundesversammlung,  
in Vollziehung der Vorschriften der schweizerischen  
Jahrgang 1849.

18. September 1849. Bundesverfassung über das Zollwesen und nach Einsicht des Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt :

1. **Zollpflichtigkeit und Ausnahmen von derselben.**

Art. 1.

Alle Gegenstände, welche in die Schweiz eingeführt, aus deren Gebiet ausgeführt oder durch dieselbe vom Auslande nach dem Auslande durchgeführt werden, sind, unter Vorbehalt der in diesem Gesetze aufzustellenden Ausnahmen, einer Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangsgebühr, nach Anleitung des beiliegenden Tarifs, unterworfen.

Art. 2.

Von der Bezahlung solcher Gebühren sind befreit:

1) Alle zum Gebrauche der bei der Eidgenossenschaft beglaubigten fremden Gesandten und Konsuln, nicht zum Verkaufe bestimmten Gegenstände, insofern von dem Staate, den sie vertreten, Gegenrecht gehalten wird ;

2) Die Effekten der Reisenden, welche zu deren eigenem Gebrauche bestimmt sind ;

3) Reise- und Lastwagen, die in der Schweiz gemacht worden sind, oder die, falls sie im Auslande gemacht wurden, entweder schon einmal die schweizerische Eingangsgebühr bezahlt haben, oder nicht dazu bestimmt sind, in der Schweiz zu bleiben, sammt den dazu gehörenden Pferden ;

4) Armenfuhrern mit deren Gepäck ;

5) Die rohen Landeserzeugnisse von denjenigen Grundstücken außerhalb der Schweiz, welche Einwohner der Eidgenossenschaft innerhalb einer Entfernung von höchstens zwei Stunden, von der Landesgrenze an ge-

rechnet, selbst bebauen, sowie die Thiere, Geräthschaften und anderes, was bei der Bebauung solcher Grundstücke verwendet wird; 13. September 1849.

6) Die rohen Landeserzeugnisse von denjenigen Grundstücken, welche nicht mehr als zwei Stunden landeinwärts in der Schweiz liegen und von ihren auswärts wohnenden Eigenthümern selbst bebaut werden, sowie die Thiere, Geräthschaften und anderes, was bei der Bebauung solcher Grundstücke verwendet wird, insoweit der Staat, den die Eigenthümer der Grundstücke bewohnen, der Schweiz Gegenrecht hält;

7) Pakete mit zollpflichtigen Waaren, welche durch die Post spedirt werden und das Gewicht von einem Pfunde nicht übersteigen;

8) Gegenstände, welche aus der Schweiz durch das Ausland wieder in die Schweiz gehen.

Der Bundesrath wird, wenn besondere Interessen der Industrie es erfordern, für diejenigen Stoffe und Erzeugnisse, welche zu weiterer Verarbeitung aus der Nachbarschaft in die Schweiz oder aus derselben in's Ausland geführt und in einer angemessenen Frist vom Aufgeber zurückgenommen werden, fernere Ausnahmen eintreten lassen.

#### Art. 3.

Betreffend das zur Sommerung oder Winterung in die Schweiz eingeführte oder aus der Schweiz ausgeführte Groß- und Kleinvieh erläßt der Bundesrath, unter Berücksichtigung der besondern Lokalverhältnisse, die speziellen Vorschriften und Tarife.

#### Art. 4.

Da, wo schweizerische Gebietstheile vom Auslande, oder ausländische Gebietstheile von der Schweiz



18. Sept.  
1849.

enclavirt sind, wird der Bundesrath zur Wahrung der Interessen der dabei betheiligten schweizerischen Landes-  
gegenden die erforderlichen besondern Bestimmungen treffen.

#### Art. 5.

Von der Entrichtung des Eingangszolles sind be-  
freit:

1) Zollpflichtige Gegenstände, welche von einer Per-  
son eingebracht werden, die höchstens zwei Pfund Waa-  
ren mit sich trägt oder von der Gesamtheit derselben  
nicht mehr als zwei und einen halben Rappen zu ent-  
richten hätte.

Bei auffällig sich ergebenden Mißbräuchen wird der  
Bundesrath die nöthigen Beschränkungen eintreten lassen.

2) Straßenmaterial, Kies, Sand, Schlacken, rohe  
gewöhnliche Bausteine, roher ungebrannter Gyps und  
Kalkstein;

3) Buchenlaub und anderes Laub zur Streue und  
Fütterung, Streue aus Riedern, Dünger und rohe Düng-  
mittel überhaupt;

4) Gemünztes Gold und Silber.

Der Bundesrath wird die Bedingungen, unter wel-  
chen schweizerische Waaren und schweizerisches Vieh,  
welche von fremden Märkten unverkauft in die Schweiz  
zurückgebracht werden wollen, ohne Bezahlung des Ein-  
gangszolles eingeführt werden können, festsetzen.

#### Art. 6.

Von der Entrichtung des Ausgangszolles sind be-  
freit:

1) Zollpflichtige Gegenstände, welche von derselben  
Person getragen werden und zusammen das Gewicht von  
achtzig Pfund nicht erreichen;

## 2) rohe Steine.

18. September  
1849.

Ueberdies ist der Bundesrath ermächtigt, zur Erleichterung der Ausfuhr von Landeserzeugnissen angemessene Erleichterungen im Ausfuhrtarife eintreten zu lassen.

## Art. 7.

Der Bundesrath wird die zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs allfällig noch erforderlichen weiteren Begünstigungen eintreten lassen.

## II. Art der Berechnung der Gebühren.

## Art. 8.

Die Gebühren für den Transport zu Wasser werden nach den gleichen Tarifen bezogen, welche für den Transport zu Land gelten, mit Ausnahme der Strecken, für welche bestehende Verträge mit dem Ausland erst nach einer erforderlichen Unterhandlung abgeändert werden können.

## Art. 9.

Wenn Gegenstände, deren Gebühren in den Tarifen nach Zugthierlasten festgesetzt sind, zu Wasser ein-, aus-, oder durchgeführt werden, so sind je fünfzehn Zentner für eine Zugthierlast zu rechnen.

## Art. 10.

Alle Waaren, deren Gebühr durch die Tarife nicht ausdrücklich für die Zugthierlast, den Werth, oder für das Stück festgesetzt ist, bezahlen nach dem Gewicht, und es ist ein Schweizerzentner als Einheit für die Ansätze angenommen. Jeder Bruchtheil eines Pfundes wird für ein ganzes Pfund gerechnet.

18. September  
1849.

Art. 11.

Die nach dem Gewichte zu entrichtenden Gebühren werden vom Bruttogewichte der Waaren bezogen.

Art. 12.

Jeder Bruchtheil unter  $2\frac{1}{2}$  Rappen wird für volle  $2\frac{1}{2}$  Rappen gerechnet.

Art. 13.

Fuhr-, oder Schiffleute, in deren Frachtbriefen die Gewichtsangabe fehlt, haben für die dadurch erforderlich werdende Gewichtsausmittlung eine durch das Reglement festzusetzende Gebühr zu bezahlen.

Art. 14.

Güter-, oder Waarenstücke ohne Angabe ihrer Art werden mit dem höchsten Zollansatz belegt.

Art. 15.

Güter, welche auf eine zweideutige Weise angegeben oder bezeichnet werden, unterliegen der höchsten Gebühr, welche ihnen nach Maßgabe ihrer Art auferlegt werden kann.

Art. 16.

Wenn Waaren verschiedener Art, welche verschiedene Gebühren zu bezahlen hätten, miteinander zusammen verpackt sind; und es erfolgt nicht eine genügende Angabe über die Menge jeder einzelnen Waare, so ist das ganze Frachtstück mit derjenigen Gebühr zu belegen, welche es bezahlen müßte, wenn es nur von der in demselben am höchsten zu belegenden Waare enthielte.

### III. Eintheilung des Zollgebietes.

Art. 17.

Behufs des Zollbezuges wird die schweizerische Grenze in folgende fünf Zollgebiete eingetheilt.

Erstes Zollgebiet, mit dem Hauptbureau in <sup>18. Sept. 1849.</sup> Basel, umfaßt die Grenzlinie der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau.

Zweites Zollgebiet, mit dem Hauptbureau in Schaffhausen, umfaßt die Grenzlinie der Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau;

Drittes Zollgebiet, mit dem Hauptbureau in Chur, umfaßt die Grenzlinie der Kantone St. Gallen und Graubünden;

Viertes Zollgebiet, mit dem Hauptbureau in Lugano, umfaßt die Grenzlinie des Kantons Tessin;

Fünftes Zollgebiet, mit dem Hauptbureau in Lausanne, umfaßt die Grenzlinie der Kantone Wallis, Waadt, Genf und Neuenburg.

#### IV. Errichtung von Zollstätten und Niederlagshäusern.

##### Art. 18.

Der Bundesrath bezeichnet die nöthigen Haupt- und Nebenzollstätten.

Er setzt die Grenzen der für die Verzollung zugestandenen Landungsplätze fest.

Er errichtet ausnahmsweise, wo die Verhältnisse es im Interesse des Handels als erforderlich erscheinen lassen, Niederlagshäuser, für deren Benutzung Gebühren in einem von dem Bundesrathe nach Maßgabe der Verhältnisse festzusetzenden Betrage zu entrichten sind.

Der Bundesrath kann die Befugnisse der Hauptzollstätten an solchen Orten erweitern, wo die Bedürfnisse des Handels es erheischen.

18. September 1849. V. Vorschriften für die Ein-, Aus- und Durchfuhr.

1. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 19.

Die Ein- und Ausfuhr aller zollpflichtigen Gegenstände darf nur bei den festgestellten Zollstätten geschehen. Für Ausnahmen von dieser Regel ist eine ausdrückliche Bewilligung des Bundesrathes nöthig.

Art. 20.

Sämmtliche zollpflichtige Gegenstände, die weder zum Transite bestimmt sind, noch in ein Niederlagshaus gebracht werden wollen, können sowohl bei Haupt- als Nebenzollstätten ein- oder ausgeführt werden. Der Bundesrath ist befugt, aus besondern Gründen Ausnahmen von dieser Regel eintreten zu lassen.

Zollpflichtige Gegenstände, welche transitiren oder in ein Niederlagshaus gebracht werden sollen, können hinwieder nur bei Hauptzollstätten eingeführt, und die erstern nur bei solchen ausgeführt werden. Der Bundesrath ist indessen befugt, auch von dieser Regel Ausnahmen zu gestatten.

Art. 21.

Die Zeit, während welcher die Zollstätten zur Abfertigung gehalten sind, sowie die Abfertigungsordnung überhaupt, werden durch das Reglement bestimmt.

Art. 22.

Jeder Waarenführer oder Waarenträger ist gehalten, vor der Abfertigung dem Zollbeamten einen genauen Ausweis seiner Waaren zu geben, nach welchem der zu bezahlende Zollbetrag zu berechnen ist.

Art. 23.

Ebenso ist er verpflichtet, nicht nur die ganze La-

dung Stück für Stück untersuchen, sondern auch jedes Frachtstück durch den Zollbeamten öffnen zu lassen, wenn es dieser für nöthig findet. 18. September 1849.

Wird bei der Untersuchung der Inhalt mit der Erklärung übereinstimmend gefunden, so ist die Ladung sofort und ohne Kosten für den Führer oder Träger wieder in gehörigen Stand zu setzen.

Art. 24.

Zollpflichtige Gegenstände, welche zu Wasser anlangen, dürfen nicht ausgeladen, oder eingeladen nicht abgeführt werden, bis ein Zollbeamteter sich von der Richtigkeit der Ladung überzeugt hat.

Art. 25.

Wer nicht sofort den Zoll bezahlt oder dafür annehmbare Sicherheit leistet, kann seinen Weg mit der Waare nicht fortsetzen.

2. Abfertigung bei der Ein- und Ausfuhr.

Art. 26.

Ueber alle bei einer Zollstätte zur Einfuhr oder Ausfuhr angemeldeten Gegenstände stellt der Zollpflichtige den Ausweis dem Zolleinnehmer zu, und bezahlt diesem gegen eine detaillirte Abfertigungskarte den Zoll. Bei den Zollstätten, wo neben dem Zolleinnehmer auch ein Kontrolleur besteht, begiebt sich der Zollpflichtige von dem Einnehmer mit der Abfertigungskarte zum Kontrolleur und empfängt von demselben, nach geschehener Untersuchung und Richtigbefindung der zollpflichtigen Gegenstände einen Ausweis über die gehörige Bezahlung des Zolles.

3. Abfertigung für die Durchfuhr.

Art. 27.

Güter zur Durchfuhr werden bei der Ankunft auf

18. Sept.  
1849.

der Zollstätte als solche angemeldet, worauf die Ausweisung rücksichtlich ihres Bestandes erfolgt. Gleichzeitig wird für den doppelten Betrag der treffenden Eingangsgebühr genügende Sicherheit geleistet. Der Zollpflichtige erhält sodann einen Geleitschein, den er auf der zum Austritt der Güter bezeichneten Zollstätte unter gleichzeitiger Entrichtung der Durchgangsgebühr abzugeben hat.

Art. 28.

Eine zur Durchfuhr angemeldete Waare kann dem innern Verbrauch gegen Bezahlung der Eingangsgebühr übergeben, oder auch bei einer andern als der zuerst angegebenen Ausgangstation ausgeführt werden. In letztem Falle ist jedoch die ausdrückliche Bewilligung der Kreisdirektion nöthig.

4. Abfertigung in Niederlagshäuser und aus denselben.

Art. 29.

Güter, welche zur Niederlegung in ein Niederlagshaus bestimmt sind, werden bei der Einfuhr als Niederlagsgüter angemeldet, verifizirt und, nachdem für den doppelten Betrag der betreffenden Eingangsgebühr genügende Sicherheit geleistet worden, mit einem Geleitscheine, für den bei der Ankunft im Niederlagshause eine durch das Reglement zu bestimmende Einschreibgebühr zu bezahlen ist, in das bezeichnete Niederlagshaus versehen.

Art. 30.

Werden Güter aus den Niederlagshäusern für den innern Verkehr der Schweiz bezogen, so bezahlen sie den Eingangszoll. Sollen sie aber wieder ins Ausland geführt werden, so wird die Durchgangsgebühr erst bei



der wirklich erfolgen In Ausfuhr an der Ausfuhrstation 18. September  
bezahlt, wohin von der Verwaltung des Niederlagshauses 1849.  
ein neuer Geleitschein ausgestellt wird.

Art. 31.

Der Transport von Gütern aus einem Niederlags-  
hause in ein anderes kann unter den Formen geschehen,  
wie sie für die Durchfuhr vorgeschrieben sind. Doch  
können solche Güter nicht länger als ein Jahr im Lande  
bleiben, ohne dann die Eingangsgebühr zu bezahlen,  
gleichviel, ob sie während dieser Zeit immer in einem  
Niederlagshause oder in mehreren waren.

VI. Organisation der Zollverwaltung.

1. Der Bundesrath.-

Art. 32.

Die oberste vollziehende und leitende Behörde ist der  
Bundesrath. Alle das Zollwesen betreffende Maßregeln  
und Verfügungen gehen von ihm aus, soweit er nicht  
untergeordnete Beamte damit beauftragt.

Art. 33.

Insbefondere ist der Bundesrath befugt, unter aus-  
serordentlichen Umständen, namentlich im Falle von Theu-  
rung der Lebensmittel, bei größern Beschränkungen des  
Verkehrs der Schweizer von Seite des Auslandes  
u. s. w., besondere Maßregeln zu treffen und vorüberge-  
hend die zweckmäßig erscheinenden Abänderungen im Ta-  
rife vorzunehmen.

Er hat indessen der Bundesversammlung bei ihrer  
nächsten Zusammenkunft von solchen Verfügungen Kennt-  
niß zu geben, und dieselben können nur fortdauern,  
wenn die Bundesversammlung ihre Genehmigung er-  
theilt.

18. September  
1849.

Art. 34.

Anstände über die Anwendung des Zolltarifs werden, wenn sich der Betreffende bei dem Entscheide der untergeordneten Stellen nicht beruhigen kann, vom Bundesrathe entschieden.

Art. 35.

Der Bundesrath hinterbringt der Bundesversammlung Vorschläge zur Errichtung bleibender Beamtungen und zur Bestimmung der für dieselben auszufehenden Gehalte. Bedienstungen oder provisorische Beamtungen kann er von sich aus einführen und die für dieselben auszuwerfenden Gehalte festsetzen.

Art. 36.

Dem Bundesrathe steht das Recht zu, die Zollbeamteten und Bediensteten zu wählen. Er kann aber dieses Recht, soweit es Bedienstete betrifft, an Beamtete, die ihm untergeordnet sind, übertragen.

2. Das Handels- und Zolldepartement.

Art. 37.

Die unmittelbare Oberaufsicht des gesammten Zollwesens steht dem Handels- und Zolldepartement zu. Dasselbe schlägt dem Bundesrathe zweckmäßig erscheinende Verfügungen in Zollsachen vor, begutachtet die vom Bundesrathe zu behandelnden Zollgeschäfte, sorgt für die Vollziehung der in diesem Verwaltungszweige erlassenen Gesetze und Verfügungen und trifft selbst innerhalb der Schranken der ihm angewiesenen Kompetenz die erforderlichen Anordnungen.

3. Die Zollbeamteten und Bediensteten.

Art. 38.

Unter dem Handels- und Zolldepartement steht,

zur Leitung des gesammten Zollwesens, ein Oberzoll- 18. September  
direktor. 1849.

Art. 39.

Unter dem Oberzolldirektor steht in jedem Zollgebiete ein Zolldirektor zur Leitung des Zollwesens in dem betreffenden Gebiete.

Art. 40.

Der Bundesrath ist bevollmächtigt, bis die neuen Zolleinrichtungen durchgeführt sein werden, der Oberzolldirektion und den Zolldirektionen innerhalb der Schranken der Budgetkredite, die zu guter Führung der Geschäfte unentbehrlichen Beamten beizugeben.

Nach Ablauf der bezeichneten Zeit wird der Bundesrath die erforderlichen Vorschläge zur gesetzlichen Feststellung dieser Beamtungen hinterbringen.

Art. 41.

Auf jeder Zollstätte befindet sich ein Zolleinnehmer. Der Bundesrath ist ermächtigt, auf Hauptzollstätten, je nach Bedürfniß, den Zolleinnehmern Kontrollenrs zur Seite zu setzen.

Art. 42.

Die Nebenzollstätten stehen jeweilen unter der zunächst gelegenen Hauptzollstätte.

Art. 43.

Ein Zollbeamteter und Zollbediensteter darf ohne Bewilligung der kompetenten Behörde neben seiner Beamtung weder ein anderes Amt bekleiden, noch einen Beruf selbst betreiben, noch ihn auf seine Rechnung betreiben lassen.

Art. 44.

Die Zollbeamten und Zollbediensteten, denen Werthgegenstände oder Geld anvertraut wird, haben im Ver-

18. Sept.  
1849.

hältnisse zu dem ihnen anvertrauten Werthe Sicherheit zu leisten.

4. Wahl und Entlassung der Beamten und Bediensteten der Zollverwaltung, Disziplinarstrafbefugniß über dieselben.

Art. 45.

Alle Zollbeamten werden auf eine Amtsdauer von drei Jahren erwählt; die Zollbediensteten dagegen auf unbestimmte Zeit.

Ersetzungen in der Zwischenzeit finden nur noch für den Rest der Amtsdauer Statt.

Die erste Amtsdauer aller Zollbeamten geht mit dem 31. März 1852 zu Ende.

Art. 46.

Beamte und Bedienstete der Zollverwaltung, die absichtlich oder aus Fahrlässigkeit die ihnen obliegenden Pflichten nicht gehörig erfüllen, können, ohne richterliche Dazwischentunft, mit einer Ordnungsbuße von 1 bis 50 Franken von dem Vorsteher des Handels- und Zolldepartements, dem Oberzolldirektor und von den Zolldirektoren, von den letztern aber nur sofern sie diesen untergeordnet sind, bestraft werden. Den Bestraften steht der Rekurs an die Behörde oder Stelle offen, welche derjenigen, die sie bestraft, zunächst übergeordnet ist. Sie haben, falls aus einer solchen Dienstverletzung Schaden entstanden, zudem denselben zu ersetzen.

Art. 47.

Der Bundesrath hat überdies jederzeit das Recht, einen Zollbeamten durch motivirten Beschluß zu entlassen, wenn der Gewählte sich als untüchtig erzeigt, oder wenn er sich grober Fehler schuldig macht.

Der Vorsteher des Handels- und Zolldepartements, 18. September 1849.  
 der Oberzolldirektor und die Zolldirektoren sind auch ermächtigt, einen untergeordneten Beamten oder Bediensteten provisorisch in seinen Berrichtungen einzustellen, unter sofortiger Anzeige an die obere Behörde, der die endliche Verfügung zusteht.

## VII. Zollpolizei.

### Art. 48.

Die Kantone sind zum polizeilichen Schutze der Zollbeamten und ihrer Amtsgeschäfte verpflichtet. Ueber besondere, hieraus entstehende Auslagen wird sich der Bundesrath mit den Kantonen verständigen.

Ueberdies ist der Bundesrath ermächtigt, erforderlichen Falls zu besserer Sicherung der gehörigen Einrichtung des Zolles, sowie zur polizeilichen Unterstützung der Zollbeamten die nöthigen Einrichtungen zu treffen.

## VIII. Zollübertretung und ihre Bestrafung.

### Art. 49.

Eine Zollübertretung begeht:

- 1) Wer zollpflichtige Gegenstände ein-, aus-, durchführt oder aus den Niederlagshäusern abführt, ohne die Leistungen, welche das Gesetz hiefür vorschreibt, erfüllt zu haben.
- 2) Wer zollpflichtige Gegenstände auf einer andern als auf einer unmittelbar zu einer Zollstätte führenden StraÙe, oder über einen zur Zollabfertigung nicht berechtigten Landungsplatz ein- oder ausbringt.
- 3) Wer von einer Nebenzollstätte zu einer Hauptzollstätte gewiesen, den vorgeschriebenen Weg nicht einschlägt.

18. September  
1849.

4) Wer mit zollpflichtigen Gegenständen mehr als hundert Schritte über eine Grenzzollstätte hinaus, oder hineinfährt oder geht, bevor er von selbiger abgefertigt worden ist.

5) Wer seine Waaren ganz oder theilweise zur Verzollung anzuzeigen unterläßt.

6) Wer seine Waare unrichtig benennt, um dadurch den Zollbetrag zu verkürzen.

7) Wer eine Gewichtsangabe macht, die mehr als fünf Prozent unter dem wahren Gewichte steht.

Art. 50.

Jede dieser Zollübertretungen ist, außer daß der Uebertreter die umgangene Gebühr zu bezahlen hat, das erste Mal mit einer Buße zu belegen, welche dem fünf- bis dreißigfachen Zollbetrag gleichkömmt, welcher umgangen werden wollte. In Wiederholungsfällen soll die Strafe angemessen verschärft werden. Es kann dabei bis auf den doppelten Betrag des Maximums der angedrohten Buße gegangen und unter besonders erschwerenden Umständen Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr damit verbunden werden.

Art. 51.

In den Fällen von 1, 2, 3, 4 und des ersten Theiles von 5, die im Art. 49 aufgezählt sind, wird angenommen, es habe der Zoll für die ganze Waarenmenge umgangen werden wollen. In den Fällen von 6 und 7 und dem letzten Theile von 5 dagegen ist die Buße nach dem Theile der Zollgebühr zu bemessen, den zu umgehen beabsichtigt wurde.

Art. 52.

Wer mit Waaren, welche zur Durchfuhr oder in ein Niederlagshaus abgefertigt worden sind, den vorge-

schriebenen Weg nicht einhält, oder die Waaren nicht, 18. September 1849.  
oder nicht rechtzeitig ausführt oder am Bestimmungsort  
abliefern, ist zur Bezahlung der doppelten Eingangsge-  
bühr dieser Waaren zu verfallen.

Art. 53.

Widerhandlungen gegen Bestimmungen dieses Ge-  
setzes, wie z. B. Umgehung des Kontrolleurs bei der Ab-  
fertigung u. s. w., werden, insofern sie nicht bereits in  
diesem Gesetze durch Strafbestimmungen bedroht sind,  
mit einer Buße bis auf 4 Franken bestraft.

Art. 54.

Hehler oder Gehülfen zu Zollübertretungen werden  
wie die Thäter bestraft.

Art. 55.

Von allen wirklich bezogenen Bußen kommt ein Drit-  
theil dem Verleider zu, der zweite Drittheil fällt an den  
Kanton, in dessen Gebiet die Uebertretung stattfand und  
die Untersuchung waltete; den Rest bezieht die Bun-  
deskasse.

IX. Aufhebung bisheriger Zölle.

Art. 56.

Alle im Innern der Eidgenossenschaft mit Bewilli-  
gung der Tagsatzung bestehenden Land- und Wasserzölle,  
Weg- und Brückengelder, verbindliche Kaufhaus-, Wag-,  
Geleit- und andere Gebühren dieser Art, mögen sie von  
Kantonen, Gemeinden, Korporationen oder Privaten be-  
zogen werden, hören, mit Ausnahme der von dem Bun-  
desrathe ausdrücklich zu bezeichnenden, für deren Fort-  
bestand die nachträgliche Genehmigung der Bundesver-  
sammlung einzuholen ist, vom Bezuge der neuen Grenz-  
zölle an gänzlich auf.



18. September  
1849.

Der Bundesrath hat in Betreff der Entschädigungssumme mit den Kantonen in Unterhandlung zu treten und mit Berücksichtigung des Grundsatzes, daß bei denjenigen Kantonen, wo mit den Zöllen Verbrauchssteuern vermischt sind, für diese Gebühren, soweit sie auf die Konsumtion dieser Kantone fallen, verhältnismäßige Abzüge zu machen sind, die Entschädigungssumme auszumitteln.

Die dießfälligen mit den Kantonen abgeschlossenen Verträge unterliegen der Genehmigung der Bundesversammlung.

Den Kantonen liegt es hinwieder ob, alle Entschädigungen an ihre Gemeinden, Korporationen oder Privaten, für solche Gebühren, die sie ihnen zugestanden hatten und die dann aufgehoben wurden, zu leisten.

Art. 57.

Ebenso sind sofort und ohne Entschädigung alle diejenigen Gebühren aufzuheben, deren Bezug nie von der Tagsatzung bewilligt worden, insoweit sie nicht unter den Art. 32 der Bundesverfassung fallen.

Art. 58.

Andere von der Tagsatzung auf bestimmte Zeit zum Bezug bewilligte Gebühren, die nicht sofort aufgehoben werden, hören nach Ablauf der bestimmten Zeit auf, wenn die Bundesversammlung nicht deren Fortbezug bewilligt.

Art. 59.

Sind Zölle, Weg- und Brückengelder für Tilgung eines Baukapitals oder eines Theiles desselben bewilligt worden, so hört der Bezug derselben oder die Entschädigung auf, sobald das betreffende Kapital oder der bestimmte Theil desselben nebst Zinsen gedeckt ist.

## Art. 60.

18. Sept.  
1849.

Den in der Eidgenossenschaft bereits abgeschlossenen Verträgen mit Eisenbahngesellschaften über Transitgebühren soll durch gegenwärtiges Gesetz kein Abbruch geschehen. Dagegen tritt der Bund in die durch solche Verträge den Kantonen in Beziehung auf die Transitgebühren vorbehaltenen Rechte ein. Neue derartige Verträge können nur mit dem Bunde abgeschlossen werden.

## Art. 61.

Der Bezug der bisherigen eidgenössischen Grenzgebühren hört vom Augenblick an auf, von welchem die neuen Gebühren für die Eidgenossenschaft bezogen werden.

## X. Schlußbestimmungen.

## Art. 62.

Der Bundesrath ist ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, mit welchem dieses Gesetz in Kraft zu treten hat.

## Art. 63.

Er ist mit dessen Bekanntmachung und weiterer Vollziehung beauftragt.

---

**Zolltarif.**


---



---

**I. Zolltarif für die Einfuhr.**


---

A. Es wird bezahlt von jedem angespannten Zugthier (von der Zugthierlast):

1 Wagen.

Bausteine, gemeine, behauene.

Brenn-, Bau- und gemeines Nutzholz.

Erze aller Art.

18. Sept.  
1849.

Gerberrinde und Lohfuchsen.

Heu und grünes Futter.

Holzkohlen.

Kartoffeln.

Lehm, Töpferthon und Huppererde.

Milch.

Steinkohlen, Braunkohlen und Coke.

Stroh, Häferling und Spreu.

Torf.

Treber, Trester und andere im Tarif nicht besonders bezeichnete Abfälle.

### 3 Bagen.

Abfälle von Thieren, als: Blut, Klauen, Flechsen u. dgl.,  
ferner Hornspäne, Abschnitzel von Häuten und Fellen u. dgl.

Bäume, junge, Sträucher und Reben.

Besen von Reifig.

Bretter, Latten, Schindeln und Rebstecken.

Dachziegel und Backsteine.

Effekten und Geräthe von Einwanderern.

Fassholz und roh vorgearbeitetes gemeines Nutzholz.

Geflügel, lebendes, frische Fische, Frösche, Krebse und Schnecken.

Kalk und Gyps, gebrannt.

Kleien.

Obst, frisches und frische Feld- und Gartengewächse.

Deifuchsen und Deifuchsenmehl.

Sagspäne.

Salzfässer, Gypsfässer u. dgl.

Schieferplatten.

### 20 Bagen.

Zu Schaustellungen bestimmte Gegenstände, als: Mena-

gerien, Panorama's, Theatereffekten, Wachsfiguren, u. dgl. 18. Sept. 1849.

B. Es wird bezahlt von jedem Stück:

$\frac{1}{2}$  Bazen.

Kälber, Ziegen, Schafe, Spanferkel, magere Schweine, Bienenstöcke mit lebenden Bienen, abgesehen vom Gewicht des besonders zu bezahlenden allfällig darin enthaltenen Honigs.

3 Bazen.

Rindvieh, Esel, Füllen, fette Schweine.

20 Bazen.

Pferde, Maulthiere, Maulesel.

40 Bazen.

Fremde Thiere, welche nicht auf Wagen geführt oder getragen werden.

120 Bazen.

Für jeden einspännigen Oekonomiewagen.

200 Bazen.

Für jeden mehrspännigen Oekonomiewagen.

400 Bazen.

Für jede einspännige Chaise u. dgl.

600 Bazen.

Für jede mehrspännige Chaise.

C. Es wird bezahlt vom Werth:

2 Prozent.

Mühlsteine, Bodenstücke und Läufer.

5 Prozent.

Schiffe, Rähne rc. zum Waaren- und Personentransport, Flüge u. dgl. und Lastschlitten.

18. Sept.  
1949.

10 Prozent.

Gondeln, Lugusschiffe, Lugusschlitten.

D. Es wird bezahlt vom Schweizerzentner  
brutto:

Erste Klasse. 1 Bagen.

Asphalt.

Braunstein, Blutstein, Bolus.

Getreide und Hülsenfrüchte aller Art.

Graphit.

Kreide und andere rohe Farberde.

Lumpen, Makulatur und andere Abfälle zur Papiersabri-  
kation.

Reis.

Sämereien, Oelsamen, Waldfamen.

Salz.

Schleif- und Wegsteine, Feuersteine, Lithographiesteine.

Walker-, Porzellan- und Pfeifenerde.

Zweite Klasse. 2 Bagen.

Alabaster und Marmor, roh.

Allaun.

Amlung.

Bast.

Baumwolle, rohe, und deren Abfälle.

Bimsstein.

Blei in Blöcken und altes.

Borsten.

Brod.

Buchsholz.

Ehlorkalk.

Eichorienwurzel.

Därme.

18. September  
1849.

Ebenistenholz, rohes.

Eier.

Eisen, rohes, in Masseln, Brucheisen.

Eisenbahnschienen.

Eisen und rohes Eisenblech, englisches, zum Maschinen- und Schiffsbau u. s. w., von solchen Dimensionen und Formen, welche in der Schweiz nicht gemacht werden.

Farbhölzer, ungemahlen, Farbkräuter, Farbwurzeln und Farbbeeren.

Felle, ungegerbte, rohe Häute.

Flachs, Hanf und Werg, roh und gehechelt.

Gerste, gerollte, Hafergrütze und Gries.

Gerstenmalz.

Glätte aller Art und Menning.

Hafnererz, gemeines.

Harz, rohes, Pech und Theer.

Käselab.

Kastanien.

Kienruß.

Knoppern.

Krapp und Krappwurzeln.

Leim aller Art.

Mastix.

Mehl.

Natrum.

Del, gemeines aller Art, Nepsöl, Leinöl, Kofusöl, Palmöl.

Packtuchgarn.

Potasche.

Schmalte.

Schmirgel, roh und gemahlen.

Schwefel, roher, in Stücken.

18. Sept.  
1849.

Schwefel- und Salzsäure.

Schwerspath, roh und gemahlen.

Seidencocons und Seidenabfälle (Strazze, Struse).

Soda, roh und gereinigt, Glaubersalz und Zinnsalz.

Sumach.

Salz, (Unschlitt) und andere Fettwaaren, nicht benannte.

Thierhörner.

Thran.

Trippel.

Bitriol aller Art.

Weberblätter und Weherdisteln.

Weinstein, roher.

Wolle, roh und gekämmt, Wollabfälle, Flockwolle.

### Dritte Klasse. 5 Bagen.

Blei in Röhren, gewalztes und Schrot.

Bleizucker.

Butter, süß, gesotten, gesalzen, Schweineschmalz.

Eisenguß, grober, wie Platten, Defen, ic.

Eisen, gewalztes englisches, gezogenes englisches.

Eisenblech, rohes englisches.

Erz, altes.

Farbhölzer, gemahlene.

Galläpfel.

Gummi.

Korbwaaren, grobe.

Kupfer, rohes und altes.

Messing, rohes und altes, Späne.

Obst, gedörrtes und getrocknetes, Baumnüsse.

Obstwein.

Packleinen, gemeines und rohes.

Kali und Natrumsalpeter.



18. September  
1849.

Säuren aller Art, nicht benannte.  
 Seife.  
 Spießglanz.  
 Seegras.  
 Terpentin, Terpentinöl, Bernstein, Kolophonium.  
 Wachholderbeeren.  
 Weinstein, gereinigt.  
 Zinn, in Blöcken und altes.  
 Zink, in Blöcken und altes.  
 Zinnasche.

**Vierte Klasse. 10 Bagen.**

Bier.  
 Bleiweiß.  
 Beinschwarz.  
 Cacao, ungemahlen, und Cacaoschalen.  
 Chemische Produkte, nicht benannte.  
 Eichorien.  
 Eisen, geschmiedetes und gewalztes, nicht benanntes.  
 Eisenblech, rohes, unbenanntes.  
 Essig aller Art.  
 Flaschen von grünem und braunem Glas.  
 Haare aller Art.  
 Honig.  
 Kaffee.  
 Korkholz, rohes.  
 Kümmel.  
 Marmor, geschnitten in Platten.  
 Metalle und Metallkompositionen, rohe, nicht benannte,  
 deren Späne und Feile.  
 Pack-, Lösch- und Stöpselpapiere.  
 Pappendeckel, Carton u. dgl.  
 Schwefel, gereinigter und Blüthe.

18. September Seilerwaaren.  
1849.

Töpferwaaren, gemeine aller Art, Schmelztiegel.

Wein in Fässern.

Weingeist, denaturirter.

Zündschwamm, Zunder aller Art.

Fünfte Klasse. 15 Bagen.

Anis und Fenchel.

Baumwollwatte.

Baumwolltücher, rohe, Tüll, roher.

Baumwollgarn, rohes.

Drechslerwaaren aus gemeinem Holz.

Eisenblech, weißes, und Drath.

Elfenbein.

Fischbein.

Fische, gedörret und gesalzen.

Flachs-, Hanf- und Reistengarn.

Fournirholz, geschnittenes.

Hopfen.

Holzgeflecht.

Holzwaaren, wie Küblerwaaren, Fässer und dgl., nicht benannte.

Indigo.

Kautschouk, roher, geschnitten und gesponnen.

Kardätschen, besteckte.

Cochenille.

Leder, unverarbeitetes, gemeines.

Mineralwasser.

Mineralsfarben, chemische und in Stücken.

Maschinen und Maschinenbestandtheile.

Naturalien.

Nudeln aller Art.

Perlmutter.

18. September  
1849.

Quecksilber.

Schildpatt, roh.

Senf, roh und gestoßen.

Stahl, roher, aller Art.

Tabak in Blättern.

Talglichter aller Art.

Treibriemen.

Waffen für das Bundesheer.

Wachs und Wallrath.

Wollengarn, gemeines.

Zink, gewalztes.

Zinn, gewalztes.

Zwisch, roher und grober.

Zucker aller Art, Cassonade und Syrup.

Sechste Klasse. 20 Bagen.

Seide und Floretseide, roh und gedreht.

Siebente Klasse. 25 Bagen.

Apothekerwaaren aller Art, nicht benannte.

Baumwollzwirn.

Bleiwaaren, nicht benannte.

Blutigel.

Branntwein und Weingeist.

Bücher und Musikalien.

Cacao, gemahlen.

Dinte, gemeine, schwarze.

Droguerien, nicht benannte.

Druckerschwärze.

Eisen- und Stahlwaaren, als: Schrauben, Nägel, Stifte,  
Meißel, Feilen, Sägen, Zangen, Sensen, Pflug-  
schaaren u. s. w.

Farben, gemahlen und zubereitet.

18. September Fenster- und Hohlglas.  
1849.

Firnisse.

Fleisch, Speck und Würste, gedörrt und gesalzen.

Karotten.

Käse.

Korkwaaren.

Kupfer- und Messingblech und Drath.

Pomeranzenschalen.

Schuhwichse.

Stahl-drath und Stahlblech.

Strohwaaren, gemeine.

Wollenwaaren, gemeine, und rohe weiße Wollentücher.

Zinkwaaren, nicht benannte.

Zinnwaaren und Staniol.

Zündhölzchen.

Achte Klasse. 50 Bazen.

Baumwollwaaren, gebleicht, gefärbt, appretirt und gedruckt.

Baumwollgarn, gebleicht und gefärbt.

Bettfedern und Flaum.

Blasbälge, Tornister u. dgl.

Blechwaaren aller Art.

Buchbinderarbeit, gemeine.

Buchdruckerlettern.

Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren.

Drechslerwaaren von lackirtem Holz und Knochen.

Häfen, eberne, und andere eberne Waaren

Gewürze aller Art, Pfeffer.

Gypsfiguren.

Kammacherwaaren von Holz und Horn.

Knöpfe von Fischbein, Horn und Metall.

Kupferschmiedwaaren.

Leder, lackirtes und gefärbtes, Cassian, Fuchten, Pergament. 18. Sept. 1849.

Lederwaaren, gemeine, gefertigte Schuster-, Sattler- und Taschnerarbeit.

Leinwand und Leinenwaaren, Leinensfaden und Leinenband.

Malerbedürfnisse, nicht besonders benannte.

Messerschmiedwaaren, nicht benannte.

Metallsiebe und Metallgewebe.

Messingwaaren.

Mandeln und Haselnüsse.

Näh- und Stricknadeln.

Olivenöl und anderes Tafelöl.

Papier, Druck- und Schreibpapier, geleimtes, farbiges und buntes.

Pelz, unverarbeitet.

Quincaillerie, nicht benannte.

Rauch- und Schnupftabak.

Rosshaarstoffe.

Regenschirme von Baumwolle.

Seide und Floretseide, gefärbt und ungezwirnt.

Stecknadeln und Haken.

Strohgeflechte, feine, und Strohhüte, grobe.

Südfrüchte, frisch und getrocknet.

Schlosserwaaren, eiserne Meubeln u. dgl.

Schreibmaterialien.

Spiegel, unter einem Quadratfuß.

Steingut und Fayence.

Strumpfwirkerwaaren aller Art.

Tücher, fertige, Wollenzeuge, ganz und halbmollene Manufakturwaaren, Shawls und Teppiche, nicht benannte.

18. Sept.  
1849.

Uhren, hölzerne.

Wolle zum Sticken.

Wachsleinwand und Wachstaffent.

Wildpret.

Waaren, fertige, nicht benannte, welche nicht Luxus-  
artikel sind.

Neunte Klasse. 100 Bazen.

Bildhauer- und Schnitzarbeit, feine.

Betten, fertige, gefüllte.

Blumenzwiebeln, Luxuspflanzen, Topfgewächse.

Bronze- und andere Gusswaaren, feine.

Cartonnage, feine.

Eigarren.

Ehokolade.

Drechslerwaaren, feine, von Elfenbein, Hirschhorn u. dgl.

Eßwaaren, feine, wie Kaviar, Salami, Sago, Eß-  
schwämme, Pasteten, Austern, frische Meerfische.

Essenzen, feine, ätherische Oele.

Gemälde, mit und ohne Rahmen.

Glaswaaren, farbige und vergoldete.

Gold- und Silberwaaren, Bijouterie und feine Quin-  
caillerie.

Handschuhe, seidene und lederne, feine.

Holzwaaren, feine, und Meubeln.

Hüte aller Art, feine Strohhüte.

Kammacherwaaren, feine.

Kappen aller Art.

Kleider und Weißzeug, fertige.

Korbflechterwaaren, feine.

Kautschouffabrikate.

Krystallwaaren.

Kupferstiche und Lithographien.

18. September  
1849.

Lebkuchen.

Liqueur, Rhum u. s. w.

Lustfeuerwerke.

Lugusartikel, nicht benannte.

Messerschmiedwaaren, feine, mathematische, optische und  
chirurgische Instrumente.

Musikalische Instrumente.

Nähseide.

Neusilber- und Plaqueéartikel.

Parfümerie, wohlriechende Wasser, Puder, Schminke  
u. dgl.

Pelzwaaren, fertige.

Perlen, Korallen und feine Steine.

Porzellanwaaren, feine, glatte, gemalte und vergoldete.

Perrückenmacher- und Haararbeiten.

Posamentierarbeiten.

Putzwaaren aller Art, künstliche Blumen.

Regen- und Sonnenschirme von Seide.

Sattlerwaaren, feine, Lugusgeschirre, gestrickte Seiler-  
waaren.

Shawls von Caschemir u. dgl.

Schuhmacherwaaren, feine.

Seidene und halbseidene Fabrikate mit seidenem Zettel  
oder Einschuß.

Spiegel und Spiegelgläser über einen Quadratschuh.

Spielzeug.

Spielfarten.

Spitzen aller Art und Flor.

Saiten aller Art.

Senf, zubereiteter.

Tapeten.

Thee.



18. September 1849. Teppiche, feine.

Uhren, Holzuhren ausgenommen.

Wachs-, Wallrath- und Stearinkerzen.

Waffen zum Privatgebrauch.

Weine in Flaschen und Dessertweine in Fässern.

Zuckerwerk.

## II. Zolltarif für die Ausfuhr.

A. Es wird bezahlt von jedem angespannten  
Zugthier:

1 Wagen.

Asche.

Asphalt.

Erde, Thon.

Gemeine Holzwaaren, als Rechen, Gabeln u. dgl.

Kalk, Ziegel, Backsteine, Schiefer, behauene Steine,  
Mühl- und Schleifsteine.

Gemeine Korbwaaren.

Frisches Obst.

Gemeine Töpferwaaren.

2 Wagen.

Asphalt-Mastix.

Hausrath, alter, offen oder gepackt, bei Uebersiedlern.

Heu und Stroh, Eisenerz, Glasscherben.

Steinkohlen, Braunkohlen.

3 Wagen.

Dünger.

Kochsalz.

B. Es wird bezahlt von jedem Stück:

$\frac{1}{4}$  Wagen.

Kälber, Schafe, Schweine u. dgl.

18. September  
1849.

5 Bagen.

Rindvieh, Füllen, Esel.

10 Bagen.

Pferde, Maulesel, Maulthiere.

C. Es wird bezahlt vom Werth:

3 Prozent.

Holz, gesägtes, geschnittenes, Holzkohlen.

5 Prozent.

Holz aller Art, rohes.

D. Es wird bezahlt vom Schweizer Zentner

brutto:

1 Bagen.

Alle Waaren, nicht benannte.

5 Bagen.

Gerberlohe, Felle, Häute.

10 Bagen.

Baumrinde.

15 Bagen.

Lumpen.

## III. Zolltarif für die Durchfuhr.

A. Es wird bezahlt von jedem angespannten

Zugthier:

1 Bagen.

3 Bagen.

20 Bagen.

Nach der gleichen Klassifikation wie bei der Einfuhr.

B. Es wird bezahlt von jedem Stück:

a. Für Strecken von 8 Stunden und darunter:

 $\frac{1}{4}$  Bagen.

Kälber, Schafe, Ziegen, Schweine u. dgl.

Jahrgang 1849.

18. September  
1849.

1 Wagen.

Rindvieh, Esel, Füllen.

2 Wagen.

Pferde, Maulthiere, Maulesel.

b. Für jede längere Strecke:

1 Wagen.

Kälber, Schafe, Ziegen, Schweine.

5 Wagen.

Rindvieh, Esel, Füllen.

20 Wagen.

Pferde, Maulthiere, Maulesel.

C. Es wird bezahlt vom Werth:

3 Prozent.

Holz, gesägtes, geschnittenes, Holzkohlen.

5 Prozent.

Holz, aller Art, rohes.

D. Es wird bezahlt vom Schweizer-Zentner  
brutto:

a. Für Strecken von 8 Stunden und darunter:

$\frac{1}{2}$  Wagen.

Alle Durchgangsgüter, nicht benannte.

b. Für jede weitere Strecke:

2 Wagen.

Alle Durchgangsgüter, nicht benannte.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Obiges Bundesgesetz soll zum Zwecke der Be-

kanntmachung in die Sammlung der Gesetze und De. 18. September  
frete eingerückt werden. 1849.

Gegeben in Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

## **Vollziehungsverordnung**

11. Oktober  
1849.

zu dem Gesetze

über die Beseitigung abgestandener Thiere.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Vollziehung des Gesetzes vom 8. August 1849,  
auf den Antrag der Direktion des Innern (Ab-  
theilung Gesundheitswesen),

beschließt:

### §. 1.

Jeder Einwohnergemeinderath hat diejenigen Per-  
sonen zu bezeichnen, welchen die im Gesetze (§§. 2 und 3)  
vorgeschriebenen Geschäfte obliegen.

Die Namen dieser Personen sollen dem Regierungs-  
statthalter angezeigt und auf das über dieselben zu füh-  
rende Verzeichniß getragen werden.

### §. 2.

Der Beamte, welcher die in den §§. 2 und 5 des  
Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen abzunehmen und die  
im §. 3 des gleichen Gesetzes vorgeschriebene Bewilli-  
gung zu erteilen hat, soll in der Gemeinde wohnhaft

11. Oktober  
1849. fein und ist vorzugsweise aus der Zahl der Viehinspektoren zu wählen.

Zu Beseitigung der Thiere selbst verweist derselbe den Inhaber der Thiere an die zu diesem Zwecke besonders bestellte Person.

§. 3.

Die Obliegenheiten der im vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Personen sind im Allgemeinen die im Gesetz enthaltenen, mit welchen dieselben sich daher genau bekannt zu machen haben. Im Besondern haben sie die in den folgenden §§. gegebenen Vorschriften zu befolgen.

§. 4.

Bei jeder nach dem Gesetze erfolgenden Anzeige soll in ein besonderes Verzeichniß (siehe Formular) eingeschrieben werden: der Name, Beruf und Wohnort des Inhabers des Thieres, die Gattung, Geschlecht und Alter, Farbe und Abzeichen des Leptern, die Krankheit und Art des Todes des Thieres, oder Ursache der Un genießbarkeit des Fleisches, der Tag des Todes oder der Auffindung des Thieres, die Bezeichnung der Person, welche die Beseitigung zu besorgen hat, der Ort der Beseitigung, und wenn Benutzung Statt finden darf, auf welche Weise dieses geschehen soll.

Dieses Verzeichniß ist alljährlich vor Ende Januars dem Regierungsstatthalter zu Händen der Direktion des Innern einzureichen.

§. 5.

Ob die Beseitigung durch Eingrabung oder Benutzung, und auf welche Weise die Leptere vor sich gehen soll, hat in den im §. 6 des Gesetzes vorgesehenen, so wie in allen zweifelhaften Fällen der patentirte Thier-

# Verzeichniß

der im Jahr 185 im Einwohnergemeindsbezirke

Amtsbezirk

ganz oder theilweise beseitigten, getödteten oder abgestandenen Thiere.

Datum der Anzeige.		Name und Beruf des Inhabers.	Wohnort.	Bezeichnung des Thieres.					Ob getödtet oder abgestanden.	Bezeichnung der Krankheit.	Beseitigung, durch wen?	Durch Eingrabung, wo?	Ob durch Benutzung und auf welche Weise?	Bemerkungen.
Monat.	Tag.			Gattung.	Geschlecht.	Alter.	Farbe.	Abzeichen.						
1850. Oktober.	10.	Widmer, Hs. Ulrich, Fuhrmann.	Schwarzenegg.	Pferd.	Hengst.	10.	Fuchs.	Stern und hinten beide Füße weiß.	Abgestanden.	Faul.	Durch den Orts-polizeibeamten.	Auf dem Gute des Inhabers.	Haut u. Fleisch wurden benutzt, letzteres gedient zum Hundefutter.	Wurde durch einen patentirten Thierarzt untersucht.
"	18.	Krager, Peter, Küher.	Eriz.	Hornvieh.	Kuh.	3.	Schwarz.	Gefleckt B. 3.	Getödtet.	Wassersucht.	Durch einen Knecht des Inhabers.	id.	Haut, Hörner, Klauen und Knochen durch den Inhaber.	
"	30.	Unbekannt.	"	Esel.	Stutze.	sehr alt.	Grau.	Schwarzen Rückenstrich.	Abgestanden.	Allgem. Brand.	Den Ortspolizei-beamten.	Auf dem Gemeinde-Wasenplatz.	Nur die Haut benutzt.	
November.	10.	Hessig, Johann.	Sigriswyl.	Schwein.	Mutter.	2.	ungarische.	Art.	id.	Milzbrand.	id.	id.	Nichts benutzt.	

arzt zu bestimmen. In allen andern Fällen, und wo überhaupt kein Nachtheil zu befürchten ist, soll die Bewilligung nach dem Wunsche des Inhabers des Thieres ertheilt werden.

11. Oktober  
1849.

§. 6.

Die Eingrabung soll nicht in der Nähe von Wohnungen, Ställen, Straßen, Spaziergängen, Quellen, Wasserleitungen und Bächen, sondern wenn immer thunlich wenigstens fünfzig Schritte davon entfernt stattfinden.

Die Gemeindewasenplätze besonders sollen gut eingestrichet und in der Regel wenigstens tausend Schritte von Wohnungen und Straßen entfernt sein.

§. 7.

Für größere Hausthiere sollen die Gruben wenigstens sechs und für kleinere (Schweine, Schaafe, Ziegen u. dergl.), so wie Theile von Thieren, je nach ihrem Umfange, wenigstens vier Fuß tief und auch verhältnißmäßig breit gemacht werden.

Wo wegen besonderer Beschaffenheit des Bodens die Gruben nicht hinreichend tief gemacht werden können, so wie auf Weiden überhaupt, ferner wenn bei ansteckenden Krankheiten die Eingrabung nicht auf dem Gemeindewasenplätze geschieht, sind dieselben mit Steinen und Dornen oder anderm Gesträuche zu bedecken oder zu umzäunen.

§. 8.

Bei Beseitigung von Thieren, welche mit ansteckenden Krankheiten behaftet waren oder dessen verdächtig sind, ist mit der größten Sorgfalt alles zu vermeiden, wodurch der Ansteckungsstoff auf Menschen oder Thiere übertragen werden könnte.



11. Oktober  
1849.

Es sollen daher nur diejenigen Personen bei der Beseitigung zugelassen werden, welche dabei durchaus nothwendig sind. Diese sollen ihre Kleider nachher wohl reinigen und lüften.

Müßige Zuschauer sind nicht zu dulden, auch Hunde, Katzen und Geflügel sind entfernt zu halten.

Ferner sollen Thiere oder Theile derselben in derartigen Fällen, wo immer möglich, nicht weit und nur auf den selten von Vieh betretenen Straßen transportirt, dabei gut bedeckt und so verwahrt werden, daß Speichel, Schleim, Blut oder andere Abfälle den Boden nicht verunreinigen. Wo dieses nicht verhütet werden kann, sind sofort die Abfälle sammt der damit verunreinigten Erde mit in die Grube zu werfen.

#### §. 9.

In der Regel dürfen alle Theile eines abgestandenen oder aus andern Gründen nicht genießbaren Thieres zu landwirthschaftlichen oder industriellen Zwecken benutzt werden.

Ausnahmen von dieser Regel sollen stattfinden:

1. in Betreff der krankhaft ergriffenen Theile des Thieres;
2. im Fernern dann in allen denjenigen Fällen, wo Nachtheile zu befürchten sind, namentlich bei Thieren, welche mit folgenden Krankheiten behaftet waren:
  - a. der Rinderpest;
  - b. der Lungenseuche;
  - c. der Maul- und Klauenseuche;
  - d. dem Milzbrand;
  - e. dem akuten und chronischen Roß;
  - f. dem Hautwurm;
  - g. der Wuthkrankheit.

## §. 10.

11. October  
1849.

Gänzlich untersagt soll jede Benutzung in Fällen von Rinderpest, Wuthkrankheit und Hautwurm sein, in welchen die Thiere und im Besondern die Haut in Stücken zerschnitten eingegraben werden soll.

Bei der Lungenseuche darf die Haut benutzt werden, wenn sie sogleich nach dem Abziehen in Kalkwasser gelegt und wenigstens vierundzwanzig Stunden darin verblieben. Dem Gerber ist aber anzuzeigen, daß dieselbe von einem mit einer ansteckenden Krankheit behafteten Thiere herrühre.

Bei Kop-, Milzbrand, Maul- und Klauenseuche dürfen nebst der Haut, nachdem damit gleich wie bei der Lungenseuche verfahren worden, auch die Haare, Hörner, Klauen, Hufe und Knochen, nach vorheriger vierundzwanzigstündiger Einlegung in Lauge, benutzt werden.

Alle andern Theile aber müssen vergraben und mit frisch gelöschtem Kalk übergossen werden.

Die Thiere sollen bei der Grube geöffnet und untersucht und die zu benutzenden Theile von da aus mit aller Vorsicht transportirt werden.

## §. 11.

Die Benutzung von thierischen Theilen in Fällen, auf welche dieses Gesetz sich bezieht, muß auf eine Weise geschehen, daß dabei weder durch den mit der Verwesung verbundenen Gestank und Zersetzung noch durch den Anblick und die Verunreinigung für irgend Jemanden Nachtheil entstehen kann. Wo solches nicht zu verhüten ist, soll die Bewilligung verweigert werden.

## §. 12.

Gegenstände aller Art, welche mit den Thieren in

11. Oktober 1849. Berührung waren, oder bei der Beseitigung verunreinigt wurden, und nicht eingegraben werden, sollen, wenn die Thiere mit ansteckenden Krankheiten behaftet gewesen, sorgfältig mit siedendem Wasser gewaschen, besonders aber soll dafür gesorgt werden, daß Geschirre, Stallgeräthschaften u. s. w. nach der im §. 10 der Verordnung zu Verhütung der Rostkrankheit vom 6. Dezember 1836 enthaltenen Vorschrift behandelt werden.

§. 13.

Wenn diejenigen, welche die Beseitigung eines Thieres besorgen, Zeichen einer ansteckenden Krankheit entdecken oder Umstände, welche Verdacht erregen, so haben sie die Herbeirufung eines patentirten Thierarztes anzuordnen.

§. 14.

In diesen, so wie auch in allen andern Fällen, wo die Berufung eines Thierarztes nothwendig ist, soll dem Regierungsstatthalter Anzeige gemacht, und der zu berufende Thierarzt von ihm bezeichnet werden.

Die Berichte der Thierärzte sind der Direktion des Innern einzusenden.

§. 15.

Die Einwohnergemeindräthe haben den in den §§. 1 und 2 bezeichneten Personen einen schriftlichen Tarif zu geben, welchen diese, vor Bezahlung der von ihnen geforderten Gebühren, auf Verlangen vorzuweisen haben.

In daheringen Streitfällen entscheidet der Regierungsstatthalter.

Die Thierärzte werden aus dem Kredite für Gesundheitspolizei nach dem für sie geltenden Tarife bezahlt.

## §. 16.

Die nach verschiedenen, noch in Kraft bestehenden Verordnungen, namentlich über die Roß- und Rauderkrankheit bei den Pferden, die Wuthkrankheit bei den Hunden, die Einführung der Hundetaxe, den Waisenmeistern bisher obgelegenen Pflichten sind in Zukunft denselben Personen vom Einwohnergemeinderathe zu übertragen, welchen die Beseitigung abgestandener Thiere obliegt.

## §. 17.

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden außer Kraft gesetzt:

1. die Instruktion für die Waisenmeister vom 27. September 1786,
2. die Patente der bisherigen Waisenmeister,
3. die Art. 47, 48, 49 und 50 des Bergfahrt- und Rindviehpolizeireglements vom 26. März 1816.

## §. 18.

Dieses Reglement sammt dem ihm zu Grunde liegenden Gesetze soll den mit dessen Vollziehung beauftragten Beamten zugestellt werden.

Es tritt mit dem 1. November 1849 in Kraft und ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Gegeben in Bern, den 11. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

17. Oktober  
1849.

## **V e r o r d n u n g.**

betreffend die Wirthschaften.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in der Absicht die alljährliche Erneuerung der Wirth-  
schaftspatente zu ordnen,  
auf den Antrag der Direktion des Innern,  
beschließt:

§. 1.

Diejenigen Personen, welche sich um ein Wirth-  
schaftspatent für ein folgendes Jahr bewerben wollen,  
haben ihr Begehren spätestens bis den 1. Wintermonat  
des vorausgehenden Jahres bei dem Regierungsrath-  
halter ihres Amtsbezirkes schriftlich einzugeben.

§. 2.

Der Patentbewerber hat in seinem Begehren zu  
erklären, daß er wirklich nach der Bestimmung des Ge-  
setzes vom 2. Mai 1836, §. 6, die Wirthschaft selbst und  
nicht bloß durch gemiethte Leute, und auf eigene Rech-  
nung ausüben werde.

Auf den Namen einer Person darf nur ein Patent  
ausgestellt werden.

§. 3.

Der Patentbewerber hat seinem Begehren beizu-  
legen:

- 1) das Patent des laufenden Jahres, wenn er die  
Wirthschaft bereits ausübt;
- 2) ein Kantonsfremder: die Bescheinigung, daß in  
seinem Heimathstaat oder Heimathkanton das von  
der Staatsverfassung verlangte Gegenrecht einge-  
halten wird, was auch durch wörtliche Anführung

der dortseitigen einschlagenden Gesetze geschehen kann. 17. Oktober 1849.

§. 4.

Der Regierungsstatthalter hat das eingegangene Begehren sofort und spätestens bis den 15. Wintermonat dem Einwohnergemeinderathe zur Ausstellung der erforderlichen Bescheinigungen zu übermachen.

§. 5.

Der Einwohnergemeinderath hat zu bescheinigen, daß:

- 1) der Bewerber ehrenfähig, eigenen Rechts und gut beleumdet sei,
- 2) das gehörige Alter besitze,
- 3) für sich oder seine Familie keine Armensteuern bezogen habe (Gesetz vom 2. Mai 1836, §. 3.),
- 4) keine mit der Ausübung einer Wirthschaft unverträgliche Stelle bekleide (Wirthschaftsgesetz §. 4.),
- 5) bei einem Kantonsfremden, daß er seit zwei Jahren mit Niederlassungsbewilligung im Kanton angeseßen sei (Wirthschaftsgesetz S. 2),
- 6) die Wirthschaft, abgesehen vom Patentinhaber, in gutem Rufe stehe,
- 7) das Wirthschaftslokal anständig und zweckmäßig eingerichtet und so beschaffen sei, daß es von der Polizei leicht beaufsichtigt werden kann, oder daß es von den übrigen Wohnungen nicht abgelegen oder sonst so beschaffen sei, daß beim Einschreiten der Polizei auffällige Vergehen gegen das Wirthschaftsgesetz umgangen werden können, und daß es sich nicht in solcher Nähe von Kirche oder Schulgebäuden befinde, wodurch die Bestimmung der Letztern gestört werden könnte.

17. Oktober  
1849.

§. 6.

Die von dem Einwohnergemeinderathe oder der Einwohnerpolizeikommission auszustellenden Bescheinigungen sollen über jeden Gegenstand besondere Auskunft geben und können nur in ordentlich zusammenberufener Sitzung derselben beschloffen werden, und zwar da, wo ein Polizeiinspektor für die Handhabung der Ortspolizei aufgestellt ist, nur auf angehörten Bericht desselben.

§. 7.

Der Einwohnergemeinderath hat die von ihm auszustellende Bescheinigung nebst den übrigen Akten bis spätestens den 30. Wintermonat dem Regierungstatthalter wieder zuzustellen.

Den Einwohnergemeinderäthen ist untersagt, die Bescheinigung anders als auf das Begehren des Regierungstatthalters zu verabfolgen.

§. 8.

In zweifelhaften Fällen hat der Regierungstatthalter nähere Erkundigung einzuholen und nöthigenfalls das Wirthschaftslokal persönlich in Augenschein zu nehmen.

§. 9.

Die Amtsgerichtsschreiberei hat dem Regierungstatthalter eine genaue Uebersicht der in den letzten zwölf Monaten, vom 30. Weinmonat des vorausgegangenen Jahres bis zum 1. Wintermonat des laufenden Jahres, beurtheilten Uebertretungen des Wirthschafts und Spielgesetzes mitzutheilen.

Diese Uebersicht ist nach den Einwohnergemeinden und den betreffenden Wirthschaften zu ordnen und soll die Vergehen und die ausgesprochenen Strafen bestimmt bezeichnen.

§. 10.

Bis spätestens den 8. Christmonat des laufenden



Jahres hat der Regierungsstatthalter sämtliche Begehren nebst den darauf bezüglichen Akten mit seinem Berichte der Direktion des Innern einzusenden. 17. Oktober 1849.

§. 11.

Die Direktion des Innern wird über alle ihr vor dem 9. Christmonat eingelangten Begehren vor dem 25. Christmonat entscheiden.

§. 12.

Bei Nichteinhaltung des im §. 1 festgesetzten Termins haben sich die Betreffenden selbst zuzuschreiben, wenn sie ihr Patent nicht zur gehörigen Zeit erhalten.

§. 13.

Alle Wirthschaften, für welche bis zum 31. Christmonat das Patent nicht gelöst und bezahlt ist, sind mit diesem Tage zu schließen.

§. 14.

Ebenso sind diejenigen Wirthschaften zu schließen, von denen nachgewiesen ist, daß sie nicht von dem Patentbesitzer selbst oder von bloß gemietheten Leuten ausgeübt werden.

Widerhandelnde sind überdies dem Richter zur Verurtheilung zu überweisen.

§. 15.

Diese Verordnung, welche am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft tritt, soll in beiden Sprachen gedruckt, durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 17. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

23. Oktober  
1849.

---

## B e s c h l u ß,

betreffend

die Modifikationen des Ohmgeldgesetzes.

---

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in Betrachtung, daß die durch das Gesetz vom 2.  
September 1848 festgesetzten Modifikationen des Ohm-  
geldgesetzes vom 9. März 1841 auch fernerhin nothwen-  
dig und zweckmäßig erscheinen,  
auf den Vortrag des Direktors der Finanzen und  
des Regierungsrathes,

beschließt:

§. 1.

Das Gesetz vom 2. September 1848 zur Abände-  
rung des Ohmgeldgesetzes tritt fernerhin auf so lange  
in Kraft, bis eine gänzliche Revision des Ohmgeldge-  
setzes vom 9. März 1841 vorgenommen wird.

§. 2.

Der Regierungsrath ist mit Vollziehung dieses Be-  
schlusses beauftragt, welcher in die Gesetzesammlung  
aufgenommen werden soll.

Gegeben in Bern, den 23. Oktober 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

---

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt

23. Oktober  
1849.

die Vollziehung des vorstehenden Beschlusses.

Bern, den 24. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

**D e k r e t ,**

23. Oktober  
1849.

betreffend

die Austrocknung des Bätterkindenmooses.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
auf das Ansuchen der Besitzer der sogenannten Neumatten zu Bätterkinden vom 29. August 1849,  
nach Einsicht der von ihnen entworfenen Statuten,  
auf den Vortrag der Direktion des Innern und  
nach geschehener Vorberatung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

§. 1.

Die Eigenthümer der sogenannten Neumatten zu Bätterkinden, welche die Eingabe vom 29. August dieses Jahres unterzeichnet haben, sind berechtigt, die zur Austrocknung derselben sowie des umliegenden Landes nothwendigen Bauten auszuführen und die Miteigenthümer für die Anlegung der Canäle zur theilweisen und auf den Fall, daß sie dem Unternehmen nicht beitreten, zur gänzlichen Abtretung ihres theiligten Grund-

23. Oktober  
1849.

eigenthums gegen vollständige Entschädigung anzuhalten.

§. 2.

Die Ausführungspläne, die Bestimmung des Perimeters des Moosgebietes, die Classification desselben und die Statuten unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes.

Die Ausführungs- und Spezialpläne sind vor ihrer Genehmigung während dreißig Tagen zu Jedermanns Einsicht an geeignetem Orte aufzulegen und bekannt zu machen.

§. 3.

Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt. Dasselbe tritt sogleich in Kraft und soll auf übliche Weise bekannt gemacht, sowie in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 23. Oktober 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt

die Vollziehung des vorstehenden Dekrets.

Bern, den 24. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

---

**B e s c h l u ß**18. September  
1849.

über

Nachnahmen von geringerem Belange auf Post-  
sendungen.

---

Der schweizerische Bundesrath,  
in der Absicht, die Nachnahmen bei kleinern Post-  
sendungen zu begünstigen,

beschließt:

Art. 1.

Bei Nachnahmen unter dem Betrage von vier Fran-  
ken ist die Ausstellung eines Aufgabescheines nicht er-  
forderlich.

Art. 2.

Das Minimum der Provisions- oder Einzugsgebühr  
von Einem vom Hundert der Nachnahmssumme ist von  
zehn Rappen auf fünf Rappen herabgesetzt.

Art. 3.

Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober  
dieses Jahres in Kraft.

Bern, den 17. September 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

Dr. Furrer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Schließ.

---

18. September  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorstehender Beschluß soll zum Zwecke der Bekannt-  
machung in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Bern, den 18. September 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Staatschreiber,

A. Weyermann.

## Reglement

betreffend

die Verbindung einer allgemeinen Schuldentilgungs-  
anstalt mit der Hypothekarkasse.

10. Oktober  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,

in der Absicht, den bereits in der Staatsverfassung  
vorgesehenen Zweck der Schuldentilgung durch die An-  
stalt der Hypothekarkasse in ausgedehnterem Maße zu  
ermöglichen,

auf den Vortrag der Direktionen des Innern und  
der Finanzen,

verordnet:

I. Gültenverwaltungen mit der Tilgung des Kapitals  
nach dem Annuitätensystem.

§. 1.

Mit den Gültenverwaltungen, welche der Hypothe-  
karkasse übertragen werden, kann die Tilgung des Schuld-  
kapitals nach dem Annuitätensysteme verbunden werden.

## §. 2.

Dazu ist eine Uebereinkunft zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner nöthig, durch welche die das Rechtsverhältniß betreffenden Bedingungen festgesetzt und insbesondere bestimmt wird, wie viel der Schuldner außer dem bedungenen Zinse jährlich an die Tilgung des Kapitals zu bezahlen hat.

## §. 3.

Die Zahl der festgesetzten Tilgungsprozente gilt für den Schuldner blos als Minimum. Er kann darüber hinaus zu jeder Zeit Einzahlungen von mindestens einem halben Prozente machen.

## §. 4.

Wenn dem Schuldner in einem folgenden Jahre die ordentliche jährliche Zahlung unmöglich oder zu beschwerlich würde, so kann er eine Abrechnung auf denjenigen Einzahlungen verlangen, die er bisher über das vertragsmäßige Minimum hinaus geleistet hat, sofern solche an die Gläubiger nicht bereits ausgehändigt worden sind (§. 14).

## §. 5.

Hat der Schuldner keine solche Einzahlungen zu gut, so kann ihm für die ordentlichen jährlichen Zahlungen nur von seinem Gläubiger Aufschub ertheilt werden. Die Aufschubertheilung ist jedoch der Anstalt gegenüber nur dann wirksam, wenn sie ihr mitgetheilt worden.

## §. 6.

Durch Uebereinkunft zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger kann die Zahl der jährlich zu bezahlenden Prozente jederzeit abgeändert werden.



10. Oktober  
1849.

§. 7.

Es können auch von Anfang an oder später zwischen ihnen Verabredungen in der Weise getroffen werden, daß zum Beispiel die ersten fünf Jahre keine oder nur sehr mäßige Zahlungen an die Kapitaltilgung gemacht werden, oder daß diese wegen Mißgeschicken, die den Schuldner betreffen, auf einige Zeit eingestellt sein, oder daß sie allfällig ganz aufhören sollen, sobald das Kapital bis zu einem gewissen Grade getilgt ist.

§. 8.

Im letztern Falle haben sie ferner die Wahl, entweder den bis dahin eingezahlten Kapitaltheil mit Zins und Zinseszins fortarbeiten zu lassen, bis er zur Tilgung des vollen Schuldkapitals hinreicht, oder aber denselben unter Beachtung einer von der Anstalt zu bestimmenden Kündigungsfrist von höchstens zwei Jahren herauszunehmen.

§. 9.

Die Anstalt ist für die Einhaltung der vertragsmäßigen Zahlungen und Termine von Seite des Schuldners besorgt. Binnen der ersten dreißig Tage nach der Verfallzeit erläßt sie an den Schuldner eine freundliche Mahnung und leitet nach Ablauf von drei Monaten, von dem Verfalltage an gerechnet, die Betreibung gegen ihn ein, wenn die Mahnung fruchtlos geblieben ist.

§. 10.

Alle Einzahlungen, welche der Schuldner an die Anstalt macht, sind rechtlich als Zahlungen an den Gläubiger zu betrachten. Vorbehalten sind einzig die im §. 4 bemerkte Abrechnungsbefugniß des Schuldners und die im §. 13 am Ende bemerkte Haftbarkeit der Einzahlungen gegen die Anstalt.

## §. 11.

10. Oktober  
1849.

Die Anstalt führt über die Tilgung jedes Schuldkapitals eine besondere Rechnung.

Dem Schuldner werden auf dieser Rechnung alle Kapitaleinzahlungen nebst den Zinsen davon zu gut geschrieben.

Der Zins für die im Laufe eines Jahres gemachten Kapitaleinzahlungen wird ihm für das volle Jahr angerechnet, wogegen er für die Zeit, um welche die Zahlung verspätet worden, der Anstalt einen Verspätungszins sowohl von der Zins- als der Kapitaleinzahlung zu vergüten hat.

Der Zins wird wechselseitig zu vier vom Hundert berechnet. Dieser Zinsfuß kann jedoch im Verlaufe der Zeit ermäßigt werden, wenn der landesübliche Zinsfuß für Hypothekendarlehn unter vier vom Hundert herabsinken sollte.

## §. 12.

Für das Rechtsverhältniß der Anstalt zu dem Gläubiger gelten im Allgemeinen die §§. 18, 19 und 20 des Reglements über die Hypothekarkasse mit den folgenden Beifügungen.

## §. 13.

Der Gläubiger kann sich eine regelmäßige Auszahlung der Zinse durch die Anstalt auf frühestens vierzehn Tage nach dem für den Schuldner bestimmten Verfalltage ausbedingen, abgesehen davon, ob der Schuldner den Zins auf diesen Tag wirklich einbezahlt oder nicht. In diesem Falle ist der Gläubiger zu der im §. 5 bemerkten Aufschuberteilung an den Schuldner nicht berechtigt.

Die Anstalt wird diese Bedingung in allen Fällen

10. Oktober  
1849.

eingehen, wo sie für den Zinsvorschuß, den sie möglicherweise zu machen im Falle ist, entweder in dem Schuldtitel oder in den bereits stattgefundenen Einzahlungen, welche nebst dem Gläubiger persönlich für den möglichen Zinsvorschuß haften, hinreichende Sicherheit hat.

§. 14.

Die Aushändigung des Kapitals an den Gläubiger geschieht je nach der Verabredung zwischen ihm und der Anstalt, entweder sobald der Schuldner das Kapital vollständig getilgt, oder sobald die zum voraus zu berechnende Tilgungsperiode zu Ende gelaufen ist, oder auch abtheilungs- und terminenweise je zu einem Drittel, Viertel u. s. w. — Die Anstalt wird jedoch nie in einen Kapitalvorschuß für den Schuldner sich einlassen und die Aushändigung immerhin nur soweit leisten, als von dem Schuldner das Kapital wirklich getilgt ist.

§. 15.

Statt einer Aushändigung des Kapitals kann der Gläubiger auch die Wiederanwendung desselben durch die Anstalt verlangen nach den Regeln, welche in dem §. 19 des Reglements über die Hypothekarkasse oder in dem zwischen ihm und der Anstalt bestehenden Kontrakte bestimmt sind.

§. 16.

Für die ihr zur Verwaltung übertragenen Titel stellt die Hypothekarkasse den Gläubigern auf ihren Namen lautende übertragbare Kapital- und Zinsscheine aus, worin der Bestand und Titel der Kapitalien, der jährliche Zinsbetrag und Zinstag und die festgestellten Ablosungs- und Verwaltungsbedingungen anzugeben sind.

Ein solcher Schein wird je nach dem Verlangen

des Gläubigers entweder für jeden Titel besonders oder für einen Complex von Titeln ausgestellt. 10. October 1849.

§. 17.

Die Kapital- und Zinsscheine gelten als Beweis des Rechtes auf die von der Anstalt verwalteten Titel.

Diese Letztere leistet die Zins- und Kapitalzahlungen nur gegen den Vorweis dieses Scheines und nur an den darin genannten Besitzer.

§. 18.

Für Titel, welche mindestens doppelte, in Grundpfändern des hiesigen Kantonsgebietes bestehende Sicherheit darbieten, ist die Hypothekarkasse ermächtigt, die ausgestellten Kapital- und Zinsscheine zu garantiren.

Die Garantie besteht in der Haftbarkeit für den Kapitalbetrag und einen rückständigen Zins. Sie erstreckt sich jedoch nicht auf Verluste, welche in einer durch Zufall herbeigeführten Verminderung des Grundpfandwerthes ihren Grund haben.

Ueber die Hinlänglichkeit der Sicherheit der Titel hat die Kreditkommission zu entscheiden.

§. 19.

Auf jedem Kapital- und Zinsscheine wird von der Anstalt auf Verlangen bescheinigt, bis auf welchen Grad die Tilgung des Kapitals vorgerückt, und welches die Summe ist, welche der Gläubiger von der Anstalt von daher zu gut hat.

§. 20.

Die Gebühr für eine mit der Tilgung nach dem Annuitätensysteme verbundene Gültenverwaltung ist auf zwei und ein halbes vom Hundert des jährlichen Zinsbezuges bestimmt. Sie wird von dem Zinse, welcher dem Gläubiger ausbezahlt wird, erhoben, wenn es zwi-

10. Oktober 1849. schen ihm und dem Schuldner nicht anders verabreicht worden ist.

## II. Kapitaltilgungen durch Anlegung von Tilgungsfonds.

### §. 21.

Will ein Gläubiger die Verwaltung seines Kapitals in Händen behalten, gleichwohl aber seinem Schuldner die Wohlthat einer allmäligen Tilgung nach dem Annuitätensystem einräumen, so kann dieß durch Anlegung eines Tilgungsfonds bei der Hypothekarkasse geschehen.

### §. 22.

In der dortigen Uebereinkunft zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger ist das Kapital, welches getilgt werden soll, genau zu beschreiben und die Zahl der Tilgungsprozente zu bestimmen, welche der Schuldner jährlich einbezahlen soll. Im Uebrigen gelten für dieses Geschäft die nämlichen Bestimmungen, welche oben in den §§. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14 und 15 enthalten sind.

Die Aushändigung des Tilgungsfonds an den Gläubiger geschieht nur gegen die Herausgabe des Forderungstitels, oder gegen einen in demselben eingetragenen Empfangschein, falls das Kapital noch nicht ganz getilgt ist.

### §. 23.

Will der Gläubiger zu einer Uebereinkunft in obigem Sinne nicht Hand bieten, so kann der Schuldner auch einseitig zur Anlegung eines Tilgungsfonds schreiten, zu welchem Ende er in einer der Anstalt einzugebenden Erklärung das zu tilgende Kapital genau zu be-

schreiben und die Zahl der Tilgungsprozente, die er jährlich einbezahlen will, anzugeben hat. 10. Oktober 1849.

§. 24.

In diesem Falle bleiben die an die Anstalt geleisteten Einzahlungen rechtliches Eigenthum des Schuldners, bis sie nach Mitgabe des §. 26 an den Gläubiger ausbezahlt sind.

§. 25.

Unterläßt der Schuldner zwei Jahre nach einander die bestimmten jährlichen Einzahlungen zu machen, so wird er angesehen, als habe er auf die Weiterführung des Tilgungsfonds verzichtet. Die Anstalt schließt in diesem Falle seine Rechnung ab und gibt ihm den Betrag seiner Einlagen ohne Zinsvergütung heraus. Er ist jedoch zu entschuldigen, wenn seine Säumnis nachweislich in einem Unglücksfalle ihren Grund hat.

§. 26.

Sobald der Tilgungsfond auf den Betrag des abzulösenden Schuldkapitals angewachsen ist, kann die Hypothekarkasse, nachdem sie den Schuldner davon benachrichtigt hat, die Ablösung ausführen.

Dem Schuldner steht es frei, schon früher die Verwendung des Tilgungsfonds zur Ablösung zu verlangen, wenn er entweder den fehlenden Betrag beischießt, oder die Ablösung auch eines Theils des Schuldkapitals erfolgen kann.

Der Tilgungsfond darf zu keinem andern Zwecke als zur Ablösung der betreffenden Schuld verwendet werden. Die Anstalt gibt ihn anders nur heraus, wenn der Schuldner unter gerichtliche Liquidation fällt, oder wenn bescheinigt wird, daß die Schuld auf andere Weise getilgt worden ist.



10. Oktober  
1849.

§. 27.

Die Verwaltungsgebühr der Anstalt in den Fällen der §§. 21 und 23 ist auf zwei vom Hundert des jährlich dem Tilgungsfond zu gut geschriebenen Zinses bestimmt.

**III. Uebernahme von Hypothekartiteln zum Eigenthum und Vermittlung von Hypothekendarlehn.**

§. 28.

Titel, welche die im §. 18 bemerkte Sicherheit darbieten und nach dem Annuitätensystem ablösbar sind, können von der Anstalt eigenthümlich übernommen, und dem Gläubiger dafür unmittelbar auf die Anstalt lautende Schuldscheine zugestellt werden.

Die Schuldscheine sind nach dem gleichen Zinsfuße wie der übernommene Titel verzinsbar und nach bestimmten, mit der Tilgung des übernommenen Kapitals möglichst zusammenfallenden Terminen ablöslich.

Das Kapital eines übernommenen Titels kann auf Begehren des Gläubigers in mehrere Schuldscheine vertheilt und, umgekehrt die Kapitale mehrerer übernommenen Titel in einen einzigen Schuldschein verschmolzen werden.

§. 29.

Die Gebühr, welche im Falle des vorigen Paragraphen die Anstalt bezieht, wird nach den Grundsätzen des §. 20 berechnet. Statt einer jährlichen Gebühr kann eine einmalige verhältnißmäßig zu berechnende Provision bezahlt werden.

§. 30.

Zur leichtern Vermittlung von Hypothekendarlehn und von Verkäufen und Käufen von Hypothekartiteln



kann die Anstalt ein Bureau für dahertige Nachfragen und Angebote eröffnen. 10. Oktober 1849.

Die nähere Einrichtung dieses Bureau's, so wie die Gebühren, welche für dahin einschlagende Geschäfte zu bezahlen sind, werden durch ein besonderes Regulativ bestimmt.

#### IV. Allgemeine Bestimmungen.

##### §. 31.

Die im §. 21 des Reglements über die Hypothekarkasse ausgesprochene Haftbarkeit des allgemeinen Staatsvermögens und speziell des Grundvermögens der Hypothekarkasse gilt auch für die Verbindlichkeiten, welche die Hypothekar- und Schuldentilgungskasse in Folge des gegenwärtigen Reglements eingehen wird.

##### §. 32.

Ueber die Verwaltung und den Fortgang der Hypothekar- und Schuldentilgungskasse, und über den Vermögensbestand der Anstalt soll jährlich ein besonderer Bericht dem Großen Rathe vorgelegt und öffentlich bekannt gemacht werden.

##### §. 33.

Dieses Reglement ist öffentlich bekannt zu machen und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete einzurücken.

Gegeben in Bern, den 10. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Weyermann.**

24. Oktober  
1849.

## D e k r e t.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
auf den Vortrag des Regierungsrathes, ermächtigt  
und genehmigt die Verbindung einer allgemeinen Schul-  
dentilgungsanstalt mit der Hypothekarkasse auf den  
Grundlagen des von dem Regierungsrathe erlassenen  
Reglements vom 10. Oktober 1849.

Gegeben in Bern, den 24. Oktober 1849.

Namens des Großen Rathes:  
Der Stellvertreter des Vizepräsidenten,

**Scherz.**

Der Staatschreiber,  
A. Weyermann.

24. Oktober  
1849.

## G e s e t z

über

den Loskauf von Eigenthums- und Nutzungsrechten  
auf Bäume.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in der Absicht, Uebelstände zu heben, welche das  
Grundeigenthum belästigen und den freien Verkehr mit  
demselben hemmen,

auf den Antrag der Direktion der Justiz und Po-  
lizei und nach Vorberathung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

Art. 1.

Alle Eigenthums- und Nutzungsrechte auf Bäume,  
die auf cultivirtem Grund und Boden dritter Personen

sich befinden, sind von nun an loskänflich. Die Errichtung solcher Rechte ist von nun an verboten.

Art. 2.

Der Eigenthümer eines Grundstückes, welcher dasselbe von solchen darauf haftenden Rechten befreien will, muß diese Absicht den Besitzern derselben ankünden und wird dadurch zur Bezahlung einer Loskaufssumme verpflichtet, die dem Werthe des betreffenden Rechts gleich kommt.

Art. 3.

Können die Betheiligten sich über den Belauf derselben nicht verständigen, so ist solcher auf dem Wege der gerichtlichen Schätzung zu bestimmen.

Art. 4.

Die Kosten der gerichtlichen Schätzung in erster Instanz fallen dem Ankündiger (Art. 2) zu bezahlen auf. Im Falle der Appellation (§. 339 des Prozeßgesetzes) hat das Gericht zu entscheiden, welcher Partei die dießfälligen Kosten auffallen.

Art. 5.

Gehört die Loskaufssumme mehreren Personen, und können sich diese über die Theilung derselben nicht vereinigen, so kann der Loskäufer solche ohne Weiteres hinter den Richter legen.

Der dießfällige Empfangschein dient ihm zur Entladung.

Die Erstern können den Streit über die Theilung unter sich zur gerichtlichen Erledigung bringen.

Art. 6.

Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 1850 in Kraft.

24. Oktober  
1849.

Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, durch einmaliges Einrücken ins Amtsblatt bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 24. Oktober 1849.

Namens des Großen Rathes:  
Der Stellvertreter des Vizepräsidenten,  
**Scherz.**

Der Staatschreiber,  
**A. Weyermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt

die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.

Bern, den 25. Oktober 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,  
**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,  
**Mr. v. Stürler.**

## **Verordnung**

betreffend

die Uebertragung des Steuerbureau's an die  
Ohmgeldverwaltung.

3. November  
1849.

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
gestützt auf den §. 37 des Gesetzes über die Orga-  
nisation der Finanzverwaltung,

auf den Vortrag der Finanzdirektion,  
verordnet:

3. November  
1849.

1) Die Verwaltung und Besorgung des directen Steuerwesens wird dem Bureau der Ohngeldverwaltung übertragen.

2) Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und soll in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Bern, den 3. Wintermonat 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

Stämpfli.

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

## G e s e z

über

7. November  
1849.

die Ausdehnung der Militärsteuerverpflicht auf niedergelassene Fremde und einige andere Ergänzungen der Gesetze über die Militärsteuer.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
auf den Vortrag der Finanzdirektion und des Regierungsrathes,

beschließt:

§. 1.

Die nichtschweizerischen männlichen Einwohner des Kantons, die seit einem Jahre oder länger den Kanton bewohnen, haben als Ersatz für die persönliche Militärdienstleistung vom angetretenen einundzwanzigsten bis zum zurückgelegten neununddreißigsten Altersjahre die

7. November 1849. nämliche Steuer zu bezahlen, welcher nach den Bestimmungen der Militärorganisation die vom persönlichen Militärdienste ausgenommenen Schweizerbürger unterworfen sind.

Vorbehalten sind die Bürger derjenigen Staaten, mit welchen der hiesige Kanton darüber in besondern Vertragsverhältnissen steht.

### §. 2.

Jeder der Militärsteuerpflicht Unterworfenen bezahlt jährlich mindestens drei Franken. Im Uebrigen gilt der Besteuerungsmaßstab, welcher in den §§. 80 und 81 der Militärorganisation vorgeschrieben ist. Vom reservepflichtigen Alter hinweg wird nur die Hälfte bezahlt.

Nur die Besteuernten (§. 6 des Gesetzes über das Armenwesen) sind, so lange die Besteuerung dauert, von jeder Bezahlung befreit.

Geistesranke und arbeitsunfähige körperlich Gebrechliche bezahlen die Militärsteuer, sofern sie ein Vermögen von mehr als fünftausend Franken oder ein dieser Summe entsprechendes Einkommen besitzen. In diesem Falle bezahlen sie das Verhältnismäßige von ihrem ganzen Vermögen oder Einkommen.

### §. 3.

Zur Entscheidung von Beschwerden, welche die Finanzdirektion gegen die Taxation eines oder mehrerer Bezirke im Ganzen sowohl als wegen einzelner Personen einzulegen berechtigt ist, kann der Regierungsrath durch eine oder mehrere von ihm frei zu ernennende Kommissionen die Schätzung der betreffenden Bezirke revidiren und nöthigenfalls eine Schätzungsausgleichung für den ganzen Kanton anordnen.

## §. 4.

7. November  
1849.

Militärsteuerpflichtige, welche an dem zur Taxation angesetzten Tage weder persönlich noch durch einen Vertreter erscheinen, werden angesehen, als haben sie auf das Beschwerderecht gegen die sie betreffende Taxation verzichtet.

## §. 5.

Militärsteuerpflichtige, welche sich der Militärsteuerpflicht für ein oder mehrere Jahre entzogen, haben die rückständige Gebühr, vermehrt durch einen Zuschlag im Betrage der Hälfte des Rückstandes, nachzubezahlen.

## §. 6.

Wenn infolge eines allgemeinen oder eines größern Truppenaufgebotes die Ausschreibung einer außerordentlichen Vermögens- und Einkommenssteuer nothwendig wird, so kann durch Beschluß des Großen Rathes für das betreffende Jahr auch eine entsprechende Erhöhung der Militärsteuer stattfinden.

## §. 7.

Dieses Gesetz tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft und ist auch für den Militärsteuerbezug des laufenden Jahres anwendbar.

Gegeben in Bern, den 7. November 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Miggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
beschließt:

Vorliegendes Gesetz soll in Vollziehung gesetzt und  
Jahrgang 1849.



7. November 1849. in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Bern, den 9. November 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

### **Impfgesetz.**

7. November 1849.

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in Betracht:

daß die Schutzpockenimpfung ein sicheres Schutzmittel gegen die früher so verheerend aufgetretenen Menschenblattern ist, daß aber dessen ungeachtet noch Viele, aus Nachlässigkeit oder von Vorurtheilen befangen, dieselbe unterlassen und dadurch ihre Mitbürger gefährden;

in der Absicht, den aus diesem Grunde in den letzten Jahren wieder häufiger auftretenden Menschenblattern vorzubeugen;

auf den Antrag des Regierungsrathes und nach geschehener Vorberatung durch die Direktion des Innern (Abtheilung Gesundheitswesen),

beschließt:

#### **§. 1.**

Es sollen von nun an allen Kindern vor dem Eintritt in das schulpflichtige Alter die Schutzpocken eingeimpft werden.

## §. 2.

7. November  
1849.

Die bereits im schulpflichtigen Alter befindlichen Kinder, welche noch nicht geimpft sind, sollen innerhalb Jahresfrist von der Bekanntmachung dieses Gesetzes hinweg geimpft werden.

## §. 3.

Nach Verfluß der im vorigen Paragraphen bestimmten Frist soll für alle bereits in Schulen und überhaupt in Anstalten befindlichen und neu eintretenden Kinder durch Vorweisung eines ärztlichen Zeugnisses (Impfschein u. s. w.) bescheinigt werden, entweder daß sie mit Erfolg geimpft seien oder erheblicher Gründe wegen einstweilen nicht geimpft werden können, oder endlich daß sie die ächten Menschenblattern gehabt haben.

Die Lehrer und Vorsteher von Anstalten sind für die Befolgung dieser Vorschriften verantwortlich und verpflichtet, dem Kreisimpfärzte des betreffenden Bezirks im Anfange jedes Schulhalbjahrs diejenigen Kinder namentlich zu bezeichnen, welche entweder ohne Erfolg oder noch gar nicht geimpft sind, auch die Blattern nicht gehabt haben.

## §. 4.

Das Impfen der Schuppocken ist nur den Ärzten erlaubt.

## §. 5.

Es sollen Kreisimpfärzte bestellt werden. Denselben liegt ob: die Aufsicht über das Impfwesen überhaupt, besonders aber die Impfung der Armen.

Ihre nähern Obliegenheiten wird der Regierungsrath bestimmen.

Die Ernennung, so wie die Bestimmung ihrer Kreise ist Sache der Direktion des Innern.

7. November  
1849.

§. 6.

Die Kreisimpfärzte erhalten als solche vom Staate als Entschädigung für ihre Bemühungen für jede an Armen ihres Bezirks verrichtete und gelungene Impfung fünf Bazen. Impfscheine an Arme des Kreises sind unentgeltlich zu verabreichen, für solche an Vermögliche darf zwei Bazen gefordert werden.

§. 7.

Für guten Impfstoff hat die Direktion des Innern zu sorgen. Sie kann zu diesem Zwecke einerseits diejenigen Kreisimpfärzte, welchen sie die Impfstoffdepots überträgt, oder andere Personen, welche ihr ächten Kuhpockenstoff liefern belohnen.

Der Kreisimpfarzt hat das Recht, von den Geimpften zu verlangen, daß sie sich zu einer von ihm zu bestimmenden Zeit zur Untersuchung über den Erfolg der Impfung stellen. Dergleichen kann er von denselben, jedoch mit gebührender Schonung, Impfstoff für andere Impflinge nehmen.

§. 8.

Diejenigen Aerzte, welche außer dem betreffenden Kreisimpfarzte in dessen Kreis impfen, sind verpflichtet, ein vorschriftgemäßes Namensverzeichnis der von ihnen Geimpften dem Kreisimpfarzte alljährlich vor Ende Januars einzugeben.

§. 9.

Wenn Fälle von Menschenblattern vorkommen, sollen die Angehörigen der Kranken oder die diese behandelnden Aerzte sofort dem betreffenden Regierungsstatthalter zu Handen der Kreisimpfärzte Anzeige machen. Die Letztern haben die zu Verhütung der weitem Verbreitung der Blattern nöthigen Vorlehen zu treffen,

wofür sie Anspruch auf Entschädigung haben. Nöthigen- 7. November  
falls sind sie berechtigt, die Unterstützung der Polizeibe- 1849.  
hörden zu verlangen.

§. 10.

In Häusern, in welchen Fälle von Menschenblattern vorkommen, und in Ortschaften, in denen die Blattern allgemein verbreitet sind, sollen sich die Personen, welche dieselben noch nicht gehabt haben oder noch nicht geimpft sind, sofort impfen lassen. Personen aber, welche vor mehr als fünfzehn Jahren geimpft worden, ist die Wiederholung der Impfung zu empfehlen.

Denjenigen, auf welche sich dieser Paragraph bezieht, ist der Besuch von Blatternkranken außerhalb ihrer Familie verboten; überhaupt sollen die Besuche bei Blatternkranken möglichst eingeschränkt werden.

§. 11.

Widerhandlungen gegen die §§. 1, 2, 3, 4 und 7 sind mit einer Buße von ein bis fünfundzwanzig Franken per Kind, solche gegen die §§. 8, 9 und 10 aber, soweit es die Eingabe der Verzeichnisse, die Anzeigen von Blatternfällen, das Ausgangs- und Besuchsverbot bei solchen Kranken betrifft, mit einer Buße von vier bis fünfundzwanzig Franken zu bestrafen. In den auf die §§. 1 und 2 bezüglichen Fällen soll jedoch nur dann gestraft werden, wenn nicht durch ärztliche Zeugnisse erhebliche Gründe für die Nichtimpfung geltend gemacht werden können. Kann die Buße nicht geleistet werden, so tritt verhältnismäßige Gefangenschaft ein. In Wiederholungsfällen soll dieselbe wenigstens um einen Drittel erhöht werden.

In allen denjenigen Fällen, wo wegen Nichtimpfung ein Strafurtheil gefällt wird, soll der Richter die Frist

7. November 1849. bestimmen, inner welcher die Impfung nachzuholen ist. Wenn nicht inner dieser Frist Folge geleistet wird, o ist dieses als wiederholte Widerhandlung zu bestrafen.

Die Bußen sollen zu Händen der Armen verwendet werden und da, wo Armenvereine bestehen, diesen zufallen.

Alle Strafurtheile, welche infolge dieses Gesetzes ausgesprochen werden, sollen vom betreffenden Richter- amte inner den ersten zehn Tagen nach der Urtheils- fällung der Direktion des Innern mitgetheilt werden.

§. 12.

Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 1850 in Kraft. Es soll gedruckt und durch Anschlag sowie durch Auf- nahme in die Sammlung der Gesetze und Dekrete be- kannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 7. November 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.

Bern, den 9. November 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathschreiber,

M. v. Stürler.

7. November  
1849.

---

**G e s e z**  
über  
das Gewerbswesen.

---

Der Große Rath des Kantons Bern,  
in der Absicht, den Bestimmungen des §. 79 der  
Staatsverfassung über das Gewerbswesen ein Genüge zu  
leisten,

auf den Vortrag der Direktion des Innern und  
des Regierungsrathes,

beschließt:

**I. Allgemeine Bestimmungen über den Gewerbsbetrieb.**

§. 1.

Dem gegenwärtigen Gesetze sind alle Gewerbe und  
Berufe unterworfen, welche nicht blos auf die Land-  
wirthschaft gerichtet sind; die Ausnahmen und nähern  
Bestimmungen vorbehalten, welche im Verlaufe des Ge-  
setzes vorkommen.

§. 2.

Fabrikationen zum eigenen Bedarf unterliegen  
den Bestimmungen dieses Gesetzes nur insofern, als durch  
ungeschickte oder fahrlässige Ausübung derselben gemeine  
Gefahr erwachsen könnte.

§. 3.

Den Kantonsbürgern und den im Kanton nie-  
dergelassenen Schweizerbürgern steht unter Be-  
achtung der nachfolgenden Bestimmungen und der die  
einzelnen Gewerbe besonders betreffenden Gesetze das  
Recht der freien Ausübung eines jeden Gewer-  
bes zu (Bundesverfassung Art. 41, Kantonsverfassung  
§. 70).

7. November  
1849.

§. 4.

Im Kanton Niedergelassene fremder Staaten können das Recht der freien Ausübung eines Gewerbes erlangen, wenn in ihren Staaten den bernischen Bürgern das gleiche Recht zusteht. (Kantonsverfassung §. 79.)

Der Fremde hat sich demnach genügend auszuweisen, daß bernische Staatsbürger in seinem Heimathstaate unter nicht lästigern Bedingungen als die eigenen Staatsbürger das Gewerbe, um dessen Ausübung er sich bewirbt, betreiben können.

Insbefondere hat er sich auszuweisen, daß ein bernischer Staatsbürger

- a. zur Ausübung des betreffenden Gewerbs der Erwerbung des Staatsbürgerrechts gegen Bezahlung einer besondern Gebühr nicht bedarf;
- b. daß er für die allfällig nothwendige Aufnahme in das Gemeindsbürgerrecht, in die Zünfte (Gilden, Gewerk, Innung, Amt), oder für die Erwerbung des Wohnrechts, keine mehreren Lasten noch Abgaben an Staat, Gemeinden und Korporationen zu bestreiten habe, als die eigenen Staatsbürger.

Wenn ein fremder Staat hiesige Angehörige von besonders wichtigen Gewerbszweigen ausschließt, so kann der Regierungsrath gegen die Angehörigen jenes Staats eine theilweise oder gänzliche Ausschließung von der Gewerbsausübung in dem hiesigen Kanton verordnen, bis der betreffende Staat seine beschränkenden Verfügungen zurückgenommen hat.

§. 5.

Ausgenommen von dem Nachweise des Gegenrechts sind die niedergelassenen Bürger derjenigen fremden



Staaten, mit welchen der hiesige in Betreff der Gewerbsausübung in besondern Vertragsverhältnissen steht, für welche Fälle die dahierigen Verträge Regel machen. Ueberdies kann der Nachweis des Gegenrechts denjenigen Bürgern fremder Staaten erlassen werden, welche

7. November  
1849.

- 1) einen im Gebiete des Kantons bisher nicht bestanden oder in seiner Ausübung vervollkommeneten Gewerbszweig einzuführen, oder eine neue, dem Lande nützliche Fabrikation auszuüben beabsichtigen, worüber jeweilen das Gutachten Sachverständiger einzuholen ist;
- 2) als politische Flüchtlinge das Asylrecht genießen.

§. 6.

Niedergelassene Fremde, welche ein Gewerbe ausüben, haben als Gegenwerth für die Erfüllung solcher Pflichten, welche den hierseitigen Staats- und Gemeindegürgern als solchen gegenüber dem Staate (Militärpflicht) und der Gemeinde (Beamtungen, Vormundschaften) obliegen, eine besondere Gebühr, im erstern Fall an den Staat, im letztern an die betreffende Gemeinde zu leisten. Die an den Staat zu entrichtende Gebühr wird durch das Gesetz, die an die Gemeinden zu leistende durch eine vom Regierungsrathe zu erlassende Verordnung bestimmt.

§. 7.

Von dem freien Gewerbsbetriebe sind die Regalien ausgenommen.

§. 8.

Jeder, der einen Beruf oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben will, hat sich am Orte seines Wohnsitzes in das öffentliche Register der Gewerbetreibenden eintragen zu lassen. Dieses nach einem

7. November  
1849.

bestimmten Formular angefertigte Register wird von der Ortspolizei einer jeden Einwohnergemeinde geführt (§. 22).

§. 9.

Jeder Gewerbtreibende ist befugt, seine Erzeugnisse durch ein Unterscheidungszeichen (Namenszug, Wappen u. dgl.) erkennbar zu machen, und dasselbe dem Register der Gewerbtreibenden beizufügen (besondere Marke.)

Auf Verlangen der Gewerbtreibenden kann nach dem Ermessen des Regierungsraths

- 1) eine allgemeine, der gleichen Industrie und dem gleichen Kreise angehörige Marke festgesetzt werden, welche von den Berechtigten nur unter der Bedingung einer bestimmten Qualität des Fabrikates auf dasselbe gebracht werden darf (öffentliche Marke);
- 2) ein Stempel eingeführt werden, welcher nach vorgängiger, auf Verlangen des Waareneigenthümers geschehender Prüfung des Fabrikates von einer dazu bestellten Behörde aufgeprägt wird, und eine gewisse Qualität desselben bezeugt (amtlicher Stempel §§. 99 und 100).

§. 10.

Alle drei Arten von Marken (§. 9) können auf einem und demselben Fabrikate vereinigt werden.

Die nähern Bestimmungen über die Einführung solcher Marken bleiben für einzelne Industriezweige besondern Verordnungen vorbehalten.

II. Berufsarten und Gewerbe, welche zur Ausübung einer besondern Bewilligung des Staates bedürfen.

§. 11.

Eine besondere polizeiliche Genehmigung ist erforderlich:

- 1) zu dem Beginn solcher Gewerbe, bei welchen entweder durch ungeschickten Betrieb, oder durch Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht die Erreichung allgemein polizeilicher Zwecke gefährdet werden kann, oder wo das Gemeinwohl besondere Sicherheit erfordert; 7. November 1849.
- 2) zur Errichtung und Benutzung gewerblicher Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können.

#### A. Berufs- und Gewerbspatente.

##### §. 12.

Eine besondere Bewilligung zur Ausübung ihres Berufs oder Gewerbs (Berufs- oder Gewerbspatent §. 11, Nr. 1) bedürfen namentlich

- 1) diejenigen, welche sich über ihre besondere Befähigung auszuweisen haben, nämlich:
  - a. Advokaten, Agenten und Notarien;
  - b. Aerzte, Apotheker, Thierärzte, Zahnärzte, Hebammen und Bader;
  - c. öffentliche Lehrer, Privatlehrer mit Ausnahme der Hauslehrer, Unternehmer von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten jeder Art;
  - d. Förster, Feldmesser, Ingenieure, Architekten, Maschinisten bei Dampfmaschinen und Fabriken, Vorsteher chemischer Fabriken, Mühle- und Maschinenbauer;
  - e. Hufschmiede;
- 2) die Gast- und Schenkwirthe, Kleinhändler und

7. November  
1849.

Fabrikanten geistiger Getränke, die Vorsteher von Bad- und Turnanstalten, Tanz- und Fechtschulen, die Schauspielunternehmer, die Hausirer, die den Märkten nachgehenden Krämer, die fremden Handelsreisenden, die Führer der Reisenden und die Lohnbedienten.

- 3) Die Vorsteher von Privatfrankenanstalten, die Vorsteher und Agenten der Versicherungsanstalten aller Art, Kreditanstalten, Sparkassen, die Unternehmer von Lotterien, die Pfandleiher, Schlosser und Kaminfeger, die Verkäufer giftiger Substanzen.

§. 13.

Die nach den Bestimmungen der §§. 11 und 12 zu ertheilenden Berufs- oder Gewerbspatente sind, auf die Person lautend, entweder auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebensdauer, nach den darüber bestehenden oder noch zu erlassenden Spezialgesetzen und Verordnungen durch die betreffenden Behörden auszustellen.

B. Bau- und Einrichtungsbewilligungen.

Gewerbscheine.

§. 14.

Zur Errichtung der neuen nachbezeichneten gewerblichen Anlagen bedarf es einer besondern Bau- oder Einrichtungsbewilligung (§. 11, Nr. 2.):

- 1) Vorzugsweise aus Gründen der Personen- und Sittenpolizei:

die Gast- und Schenkhäuser, Vergnügungsorte, Badanstalten.

- 2) Vorzugsweise aus sanitarischen Gründen und Gründen der Belästigung der Nachbarn:

a. Die Apotheken, die Zubereitung und der Verkauf giftiger oder unangenehm riechender Stoffe; 7. November 1849.

b. Fleischerbänke und Schlachthäuser;

c. Gerbereien, Gerbesäße;

d. Leim-, Klauen- und Knochenfettiedereien;

e. Seifensiedereien und Kerzenfabriken;

f. Darmsaiten-, Pferdehaar- und Borstenfabriken;

g. Niederlagen von Häuten und nicht selbst fabricirtem Käse;

h. Niederlagen und Werkstätten, wo thierische Bestandtheile auf irgend eine Weise durch Maceration vorbereitet oder getrocknet, oder auf eine die Nachbarschaft oder das Publikum belästigende Weise zubereitet werden;

i. Abdeckereien.

3) Vorzugsweise aus feuerpolizeilichen Gründen:

a. die Bergwerke nach den Bestimmungen des Bergwerksgesetzes;

b. alle Hüttenwerke, Hochöfen, Eisen- und Kupferhammerschmieden, Drathhämmer;

c. alle kleinen Feueressen;

d. die Glashütten, Ziegelhütten, bleibende Kalk- und Gypsöfen, die Töpfereien, Porzellan- und Fayencefabriken;

e. alle Dampfwerte;

f. Färbereien und Bleichen, Wollen- und Baumwollenfabriken, Indiennesfabriken, Flachsspinnereien;

g. alle Anlagen zu Bereitung leicht explodirender, entzündbarer Stoffe, chemische Laboratorien und Fabriken, Weingeist- und Branntweinbrennereien;

7. November  
1849.

- h. alle Anlagen zu Aufbewahrung leicht explodirender, entzündbarer Stoffe, und Anhäufung größerer Quantitäten Holzkohlen;
  - i. Essigfabriken und Bierbrauereien;
  - k. Bäckereien und Stärkfabriken;
  - l. Waschhäuser.
- 4) Vorzugsweise aus wasserpolizeilichen Gründen:
- a. alle Wasserwerke;
  - b. alle Gewerke, durch welche ein fließendes Wasser verunreinigt und die Benutzung desselben zu andern Zwecken mehr oder weniger anhaltend unterbrochen oder beschränkt wird.
- 5) Vorzugsweise aus straßenpolizeilichen Gründen, mit Rücksicht auf die Nähe öffentlicher Anstalten und Gebäude:
- alle nahe bei Straßen und Wegen stehenden Hammerwerke, und die einen üblen Geruch oder starken Rauch verbreitenden gewerblichen Anlagen (Knochenstampfe).

#### §. 15.

Die nach §. 14 zu ertheilenden Bau- und Einrichtungsbewilligungen können, sofern nicht durch besondere Gesetze etwas Anderes verfügt ist, entweder auf den Namen des Eigenthümers der Lokalität oder auf den Namen des Gewerbetreibenden selbst ausgestellt werden.

Die Ausstellung darf nicht verweigert werden, sobald allen polizeilichen Vorschriften ein Genüge geleistet wird.

#### §. 16.

Die Bau- und Einrichtungsbewilligungen auf den Namen des Eigenthümers dürfen für solche Gewerbe



und Verufe, die gleichzeitig unter §. 12 begriffen sind, 7. November 1849.  
 nur unter dem Vorbehalt erteilt werden, daß das Gewerbe durch eine patentirte Person ausgeübt werde.

In diesem Falle hat bei Handänderungen der neue Eigenthümer behufs Eintragung in die Gewerbskontrolle der Ortspolizeibehörde innerhalb Monatsfrist davon Anzeige zu machen.

#### §. 17.

Zur Ausübung der im §. 14 bezeichneten Gewerbe, welche einer fortdauernden polizeilichen Beaufsichtigung bedürfen, sind besondere Gewerbscheine zu lösen. Dieselben sind auf den Namen des Gewerbtreibenden selbst und zwar auf bestimmte Zeit und für eine bestimmte Lokalität auszustellen. Von der Erhebung eines Gewerbscheines sind entbunden:

- a. die bestehenden Ehehaften;
- b. diejenigen Gewerbe, welche einer periodischen Erneuerung ihrer Patente unterworfen sind.

#### §. 18.

Die Gewerbscheine sind zu erneuern, wenn

- 1) das Gewerbe in demselben Lokal von einem Andern ausgeübt werden soll, als demjenigen, auf welchen der Gewerbschein lautet;
- 2) im gleichen Lokal ein neues Gewerbe mit dem vorhandenen verbunden, oder das bestehende wesentlich erweitert wird;
- 3) das Gewerbe in ein anderes Lokal verlegt wird;
- 4) die Zeit ausgelaufen ist, für welche der Gewerbschein ausgestellt wurde.

#### §. 19.

In dringenden Fällen, wenn durch die fernere Ausübung eines Gewerbes Gefahr droht, oder der Gewerbe-



7. November  
1849.

treibende sich den polizeilichen Anordnungen nicht fügt, soll die Polizeibehörde die Einstellung der Ausübung des Gewerbs anordnen, sowie die nöthigen Vorkehrungen zur Verhinderung von Schaden treffen.

§. 20.

Die Zurückziehung eines erteilten Berufs- oder Gewerbspatentes (§§. 12 und 13) oder eines Gewerbscheines (§. 17) kann einzig durch richterlichen Spruch geschehen.

§. 21.

Aus Gründen des öffentlichen Wohls kann die Benutzung einer jeden vom Staate bewilligten, gewerblichen Anlage zu jeder Zeit untersagt werden, jedoch nur gegen vollständige Entschädigung; es sei denn, daß bei der Ertheilung der Bewilligung für den Fall einer Zurückziehung derselben in Betreff der Entschädigung besondere Bestimmungen festgestellt worden.

§. 22.

Alle andern Gewerbe, welche nicht auf Ehehaften oder besondern Bewilligungen (§§. 12, 14, 17 und 23) beruhen, mit Inbegriff der kaufmännischen Gewerbe, dürfen auf eine einfache Anzeige bei der Ortsbehörde zur Eintragung in die Gewerbskontrolle (§. 8) ausgeübt werden.

§. 23.

Die bereits bestehenden Realberechtigungen (RealconzeSSIONen, Ehehaften) unterliegen, bezüglich auf die Einrichtung und Ausübung, den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Gesetzes.

§. 24.

Wer eine der im §. 14 bezeichneten Gewerbsanlagen oder Werkstätten neu errichten oder eine bereits beste-

bende Localität dazu benutzen will, hat sein Gesuch um die erforderliche Bau- und Einrichtungsbewilligung mit deutlicher Bezeichnung des Ortes, wo die Werkstätte oder Gewerbsanlage errichtet werden soll, dem Einwohnergemeindrath einzureichen. 7. November 1849.

Das Gesuch soll auf Unkosten des Bewerbers an dem betreffenden Orte, je nach der daselbst bestehenden Uebung, durch öffentliche Verlesung oder Anschlag, und überdies durch eine einmalige Einrückung in das Amtsblatt bekannt gemacht werden, mit der Aufforderung an diejenigen, welche sich der Gestattung desselben zu widersetzen gedenken, ihre Gründe während der Frist von dreißig Tagen, die von der Bekanntmachung durch das Amtsblatt zu laufen anfängt, schriftlich in die Gemeindschreiberei einzulegen.

Das Gesuch um eine Bau- und Einrichtungsbewilligung soll während dieser Frist zu Jedermanns Einsicht in der Gemeindschreiberei aufgelegt sein.

#### §. 25.

Nach Verlauf der Ankündigungsfrist hat die Ortspolizeibehörde über den Ort der zu errichtenden Werkstätte oder Gewerbsanlage und ihre Einrichtung in Hinsicht auf die den Polizeivorschriften entsprechende Zweckmäßigkeit derselben dem Regierungsstatthalteramte Bericht zu erstatten.

Nöthigenfalls hat der Regierungsstatthalter die Untersuchung an Ort und Stelle persönlich zu leiten, oder das Gutachten von Sachverständigen einzuholen.

#### §. 26.

In allen denjenigen Fällen, wo bloß feuerpolizeiliche, wasserpolizeiliche oder straßenpolizeiliche Gründe in Betracht kommen (§. 14), hat der Regierungsg.

7. November 1840. Statthalter über das Gesuch zur Ausführung der baulichen und der gewerblichen Einrichtungen zu entscheiden und entsprechenden Falls die polizeilichen Bedingungen festzusetzen.

§. 27.

In denjenigen Fällen, wo personenpolizeiliche, sittenpolizeiliche oder sanitätspolizeiliche Gründe in Betracht kommen, oder wo Oppositionen eingelangt sind, hat der Regierungsstatthalter die Akten mit dem allfälligen Gutachten der Sachverständigen und mit den Bauplänen und seinem motivirten Antrage an die Direktion des Innern zu senden, welche darüber entscheidet.

§. 28.

Ueber den Entscheid des Regierungsstatthalters oder der Direktion des Innern steht den Betheiligten das Recht der Weiterziehung an den Regierungsrath zu.

§. 29.

Der Entscheid der obern Behörden ergeht in der Form einer Weisung an die untern Behörden.

Der Bau- und Einrichtungsbewilligungsschein selbst wird in allen Fällen durch das Regierungsstatthalteramt ausgestellt.

§. 30.

Der Bau- und Einrichtungsbewilligungsschein soll enthalten:

- 1) Namen und Heimatsort desjenigen, dem er erteilt wird;
- 2) Bezeichnung des Lokals oder Grundstücks, mit Hinweisung auf das Grundbuch;
- 3) Bezeichnung des Gewerbes, für welches dasselbe bestimmt ist;
- 4) Bezeichnung des Bau- und Einrichtungsplanes

- 5) Bezeichnung des Zeitraumes, innerhalb dessen der. 7. November  
selbe auszuführen ist; 1849.
- 6) die Anführung des Beschlusses der obern Behörde,  
auf welche gestützt die Bewilligung erteilt wird;
- 7) die Bedingungen, unter welchen sie erteilt wird.

## §. 31.

Für die Ausübung des Gewerbes selbst hat der Regierungsstatthalter den Gewerbschein (§. 17) auszustellen, sofern die Bedingungen zur Bewilligung des Baues und der Einrichtung des Gewerbes erfüllt sind.

Da wo bei Erlass dieses Gesetzes die Baueinrichtungen schon bestehen, hat der Regierungsstatthalter sich von der Zweckmäßigkeit derselben für die Ausstellung des Gewerbscheines zu versichern.

Ueber den Entscheid des Regierungsstatthalters steht den Betheiligten das Recht der Weiterziehung an den Regierungsrath zu.

## §. 32.

Der Gewerbschein soll enthalten:

- 1) Namen und Heimathort desjenigen, für den er ausgestellt ist;
- 2) Bezeichnung des auszuübenden Gewerbes;
- 3) Bezeichnung des Lokals, in welchem dasselbe ausgeübt wird, uebst dem Namen des Eigenthümers (§. 16);
- 4) die Bedingungen, unter welchen das Gewerbe ausgeübt werden darf;
- 5) die Zeit, für welche der Gewerbschein gültig ist (§. 16).

## §. 33.

Die Ertheilung von Bau- und Einrichtungsbewilli-

7. November  
1849.

gungs- und Gewerbscheinen geschieht unvorgreiflich etwaiger Einreden privatrechtlicher Natur und allfälliger dadurch veranlaßten Urtheile des Civilrichters.

### III. Marktverkehr.

#### §. 34.

Wer die Märkte mit Waaren zum Behufe des Verkaufes derselben oder zur Ausübung eines Berufs oder Gewerbs besuchen will, hat ein Marktpatent zu lösen.

#### §. 35.

Von der Erhebung eines Marktpatentes sind alle diejenigen befreit, welche

- 1) landwirthschaftliche Rohprodukte, nuzbare Thiere, rohe oder einfach gedörrte Nahrungsmittel, gleichviel woher sie kommen, feilbieten;
- 2) im Kanton niedergelassen sind;
- 3) für den betreffenden Amtsbezirk ein Hausirpatent besitzen;
- 4) in einem Kanton der Schweiz niedergelassen sind, in welchem die bernischen Staatsbürger keine Marktpatente erheben müssen.

Der Verkehr mit den zu Märkte gebrachten Gegenständen unterliegt jedoch, gleich allen andern, der polizeilichen Aufsicht.

#### §. 36.

Nicht im Kanton Niedergelassene haben sich zu Erlangung eines Marktpatentes nach den Bestimmungen der §§. 4 und 5 über Gegenberechtigung hiesiger Staatsbürger und über guten Leumund auszuweisen. (Vergl. §. 93.)

#### §. 37.

Die Marktpatente sind von der Centralpo-

lizei auszustellen, und zwar jeweilen längstens für die Dauer des laufenden Jahres, entweder für alle, oder auch nur für einzelne Märkte und Ortschaften.

7. November  
1849.

Die Centralpolizei ist ermächtigt, den Regierungssstatthaltern der Grenzämter limitirte Marktpatente auszustellen, um dieselben an benachbarte Fabrikanten, Handelsleute und Krämer zum Besuche der Märkte in ihrem Amtsbezirke zu erteilen.

#### §. 38.

Die Marktpatente sollen enthalten:

- 1) den Namen, das Alter, den Wohn- und Heimathort des Trägers;
- 2) die Bezeichnung der Gegenstände, welche er auf den Markt bringt;
- 3) die Bezeichnung der Märkte, die er besuchen darf;
- 4) die Dauer der Gültigkeit des Marktpatentes.

Die Marktpatente können für einzelne Märkte auf andere Personen der Familie des Trägers übertragen werden.

#### §. 39.

Diejenigen, welche auf einem Jahr- oder Wochenmarkte Kaufmanns- und Krämerwaaren feilhalten, oder einen Beruf oder ein Gewerbe ausüben wollen, haben sich bei der Ortspolizeibehörde um die Ortsbewilligung zu bewerben, welche nicht verweigert werden kann, wenn der Betreffende sich gehörig ausgewiesen hat.

Fremde und nicht im Kanton Niedergelassene sind gehalten, ihr Marktpatent vorzuweisen.

#### §. 40.

Die Bewilligung neuer Jahr-, Monat- und Wochenmärkte und die Bewilligung zu Abänderung derselben werden vom Regierungsrathe erteilt.

7. November  
1849.

Die bestehenden Marktbewilligungen können einer Revision unterworfen werden.

§. 41.

Der Marktverkehr steht unter der Aufsicht der Ortspolizei. Dieselbe hat eine Lokalmarktordnung zu entwerfen und diese der Genehmigung des Regierungsrathes vorzulegen, welcher nach eingeholten Berichten der Direktionen des Innern und der Justiz und Polizei darüber entscheidet.

§. 42.

Jede Marktordnung soll über nachfolgende Gegenstände die nöthigen Bestimmungen enthalten:

- a. Aufstellung eines oder mehrerer Marktaufseher, in deren Pflicht die Führung einer genauen Kontrolle über die Marktpatente, die Ortsbewilligungen und über die Marktgebühren, welche sie einziehen, liegt;
- b. Bestimmung der Zeit und der Dauer der Jahrmärkte;
- c. Bezeichnung der Plätze für Aufstellung der Krämerstände und für den Pferd- und die verschiedenen Viehmärkte;
- d. die Sicherheitsmaßregeln während der Dauer des Marktes;
- e. die zu erhebenden Marktgebühren.

IV. Hausirverkehr und Berufsausübung auf kurze Zeit.

§. 43.

Das Einsammeln von Unterschriften oder Aufnahmen von Bestellungen, von Haus zu Haus, mit oder ohne Vorweisung von Mustern, bei andern als solchen Personen, welche mit dem betreffenden Artikel Handel treiben oder denselben in ihrem Gewerbe ver-



wenden, ist unter Vorbehalt nachfolgender Ausnahmen verboten. 7. November 1849.

§. 44.

Im Kanton angesessene Handelsleute, Fabrikanten, Handwerker und deren Angestellte bedürfen zur Aufnahme von Bestellungen bei solchen Personen, die mit den betreffenden Gegenständen Handel und Gewerbe treiben, keiner besondern Bewilligung.

§. 45.

Geschäftsreisende, welche für auswärtige Häuser im hiesigen Kanton Bestellungen bei den betreffenden Handels- und Gewerbsleuten (§§. 43 und 44) aufnehmen wollen, haben dafür ein Gewerbsbestellungspatent bei der Centralpolizei zu lösen, und zu diesem Zwecke sich nach den Bestimmungen des §. 4 über Gegenberechtigung und guten Leumund auszuweisen.

§. 46.

Diejenigen Personen, welche von Haus zu Haus Unterschriften für Bücher, Broschüren, Musikalien, Lithographien, Kupfer-, Stahl- und Holzstiche und Landkarten sammeln, oder mit diesen Gegenständen hausiren (§. 54), haben ein Patent zu erheben.

§. 47.

Der Hausirhandel, das ist das Herumtragen von nicht bestellten Waaren zum Verkaufen in den Straßen oder in den Häusern, ist sowohl für Einheimische als für nicht im Kanton Niedergelassene verboten.

Ebenso ist das Hausiren mit Pferden, Schafen und Schweinen untersagt.

§. 48.

Von dem allgemeinen Verbote des Hausirhandels

7. November  
1849.

sind ausgenommen und bedürfen keiner besondern Bewilligung:

- 1) sowohl solche Personen, welche im Kanton oder außer demselben ihren bleibenden Wohnsitz haben, für den Verkauf der zur Befriedigung des gewöhnlichen Lebensbedarfes bestimmten Erzeugnisse der Landwirthschaft und des Gartenbaues; ferner der Verkauf verschiedener Erdarten, Sand, Lehm, Thust, Ziegelmehl, Sägemehl, Kohlen und Vogelfutter;
- 2) die einheimischen Verkäufer von Brod, Käse, Butter, verschiedener im Kanton fabrizirter Holzwaaren, als Züßer, Brenten, Mäusefallen, Salzfüßer, Weinbahnen, Küchen- und Milchgeschirr aller Art, Bannen, Siebe, Körbe, Rechen, Gabeln, Weiselstöcke, Besen, Strohbüte, Strohmatte, Zunder, Feuersteine, gewöhnliche Schmelzhölzer, von Weg- und Schleifsteinen, Schiefertafeln und Griffeln, Finkenschuh, Kästücher;
- 3) der Hausirverkehr mit Hausirgegenständen innerhalb des Kirchspiels des Wohnortes des Hausirers.

§. 49.

Ferner sind von dem allgemeinen Verbote des Hausirhandels ausgenommen, aber der Erhebung eines Hausirpatentes unterworfen die Verkäufer:

- 1) von irdenem Küchengeschirr oder Töpferwaaren;
- 2) von Sicheln, Sensen und Schaufeln, so wie anderer Eisenwerkzeuge und Eisenwaaren, die in der Landwirthschaft, in Küche und Haus gebraucht werden, als: Kellen, Gabeln, Löffel, Messer, Hämmer, Zangen, Meißel, Bohrer, Scheeren, Nadeln, Stecknadeln, Fingerbüte, Haften;
- 3) von Saamen;

- 4) von baumwollenen, wollenen und leinenen Bändern, 7. November 1849.

Wolle zum Stricken, Faden und Garn;

§. 50.

Ein Hausirpatent haben ebenfalls zu erheben die Aufkäufer von Asche, Knochen, Lumpen, Pferd- und Kühaaren, Schweinsborsten, von altem Eisen, alten Kleidern, von Glas, Gold- und Silberasche.

§. 51.

Ferner haben zur hausirmäßigen Betreibung ohne Bestellung folgende Gewerbe besondere Hausirpatente zu erheben:

- 1) die Sieb-, Wannen- und Korbmacher, die Strohflechter, Sägenfeiler, Kesselflicker, Topfbinder, Scheerenschleifer, Glaser und Zinngießer;
- 2) diejenigen Personen, welche ihren Beruf von Ort zu Ort ausüben, als Schauspieler, Kunstfänger, Musikanten, Taschenspieler, Kunstreiter, Seiltänzer; ferner solche, welche Kunstwerke und Naturgegenstände von Ort zu Ort zum Zwecke des Erwerbs ausstellen.

§. 52.

Der hausirmäßige Betrieb ihres Gewerbes ist ohne besondere Bewilligung gestattet: den Müllern und Delern für die Erhebung und Abgabe des Mahl- und Delguts, den Garnbauchern für Erhebung und Abgabe des Garns, den Hechlern und Rabishoblern.

§. 53.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, noch für andere Gegenstände den Hausirverkehr zu gestatten.

Die Hausirpatente sind mit Ausnahme der unter §. 51 Nr. 2 nur an im Kanton angeessene, gut beleum-

7. November 1849. dete Personen auf Empfehlung des Gemeindrathes und des Regierungsstatthalters auszustellen.

§. 54.

Sowohl die Bestellungs- als Hausirpatente (§§. 45, 46, 49, 50 und 51) sind von der Centralpolizei für den ganzen Kanton oder für einzelne Amtsbezirke längstens auf die Dauer des laufenden Jahres auszustellen.

§. 55.

In jeder Gemeinde, wo der Hausirer von seiner Berechtigung Gebrauch machen will, hat er sich zuvor bei der Ortspolizeibehörde über seine Berechtigung, durch Vorlegung des Patents, auszuweisen.

Findet die Ortspolizeibehörde die Schriften in Ordnung, so kann sie dem Träger die Zahl der Tage bestimmen, während welcher er das Gewerbe in der Gemeinde ausüben darf. Der Ortspolizeibehörde bleibt anheimgestellt, den unter §. 51 Nr. 2 bezeichneten Hausirern die Ausübung des Gewerbes zu verweigern.

Die Handelsreisenden, welche Bestellungen aufnehmen, sind verpflichtet, auf Begehren der Bezirks- oder der Ortspolizeibehörde ihr Patent oder andere Legitimationsschriften vorzulegen.

§. 56.

Die Bestellungs- und Hausirpatente sollen je nur für eine Person und ausschließlich auf deren Namen ausgestellt werden.

Das Mitführen von Kindern bei der Ausübung des Hausirhandels oder Hausirgewerbes ist verboten.

Der Patentinhaber muß seine Berechtigung in eigener Person ausüben und kann sie auf einen Andern nicht übertragen. Gehülfen, wenn sie das Gewerbe des Pa-

tentinhabers ausüben sollen, müssen sich ebenfalls um ein besonderes Patent bewerben. 7. November 1849.

§. 57.

Bei solchen Verufen und Gewerben, welche nur in Gesellschaft ausgeübt werden können (§. 51 Nr. 2), wird das Patent auf den Namen des Familien- oder Gesellschaftsvorstandes ausgestellt, der gegenüber den Polizeibehörden für das Betragen seines gesammten Personals verantwortlich ist. Es ist jedoch die Zahl der Personen in dem Patente anzuführen, und für jede derselben sollen die nöthigen Legitimationschriften beigebracht werden.

§. 58.

Die Patente sollen enthalten:

- a. Namen und Personalbeschreibung des Patentträgers;
- b. Namen der Fabrik oder des Hauses, für welche der Patentträger sammelt oder hausirt;
- c. Bezeichnung des Gewerbes, welches er ausübt, der Gegenstände, für welche der Patentträger Bestellung aufnimmt, oder mit welchen derselbe Handel treibt;
- d. Bezeichnung der Amtsbezirke und Gemeinden, für welche das Patent ausgestellt ist;
- e. Dauer der Gültigkeit desselben.

§. 59.

Bewerber, welche von der Centralpolizei mit ihrem Gesuche um ein Patent abgewiesen worden, haben das Recht der Weiterziehung an den Regierungsrath in der Frist von vierzehn Tagen von der Eröffnung an gerechnet.

§. 60.

Ueber die ausgestellten Bestellungs- und Hausirpatente ist auf der Centralpolizei eine fortgesetzte Kontrolle zu führen.

7. November  
1849.

Dieselbe ist vierteljährlich in Abschrift der Direktion des Innern mitzutheilen.

**V. Von der Ausübung der Handwerke und den Verhältnissen der Meister, Gesellen und Lehrlinge.**

§. 61.

Als Handwerk wird angesehen der durch Meister mit oder ohne Hülfe von Gesellen oder Lehrlingen ausgeübte Gewerbsbetrieb der nachfolgenden Berufsarten:  
der Bäcker, Buchbinder, Büchsenmacher, Drechsler, Färber, Gerber, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Gürtler, Gypser, Hafner, Hufschmiede, Hutmacher, Kammacher, Kübler, Küfer, Kupferschmiede, Kürschner, Maurer, Messerschmiede, Metzger, Mühlen- und Maschinenbauer, Nagelschmiede, Posamenten, Sattler, Schlosser, Schmiede, Schneider, Schreiner, Schuler, Schwertfeger, Seckler, Seifensieder, Seiler, Strumpfweber, Spengler, Steinhauer, Tuchscheerer, Wagner, Weber, Windenmacher, Zeugmacher, Zimmerleute und Zinngießer.

§. 62.

Meister ist, wer ein Handwerk selbstständig auf eigene Rechnung ausübt und in das Ortsregister der Gewerbetreibenden eingetragen ist.

§. 63.

Die Befugniß, Lehrlinge zu halten, steht jedoch in Zukunft nur denjenigen Meistern (§. 61) zu, welche entweder ihr Gewerbe durch innegehaltene Lehrzeit gehörig erlernt und wenigstens drei Jahre als Geselle darin gearbeitet, oder eben so lange das Gewerbe auf eigene Rechnung und persönlich ausgeübt haben.

Wittwen können den Beruf des verstorbenen Ehe-



manns fortsetzen, jedoch sind sie nicht berechtigt, neue 7. November 1849.  
 Lehrlinge anzunehmen.

Die Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Paragraphen finden nur auf die im §. 61 bezeichneten Gewerbe ihre Anwendung.

§. 64.

Die Dauer der Lehrzeit und das Lehrgeld des Lehrmeisters werden durch den Lehrvertrag bestimmt.

Der Lehrvertrag soll schriftlich abgefaßt werden.

§. 65.

Der Lehrling steht während der Dauer der Lehrzeit unter der väterlichen Aufsicht und Zucht seines Meisters und ist in Abwesenheit des Meisters auch dem denselben vertretenden Gesellen zur Folgsamkeit verpflichtet.

Der Meister hat die Pflicht, den Lehrling in allen Arbeiten und Kunstfertigkeiten des Berufs oder Gewerbes nach bestem Vermögen zu unterrichten, ihn zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten, und wenn er den Primarunterricht noch nicht vollendet hat, zum Besuche der Schule und des Admissionsunterrichts anzuhalten.

Besteht an dem Orte eine Handwerkerschule oder technische Zeichnungsschule, so hat der Meister dem Lehrling den Besuch derselben zu gestatten.

Zu häuslichen Dienstleistungen darf der Lehrling nur insoweit verwendet werden, als der Lehrvertrag es gestattet, und die Erlernung des Berufes darunter nicht Schaden leidet.

§. 66.

Wenn der Lehrling ohne Erlaubniß des Meisters abwesend oder längere Zeit durch Krankheit an der Arbeit gehindert war, so ist der Meister berechtigt, diese



7. November 1849. Unterbrechung an der zu ersiehenden Lehrzeit in Abzug zu bringen.

§. 67.

In Ermangelung anderweitiger Verabredung zwischen dem Lehrmeister und dem Lehrling wird angenommen, daß die verbindliche Lehrzeit mit dem Ablaufe der bedungenen Probezeit beginne, und daß von dem festgesetzten Lehrgelde die Hälfte für das erste Drittel, zwei Sechstel für das zweite und ein Sechstel für das letzte Drittel der Lehrzeit bedungen seien.

Auf diesen Fall sind allfällige weitere Streitigkeiten, wenn der Vertrag nichts Anderes bestimmt, nach den Bestimmungen der §§. 68, 69 und 70 zu erledigen.

§. 68.

Der Lehrling, welcher vor beendigter Lehrzeit ohne gegründete Ursache und ohne Bewilligung des Meisters aus der Lehre tritt, hat dem Lehrmeister außer dem auf die bereits abgelaufene Lehrzeit berechneten Lehrgeld (§. 67) noch eine besondere Entschädigung, welche jedoch den Betrag eines Drittels der Gesamtsumme des Lehrgeldes nicht übersteigen darf, zu leisten.

§. 69.

Wenn der Lehrmeister durch Nichterfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten, durch Mißhandlung, Vernachlässigung des Unterrichts oder auf andere Weise dem Lehrling gegründete Ursache zum Austritte giebt, so kann nicht allein der Lehrling von der eben erwähnten Nachbezahlung entbunden, sondern auch der Meister nach dem Grade seiner Verschuldung angehalten werden, dem Lehrling das verfallene Lehrgeld (§. 67) ganz oder zum Theil nachzulassen oder zurückzubezahlen. Jedoch

soß die nachzulassende oder zurückzubehaltende Summe den dritten Theil des ganzen Lehrgeldes nicht übersteigen. 7. November 1849.

§. 70.

Wird der Lehrling ohne seine Zustimmung vor Auslauf der Lehrzeit entlassen, ohne daß der Lehrmeister beweisen kann, daß er die Entlassung durch körperliche oder geistige Unfähigkeit, durch Trägheit oder üble Aufführung, durch Nichterfüllung seiner Zusagen oder aus andern erheblichen Gründen selbst verschuldet habe, so finden die Bestimmungen des §. 69 ihre Anwendung.

§. 71.

Um jedoch die in den vorhergehenden §§. 68, 69 und 70 festgesetzten Ansprüche geltend machen zu können, ist der ansprechende Lehrmeister oder der ansprechende Lehrling verpflichtet, von dem geschehenen Austritt oder der erfolgten Entlassung spätestens inner vier Wochen der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§. 72.

Zu sofortiger Aufkündigung des Lehrvertrags ist berechtigt:

A. sowohl der Lehrmeister als der Gewerbelehrling:

- 1) wenn einer derselben an einer Krankheit leidet, die schon über ein Vierteljahr gedauert hat oder nach dem ärztlichen Urtheil über ein Vierteljahr dauern wird;
- 2) wenn der Lehrmeister nach dem Stande seiner Gewerbe oder persönlichen oder häuslichen Verhältnisse gehindert ist, den Lehrling in dem zu erlernenden Gewerbe zu beschäftigen oder selbst zu unterrichten;
- 2) wenn der Lehrmeister in eine andere Gemeinde übersiedelt;

7. November  
1849.

B. der Lehrmeister insbesondere, wenn sich der Lehrling eines Verbrechens oder Vergehens, eines unsittlichen Lebenswandels, groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig macht ;

C. der Lehrling insbesondere :

- 1) wenn der Lehrmeister ihn mißhandelt ;
- 2) wenn er ihn zu ungesetzlichen oder unsittlichen Handlungen verleitet oder zu verleiten sucht ;
- 3) wenn er ihm nicht die gehörige Nahrung zukommen läßt.

#### §. 73.

Wird der Lehrvertrag durch eine sofortige Aufkündigung (§. 72) oder durch den Tod des Lehrmeisters oder Lehrlings, oder durch die von dem Meister aus einem rechtsgenügenden Grunde (§. 70) verfügte Verabschiedung des Lehrlings vor dem Ablaufe der Lehrzeit aufgelöst, oder ist bei einer auf andere Art herbeigeführten vorzeitigen Auflösung die angebliche Verschuldung des einen oder andern Theils (§§. 68 und 69) nicht vollständig erwiesen, so wird das Lehrgeld nur in so weit entrichtet, als es zur Zeit der Auflösung des Lehrvertrags verfallen war (§. 67).

#### §. 74.

Wird statt des Lehrgeldes ein Zusatz zu der eigentlichen Lehrzeit bedungen, so muß in dem Lehrvertrage sowohl die Dauer des Zusatzes als die Lehrgeldsumme, an deren Stelle der Zusatz tritt, genau bezeichnet werden. Für diesen Fall treten sofort folgende Bestimmungen ein:

- 1) Durch Bezahlung der ausgedrückten Lehrgeldsumme wird der Lehrling von der Verbindlichkeit, den bedungenen Lehrzeitzusatz zu leisten, befreit.
- 2) Wenn der Lehrling ohne begründete Ursache aus

der Lehre tritt, so wird die dem Lehrmeister nach 7. November  
§. 68 zu leistende Entschädigung unter Zugrunde- 1849.  
legung der ausgedrückten Lehrgeldsumme berechnet.

- 3) Stirbt der Meister vor beendigter Lehrzeit mit Hinterlassung einer Wittwe, welche das Gewerbe fortsetzt und dem Lehrling die Vollendung der Lehrzeit in ihrer Werkstätte anbietet, so hat der Lehrtene, wenn er das Anerbieten nicht annimmt, der Wittwe für die bereits abgelaufene Lehrzeit den nach der Regel des §. 67 verfallenen Theil der ausgedrückten Lehrgeldsumme zu vergüten.
- 4) Wird die Lehrzeit aus irgend einem andern Grunde abgebrochen, so kann der Lehrmeister wegen des ihm entgehenden Lehrgeldersatzes auf keine Entschädigung Anspruch machen.

Sollte in einem der unter Arn. 1, 2 und 3 vorbenannten Fälle das durch die verlängerte Lehrzeit zu vertretende Lehrgeld in dem Lehrvertrage nicht ausgedrückt sein, so ist dessen Betrag nach Verhältniß des bei dem betreffenden Gewerbe gemeinhin stattfindenden Gebrauchs zu erledigen.

#### §. 75.

Wenn ausnahmsweise der Lehrling vom Lehrmeister einen Lohn bezieht, so hat

- 1) der Lehrling, der ohne gegründete Ursache aus der Lehre tritt (§. 68), dem Lehrmeister, und umgekehrt
- 2) der Lehrmeister, der den Lehrling ohne dessen Verschulden zum Austritte nöthigt (§§. 69 und 70), dem Lehrtene nach Umständen eine Entschädigung zu leisten, welche den Betrag eines halben Jahrlohns nicht übersteigen kann.

7. November  
1849.

§. 76.

Bei Auflösung des Lehrverhältnisses soll der Lehrling über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, so wie über sein Betragen vom Lehrmeister ein Zeugniß (Lehrbrief) fordern, welches von der Ortspolizeibehörde, wenn sie gegen den Inhalt desselben nichts einzuwenden hat, zu beglaubigen ist.

§. 77.

Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen Meistern und Gesellen ist Gegenstand freier Uebereinkunft.

Der Vertrag wird in Ermangelung anderweitiger Verabredung erst nach dem Ablauf einer Probezeit von acht Tagen verbindlich. Im Laufe dieser Probezeit ist jeder Theil dem andern täglich aufzukünden berechtigt.

Der Meister ist verpflichtet, der Ortspolizeibehörde von der Aufnahme eines Gesellen innert acht Tagen zur Eintragung in die Gesellenkontrolle Anzeige zu machen.

§. 78.

Außer dem Falle des gegenseitigen Einverständnisses wird der Vertrag zwischen Meister und Gesell, wenn deshalb nichts anderes verabredet ist, aufgelöst:

- 1) durch die zu üblicher Zeit (§. 79) von Seite eines der Kontrahenten erfolgte Aufkündigung;
- 2) durch sofortige Aufsagung in den Fällen, wo das Gesetz dieselbe gestattet (§§. 81 und 82).

§. 79.

Die Aufkündigungsfrist richtet sich, so weit solche nicht durch besondere Verordnungen oder durch den Vertrag festgesetzt ist, nach der Uebung der einzelnen Gewerbe.

## §. 80.

7. November  
1849.

Der Gesell, welcher vom Stücke bezahlt wird oder von dem Meister einen Vorschuß an seinen Arbeitslohn empfangen hat, kann, der von seiner Seite in der gehörigen Frist geschehenen Aufkündigung ungeachtet, nicht eher austreten, als bis er die übernommene Arbeit vollendet oder den empfangenen Vorschuß abverdient oder ersetzt hat.

## §. 81.

Zur sofortigen Aufhebung des Vertrags ist der Meister namentlich berechtigt:

- 1) wenn der Gesell gegen ihn oder seine Hausgenossen einer Scheltung oder Beschimpfung oder einer üblen Nachrede in Hinsicht auf das Gewerbe sich schuldig macht;
- 2) wenn er den Anweisungen, die er als Geselle von dem Meister erhält, eine beharrliche Unfolgsamkeit entgegensetzt, oder wenn er gegen den Willen des Meisters in den gesetzlichen oder vertragsmäßigen Arbeitsstunden sich der Arbeit entzieht;
- 3) wenn er einer Störung der Hausordnung sich schuldig macht, oder die Sicherheit des Hauses durch Unvorsichtigkeit, namentlich mit Feuer und Licht, gefährdet, oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet ist;
- 4) wenn er einer Veruntreuung oder eines ähnlichen, dem guten Rufe nachtheiligen Vergehens oder grober Unsitlichkeit sich schuldig macht;
- 5) wenn unverschuldete Ereignisse den Meister außer Stand setzen, dem Gesellen Arbeit zu geben.

7. November  
1849.

§. 82.

Zur sofortigen Aufhebung des Vertrags ist der Geselle namentlich berechtigt:

- 1) wenn er zu Fortsetzung der Arbeit unfähig geworden;
- 2) wenn der Meister einer rechtswidrigen Handlung oder einer Unsittheit gegen ihn sich schuldig macht, oder ihn zu unsittlichen Handlungen verleiten will;
- 3) wenn er ihm die versprochene Belohnung schmälert;
- 4) wenn der Meister sich zahlungsunfähig erklärt oder die gerichtliche Güterabtretung anbegehrt.

§. 83.

Wenn der Meister oder der Geselle aus einem der in den §§. 81 und 82 angegebenen Gründen den Vertrag aufheben will, so muß er dieß innerhalb der Frist von vier Tagen von dem Bekanntwerden des Grundes an gerechnet thun. Das Stillschweigen ist als Verzeihung auszuliegen.

§. 84.

Der Meister, der einen Gesellen außer den im §. 81 bestimmten Fällen vor Ablauf der Aufkündungsfrist entläßt, hat ihm den Lohn und die Verpflegung, welche der Gesell während der Aufkündungsfrist zu genießen gehabt hätte, vor dem Austritte zu vergüten.

§. 85.

Dem Gesellen, der ohne aufzusagen oder ohne solche Gründe, wie sie im §. 82 vorgesehen sind, aus der Arbeit tritt, können auf Verlangen des Meisters das Wanderbuch oder sonstige Ausweisschriften bis zu der Erfüllung seiner Verpflichtung oder bis zur Leistung von Schadens-



ersatz oder bis zum richterlichen Entscheide zurückbehalten werden. 7. November 1849.

§. 86.

Sonn- und Festtage ausgenommen, kann der Geselle, mag er dem Stück nach oder in dem Wochenlohn arbeiten, gegen den Willen des Meisters sich der Arbeit nicht entziehen. Die Tagesstunden, während welcher der Gesell zu arbeiten verbunden ist, richten sich nach dem Vertrag oder der örtlichen Gewohnheit oder dem besondern Gebrauche des betreffenden Gewerbes.

§. 87.

Auf direkte Unterstützung von Seite der Gewerbsgenossen haben wandernde Gesellen keinen gesetzlichen Anspruch. Die bestehenden Stiftungen und Legate zu Gunsten wandernder oder erkrankter Gesellen sind ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden.

§. 88.

Die Bestimmungen der §§. 64 bis und mit 87 finden ihre Anwendung auf alle Gewerbe und Berufsarten, die kaufmännischen und wissenschaftlichen ausgenommen.

§. 89.

In jedem Amtsbezirk ist eine Lülfs- und Krankenkasse für Gesellen zu errichten. Auf Verlangen können solche auch nur für einzelne Ortschaften gegründet werden.

Jeder kantonsfremde Geselle ist verpflichtet, an die betreffende Kasse einen Beitrag zu leisten, welcher vom Regierungsrathe festgesetzt wird.

§. 90.

Wo Verdacht vorhanden ist, kann ein Geselle von Polizeiwegen zu jeder Zeit auf ansteckende Krankheiten untersucht werden.

Fremde Gesellen, welche mit einer ansteckenden

7. November 1849. Krankheit behaftet sind, können, wenn sie außer Stande sind, die Verpflegungskosten zu bestreiten, aus dem Kanton fortgewiesen werden.

§. 91.

Die Gewerbsleute können sich zu besondern Gewerbsvereinen (Genossenschaften), welche bestimmte Bezirke umfassen, konstituieren.

Dem Vereinsvorstande solcher vom Staat anerkannten Gewerbsvereine liegt ob:

- 1) über Gewerbsgegenstände den Staatsbehörden auf Verlangen sachverständige Gutachten abzugeben;
- 2) die Polizeibehörden auf gesetzwidrige Handlungen und betrügerliche Bereitungen und Verfahrungsarten aufmerksam zu machen;
- 3) von der richterlichen Behörde zugewiesene Streitigkeiten zwischen Meister, Gesellen und Lehrlinge wo möglich zu schlichten und darüber seinen Bericht abzugeben.

VI. Tarif.

§. 92.

Die im Kanton Niedergelassenen haben zu Händen des Staates zu entrichten:

- 1) für die Ausstellung von Berufs- oder Gewerbspatenten:
  - a. die Anwälte, Notarien, Aerzte, Apotheker, öffentlichen Lehrer, die Gast- und Schenkwirthe, Kleinhändler und Fabrikanten geistiger Getränke die in den einschlagenden Gesetzen bestimmten Gebühren;
  - b. die Ingenieurs, Architekten, Förster und Feldmesser . . . . . Frk. 12
  - c. die Maschinenbauer, die Maschinisten

7. November  
1849.

- bei Dampfmaschinen und Fabriken,  
die Vorsteher chemischer Fabriken . . . Fr. 8
- d. die Thierärzte . . . . . „ 4
- e. die Mühlebauer . . . . . „ 2
- f. die Hebammen, Bader, Hufschmiede,  
die Führer der Reisenden, die Lohn-  
bedienten . . . . . „ 1
- g. die Schlosser, Kaminfeger und die  
Verkäufer giftiger Substanzen . . . Bz. 5
- 2) für die Bewilligung, ihre Anstalten eröffnen und  
zur Betheiligung einladen zu dürfen:  
die Vorsteher der auf Erwerb berech-  
neten Privatfranken- und Badeanstal-  
ten, der Versicherungs- und Kredit-  
anstalten, der Pfandleihanstalten . . . Frk. 20  
für die nicht auf Erwerb berechneten  
gemeinnützigen Versicherungs- und Kre-  
ditanstalten, Sparkassen und Lotterien,  
Kranken-, Bad- und Turnanstalten  
soll keine Gebühr erhoben werden.
- 3) für Baubewilligungen zu gewerblichen Einrichtun-  
gen (§. 14) . . . . . Bz. 5 bis Frk. 10
- 4) für die Ausstellung der Ge-  
werbscheine (§. 17) . . . . . Bz. 5 bis Frk. 5  
jährlich, welche Gebühr auf  
einmal für mehrere Jahre  
erhoben werden kann
- 5) für die Ausstellung von Hau-  
sirpatenten (§§. 49, 50 und  
51) . . . . . Bz. 5 bis Frk. 20
- 6) die Agenten fremder Versiche-  
rungs- und Kreditanstalten

7. November  
1849.

haben eine jährliche Patent-  
gebühr zu bezahlen von . . .

Frk. 10

§. 93.

Die nicht im Kanton Niedergelassenen haben zu  
entrichten :

1) die Vorsteher von Versiche-  
rungs- und Kreditanstalten  
für die Bewilligung, öffent-  
lich zur Theilnahme an den-  
selben einzuladen (§. 12), we-  
nigstens . . . . .

Frk. 20

2) die Geschäftsreisenden, welche  
für auswärtige Häuser im  
hiesigen Kanton Bestellungen  
aufnehmen (§. 45), jährlich  
wenigstens . . . . .

Frk. 10

3) diejenigen, welche ihren Be-  
ruf von Ort zu Ort ausüben  
(§. 51 Nr. 2 und §. 53),  
jährlich wenigstens . . .

Frk. 10 bis 20

4) für die Marktpatente zum  
Besuch einzelner Märkte oder  
für Bezirke oder den ganzen

Kanton jährlich wenigstens Bz. 5 bis Frk. 20

Personen, die in Kantonen oder Staaten niederge-  
lassen sind, wo für die hievor bezeichneten Bewilligungen  
von den bernischen Kantonsangehörigen ein Mehreres  
verlangt wird, sind einer verhältnißmäßig höhern Taxe  
zu unterwerfen.

Die Centralpolizei hat von sämtlichen Kantonen  
und angrenzenden Staaten eine genaue Kontrolle der  
dort bestehenden Markt-, Gewerbs- und Hausirpatentge-

bühren zu führen und dem Regierungsrathe zur jährlichen Festsetzung der vom Staate zu beziehenden Gebühren durch die Direktion der Justiz und Polizei vorzulegen.

7. November  
1849.

§. 94.

Die von den marktberechtigten Gemeinden zu erhebenden Marktgebühren sind durch die Marktordnung (§. 42) festzusetzen.

Dieselben dürfen für einen Markttag höchstens vier Bazen betragen, es sei denn, daß von den bernischen Staatsbürgern in dem Kanton oder Staat, in welchem der Marktbefucher niedergelassen ist, ein Mehreres gefordert wird, in welchem Falle Gegenrecht gehalten werden kann.

Diese Gebühren sollen zunächst zu Bestreitung der durch den Markt veranlaßten polizeilichen Auslagen verwendet werden.

VII. Strafbestimmungen.

§. 95.

Wer ohne die nach den Bestimmungen der §§. 4, 5, 11, 12, 14 und 17 verlangten Ausweisungen und erforderlichen Bewilligungen einen Beruf oder ein Gewerbe ausübt, oder nach erfolgter Untersagung fortsetzt (§§. 19 und 20), gewerbliche Einrichtungen oder Anlagen gründet, oder von den in der Genehmigung festgesetzten Bedingungen abweicht (§§. 17, 30 und 32), verfällt in eine Strafe von Franken ein bis Franken hundert, und kann zur Entfernung oder Abänderung der getroffenen gewerblichen Einrichtungen angehalten werden.

Bei denjenigen Berufsarten und Gewerben, zu deren Ausübung der Ausweis besonderer Fähigkeiten verlangt wird, und bei welchen für die nämlichen Vergehen be-

7. November 1840. sondere Strafbestimmungen aufgestellt sind, finden dieselben ihre Anwendung.

§. 96.

Wer ohne die nach den Bestimmungen der §§. 22, 34, 39, 45, 46, 49, 50, 51, 55 und 63 erforderlichen Anschreibungen, Bewilligungen oder Ausweisungen ein Gewerbe ausübt, Waaren auf den Markt ausstellt, auf demselben oder beim Hausiren feilbietet oder ankauft, oder Lehrlinge aufnimmt; ferner wer bei andern Personen (§§. 43 und 44) oder für andere Gegenstände und für andere Waaren von Haus zu Haus Bestellungen aufnimmt oder andere Waaren ankauft oder feilbietet (§. 58), oder ein anderes Gewerbe ausübt, als diejenigen, für und auf welche die Bewilligung lautet, verfällt in eine Strafe von ein bis vierzig Franken.

§. 97.

Wer sich Vergehen gegen die genehmigte Markttordnung schuldig macht (§. 42), beim Hausiren Kinder mitführt (§. 56), die rechtzeitige Eintragung in die Gesellenkontrolle (§. 77) verabsäumt, die Beiträge an die Hülfss- und Krankenkasse nicht gehörig einbezahlt (§. 89), ist mit einer Geldbuße von ein bis sechszehn Franken richterlich zu bestrafen.

§. 98.

In allen den unter §§. 95, 96 und 97 bezeichneten Straffällen kann damit Zuckung der bereits ertheilten Bewilligung und bei nicht niedergelassenen Fremden Landesverweisung verbunden werden.

§. 99.

Wer bei Erzeugnissen seines Gewerbes den Namen oder das Fabrikzeichen anderer Gewerbetreibenden, welche dem Gewerbsregister beigefügt wurden, oder die öffent-

lichen Marken oder Stempel (§. 9) nachahmt, um sich 7. November  
Vorthelle zuzueignen, oder mit solchen Zeichen versehene 1849.  
Fabrikate feilbietet oder in den Kanton einführt, ist, sofern  
die Handlung nicht in ein größeres Verbrechen übergeht,  
mit einer Geldbuße von zwanzig bis einhundert Fran-  
ken zu bestrafen, womit auch Gefängniß bis auf  
sechs Wochen und Konfiskation der zur Nachahmung  
benutzten Werkzeuge und der Waaren verbunden wer-  
den kann.

§. 100.

In die gleiche Strafe verfallen diejenigen, welche  
unter den öffentlichen Marken oder Stempeln einen  
andern Stoff bezeichnen lassen, als aus welchem die  
Waare gefertigt ist.

§. 101.

Macht sich ein Meister des Mißbrauchs der väter-  
lichen Zucht (§. 65) oder der Verleitung zu unsittlichen  
oder gesetzeswidrigen Handlungen gegen den Lehrling  
schuldig, so kann ihm das Halten von Lehrlingen rich-  
terlich untersagt werden.

Schlußbestimmungen.

§. 102.

Alle mit dem gegenwärtigen Gesetz im Widerspruche  
stehenden Vorschriften, namentlich die Markt- und Hau-  
sirordnung vom 6. April 1829, sind aufgehoben.

§. 103.

Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses  
Gesetzes beauftragt, er hat zur Ausführung desselben  
eine Vollziehungsverordnung zu erlassen, in welche na-  
mentlich aufzunehmen sind:

- 1) das Verzeichniß derjenigen Gewerbe, welche nach  
§. 14 einer besondern Bewilligung bedürfen, und



7. November  
1849.

- die Classification derselben mit Rücksicht auf ihre Anlage in der Nähe von Privatwohnungen, öffentlichen Gebäuden und Plätzen ;
- 2) die Instruktion für die Markt- und Hausirpolizei ;
  - 3) der Tarif für die Markt- und Hausirpatente und Marktgebühren, letztere nach Mitgabe der vom Regierungsrathe genehmigten Lokalmarktordnungen ;
  - 4) Bestimmungen über die Hülfss- und Krankenkassen der Gesellen, und Vorschriften über das Verfahren bei ansteckenden Krankheiten derselben ;
  - 5) Bestimmungen über die Organisation der Gewerbsvereine (§. 91).

§. 104.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1850 in Kraft. Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 7. November 1849.

Namens des Großen Rathes:

Der Präsident,

**Riggeler.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern beschließt die Vollziehung des vorstehenden Gesetzes.  
Bern, den 9. November 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

## Kreis Schreiben

15. November  
1849.

Betreffend die Sicherheitspolizei.

Der Regierungsrath des Kantons Bern  
an die Regierungstatthalter.

Durch die auffallende Ueberhandnahme der Vaganten und Bettler und die dadurch entstehende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, welche sich namentlich in letzter Zeit durch wiederholte Raubansfälle, gewaltfames Einbrechen in Wohnungen und vielfache Diebstähle kund gegeben hat, sehen wir uns veranlaßt, Ihnen folgende Weisungen zukommen zu lassen.

Sie sowohl als alle Polizeibeamten und Ortsgemeindsbehörden Ihres Amtsbezirks werden angewiesen, die Sicherheitspolizei fortan überhaupt strenger zu handhaben, und namentlich gegen die beruflos herumziehenden Landstreicher oder Vaganten die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen strenge zu vollziehen.

Maßgebend sind namentlich: das Armenpolizeigesetz vom 9. Februar 1849; das Concordat über die Polizeiverfügungen gegen Gauner, Landstreicher und gefährliches Gesindel vom 17. Juni 1812 und 9. Juli 1818 und Erläuterung vom 14. Juli 1828.

Nach Mitgabe des §. 16 des Armenpolizeigesetzes wollen Sie da, wo es für nöthig erachtet werden muß, die betreffenden Gemeinden dazu vermögen, tüchtige und kräftige Polizeibedienstete anzustellen.

Sollten sich Vaganten truppenweise zeigen, so wollen Sie unter Mithülfe der Gemeinden durch zahlreiche

15. November 1849. Patrouillen die ganze Gegend aufs Sorgfältigste durchsuchen und dieselben aufgreifen lassen.

Bis zu dem bevorstehenden Erlasse daheriger gesetzlicher Vorschriften sind von sämmtlichen aufgefangenen Vaganten die muthmaßlich Kantonsfremden dahin zurückzubringen, woher sie eingedrungen; mit den Kantonsangehörigen dagegen ist nach Mitgabe des Armenpolizeigesetzes vom 9. Februar 1849 zu verfahren.

Bern, den 15. November 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,  
Stämpfli.

Der Staatschreiber,  
H. Weyermann.

## Instruktion

für

die Kreisimpfärzte.

26. November 1849. Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
in Vollziehung des Impfgesetzes vom 7. November  
1849 (§. 5),

auf den Antrag der Direktion des Innern (Abtheilung Gesundheitswesen),

beschließt:

§. 1.

Die Rechte und Pflichten des Kreisimpfärztes sind

im Allgemeinen aus dem Impfgesetze, die nähern Be- 26. November  
stimmungen darüber aber aus den folgenden Para- 1849.  
graphen zu entnehmen.

§. 2.

Er hat, so viel in seinen Kräften steht, die allgemeine Durchführung der Vaccination sowohl als auch der Revaccination bei solchen Personen zu fördern, welche er aus irgend einem Grunde als nicht genügend geschützt erachtet.

§. 3.

Er ist verpflichtet, beständig für sich oder andere Aerzte seines Kreises Impfstoff im Vorrathe zu halten, und denselben auf zweckgemäße und sichere Weise aufzubewahren.

Auf Begehren hat er auch zur Zeit der allgemeinen Impfung an die Depots abzuliefern, von denen er hinwiederum nach Bedürfnis verlangen kann. Der Ursprung und die Verwendung des Stoffes ist in dem Impfbuche genau anzumerken.

§. 4.

Dem Kreisimpfarzte wird empfohlen, auf das Vorkommen der ächten Pocken an Rühren zu achten und den Stoff von solchen sorgfältig zu sammeln und zu benutzen. Von derartigen Fällen ist ohne Zögerung der Direktion des Innern Anzeige zu machen.

§. 5.

Er hat die Pflicht, alljährlich, in der Regel während der wärmeren Jahreszeit, in jeder Kirchgemeinde seines Kreises wenigstens einmal zu impfen oder dafür zu sorgen, daß durch andere Aerzte geimpft werde. Ueberdies hat er sich die Geimpften vom siebenten bis

26. November 1849. zum neunten Tage nach der Impfung am gleichen Orte vorstellen zu lassen, und genau zu untersuchen, ob die Impfung gelungen sei.

§. 6.

Bevor die im vorhergehenden Paragraphen vorgeschriebene alljährliche Impfung stattfindet, wird der Kreisimpfarzt die von ihm zu bestimmende Zeit und den Ort der Impfung durch öffentliche Verlesung in der betreffenden Gemeinde bekannt machen. Die Impfung soll zu einer passenden Tageszeit Statt finden, und der Ort der Impfung möglichst im Mittelpunkte der Gemeinde gelegen sein.

§. 7.

Die Impfung soll wo möglich mit frischem Stoffe geschehen. Der Stoff soll nur von gesunden Kindern aus regelmäßig gebildeten, noch klare Lymphe enthaltenden, nicht aufgekratzten oder zerquetschten Pusteln genommen, und kein Kind geimpft werden, dem voraussichtlich die Impfung nachtheilig sein könnte. Ueberhaupt soll sich der Kreisimpfarzt mit den besten Methoden der Impfung und Allem, was bei diesem Geschäfte zu beachten ist, bekannt machen und gewissenhaft darnach verfahren.

§. 8.

Wenn dem Kreisimpfarzte schulpflichtige Kinder angezeigt werden, welche entweder ohne Erfolg oder noch gar nicht geimpft sind, auch die Blattern nicht gehabt haben, so hat er diejenigen Personen, welchen die Verpflegung derselben obliegt, wenn nöthig unter Strafandrohung, zur Impfung aufzufordern. Bleibt seine Aufforderung fruchtlos, so hat er dem Regierungsstatthalter Anzeige zu machen. Er wird darauf achten,

daß die Lehrer und Vorsteher von Anstalten der ihnen 26. November  
gesetzlich obliegenden Pflicht in Betreff solcher Kinder 1849.  
nachleben (§. 3 des Impfgesetzes) und sie nöthigenfalls  
daran erinnern.

#### §. 9.

Sowohl die von ihm selbst als die durch andere Aerzte  
inner seinem Kreise Geimpften soll er in das ihm von  
der Direktion des Innern zu liefernde Impfbuch ein-  
tragen und dieses genau nach Vorschrift führen.

Dieses Impfbuch ist mit Beilegung jener Verzeich-  
nisse alljährlich vor Ende Februars an die Direktion  
des Innern einzusenden, welche dasselbe nach stattge-  
fundener Benützung zu Anfertigung der Generalimpf-  
tabelle, mit ihrem Visum versehen, wieder zurücksenden  
wird. Mit dem Impfbuche ist zu gleicher Zeit ein kur-  
zer Bericht, mit allfälligen Vorschlägen begleitet, ein-  
zusenden.

#### §. 10.

Damit die Eintragung der durch andere Aerzte Ge-  
impften zu rechter Zeit geschehen könne, soll der Kreis-  
impfarzt strenge darauf halten, daß der §. 8 des Impf-  
gesetzes befolgt werde, und denjenigen, welche am  
1. Februar ihre Verzeichnisse noch nicht eingereicht  
haben, eine kurze Eingabefrist bestimmen.

Formulare von Verzeichnissen können bei dem Kreis-  
impfarzte erhoben werden.

Personen, welche, ohne dazu berechtigt zu sein,  
impfen, hat der Kreisimpfarzt dem Regierungsrathhalter  
anzuzeigen.

#### §. 11.

Er ist verpflichtet, auf Begehren sowohl den von  
Jahrgang 1849

26. November 1849. ihm als von andern Aerzten Geimpften inner seinem Kreise, wenn von Letztern dieselben nicht erhältlich sind, Impfscheine nach Formular auszustellen. Er soll jedoch die Impfung nur dann als gelungen bezeugen, wenn er sich durch eigene Anschauung oder aus dem Impfbuche davon versichert hat.

#### §. 12.

Zeigen sich in einem Kreise Fälle von Menschenblattern, so hat der Kreisimpfarzt, in Befolgung der ihm durch das Impfgesetz (§. 9) auferlegten Pflicht, die Kranken genau zu untersuchen und dahin zu wirken, daß sie möglichst abgesondert, auch der Verkehr zwischen denselben und andern Personen auf das Nothwendigste beschränkt werde.

Er hat selbst alles zu beobachten, was die Verschleppung des Contagiums verhindern kann, und zu diesem Zwecke auch denjenigen Personen, welche die Kranken besorgen, oder mit ihnen verkehrt haben, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln (Reinigung der Hände, Lüftung der Kleider u. s. w.) zu empfehlen.

#### §. 13.

Die Leichen der an den Menschenblattern Verstorbenen sollen baldmöglichst in wohlverschlossene Särge gebracht, und bei der Beerdigung das Leichenbegleit nicht in die Zimmer gelassen werden, bevor der Leichnam daraus entfernt, so wie gehörige Reinigung und Durchlüftung derselben Statt gefunden hat.

Der Kreisimpfarzt hat überhaupt, wenn die Seuche aufgehört hat, sorgfältige Reinigung der Zimmer und Effecten sehr zu empfehlen.



## §. 14.

26. November  
1849

Von jedem vorkommenden Blatternfalle ist der Direktion des Innern sogleich Anzeige zu machen, und die Personalien der Blatternkranken in einer besondern Abtheilung des Impfbuches genau einzutragen.

## §. 15.

Die Amtsdauer des Kreisimpfarztes ist vier Jahre. Beim Antritte seines Amtes sollen ihm das auf sein Amt Bezug habende Gesetz und diese Instruktion, so wie das Impfbuch und die nöthigen Formulare Impfoerzeichnisse zugestellt werden. Diese Gegenstände hat derselbe hinwiederum sammt dem übrigen Archiv seiner Zeit zu Händen seines Nachfolgers gegen Quittung abzugeben.

Falls er sich in einer andern Gemeinde niederläßt, hat er solches sogleich der Direktion des Innern anzuzeigen, welche zu entscheiden hat, ob der Kreis einem Andern zu übergeben sei.

## §. 16.

Die Entschädigung für Armenimpfungen soll in der Regel im Laufe des Monats April ausbezahlt werden. Dieselbe kann nur verabreicht werden, wenn die Betreffenden als besteuert oder als bedürftig und blos von ihrem täglichen Verdienste lebend durch Zeugniß des Pfarramts und des Einwohnergemeindevorstandes erklärt worden.

Für primitiven Kuhpockenstoff wird nur dann eine Belohnung verabsolgt, wenn dessen Ursprung, Aechtheit und Wirksamkeit gehörig konstatiert worden.

## §. 17.

Für die Herbeischaffung der Armuthsbescheinigungen hat der Kreisimpfarzt zu sorgen, indem er sich dieselben nach der beendigten alljährlichen Impfung in das Impfbuch selbst ausstellen läßt.

26. November  
1849.

---

§. 18.

Die Verordnung über die Impfung der Schutzpocken vom 3. Mai 1827, sowie das Kreisschreiben an die Regierungstatthalter vom 7. Februar 1844, ist aufgehoben.

§. 19.

Diese Instruktion tritt am 1. Januar 1850 in Kraft und ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

Gegeben in Bern, den 26. November 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

---

### Formular Armuthsbefcheinigung.

(Wie sie ins Impfbuch eingetragen werden soll.)

Die Unterzeichneten bezeugen: daß die Eltern der  
unter den Nummern bezeichneten  
Geimpften dieses Impfbuches,

(hier muß bezeugt sein, entweder

daß sie besteuert seien, oder

daß sie bedürftig seien und notorisch bloß  
von ihrem täglichen Verdienste leben).

---

**Formular Impfschein.**26. November  
1849.

Es wird hiermit bezeugt: daß (Tauf- u. Geschlechts-  
name), geboren A<sup>o</sup>. <sup>Des Vaters Name und Beruf</sup>  
<sup>Der Mutter Name bei Unehelichen</sup>  
Kind, von (Heimath), wohnhaft zu im Jahr  
mit Erfolg geimpft worden sei.

(Ist das Jahr der Impfung nicht bekannt, oder  
wird die Impfung nur nach den vorhandenen Narben  
bezeugt, so sind die Worte „Jahr“ und „worden“ zu  
streichen.)

**Verordnung,**

betreffend

die Hypothekarkasse der sechs oberländischen Amts-  
bezirke.

Der Regierungsrath des Kantons Bern, 18. Dezember  
nach Einsicht der Vorstellungen von 39 Gemeinden 1849.  
der sechs oberländischen Amtsbezirke,  
auf den Vortrag der Finanzdirektion,  
beschließt:

## §. 1.

Die Frist, welche im §. 11 der Verordnung vom  
20. März 1847 für die Eingabe von Darlehnsgesuchen  
oder von Erklärungen um die Anlegung von Tilgungs-  
fonds für die sechs oberländischen Amtsbezirke bestimmt  
worden, wird hiermit bis zum 31. Dezember 1851 ver-  
längert.

18. Dezember  
1849.

§. 2.

Für die vor dem 1. Jänner 1847 errichteten, in die Kontrolle nicht eingetragenen unterpfändlichen Schulden wird der nämliche Anspruch auf die Oberländerhypothekarkasse eingeräumt, wie für diejenigen, welche rechtzeitig in die Schuldenkontrolle eingetragen worden sind.

§. 3.

Die Bestimmungen des §. 2 des Beschlusses vom 16. Hornung 1848 \*), welche damals nur für die nächste aus der Oberländerhypothekarkasse anzulegende Million anwendbar erklärt wurden, sind bis auf weitere Verordnung noch fernerhin gültig.

§. 4.

Dem Amtsbezirke Oberhasle ist in Berücksichtigung seines erwiesenen Bedürfnisses die Benutzung der Oberländerhypothekarkasse auch über seinen verhältnismässigen Antheil hinaus fernerhin gestattet.

§. 5.

Diese Verordnung ist durch das Amtsblatt und die Sammlung der Gesetze und Dekrete bekannt zu machen.

Bern, den 18. Dezember 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**H. Weyermann.**

---

\*) Wurde im Gesetzesbände von 1848 aus Versehen weggelassen, ist aber auf Seite 407 hienach abgedruckt.

**B e s c h l u ß,**

betreffend

16. Sornung  
1848.

die Hypothekarkasse der sechs oberländischen Amts-  
bezirke.

(Nachtrag zum Gesetzesbände von 1848.)

Der Regierungsrath des Kantons Bern,  
nach angehörtem Berichte der Finanzdirektion über  
die herrschende Geldbedrängniß in den oberländischen  
Amtsbezirken,

in Betracht, daß es Pflicht der Staatsverwaltung  
ist, den Ursachen dieses Zustandes nachzuforschen und  
der Noth dieser Landesgegend, so weit es in ihren  
Kräften liegt, mittelst der oberländischen Hypothekar-  
kasse entgegen zu kommen,

beschließt:

1. Die Gerichtspräsidenten der oberländischen Amts-  
bezirke: Oberhasle, Interlaken, Frutigen, Nieder-  
simmenthal, Obersimmenthal und Saanen, sind  
beauftragt, von dem Tage der Bekanntmachung  
dieses Beschlusses an gerechnet, eine Kontrolle zu  
führen über alle Betreibungsvorkehren, welche ihnen  
zur Bewilligung vorgelegt werden.

Die Kontrolle soll angeben:

- a) den Namen des Gläubigers,
- b) den Namen des Schuldners,
- c) die Art der bewilligten Betreibungsvorkehr,
- d) den Betrag der Schuldsumme,
- e) die Art des Schuldtitels, so wie ob die Schuld  
eine grundpfändliche, oder eine laufende  
oder Obligationsschuld sei.

16. Hornung  
1848.

Diese Kontrolle soll am Ende jeder Woche an die Verwaltung der Hypothekarkasse eingesandt werden.

2. In einstweiliger Ausdehnung der Verordnung vom 20. März 1847 über die grundpfändlichen Schulden der sechs oberländischen Amtsbezirke wird denjenigen Grundbesitzern, welche laut dieser Verordnung nur einen Theil ihrer grundpfändlichen Schulden aus der für diese Amtsbezirke bestimmten Kasse erheben können, der ganze Betrag ihrer Schuld aus dieser Kasse bewilligt, sofern folgende Bedingungen vorhanden sind:

1. daß ihnen die Schulden von dem Gläubiger aufgekündet oder sie dafür betreiben,
2. daß sie dieselben seiner Zeit in die angeordneten Verzeichnisse haben eintragen lassen,
3. daß sie die von dem Gesetze und den Verordnungen über die Hypothekarkasse geforderten Sicherheitsbedingungen erfüllen, und
4. daß sie das aufzunehmende Kapital zur Abbezahlung ihrer grundpfändlichen Schulden verwenden.

In keinem Falle sollen jedoch dem nämlichen Grundbesitzer mehr als fünftausend Franken bewilligt werden.

3. Die ausdehnenden Bestimmungen des vorigen Artikels kommen vorläufig nur für die nächste Million Franken in Anwendung, welche aus der oberländischen Hypothekarkasse angelegt wird.

Keinem der sechs Amtsbezirke soll davon ein größerer Betrag zukommen, als es ihm nach dem

Verhältnisse der eingegebenen grundpfändlichen 16. Hornung  
Schulden bezieht. 1848.

Die Hypothekarkasse wird den Zeitpunkt bekannt machen, wenn für einen Amtsbezirk sein Antheil an dieser Million erschöpft ist. Das gleiche Verhältniß soll so viel wie möglich auch bei den einzelnen Gemeinden eingehalten werden.

4. Die Finanzdirektion ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Dieselbe soll durch das Amtsblatt bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingedrückt werden.

Gegeben in Bern, den 16. Hornung 1848.

Namens des Regierungsrathes:

Das präsidirende Mitglied,

**Stämpfli**, Reg.-Rath.

Der Rathsschreiber,

**Dr. v. Stürler**.

---

## **Bundesgesetz**

über die

Dauer und die Kosten der Niederlassungsbewilligung.

Vom 10. Dezember 1849.

26. Dezember  
1849.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht des Art. 41 der Bundesverfassung,  
dahin lautend:



26. Dezember  
1849.

„Art. 41.

„Der Bund gewährleistet allen Schweizern, welche  
„einer der christlichen Konfessionen angehören, das Recht  
„der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eid-  
„genossenschaft, nach folgenden nähern Bestimmungen:

„1) Keinem Schweizer, der einer der christlichen  
„Konfessionen angehört, kann die Niederlassung in irgend  
„einem Kanton verweigert werden, wenn er folgende  
„Ausweisschriften besitzt:

„a. einen Heimathschein oder eine andere gleichbe-  
„deutende Ausweisschrift;

„b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;

„c. eine Bescheinigung, daß er in bürgerlichen Rech-  
„ten und Ehren stehe;

„und wenn er auf Verlangen sich ausweisen kann,

„daß er durch Vermögen, Beruf oder Gewerbe

„sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei.

„Naturalisirte Schweizer müssen überdies die Be-

„scheinigung beibringen, daß sie wenigstens fünf

„Jahre lang im Besitze eines Kantonsbürgerrechts

„sich befinden.

„2) Der Niedergelassene darf von Seite des die  
„Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürg-  
„schaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs  
„der Niederlassung belegt werden.

„3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlas-  
„sungsbewilligung, so wie das Maximum der zu Er-  
„langung derselben an den Kanton zu entrichtenden  
„Kanzleigebühren bestimmen.

„4) Der Niedergelassene genießt alle Rechte der  
„Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen  
„hat, mit Ausnahme des Stimmrechts in Gemeinde-

„angelegenheiten und des Mitantheiltes an Gemeinde- 26. Dezember  
 „und Korporationsgütern. Insbesondere wird ihm freie 1849.  
 „Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und  
 „Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maß-  
 „gabe der Gesetze und Verordnungen des Kantons, die  
 „in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen dem  
 „eigenen Bürger gleich halten sollen.

„5) Den Niedergelassenen anderer Kantone können  
 „von Seite der Gemeinde keine größern Leistungen an  
 „Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelas-  
 „senen des eigenen Kantons.

„6) Der Niedergelassene kann aus dem Kanton, in  
 „welchem er niedergelassen ist, weggewiesen werden:

„a. durch gerichtliches Strafurtheil:

„b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er  
 „die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat,  
 „oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schul-  
 „dig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt,  
 „oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher  
 „Vorschriften bestraft werden mußte.“

nach Einsicht des Berichts und Antrags des Bun-  
 desrathes;

in der Absicht, die Dauer und die Kosten der an  
 Schweizerbürger ertheilten Niederlassungsbewilligungen  
 festzusetzen,

verordnet:

Art. 1.

Die Niederlassungsbewilligungen werden an Schwei-  
 zerbürger für die Dauer von wenigstens vier Jahren  
 ertheilt.

Wenn jedoch die Ausweisschriften (Bundesverfas-

26. Dezember 1849. sung Art. 41, Ziffer 1, litt. a) früher ihre Gültigkeit verlieren, und nicht rechtzeitig erneuert, oder durch andere ersetzt werden, so erlöscht auch die Niederlassungsbewilligung.

Art. 2.

Die Kanzleigebühren, welche ein Schweizer für die Bewilligung zu entrichten hat, dürfen den Betrag von vier Franken nicht übersteigen. Sofern aber der Niedergelassene seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde desselben Kantons verlegt, so kann die Hälfte der Gebühr von Neuem bezogen werden.

Art. 3.

In dieser Summe sind alle Gebühren enthalten, welche für die Bewilligung an den Staat, an Bezirksbeamte, oder an die Gemeinden zu entrichten sind.

Art. 4.

Die jährlichen Leistungen der Niedergelassenen an die Gemeinde werden, nach Art. 41, Ziffer 5, der Bundesverfassung, durch die Gesetzgebung der Kantone bestimmt, mit der Beschränkung jedoch, daß die Niedergelassenen anderer Kantone denjenigen des eigenen Kantons gleichzustellen sind.

Art. 5.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1850 in Kraft; dasselbe findet jedoch auf früher erteilte Niederlassungsbewilligungen bis zu deren Ablauf keine Anwendung.

Art. 6.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Der schweizerische Bundesrath,  
nachdem der Nationalrath unterm 8. Dezember,

der Ständerath unterm 10. Dezember 1849, obenstehen. 26. Dezember 1849.  
des Gesetz über die Dauer und die Kosten der Nieder-  
lassungsbewilligung erlassen hat, dasselbe also zum Bun-  
desgesetze geworden ist,

verordnet:

Art. 1.

Obenstehendes Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1850  
in Kraft.

Art. 2.

Es soll in das Bundesblatt aufgenommen und zu  
seiner Promulgation den Kantonen mitgetheilt werden.  
Bern, den 12. Dezember 1849.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes:

Der Bundespräsident,

**Dr. Furrer.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

**Schieß.**

Der Regierungsrath des Kantons Bern

beschließt:

Vorstehendes Bundesgesetz soll öffentlich bekannt  
gemacht und der Gesetzesammlung einverleibt werden.

Gegeben in Bern, den 26. Dezember 1849.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

**Stämpfli.**

Der Staatschreiber,

**A. Wehermann.**

---